

STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg

ISSN 0949-7366 • www.iugr.net

Nr. 14 (2009)



Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR • Die Entwicklung der Strategie „Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt“ in den 1980er Jahren in der DDR • Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des ILN Halle im Bereich Arten- und Biotopschutz, Biodiversität • Das Wasservogelmonitoring in Ostdeutschland nach 1990 und der Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz • Literatur zum Natur- und Umweltschutz im Gustav-Fischer Verlag Jena • Umweltschutzausbildung an Ingenieur- und Fachschulen der DDR • Neuzugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte

Ein herzliches Dankeschön!

Wieder dürfen wir uns bei zahlreichen **Spendern und Spenderinnen** bedanken, die Herstellung und Versand des letzten Heftes unterstützten! **Vielen Dank an die Damen und Herren** Adam, Affani, Baier, Berger, Boelsche, Brinkmann, Brod, Buchholz, Deglmann, Fischer, Fritze, Fuchs, Hahn, Handtke, Heise, Henker, Hinz, Hofmann, Köhler, Klostermann, Kolbe, Leps, Lösel, Lührs, Matthes, Nedon, Reimann, Ruthenberg, Ryssel, Schmidt, Schonert, Schröder, Schulz, Schwarz, Steinmetz, Strube, Volkmann, Wallenta, Wegener, Weier, Wohlgemuth und Woll.

In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und Leser! Sie halten die Nr. 14 unserer kleinen Zeitschrift in der Hand. Etwa 800 Adressaten erhalten die Hefte seit nunmehr fast 15 Jahren unentgeltlich zugesandt. Wir meinen, dass wir, d. h. die Autorinnen und Autoren und die Redaktion, aber auch Sie mit Ihren Spenden dazu beigetragen haben, dass verschiedenste Aspekte aus der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes auf dem Gebiet der DDR bzw. der ostdeutschen Länder nicht in Vergessenheit geraten sind und zum größten Teil kritisch reflektiert wurden. Das vorliegende Heft mit seinen Fachbeiträgen ist wiederum eine wichtige Ergänzung zu unseren zahlreichen umwelthistorischen Publikationen.

Die **Selbstkosten** für dieses Heft „Studienarchiv Umweltgeschichte“ betragen **ca. 3,50 EURO** einschließlich Porto. Wir haben die Zeitschrift von Beginn an kostenlos abgegeben. Das soll und muss so bleiben. Wir konnten sie in der Vergangenheit durch Ihre Spenden fast kostendeckend herstellen, ein Zeichen dafür, dass Interesse an unseren Beiträgen besteht.

Nur durch Ihre Unterstützung können wir Herstellung und Versand der Zeitschrift sichern. Ihre Spende ist weiterhin herzlich willkommen !!!

Spenden bitte einzahlen unter dem Stichwort „**Studienarchiv**“ auf **Konto Nr. 285 126 40, Bankleitzahl 200 300 00 bei der HypoVereinsbank Neubrandenburg**. Das IUGR e. V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

Impressum:

Studienarchiv Umweltgeschichte

● Herausgeber: IUGR e. V. ● Redaktionsanschrift: IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 5693-255/-224 ● Redaktion: Hermann Behrens & Jens Hoffmann ● V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Peckatel 38, 17237 Klein Vielen ● Druck: Pegasus-Druck, Berlin ● Auflage: 800 ● Erscheinungsweise: Einmal im Jahr ● Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/ der jeweiligen Autor/in ● Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Titelfoto: Landweg bei Kruckow (Mecklenburg-Vorpommern). Landwege gehören zu den Kulturlandschaftselementen, die durch „Modernisierung“ bedroht sind. Foto: Jens Hoffmann

Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: Ein Weg in die ökoindustrielle Gesellschaft?¹

Günter Bayerl

Ein Umweltdesaster am Ende der DDR

Es reicht, eine Handvoll Bücher und Broschüren durchzulesen, um sich über das desaströse Umwelterbe der DDR zu informieren. Diese erschienen in kurzen Abständen 1990 und in den folgenden Jahren und machten erstmals in einer Zusammenschau den Zustand der dortigen Umwelt zur Zeit des Wendegeschehens öffentlich. Die Basis legten die beiden Broschüren des seinerzeitigen letzten DDR-Ministeriums für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft „Umweltbericht der DDR. Informationen zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen“ sowie „Konzeption für die Entwicklung der Umweltpolitik“, beide 1990 in Berlin erschienen: „Schwerpunktgebiete mit extremer Umweltbelastung sind vor allem die Braunkohlen- und Energiezentren der Bezirke Cottbus, Dresden, Halle und Leipzig, die Konzentration der Chemieindustrie im Bezirk Halle, die Industriezentren im oberen Elbtal, im Erzgebirgsvorland und im Thüringer Becken ... Verursacht durch einen jährlichen Ausstoß von 2,2 Mio. t Staub und 5,2 Mio. t Schwefeldioxid hat die DDR gegenwärtig die höchsten Belastungen aller europäischen Länder ... 2,1 Mio. m³, das sind 19 % des mittleren verfügbaren Wasserdargebotes, sind wegen ihrer hohen Verschmutzung zur Bewässerung und für die Trinkwasseraufbereitung nicht nutzbar, ihre Aufbereitung als Brauchwasser ist sehr aufwendig ... Im Jahre 1988 kam es durch unzureichende Wasserqualitäten in der mittleren Saale zu Ausfällen in der Chemie- und Zellstoffproduktion.“²

Letzterer Sachverhalt erklärt sich durch den Mangel an Wasser. Die Klima- und Bodenverhältnisse bedingten, dass etwa 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche trockenheitsgefährdet waren. Auch die Ballungsgebiete und Industriezentren hatten diesbezüglich Probleme, da hier die vorhandenen Wasserressourcen im Durchschnitt vier- bis sechsmal erfasst und genutzt werden mussten.³ „Die ehemalige DDR ist mit einem maximal ausschöpfbaren Wasserdargebot zwischen 8 und 18 Mrd. m³ pro Jahr die wasserärmste Region Europas (Bundesrepublik Deutschland 161 Mrd. m³ pro Jahr) ... , woraus sich sehr hohe Nutzungsgrade von bis zu 80 Prozent ergeben. Das Wasser einiger Flüsse, wie z. B. der Saale, wird in Extremfällen bis zu 13mal genutzt ... Bei einem Anschluß von 93 % der Bevölkerung können für 50 % der Bevölkerung die Trinkwassernormen nicht ständig eingehalten werden!“⁴

¹ Vgl. als ausführliche Darstellung des Themas: Günter Bayerl: Die Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: Ein vergessenes Thema?, in: Jan-Patrick Bauer/Johannes Meyer-Hamme/Andreas Körber (Hrsg.): Geschichtslernen – Innovationen und Reflexionen. Festschrift für Bodo von Borries zum 65. Geburtstag, Kenzingen 2008, S. 225-258; Hermann Behrens: Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR nach 1990, in: ders./Jens Hoffmann (Bearb.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 1, München 2007, S. 1-40.

² Institut für Umweltschutz (Hrsg.): Umweltbericht der DDR. Information zur Analyse der Umweltbedingungen der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin 1990, Vorwort und S. 7.

³ Hannsjörg F. Buck: Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kurth u. a. (Hg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996 (= Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2), S. 238 ff.

⁴ Friedhelm Naujoks: Ökologische Erneuerung der ehemaligen DDR. Begrenzungsfaktor oder Impulsgeber für eine gesamtdeutsche Entwicklung?, Bonn 1991, S. 21/22; vgl. hierzu auch Christoph Bernhardt: Zwischen Industrialismus und sanitärer

Noch prägnanter als der im Auftrag des Ministeriums herausgegebene „Umweltbericht der DDR“ fasste der ebenfalls 1990 erschienene „Umweltreport DDR“ des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung die Situation zusammen und stellte auch bereits erste Überlegungen zu den Kosten der Sanierung an.⁵ Die Autoren stellten heraus, dass von den klassifizierten Gewässerstrecken gegen Ende der DDR nur 1 % der Güteklasse 1 entsprach und damit für alle Nutzungen brauchbar war, 14 % waren geeignet für die Trink- und Brauchwassernutzung nach einfacher Aufbereitung (Güteklasse 2), 38 % für Trink- und Brauchwassernutzung nach komplizierter Aufbereitung (Güteklasse 3) und 47 % unbrauchbar für die Trinkwassernutzung und nur teilweise nutzbar als Brauchwasser (Güteklasse 4). Allein für die Bereinigung der Abwassersituation veranschlagten sie ca. 60 bis 70 Milliarden DM (für Instandsetzung und Erweiterung von Klärwerken ca. 30, für Neubau von Kläranlagen und Sanierung der Kanalisation 30 bis 40 Milliarden DM).⁶

Auch Naujoks bezeichnete die Abwasserentsorgung als eines der schwerwiegendsten DDR-Umweltprobleme: „Industrielle Abwässer werden nur zu 67 Prozent in Aufbereitungsanlagen behandelt. Von den zentral erfaßten kommunalen Abwässern werden 12 Prozent unbehandelt in die Vorfluter und somit in die Gewässer abgeleitet ... Von den vorhandenen 36.000 km Abwasserleitungen sind rd. 26.000 km – teilweise stark – beschädigt ... Bei Einführung der EG-Trinkwasserrichtlinien werden die Grenzwerte für mindestens weitere 2 Mio. Einwohner nicht eingehalten werden können.“⁷

Dass die Luftverschmutzung ähnlich desaströs war, wurde bereits angesprochen: Im Vergleich mit der BRD lag die SO₂-Pro-Kopf-Belastung um das Zwölfwache höher – lediglich bei den aus dem Verkehrsbereich stammenden Stickoxiden lag die DDR günstiger als die BRD (auch, da Heizöl, Gas und Steinkohle für die Energieversorgung nicht bedeutsam waren). Kritisch hingegen war die Situation beim derzeit intensiv diskutierten Kohlendioxid: „Angesichts des hohen Anteils fossiler Energieträger sowie der geringen Effektivität des Energieeinsatzes hat die ehemalige DDR den höchsten Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß der Welt (23 t pro Einwohner und Jahr).“⁸

Mehr als ein Drittel der DDR-Bevölkerung, ca. 6 Millionen Menschen, lebten in Gebieten, in denen die Grenzwerte für Schwefeldioxid übertroffen wurden. Im Süden der Republik waren rund ein Viertel der DDR-Einwohner, ca. 4,3 Millionen Menschen, über längere Zeiträume Sedi-mentationsstaubbelastungen ausgesetzt, die beträchtlich über den zulässigen Grenzwerten lagen: „Je Einwohner bliesen die DDR-Schadstoffemittenten 1988 rd. 313 kg Schwefeldioxid und 132 kg Staub in die Luft. Hätten Luftströmungen der DDR nicht geholfen, einen Teil ihres immensen Schadstoffausstoßes zu ‚exportieren‘, so wären zum Beispiel im Jahre 1988 auf dem Territorium der DDR pro Quadratkilometer 48 t Schwefeldioxid und über 20 t Staub niedergegangen.“⁹

Wohlfahrt: Umweltprobleme im Sozialismus am Beispiel der Wasserfrage in der DDR, in: Torsten Meyer/Marcus Popplow (Hrsg.): Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte. Günter Bayerl zum 60. Geburtstag, Münster u. a. 2006, S. 367-380.

⁵ Ulrich Petschow u. a. (Hg.): Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau. Eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung, Frankfurt/Main 1990, S. 7/8. Herrn Petschow danke ich für Hinweise zum Thema.

⁶ Vgl. Petschow u. a. (Anm. 5), S. 102 u. 118/19.

⁷ Vgl. Naujoks (Anm. 4), S. 22-24.

⁸ Vgl. Naujoks (Anm. 4), S. 19/20.

⁹ Vgl. Buck (Anm. 3), S. 233-266, hier S. 225.

Besonders in den südlichen Bezirken mit hohem Industrialisierungsgrad litten weitaus mehr Menschen an Bronchitis, Asthma und Herz-Kreislauf-Erkrankungen als in den übrigen Gebieten der DDR. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war hier fast jedes zweite Kind von Atemwegserkrankungen, in der Endzeit der DDR beinahe jedes dritte Kind durch endogene Ekzeme betroffen.¹⁰ „All dies, aber auch andere soziale Faktoren führen zu einer Lebenserwartung, die in Ostdeutschland bei den Männern um 2,5 Jahre und bei den Frauen um 7 Jahre unter dem Durchschnitt der alten Bundesrepublik liegt.“¹¹

Umweltsanierung - ein vergessenes Thema der Vereinigung?

Seinerzeitige Schätzungen der aufzuwendenden Sanierungskosten beliefen sich auf eine Größenordnung von 380 bis 470 Milliarden DM für einen Zeitraum von 10 Jahren.¹² Konkret wurden diese Kosten erst während der laufenden Sanierung, wobei allerdings bis heute keine zusammenfassenden abschließenden Zahlen genannt werden können (genauso wenig im Übrigen wie auch beim Ruhrgebiet, dessen seit 1957 subventionierter Strukturwandel ebenfalls keine „Endabrechnung“ zulässt).

Der vorliegende Beitrag will dieses „nationale Umweltsanierungs-Programm“ von bisher nicht gekanntem Ausmaße mehr ins Bewusstsein rücken. Hier wurde ein nicht ganz unbedeutender Industriestaat, die DDR, de-industrialisiert bzw. seine industriellen Kerne modernisiert und seine stark geschädigte Umwelt saniert – und dies binnen kürzester Zeit. Ob es sich um eine De-Industrialisierung, eher eine modernisierende Konditionierung auf BRD-Niveau oder gar den Umbau zu einer ökoindustriellen Gesellschaft handelt, ist durchaus zu diskutieren. Zu diskutieren sind auch die Ergebnisse der ökologischen Sanierung, die im Übrigen auch heute noch nicht abgeschlossen ist.¹³ M.E. muss – angesichts des Umweltdesasters am Ende der DDR – zumindest zu großen Teilen von einer „Erfolgsgeschichte“ gesprochen werden. Umso überraschender ist es, dass weder in der allgemeinen gesellschaftlichen und politischen, noch speziell in der umwelt- und technikhistorischen Diskussion dieses Thema aufscheint. Man möchte meinen, dass gerade die Umweltgeschichte einen derart gewaltigen Umbruch in seiner historischen Singularität als bemerkenswertes Experiment zur Kenntnis nehmen müsste. Anscheinend ist dies nicht der Fall.

Bereits die Umweltgeschichte der DDR – die sich doch besonders gut zu einem Systemvergleich angeboten hätte – wurde in der BRD kaum beachtet. Christoph Bernhardt spricht davon, dass „die umwelthistorische Forschung zu dieser Epoche noch am Anfang steht“ und weist am Beispiel von Joachim Radkau „Natur und Macht“ auf ein entsprechendes Defizit hin.¹⁴ Bedenklich stimmt jedenfalls, wenn Frank Uekötter bei einem Langfristvergleich zwischen Deutschland und

¹⁰ Vgl. Buck (Anm. 3), S. 226.

¹¹ Klaus Zimmermann, Umweltpolitische Perspektiven in den neuen Ländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39 – 40/92, 18. September 1992, S. 3-13, hier S. 6.

¹² Vgl. Petschow u. a. (Anm. 5), S. 110.

¹³ Diese Diskussion kann angesichts des beschränkten Platzes hier nicht näher angesprochen werden. Sie ist Gegenstand längerfristiger Forschungsprojekte des Lehrstuhls Technikgeschichte der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus.

¹⁴ Bernhardt: Zwischen Industrialismus und sanitärer Wohlfahrt: (Anm. 4), S. 367, hierzu in seiner Anmerkung: „So werden Umweltprobleme und -politik in den sozialistischen Staaten z. B. in der maßgeblichen neueren Überblicksdarstellung von Joachim Radkau nur knapp angesprochen. Vgl. Joachim Radkau: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000, S. 288.“

den USA bis 1970 die in den ab 1949 beiden Deutschlands unterschiedliche Umweltpolitik und -situation nicht zum Thema macht, sondern per lapidarer Nebenbemerkung im laufenden Text behauptet wird: „Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgten in der Bundesrepublik – auf eine Betrachtung der parallelen Entwicklung in der DDR wurde aus verschiedenen Gründen verzichtet – nicht Anfang der 1970er Jahre, sondern in einem runden Dutzend Jahren zwischen 1952 und 1964“. In Unkenntnis der DDR-Situation heißt es dann in der entsprechenden Anmerkung: „Ausschlaggebend war zum einen die Leitfrage dieser Arbeit nach der Vorgeschichte der modernen Umweltpolitik, welche in Ostdeutschland bekanntlich erst durch den Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung Einzug gehalten hat, zum anderen die Tatsache, dass die Berücksichtigung der DDR ein ganz anderes methodisches Vorgehen erfordert hätte: Eine Analyse, die politische Entscheidungen als Resultat einer Interaktion von Staat, Industrie und Öffentlichkeit begreift, ist im Falle der DDR aus offenkundigen Gründen impraktikabel. Eine Untersuchung der Luftreinhaltung in der DDR wäre somit aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem ‚Buch im Buche‘ geworden.“¹⁵

Legitim ist natürlich die Eingrenzung des Themas bei einer Arbeit, die ohnehin schon diffizil und unübersichtlich ist. Aber man sollte bei der Eingrenzung überlegen, welche Möglichkeiten man verspielt, wenn man ganz offensichtlich alternative Entwicklungen innerhalb des gewählten Themas völlig ignoriert – gerade ein Systemvergleich BRD – DDR wäre für das Thema vielleicht ertragreicher gewesen, als der Vergleich zwischen zwei kapitalistischen Staaten.¹⁶ Letztlich fatal wird es aber, wenn in einem 2007 erschienenen Überblick über die „Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ der historisch einmalige Prozess der rapiden Umweltsanierung einer ganzen Industriegesellschaft nicht einmal eine Erwähnung findet. Lediglich die DDR-Umweltbewegung wird genannt und einige vage Bemerkungen zur Umweltsituation gipfeln in der Feststellung: „Erst nach der Wende gab es in der DDR-Umweltpolitik einen ebenso unerwarteten wie spektakulären Erfolg, als die Volkskammer in ihrer letzten Sitzung vor der Wiedervereinigung insgesamt 1.153.500 Hektar und damit 9,6 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stellte.“¹⁷ Dieser Coup ist sicher der Erwähnung wert, der De-Industrialisierungs- und Umweltsanierungsprozess der ehemaligen DDR wäre es aber noch erheblich mehr gewesen!

Freilich erklärt sich dieser blinde Fleck zum Teil auch aus dem Forschungsdefizit im Hinblick auf die Industrie- und Umweltgeschichte der DDR sowie vor allem die Transformationsgeschichte der Vorwende-, Wende- und Nachwendezeit. Hier ist ein umfänglicherer Beginn der Aufarbeitung erst für die jüngste Zeit zu beobachten.¹⁸

¹⁵ Frank Uekötter: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880 – 1970, Essen 2003, S. 26. Einzig akzeptabel ist hier vielleicht das Argument des letzten Satzes, ansonsten verkennt die Pauschalität dieser Ausgrenzung völlig die etwas diffizilere Situation in der DDR.

¹⁶ Zu einer differenzierteren Sicht auf Umweltpolitik und -realität der DDR vgl. bspw. Gerhard Würth: Umweltschutz und Umwelzerstörung in der DDR, Frankfurt/Main u. a. 1985; Hermann Behrens: Naturschutz und Landeskultur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Ein historischer Überblick, in: Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hrsg.): Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen, Sichtweisen, Planungen, Münster u. a. 2003 (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 22), S. 213-271; Zeitschrift „Studienarchiv Umweltgeschichte“ und fortlaufende Publikationen des Instituts für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung an der Hochschule Neubrandenburg.

¹⁷ Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 81), S. 35-37.

¹⁸ So z. B. Arbeiten von Christoph Bernhardt, wie der bereits genannte Aufsatz; verschiedene Beiträge in Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hrsg.): Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen, Sichtweisen, Planungen, Münster u. a. 2003 (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt) und weitere Arbeiten des Lehrstuhls. Die zwischenzeitlich entstandene Transformationsforschung konzentriert sich eher auf gesellschaftliche und ökonomische Sachverhalte, vgl. die diversen

Werfen wir einen Blick auf den historischen Vorgang der Sanierung am Beispiel der Altlastenproblematik.

Altlastensanierung. Kosten und Nutzen einer gesamtdeutschen Aufgabe

Altlasten gab es natürlich auch in der alten Bundesrepublik. Dies macht schon die Begriffsdefinition deutlich: „Altlasten“ sind Ablagerungen und Altstandorte, von denen Gefährdungen für die Umwelt, insbesondere für die menschliche Gesundheit, ausgehen. Dazu gehören verlassene und stillgelegte Ablagerungsplätze mit kommunalen und gewerblichen Abfällen, wilde Kippen, Aufhaldungen und Verfüllungen mit umweltgefährdenden Produktionsrückständen, auch in Verbindung mit Bergematerial und Bauschutt, ehemalige Industriestandorte, Versickerungen von umweltgefährdenden Stoffen (Korrosion von Leitungssystemen, defekte Abwasserkanäle), abgelagerte Kampfstoffe und Kontaminationen des Bodens und der Gewässer durch unsachgemäße Lagerung von Gefahrgut.¹⁹

Aus der Definition ergibt sich andererseits, wie sehr die plötzlichen Stilllegungen nach der Wende das Altlasten-Aufkommen der ehemaligen DDR steigern mussten: Unabhängig von Verschleiß und umwelttechnologischer Unzulänglichkeit ihrer Betriebe machte allein die plötzliche oder kurzfristige Außerbetriebnahme eine Produktionsanlage zur Altlast. Auch hier fand sozusagen schlagartig statt, was in der Bundesrepublik als evolutionärer Vorgang sich allmählich entwickeln konnte: die Entdeckung des Altlastenproblems, seine gesetzgeberische und verwaltungsorganisatorische Bewältigung sowie Modernisierung oder aber Rückbau und Entsorgung industrieller und militärischer Anlagen.

Gerade dies macht die Brisanz der Altlastenproblematik der neuen Bundesländer aus. Allerdings sind die Größenordnungen in beiden Teilstaaten durchaus von unterschiedlicher Qualität, wenngleich auch für die alten Bundesländer unterschiedliche Zahlenangaben zu finden sind: So werden im „Umweltreport DDR“ 1990 für die alte Bundesrepublik 35.000 Verdachtsflächen und Altlasten-Sanierungskosten in einer vagen Höhe von 17 bis 60 Milliarden DM genannt.²⁰ Hannsjörg F. Buck kommt 1999 bereits auf 48.377 Verdachtsflächen (40.514 Altablagerungen und 7.863 Altstandorte). Mitte der 1990er Jahre gingen Prognosen davon aus, dass für Westdeutschland nach Abschluss aller Recherchen wohl 50.000 bis 80.000 Verdachtsflächen insgesamt entdeckt werden würden, von denen sich etwa 10 Prozent als sanierungsbedürftige Altlasten

Arbeiten von Rolf Reißig, wie z. B. Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanzen und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000. Forschungsprojekte in diesem Rahmen haben beispielsweise die Transformation der ostdeutschen Betriebe im Focus, wobei Umweltgeschichte zwar eher am Rande stattfindet, aber mit der Beschreibung von „De-Industrialisierung, Umstrukturierung und Konditionierung“ und damit auch Sanierung doch Material erhält. Siehe z. B. Franz-Otto Gilles: „Wie Phönix aus der Asche?“ Zur Restrukturierung der industriellen Beziehungen in der chemischen Industrie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Niels Beckenbach/Werner van Treeck (Hg.): Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen 1994 (= Soziale Welt, Sonderband 9), S. 585-604; ders.: Nach Roskur Aufstieg zum Marktführer. Die Restrukturierung und Privatisierung der Stickstoffwerke Piesteritz, Berlin 1998 (= POLHIST Nr. 8). Zentral auch die Arbeiten von Hermann Behrens, vgl. die Zeitschrift „Studienarchiv Umweltgeschichte“, hrsg. v. Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg (www.iugr.net).

¹⁹ Vgl. Hannsjörg F. Buck: Umweltbelastungen durch Müllentsorgung und Industrieabfälle in der DDR, in: Eberhard Kuhrt u. a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Am Ende des realen Sozialismus; Bd. 4), Opladen 1999, S. 455-497, hier S. 480.

²⁰ Vgl. Petschow u. a. (Anm. 5), S. 117.

ten herausstellen könnten.²¹ Beide Angaben beziehen sich im Übrigen auf Arbeiten von Volker Franzius.²²

Spricht der „Umweltreport DDR“ nur davon, dass der Altlastenbestand der DDR circa ein Drittel dessen der BRD ausmache und in den neuen Bundesländern mit Sanierungskosten von 7 bis 20 Milliarden DM zu rechnen sei, differenziert Buck diesen Vergleich: „Das Territorium der alten Bundesländer umfasste eine Fläche, die knapp 2 ½ mal so groß war wie diejenige der ehemaligen DDR. Die Wohnbevölkerung der früheren Bundesrepublik übertraf diejenige der DDR um mehr als das 2 ½-fache. Ausgehend auch hiervon ist die Altlastenbürde der alten Bundesländer weder von der Zahl, der Dichte der Verdachtsflächen und Altlasten noch vom Ausmaß der Vergiftungsgefährlichkeit her mit der Hinterlassenschaft des SED-Staates vergleichbar.“²³

Walter Komar problematisiert Methoden und Ergebnisse einschlägiger Kostenschätzungen und kommt um 1994 – bei aller Einschränkung bzgl. verlässlicher Aussagen – zu folgendem Ergebnis: „Nach den jüngsten Rechnungen können die Kosten für die Sanierung der zivilen Altlasten in den neuen Bundesländern für die Altablagerungen rund 11 Mrd. DM ... und für die Altstandorte rund 37 Mrd. DM ..., zusammen etwa 48 Mrd. DM betragen. Die ermittelten Kosten beziehen sich auf die Fälle, die in den Altlastenkatastern der Länder registriert wurden ... Nicht enthalten sind in den oben genannten Werten die Kosten für Militär- und Rüstungsaltslasten sowie für Wismut-Altlasten.“²⁴

Die Kosten der Wismut-Sanierung betragen nach den Ausführungen von Rainer Karlsch (2007) vorläufig ca. 13 Mrd. DM (rund 6,2 Mrd. Euro): „Rechnet man noch weitere Fördermittel für begleitende Aktivitäten hinzu, dann beläuft sich der Gesamtetat für die Sanierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2010 auf gigantische 13 Milliarden Euro. Solch einen Kraftakt, darin sind sich nahezu alle Kommentatoren einig, hätte die DDR nicht bewältigen können.“²⁵

Komar diskutiert neben dem Aufwand auch Nutzen und Beschäftigungseffekt der Altlastensanierung. Bereits 1990 hatte Bundesumweltminister Töpfer klargestellt: „Niemand sollte sich etwas vormachen: Die Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist keine Frage von Tagen oder Monaten. Für den Umweltschutz gilt in besonderem Maße, daß wir einen schweren und sicherlich nicht kurzen Weg vor uns haben ... Der ökologische Fortschritt, den die ‚alte‘ Bundesrepublik in einem langsamen Anpassungsprozeß erreicht hat, wird in den neuen Bundesländern sozusagen in einem ‚ökologischen Sprung‘ verwirklicht werden ... Die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Bundesländern wird in den nächsten Jahren zweifellos einen hohen Anteil an personellen und finanziellen Ressourcen binden.“²⁶

²¹ Vgl. Buck (Anm. 19), S. 493.

²² Volker Franzius: Altlastensanierung, in: Handbuch Abfall-Wirtschaft und Recycling, Wiesbaden 1993, S. 108-142; ders. u. a.: Kostenschätzungen und Beschäftigungseffekte der Altlastensanierung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 8/1986.

²³ Vgl. Buck (Anm. 19), S. 493.

²⁴ Vgl. Walter Komar: Zur Altlastenproblematik in den neuen Bundesländern, in: Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Ökologische und soziale Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses (Probleme der Einheit; Bd. 15), Marburg 1994, S. 119-137, hier S. 126/127.

²⁵ Rainer Karlsch: Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte, Berlin 2007 (Zweite, durchgesehene Auflage, 1. Aufl. ebenfalls Berlin 2007), S. 236.

²⁶ Klaus Töpfer: Umweltpolitische Bilanz der 11. Legislaturperiode und neue Handlungsfelder im geeinten Deutschland. Bericht von Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer vor dem Umweltausschuß des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 1990, in: Umwelt, Nr. 11/1990, S. 519-524, hier S. 519 und 524.

Die Umweltsanierung war ausdrückliches Gebot der Einigungsverträge. Dass sie ein finanzieller Kraftakt sein würde, war früh klar geworden. Allerdings versprach man sich auch vielfältigen Nutzen davon. Komar spricht einige dieser Erwägungen am Beispiel des Altlastenbereichs an: Bei der Wiederherstellung industriell-gewerblicher Nutzungsfunktionen werden Verluste des Boden- und Grundstückswertes ausgeglichen, zudem weitergehende Grundwasserschäden vermieden. Bei Nachnutzung entfallen die Kosten für die Erschließung neuer Gewerbeflächen, aber auch die der Überwachung brachliegender Altlastenflächen sowie Kosten von Standortnachteilen aus beeinträchtigter Umweltqualität usw. „Einige der Nutzelemente der Altlastensanierung lassen sich schwer oder gar nicht monetarisieren, wie z. B. eine nicht intakte Umwelt als nachteiliger wirtschaftlicher Standortfaktor für eine Region oder die gesundheitlichen Folgekosten.“²⁷

Schätzwerte in Richtung dieser Kostenüberlegungen lagen bis dahin lediglich aus den alten Bundesländern vor: „In einem Bericht des Umweltbundesamtes werden die volkswirtschaftlichen Verluste durch Bodenbelastungen im Sinne von altlastbedingten Ausweichkosten (Kosten für die Erschließung von Ersatzflächen) in den alten Bundesländern auf 216 bis 771 Mrd. DM geschätzt ... Dabei wird unterstellt, dass infolge der Stilllegung von Altlastenflächen 30.000 ha neu erschlossen sowie in gleicher Größenordnung Brachen überwacht und gesichert werden müssen.“²⁸

Im Regelfall ist die Sanierung weitaus teurer, als die Überwachung belasteter Flächen. Angesichts des enormen Flächenverbrauches in den Industrieländern und der Flächenknappheit in Ballungsgebieten ist das Flächenrecycling mittlerweile aber ein selbstverständliches Gebot nachhaltiger Politik geworden. So hat der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Sondergutachten „Altlasten“ 1989 dargelegt, dass „die Bewältigung des Altlastenproblems als beispielhaft für die Weiterentwicklung von der sektoralen zur integralen Betrachtungsweise im Umweltschutz“ anzusehen sei – auch in der alten Bundesrepublik war die landesweite Altlastenproblematik erst in den 1980er Jahren virulent geworden.²⁹

Friedhelm Naujoks stellt die Nutzenüberlegungen auch in den Gesamtzusammenhang der Anpassung der Lebensverhältnisse und v. a. der Gesundheitsvorsorge und spricht damit volkswirtschaftliche Effekte an: „Im Jahr 1989 beliefen sich ... die umweltbedingten volkswirtschaftlichen Verluste der gesamten DDR auf rund 10 % der Bruttoinlandsproduktion. Wie weit die Beseitigung der Schäden zu Entlastungseffekten führt, kann nur abgeschätzt werden. Es empfiehlt sich angesichts der Unwägbarkeiten, die minimalen Effekte als Basis der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu nehmen – diese minimalen Effekte würden in der Größenordnung von 50 bis 60 % der Gesamtschäden liegen und damit exakt in der Höhe, die die Aufwendungen für die umfassende ökologische Sanierung ausmachen. Das heißt, die ökologische Sanierung würde sich mittel- und langfristig selbst tragen, da ihre Aufwendungen den Reduzierungen volkswirtschaftlicher Verluste dann entsprechen.“³⁰

²⁷ Vgl. Komar (Anm. 24), S. 128/129.

²⁸ Ebd.

²⁹ Aus dem Rückblick zur Altlastenproblematik in: Bodenschutzbericht der Bundesregierung für die 14. Legislaturperiode, verabschiedet vom Bundeskabinett am 19. Juni 2002. Netzinformationen der Bundesregierung.

³⁰ Vgl. Naujoks (Anm. 4), S. 79.

Gesundheitsgefährdungen wird vorgebeugt, sanierte Industriestandorte werden bereitgestellt und damit letztlich durch die verbesserte Lebenssituation die politische Stabilität erhöht.

Ein wichtiges Argument ist auch die zumindest partielle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Sanierung. Zwar konnte angesichts der gewaltigen Dimensionen des Umbruchs die Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert, aber durch verschiedene Maßnahmen wenigstens abgeschwächt werden. Hierzu gehörten auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Sanierung, zusätzlich die Ausgründung von einschlägigen Abteilungen aus den Kombinat oder die Neugründung von Sanierungsgesellschaften. So wurde anfangs der Anteil der ABM-Stellen im Umweltbereich an den gesamten ABM-Stellen in den neuen Bundesländern auf über 25 % veranschlagt. „Danach waren 1991 von rund 400.000 ABM-Arbeitskräften etwa 120.000 in der Umweltsanierung tätig. Im Bodenschutz einschließlich der Altlastensanierung ist die Anzahl der ABM-Beschäftigten auf etwa 21.000 hochgerechnet worden, was knapp 7 Prozent aller ABM-Stellen ausmacht“, schreibt Komar und schätzt aus der Sicht 1994 den weiteren, direkten Beschäftigungseffekt ab: „Unterstellt man, daß pro Jahr etwa 3 Mrd. DM für die Altlastenerkundung und -sanierung ausgegeben werden, würden für circa 16 Jahre rund 22.800 Arbeitnehmer Betätigung finden.“³¹

Freilich konnte eine große Zahl der Arbeitnehmer nur vorübergehend beschäftigt werden. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV), die im Auftrag der Bundesregierung die Verwaltung und Sanierung der stillgelegten Tagebaue im Braunkohlerevier betreibt, beschäftigte beispielsweise im Jahr 1995 noch 11.321 Arbeitnehmer, 2002 nur noch 1.353. Andererseits bildeten sich im Rahmen dieses Sanierungsprozesses etliche einschlägige, selbständige Firmen heraus. Diese sind zwar im Regelfall klein und können nicht alles Personal der LMBV auffangen, sind aber im Marktsegment der Umwelttechnologie gut aufgestellt.³²

So ist die Altlastensanierung kein Beitrag zur Vermeidung des Problems der wendebedingten Arbeitslosigkeit gewesen, vermutlich aber ein nicht ganz zu unterschätzender Beitrag zur Abmilderung des Problems. Wenn auch der Großteil der Sanierungsarbeiten nur vorübergehenden Beschäftigungscharakter hatte, so entstanden hier zum Teil zukunftsfähige Firmen – oftmals auch, indem sich Neugründungen vor Ort mit alterfahrenen westlichen Sanierungsfirmen zusammenschlossen –, die in dem sich ausweitenden Marktsegment der Umwelttechnologie mit spezifischen Leistungen verankert sind. Wenn Deutschland seit einiger Zeit in diesem Marktbe- reich eine weltweite Spitzenstellung einnimmt, dürfte auch das „große Sanierungsprojekt DDR“ hierzu beigetragen haben!

Zehn Jahre nach diesen Diskussionen betonte Bundespräsident Horst Köhler bei der Verleihung des Umweltpreises 2005 in Lübeck die Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen: „Umweltschutz hilft, Kosten zu senken, Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, Umweltschutz sichert unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Kurzum: Umweltschutz ist nicht Mode, sondern modern. Er gehört zu unseren Stärken in Deutschland ... Die meisten Erfindungen in der Umweltschutztechnik stammen aus Deutschland. Erstmals seit zehn Jahren ist Deutschland auch wieder Weltmeister im Export von Umweltschutzgütern. Fast 1,5 Millionen Erwerbstätige sind im Umweltschutz beschäftigt, das sind eine halbe Million mehr als

³¹ Vgl. Komar (Anm. 24), S. 131-134.

³² Vgl. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hg.): Bergbausanierung ist nicht eines Mannes Werk. Wandlungen und Perspektiven im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier, Berlin 2003, S. 14; zu einschlägigen Firmen im Sanierungswesen S. 64 ff.

noch 1994. Im Umweltschutz arbeiten heute mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Vorrang für Arbeit lässt sich also mit Umweltschutz hervorragend verbinden ...³³

Allgemein wird nun festgestellt, was Umweltschützer schon immer behauptet hatten, ihnen aber niemand glauben wollte: „Der vermeintliche Arbeitsplatzvernichter Umweltschutz hat sich längst als wahrer Stellenmotor entpuppt: Jedes Jahr entstehen etwa im Bereich der erneuerbaren Energien Tausende von neuen Arbeitsplätzen. In der gesamten Umwelttechnologie-Branche gibt es nach Angaben des Bundesumweltministeriums bereits heute 1,5 Millionen Stellen – und ein Ende des Aufschwungs ist nicht in Sicht. ... Die Energie- und Umweltexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Claudia Kemfert, spricht gerade mit Blick auf den Sektor der erneuerbaren Energien von einem ‚grünen Job-Wunder‘. Der Umweltschutz sei eine ‚Zukunftsbranche‘, in der eine Ausbildung oder ein Studium empfehlenswert seien.“³⁴

2006 wurde von mittlerweile 170.000 Beschäftigten allein im Sektor der erneuerbaren Energien gesprochen, Wirtschaftsinstitute untersuchen Potential und Entwicklungspfade dieser Branche.³⁵

Die „Wirtschaftswoche“ feierte 2007 die Umweltschutztechnologie als „Heiße Technik“: „Das Klima spielt verrückt, Rohstoffe werden langfristig immer teurer, in den Schwellenländern nimmt die Umweltverschmutzung katastrophale Ausmaße an. Grüne Technologien stehen deshalb vor einem gigantischen Boom. Die weltweit führende deutsche Umweltindustrie hat beste Exportchancen – und das Zeug zum wichtigsten Jobmotor.“³⁶ Die Zeitschrift betont den Bedarf auf dem Weltmarkt – 2005 wurden weltweit rund 45 Milliarden Euro in Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke investiert, was einer Steigerung von 25 Prozent in nur einem Jahr entsprach. Ab 2020 rechnet sie mit einer Investition von jährlich bis zu 250 Milliarden Euro in die erneuerbaren Energien.

Die Sanierung als Weg in die ökoindustrielle Gesellschaft?

Mit einer „gewissen De-Industrialisierung der DDR“,³⁷ zumindest einer industriellen Konditionierung und Modernisierung in den wenigen verbliebenen industriellen Kernen, ging eine gewaltige Umweltsanierung Hand in Hand. Diese Sanierungsleistung innerhalb eines äußerst kurzen Zeitraumes scheint mir ein Vorgang von historischer Singularität, der es verdient hätte, zum Thema der Umweltgeschichte zu werden. Zwar wurde die „alte Urangst“, dass Umweltschutz Arbeitsplätze koste, zunächst bestätigt; die längerfristige Entwicklung zeigt aber, dass Umweltschutz eher neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze gebiert.

Ein weltweit nicht ganz unbedeutender Industriestaat mit teils „verschlossener Produktionstechnologie“ und ökonomischen Problemen hatte seine Umwelt schwer geschädigt. Nicht nur dass ein Großteil dieser Schädigungen binnen kürzester Frist bekämpft wurde, mit der Umgestaltung

³³ DBU aktuell. Informationen aus der Fördertätigkeit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Nov. 2005, S. 1-2.

³⁴ LR vom 18.5.07.

³⁵ LR vom 23.3.06; vgl. z. B. Steffen Hentrich u. a.: Beschäftigungseffekte durch den Ausbau erneuerbarer Energien, Halle/Saale 2004 (= Sonderheft 1/2004, hg. v. Institut für Wirtschaftsforschung Halle).

³⁶ Wirtschaftswoche, 22.1.2007, S. 48-59, hier S. 48.

³⁷ Vgl. zu dieser Einschätzung: Günter Bayerl: Deindustrialisierung und Nachhaltigkeit in altindustriellen Regionen. Aspekte einer vergleichenden Betrachtung von Ruhrgebiet und Niederlausitz, in: Manfred Rasch/Dietmar Bleidick (Hrsg.): Technikgeschichte im Ruhrgebiet. Technikgeschichte für das Ruhrgebiet. Festschrift für Wolfhard Weber zum 65. Geburtstag, Essen 2004, S. 958-978.

von Umweltpolitik und -verwaltung nach dem Beitritt gehört das Territorium nun unter ökologischen Gesichtspunkten zu einer Hoffungslandschaft nachhaltiger Entwicklungsmöglichkeiten. Einen Umbau in eine ökoindustrielle Gesellschaft können wir zwar noch nicht erkennen, die Möglichkeiten hierzu durchaus!

Auch andere Autoren schätzen den Vorgang ähnlich ein: Relativ lapidar, aber dennoch als Erfolgsgeschichte, fasst Joseph Huber 2001 das bisherige Ergebnis der Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zusammen: „Seit der Vereinigung Deutschlands wurde in den neuen Bundesländern umfangreich in den Umweltschutz investiert. Dadurch konnten die vorhandenen Defizite der Luft- und Gewässerreinigung im Verlauf eines Jahrzehnts nahezu abgebaut werden. Auch die Sanierung stillgelegter Industriestandorte ist ein gutes Stück vorangekommen. Ein gewisser Nachholbedarf besteht noch bei der Sanierung der Kanalisation und der Wärmedämmung im Wohnungsbestand. In ganz Deutschland wie in anderen Industriestaaten schlagen sich die positiven Trends bei Ressourcenverbrauch und Emissionen in einem verbesserten Zustand der Umwelt nieder. Die Konzentrationen von Schadstoffen in Luft und Gewässern sind in den entwickelten Ländern stark zurückgegangen.“³⁸

Liest man den zitierten Aufsatz von Huber, der die großen Trends des Umweltschutzes, den augenblicklichen Stand und die gegenwärtigen und voraussichtlichen Probleme zusammenfasst und gelungen schildert, so gewinnt man den Eindruck, dass sich die Umweltsanierung der ehemaligen DDR als das große Umweltprojekt Deutschlands in die Notwendigkeiten der Zeit und den Modernisierungsvorgang der führenden Industrienationen nahtlos einfügt. Joseph Huber spricht von einem Übergang der „vollindustrialisierten Gesellschaften“ in eine nächste Stufe der „Wissenschafts- oder Technologiegesellschaft“, von ihm stammt auch der Begriff der „ökoindustriellen Gesellschaft“. Ist Deutschland auf dem Weg in eine solche?

Der Begriff der „ökoindustriellen Gesellschaft“ wird hier in Anlehnung an einen Ansatz gebraucht, wie ihn beispielsweise Thomas Graedel für den Begriff „Industrial Ecology“ definiert oder Joseph Huber formuliert.³⁹ Gerade die Ausführungen Joseph Hubers sind zur Veranschaulichung dessen, worum es im Kern geht, gut geeignet.

Die Nachhaltigkeit ist weltweit als Begriff und Basis einer zukunftsfähigen Entwicklung akzeptiert, dennoch fehlen Transformations-Strategien zur praktischen Realisierung. Huber greift auf die Formel von Paul und Anne Ehrlich zurück, dass sich Umweltwirkungen aus dem Zusammenspiel von Bevölkerungsentwicklung, konsumtivem Anspruchsniveau und technologischer Entwicklung ergeben. Ein Konzept der Genügsamkeit und des Verzichts, das Konzept der Suffizienz, sieht er darin, dass in den bevölkerungsreichen Ländern des Südens die Bevölkerungskontrolle, in den konsumorientierten Gesellschaften des Nordens eine Konsumanspruchskontrolle durchgesetzt wird. Beides zusammen würde die Umweltprobleme lindern, findet in der Realität aber kaum statt. Immer mehr Menschen verursachen, insbesondere unter industrialisierten Bedingungen, immer mehr Stoffumsätze. Angesichts dieser Tatsache erwuchs das Interesse für den Faktor Technologie. Seit den 1980er Jahren wurde erkannt, dass die „industrietraditionalen

³⁸ Joseph Huber: Umweltschutz, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hg.): Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn 2001, S. 364-393, hier S. 367.

³⁹ Thomas Graedel: Industrial Ecology. Definition and Implementation, in: Robert Socolow/Clinton Andrews/Frans Berkhout/Valerie Thomas (Eds.): Industrial Ecology and Global Change, Cambridge 1994, S. 23-42; Joseph Huber: Industrielle Ökologie: Über Konsistenz, Effizienz und Suffizienz, in: Rolf Kreibich/Udo E. Simonis (Hrsg.): Global Change – Globaler Wandel. Ursachenkomplexe und Lösungsansätze, Berlin 2000, S. 107-124; vgl. auch die Zeitschrift „Industrial Ecology“.

Technologien“ oft im seinerzeitigen Stand keine ökologisch tragfähige Zukunft haben konnten; zu diesem Zeitpunkt sieht Huber auch eine „grüne Welle“ in den großen Industriefirmen sich verbreiten, die sich den ökologischen Herausforderungen stellen wollen, ohne Umsätze und Kapital zu verlieren.⁴⁰

Mit dem Prozess von Rio geriet dieser technologisch orientierte Ansatz zur Effizienzstrategie: Durch Rationalisierung von Stoffumsätzen kann der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie verringert werden. Durch effektivere Nutzung von Energie und Stoffströmen sowie der Ressourcen könnte man den Material- und Energie-Input bei gleich bleibenden Ergebnissen verringern. Huber führt eine Anzahl von Ansätzen, die sich dementsprechend auf Produktion und Technologie beziehen und insbesondere seit den 1990er Jahren formuliert wurden, auf, so Clean Technology, Ökologische Modernisierung, Stoffstrom-Management, Öko-Effektivität und eben Industrielle Ökologie. Bei diesen Ansätzen ging es dann schließlich weniger darum, die Wirkungsgrade herkömmlicher Technologien zu verbessern, als die Qualität der Produktionsprozesse im Hinblick auf die bessere Integration in den Naturstoffwechsel grundlegend zu verändern. Huber warnt davor, sich auf bestimmte Ausprägungen von „Zukunftstechnologien“ festzulegen und nach völlig Alternativem Ausschau zu halten, sondern empfiehlt, sich auf bereits vorhandene Strukturen, die einen gewissen Entwicklungsverlauf zurückgelegt haben, zu stützen. Im Energiebereich sieht er durchaus die Verbreitung von Brennstoffzellen oder die Solar-Wasserstoff-Technik zur Substitution von fossilen Brennstoffen als notwendig an. Er plädiert für Biotechnik und Gentechnik, denen er wesentliche Potenzen bei einer Umwelt- und Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 21 zuschreibt. Eine Schlüsselrolle sieht er auch bei der Abfallwirtschaft, die zu einer Art von „Grundstoffindustrie rückwärts“ werden muss: Die Produkte müssen auch nach ihrem Gebrauch durch die Rückwandlung in naturnahe oder naturidentische, toxisch unbedenkliche Verbindungen in Wert gesetzt werden: „Die obigen Beispiele zeigen, dass es in erster Linie nicht um weniger Materialnutzung geht, als vielmehr um andere Arten von Materialnutzung, die auch in großen Volumina aufrechterhalten werden können. Das Erfordernis großer Volumina ergibt sich aus den hohen Bevölkerungszahlen eher höheren als geringeren Verbrauchsniveaus. Den Aspekt der ‚qualitativen‘ Transformation der industriellen Stoffumsätze habe ich als Konsistenz bezeichnet.“⁴¹ Wenn also Suffizienz den Verzicht und das Sparen betrifft, Effizienz die Rationalisierung und effektivere Nutzung, so meint Konsistenz den qualitativen Wandel der Produktionsprozesse, der zu einer Integration von Ökonomie und Ökologie führt. Als Obergriff hierfür wählt Huber sein Konzept der „Industriellen Ökologie“: „Der Zielhorizont von Industriel-ler Ökologie geht dahin, den unternehmensgesellschaftlichen Metabolismus (Metabolismus meint den Stoff- und Energiefluß, also den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur, G. B.) wieder besser einzubetten in den Gesamtmetabolismus der Geo- und Biosphäre, und zwar weniger durch bloße Mengenänderungen, als vielmehr durch Änderungen der Stoffstrom-Qualitäten. Es geht nicht darum, eine Mengenanpassung auf dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau der technologischen Strukturen herbeizuführen, sondern diese Strukturen so fortzuentwickeln, daß damit eine metabolisch naturintegrierte Industriegesellschaft geschaffen wird.“⁴²

⁴⁰ Vgl. Huber (Anm. 39), S. 107-109.

⁴¹ Huber (Anm. 39), S. 110/111; vgl. ders.: Nachhaltige Entwicklung, Berlin 1995.

⁴² Huber (Anm. 39), S. 111.

Huber sieht durchaus Übergangszeiträume; so wird beispielsweise das „Management weitgehend abgekapselter toxischer Stoffkreisläufe in und zwischen Produktionsanlagen“ (also beispielsweise des im Kraftwerk abgeschiedenen CO₂) in absehbarer Zeit oftmals nicht vermieden werden können. Dauerhaft entspricht dies jedoch nicht den Zielvorstellungen einer industriellen Ökologie. Huber warnt auch vor dem Missverständnis, dass die „Dematerialisierung“, also die Verringerung von Mengenumsätzen und andererseits ein „qualitatives Wachstum“ beispielsweise im anscheinend ökologisch verträglichen Dienstleistungssektor die Zielsetzung seien. Wenn Dienstleistungen statt Landwirtschaft und Industrie die Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft – zum Beispiel von der Beschäftigtenzahl her – auch prägen, so bleibt diese dennoch eine hochindustrielle Gesellschaft, die oftmals material- und energieintensiver als die klassischen Industriegesellschaften ist. Letztendlich kann sich die ökoindustrielle Gesellschaft also nur im qualitativen Wandel der Strukturen des Industriesystems durchsetzen. Ausstiegsszenarien sind nur sehr bedingt zukunftsfähig.

Meines Erachtens sind auch Aussagen von Martin Jänicke, dass eine anspruchsvolle Umweltpolitik Wachstums- und Modernisierungspotentiale aktiviert und keineswegs das Wirtschaftswachstum behindert, in solche Zusammenhänge einzuordnen. Der „Umweltstaat“ unterstützt das Produktionsmodell einer wissensintensiven Volkswirtschaft, die mit Ressourcen öko-effizienter umgeht, durch „Transition Management“. Nach Jänickes Auffassung hat sich gezeigt, dass das Herunterfahren problematischer Produktionen zu Fehlschlägen führte, während staatliche Strategien der Unterstützung ökologischer Modernisierung technische Fortschritte mit ökologisch positiven Folgen zeitigten.⁴³

Dass eine nachhaltige Zukunft nicht ohne oder gar gegen die Wirtschaft möglich ist, ist eine triviale Grunderkenntnis: „Die wirtschaftlichen Institutionen sind auf der ganzen Welt die mächtigsten Kräfte. Deshalb können nur mit ihnen die notwendigen Veränderungen herbeigeführt werden. Sie müssen aktiver Teil der grundlegenden systemischen Transformationsprozesse sein.“⁴⁴

Durch die radikale industrielle Modernisierung, die mit der ökologischen Sanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Hand in Hand ging, scheinen mir auf diesem Territorium durchaus die Weichen in Richtung einer ökoindustriellen Gesellschaft gestellt. Dennoch fahren noch viel zu viele Züge in die Gegenrichtung. Das Innewerden des gewaltigen Sanierungsprozesses der letzten zwanzig Jahre könnte m. E. dazu beitragen, das Bewusstsein bezüglich des notwendigen Entwicklungspfadefades zu schärfen.

⁴³ Vgl. „Umweltintegration als Industrie- und Strukturpolitik“, in: Martin Jänicke: Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat, München 2008, S. 160/161.

⁴⁴ Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen, in: BUND/Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel u. a. 1997 (4. Aufl.), S. 190 ff., hier S. 191.

Die Entwicklung der Strategie „Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt“ als zentrale Aufgabe des Naturschutzes in den 1980er Jahren in der DDR

Vortrag auf der VI. Winterakademie zur Geschichte des Naturschutzes

Lutz Reichhoff¹

1. Einleitung und Problemlage

In den 1980er Jahren erfolgte im Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (ILN) eine breit gefächerte Diskussion zur Entwicklung einer neuen Naturschutzstrategie, die auf die Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt der Organismen gerichtet war und die taktisch über den Biotopschutz und die Biotoppflege umgesetzt werden sollte (vgl. Reichhoff & Böhnert 1987). Diese Diskussion ist nicht nur hinsichtlich der Zielstellungen die Rio-Konvention von 1992 zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt unter wissenschafts- und naturschutzhistorischen Aspekten von Interesse, sondern hatte auch ihre rechtlichen Auswirkungen auf die 1. Durchführungsverordnung Naturschutz zum Landeskulturgesetz von 1989 (Reichhoff 1998). Bis zum heutigen Tag hat sich der Begriff der Arten- und Formenvielfalt in Verordnungstexten, Leitbildern und Publikationen erhalten.

Mit dem Ausgang der 1970er Jahre war nicht nur eine allgemeine Stagnation in der DDR, sondern auch eine Stagnation des Naturschutzes in Theorie und Praxis zu erkennen. Das Hauptproblem bestand darin, dass der zunehmenden Gefährdung der Arten und Lebensräume, wie in den Roten Listen dargestellt, keine adäquate Schutzkonzeption entgegen gestellt wurde. Unter den Zielen des Naturschutzes, exemplarisch verdeutlicht an den Aufgaben der Naturschutzgebiete (vgl. Weinitschke 1987, 179-181), spielte die Refugialaufgabe eine untergeordnete Rolle² (vgl. Weinitschke 2000, 19) und wurde zunehmend zurückgedrängt (vgl. Weinitschke 1980). Dies drückte sich vor allem darin aus, dass

- die Wissenschaftsfunktion der Schutzgebiete in den Vordergrund gerückt wurde,
Zitat Weinitschke (1980, 5): „Es sind vorwiegend wissenschaftliche Gründe, die die Auswahl und die notwendige Pflege der Naturschutzgebiete bestimmen. Eine Schwerpunktverlagerung erfolgt jedoch auch hier. Die ursprünglich vordergründige Bedeutung der Naturschutzgebiete für die Dokumentation bestimmter Sachverhalte als Ergebnis der natürlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes und seiner Natur wird mehr und mehr von der Bedeutung der Naturschutzgebiete als Beobachtungs-, Forschungs- und Experimentierflächen überlagert.“
- der Schritt hin zu Großschutzgebieten, wie sie weltweit entstanden, weder wissenschaftlich gefordert (offizielles ILN) noch staatlich geplant war und selbst die Anerkennung der Biosphä-

¹ Für die konstruktive inhaltliche Diskussion des Entwurfs des Beitrages dankt der Autor den Herren Dr. Siegfried Schlosser, Coswig/Anh. und Dr. Uwe Wegener, Halberstadt.

² Auf ein Beispiel der Ausweisung von Naturschutzgebieten auf eine konkrete Gefährdungssituation hin verweist Weinitschke (2000) in Bezug auf die Auswahl der Waldschutzgebiete in den 1950er Jahren des 20. Jahrhunderts. Als Begründung für die frühzeitige Bearbeitung dieses NSG-Typs führt er an: „Nicht weil die Wälder als langlebige und relativ stabile Ökosysteme eine Besonderheit darstellen, sondern weil ein Forstmeister namens Pietsch aus Potsdam die Nachricht brachte, daß eine umfassende Waldinventur in der DDR geplant sei, wobei man zwecks Holzgewinnung auf die noch vorhandenen Altholzbestände besonderes Augenmerk zu richten schien. Das war der Grund, weshalb derartige Altholzblöcke die Liste der neu auszuwählenden NSG anführten.“

renreservate „Steckby-Lödderitzer Forst“ und „Vessertal“ im Jahre 1979 durch die UNESCO mehr ein symbolischer als ein konsequent naturschutzfachlicher Schritt war, da nur bestehende Naturschutzgebiete als solche gemeldet wurden, denen Großflächigkeit und Zonierung (Zone III, Zone der harmonischen Kulturlandschaft) fehlten. Die Kernzonen waren sehr klein.

- die Nationalparkdiskussion offiziell abgeschlossen war; in der DDR sollten zu diesem Zeitpunkt keine Nationalparke ausgewiesen werden.

Damit waren auch die Grundlagen für die Durchsetzung eines angemessenen Prozessschutzes im Rahmen des Gesamtsystems des Naturschutzes entzogen. Die bestehenden Totalreservate in den Naturschutzgebieten waren allgemein sehr klein und auf die Sicherung von Bestockungsprofilen ausgerichtet.

Hinzu traten weitere Probleme der Entwicklung der rechtlichen und methodischen Grundlagen und Instrumente des Naturschutzes:

- Die Etablierung der Landschaftsplanung wurde staatlich offiziell abgelehnt.
- Es fehlten rechtliche Instrumentarien der Eingriffsregelung.
- Die Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR war zwar in das Handlungssystem des Naturschutzes integriert, konnte von sich aus aber nur begrenzt (z. B. bei der Erarbeitung und Herausgabe der Roten Listen) eigenständige Forderungen gegenüber dem staatlichen Naturschutz durchsetzen (fehlende rechtlich verpflichtende Verbandsbeteiligung).
- Eine Professionalisierung des Naturschutzes erfolgte nicht auf den staatlichen Leitungsebenen sondern nur über Naturschutzwarte in Naturschutzstationen oder über die Einsetzung von hauptamtlichen Mitarbeitern (Landeskulturbeauftragte) in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft (vgl. Wegener 2008).

Ein innovativer Ansatz des Naturschutzes war allerdings auf das Management der Lebensräume gerichtet. Die Pflege von Halbkulturformationen nahm breiten Raum in Forschung und praktischer Umsetzung ein (vgl. Wegener 2008) und trug damit wesentlich zur Erhaltung von Arten und Lebensräumen bei.

Generell stand aber der Naturschutz dem Problem gegenüber, dass es zu ständig steigender Gefährdung der Arten und Lebensräume kam. Eine konsequente Ausrichtung der Ziele und Handlungen des Naturschutzes auf die Lösung dieses Problems zur Sicherung der Arten und Lebensräume, zur Eingrenzung der Gefährdung und zur vorbeugenden Abwehr weiterer Gefährdung war nicht vorgesehen. Die notwendigen Einschränkungen der Intensivierung der landnutzenden Wirtschaftszweige einschließlich des Bergbaus und der extremen Umweltverschmutzung durch Industrie und Verkehr waren bedingt durch die ökonomische Schwäche der DDR nicht möglich. Die Entwicklung des Systems „Naturschutz“ als regulierende und begrenzende gesellschaftliche Reaktion auf die zunehmende Gefährdung der Arten und Biotope wurde nicht angestrebt.

In dieser Situation entwickelten sich im ILN verschiedene Diskussionen, welche Handlungsräume zur Lösung des Grundkonfliktes zwischen Naturschutz und Landnutzung, nämlich der zunehmenden Gefährdung von Arten und Biotopen, bestanden. Dabei gab es grundsätzlich zwei Wege. Der eine ergab sich in der Suche nach örtlichen und zeitlichen Möglichkeiten, die Starrheit des Systems zu durchbrechen und Naturschutz offensiv zu praktizieren. Dies waren die oft beschriebenen Aktionen Einzelner (z. B. der Kreisnaturschutzbeauftragten und Naturschutzhel-

fer), Gruppen der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR (GNU) oder auch von Arbeitsgruppen des ILN (IUGR 1998). Der andere bestand in der Formulierung und Durchsetzung einer neuen Strategie des Naturschutzes, die zwingend ein konsequenteres sowie zielorientierteres Handeln begründen und fordern sollte.

Die Entwicklung einer neuen Naturschutzstrategie in der DDR war nur Erfolg versprechend formulierbar, wenn sie in das weltanschauliche System des Sozialismus eingebettet war. Aber gerade darin bestand auch eine besondere Chance, da die Klassiker des Marxismus in ihrer Reproduktionstheorie als Kritik am Kapitalismus weit reichende Forderungen zur verantwortlichen Nutzung der Natur durch den Menschen formuliert hatten (vgl. Paucke 1983). Zugleich schützte die Einbettung der Diskussion in die Gesellschaftstheorie der DDR die Autoren vor Angriffen (vgl. Reichhoff 1999).

Die Diskussion zum Strategiewechsel des Naturschutzes, die zugleich auf eine grundsätzliche Weiterentwicklung seiner Theorie, seiner Ziele, seines Fachrechts, seiner Organisation und seines praktischen Handelns ausgerichtet war, wie der bestehende Naturschutz beispielsweise in Weinitschke (1987) umrissen wurde, begann um 1980 in der Zentrale des ILN, der Arbeitsgruppe Halle (später Dessau) und den Bezirksnaturschutzverwaltungen Halle und Magdeburg einschließlich der KNB und der GNU. Die Initiatoren dieser Diskussion und die Autoren der ersten Diskussionspapiere, Dr. Lutz Reichhoff und Dr. Wolfgang Böhnert, blieben dabei anfänglich ungenannt, um die Naturschutzverwaltungen als Träger der Diskussion zu nutzen.

2. Entwicklung der Naturschutzstrategie

2.1 Natürliche Ressourcen

Die Überlegungen gingen zunächst davon aus, dass sich unter dem Begriff Landeskultur (Landeskulturgesetz) ein breites Spektrum von Aufgaben aufspannte, das von den Bereichen Naturschutz, Landschaftspflege und Umweltschutz abzudecken war. Naturschutz und Landschaftspflege, heute zu einem einheitlichen Doppelbegriff verschmolzen, unterscheiden sich hinsichtlich ihrer zeitlichen Entstehung, ihrer Motivation, ihrer Ziele und ihrer Handlungsmuster (vereinfacht: hier schützen, dort gestalten – vgl. Reichhoff 2007). Umweltschutz wird allgemein mit „technischen“ Maßnahmen in Ausrichtung auf den Immissionsschutz und den Gewässerschutz in Zusammenhang gebracht. Für notwendig erachtet wurde eine Aufgabenteilung bzw. Spezialisierung und Zusammenarbeit dieser Bereiche, um im Ergebnis mehr als die Summe der Teilgebiete erreichen zu können.

Weiterhin bestand die Überlegung, dass, wenn Naturschutz auch – neben seinen naturschutzfachlichen – seine berechtigten und weit reichenden kulturellen, ethischen und ästhetischen Begründungen hat, er in der Auseinandersetzung mit den Wirtschaftszweigen immer auf ökonomische Argumentationen stoßen wird, mit denen er sich schlussendlich auseinandersetzen hat und im Verhältnis zu denen ihm in den Entscheidungsprozessen sein Platz zugewiesen wird. Folgerichtig sollten den ökonomischen Argumenten gleichwertige (gleichartige) entgegengesetzt werden, die zu einer höheren Durchsetzungskraft und zu einer möglichst „objektiven“, das heißt zwingenden Argumentation führten. Als dafür geeigneter Ansatz wurden die natürlichen Ressourcen angesehen, da sie sich als genutzte Natur in das ökonomische Werteverständnis integrieren lassen. Die Theorie der natürlichen Ressourcen war in der sowjetischen Ökonomie und Wirtschaftsgeographie gut entwickelt, sodass ausreichender Quellenbezug bestand. Dem fol-

gend wurden die natürlichen Ressourcen eingeteilt in die nicht erschöpfbaren (Luft, Wasser, Strahlung) und die erschöpfbaren. Die erschöpfbaren Ressourcen wiederum gliederten sich in wiederherstellbare (Boden, Biomasse, Ökosysteme, Landschaften) und nicht wiederherstellbare. Die nicht wiederherstellbaren Ressourcen konnten letztlich in entwicklungspassive (fossile Brennstoffe, Erze, mineralische Rohstoffe) und entwicklungsaktive (Arten- und Formenvielfalt der Organismen – genetische Mannigfaltigkeit der Populationen der Arten und Formen) gegliedert werden. Damit lag auch ein System für die Aufgabenteilung zwischen Umweltschutz, Landschaftspflege und Naturschutz vor:

Umweltschutz	nicht erschöpfbare Ressourcen
Landschaftspflege	erschöpfbare, wieder herstellbare Ressourcen
Naturschutz	erschöpfbare, nicht wiederherstellbare, entwicklungsaktive Ressourcen
Ressourcenökonomie	erschöpfbare, nicht wiederherstellbare, entwicklungspassive Ressourcen

2.2 Genressourcen und Generosion

Zunächst unabhängig von der bisher dargestellten Suche nach einer neuen Naturschutzstrategie entstanden im ILN Arbeiten von S. Schlosser über pflanzengenetische Ressourcen, die in die Zielstellungen des Naturschutzes integriert werden sollten (vgl. Schlosser & Reichhoff 2004). Diese Ansätze wurden im Rahmen der Bearbeitung der Publikation „Genressourcen für Forschung und Nutzung“ mit der Strategiediskussion zusammengeführt (Schlosser et al. 1982).

Auffällig war, dass die pflanzengenetischen Ressourcen, also die vor allem zahlreichen Landsorten der Kulturpflanzen und ihre verwandten Wildpflanzen, der Generosion unterlagen, d. h. einem Gefährdungs- und Aussterbeprozess, der denen der Wildarten und -formen in Flora und Fauna, wie sie in den Roten Listen dokumentiert wurden, entsprach. Waren es hier die Überprägung, Vereinfachung und Nivellierung der Nutzungssysteme, Anbau- und Sortenstrukturen, so waren es dort die Vereinheitlichungen und Intensivierungen der Nutzungen sowie die Nivellierung der Standorte bzw. die Aufgabe früherer extensiver Nutzungen, die wesentliche Gefährdungsfaktoren darstellten. Damit erhielt die Ressource Arten- und Formenvielfalt der Organismen einen direkten ökonomischen Bezug, denn mit dem Aussterben von Arten und Formen wurde auch deren Nutzbarkeit, insbesondere die potenzielle Nutzbarkeit unter dem Aspekt der sich entwickelnden Biotechnologie und Gentechnologie, zerstört. Ökonomische Bewertungen der Genressourcen lagen z. B. aus den USA vor. Die Bedeutung der Genressourcen war grundsätzlich und umfänglich durch Vavilow in der Sowjetunion herausgestellt und mit der Sammlung großer Kollektionen von Pflanzen und deren Erhaltung in Genbanken begonnen worden. Belege für die Nutzbarkeit und den ökonomischen Wert von Wildpflanzen als Kreuzungspartner für Kulturpflanzen wurden in Zusammenarbeit des ILN mit Einrichtungen der genetischen Forschung an den Universitäten und an der Akademie der Wissenschaften sowie der Züchtungsforschung in wirtschaftlichen Züchtungseinrichtungen erbracht.

Die Verbindung zur Genetik, insbesondere zu den Genbanken, und den Botanischen Gärten erschloss dem Naturschutz das weite Spektrum der *in vitro*-Erhaltung (*off-site-protection*), das sinnvoll die *in vivo*-Erhaltung (*on-site-protection*), d. h. den Biotopschutz im Naturschutz, ergänzen konnte.

2.3 Erste Formulierung des Strategiewechsels

Der Beginn der Diskussion konzentrierte sich auf die philosophischen Grundlagen des Naturschutzes. Begünstigt wurde dies durch die Aktivitäten zur Vorbereitung des Karl-Marx-Jahres 1983 (Karl Marx 1818-1883). Es entstanden „Thesen zum Karl-Marx-Jahr 1983“ zur Mensch-Umwelt-Beziehung im Zusammenhang mit dem Naturschutz, die von der Bezirksnaturschutzverwaltung Magdeburg vervielfältigt und in Umlauf gebracht wurden.

Auf der Grundlage dieser Thesen und der Resonanz, die sie ausgelöst hatten, konnte ein stärker fachlich orientiertes, aber immer noch philosophisch begründetes Papier zu „Inhalt und Aufgaben des Naturschutzes“ (Entwurf) (Mai 1983) erscheinen, das nun bereits von der Bezirksnaturschutzverwaltung der Bezirke Magdeburg und Halle gemeinsam mit dem ILN, Arbeitsgruppe Dessau, mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“, vervielfältigt und verbreitet wurde. Dieses Papier skizzierte zum ersten Mal die strategische Festlegung des Naturschutzes auf die Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt, die taktisch durch den Biotopschutz umgesetzt werden sollte. Die Strategie wurde oft als Artenschutzkonzeption verstanden (zuletzt z. B. bei Wegener 2008), was sie aber keinesfalls war. Arten- und Biotopschutz waren unmittelbar als Strategie und Taktik miteinander verbunden. Über den Biotopschutz (Habitatschutz) sollte die Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt der Organismen erreicht werden. Als bestimmend für die Strategie wurde aber die Arten- und Formenvielfalt angesehen, da diese die Grundlage allen Lebens und damit aller ökologischen Beziehungen ist.

Wie vorsichtig die Diskussion zum Strategiewechsel des Naturschutzes angegangen werden musste, zeigt der einleitende Absatz des Papiers „Inhalt und Aufgaben des Naturschutzes“: „Die breite Vermittlung und Diskussion der Lehren von MARX, ENGELS und LENIN im KARL-MARX-JAHR 1983 sowie das Studium der Thesen des ZK der SED zum KARL-MARX-JAHR waren für uns Anlass, eine gesellschaftswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Diskussion zur Strategie und Taktik des Naturschutzes auf der Grundlage des Studiums der Klassikerwerke zu führen. Die Notwendigkeit einer klaren Positionsbestimmung ergab sich auch aus den Problemen der Praxis heraus, die als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung und der neuen Aufgaben der 80er Jahre eines theoretisch begründeten Standpunktes bedarf.“

Die inhaltliche Argumentation, die nachfolgend zusammengefasst dargestellt wird, war wie folgt aufgebaut:

1. Ausgangspunkt

- a) erste Voraussetzung: Gültigkeit der Dialektik als fortschreitende und unumkehrbare Entwicklung vom Niederen zum Höheren in Natur und Gesellschaft unter besonderer Herausstellung der biologischen Evolution.
- b) zweite Voraussetzung: Bindung des Menschen an die natürliche Umwelt als Quelle seiner lebenserhaltenden Nutzung unter besonderer Herausstellung der Vielfalt der Arten und Formen der lebenden Welt.
- c) dritte Voraussetzung: Charakterisierung der natürlichen Ressourcen (s. o.), und der darauf begründeten Nutzungs- und Schutzstrategien, so u. a. die konsequente Sicherung der Arten- und Formenvielfalt als Voraussetzung für die Nutzung als Schutz- und Nutzungsstrategie.
- d) vierte Voraussetzung: Die ständige Ausweitung der Nutzung der Natur durch den Menschen verlangt seine geistige Verantwortung sich selbst und der Natur gegenüber, d. h. eine ethisch,

kulturelle und ästhetische Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen von Menschen und kommenden Entwicklungsstufen der Natur.

2. Schlussfolgerungen

Es ist evolutionstheoretisch, aber auch ressourcenökonomisch zwingend notwendig, die Erhaltung der gesamten Arten- und Formen der Organismen mit ihrer genetischen Variabilität in reproduktionsfähigen Populationen zur Wahrung der Nutzungs- und Erkenntnisprozesse für den Menschen anzustreben.

3. Was ist Naturschutz?

Naturschutz ist die Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt der Organismen, die Erhaltung der genetischen Mannigfaltigkeit.

4. Naturschutz – warum und wozu?

Verhinderung einer nicht „vertretbaren“ Reduzierung von Populationen der Arten und Formen der Organismen sowie letztlich ihres Aussterbens infolge anthropogener Einflüsse zur Wahrung des Nutzungs- und Erkenntnisprozesses aus der sich entwickelnden Natur.

5. Naturschutz – wie?

Das strategische Ziel zur Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt soll taktisch über den Biotopschutz (Habitatschutz) und die Biotoppflege erreicht werden. Biotopschutz soll primär dort ansetzen, wo die höchste Gefährdung vorliegt, aber weiterhin auch prophylaktische (vorsorgende) Maßnahmen zur Verhinderung der Entstehung weiterer Gefährdungen beinhalten. Betont wurde in Unterpunkten:

- Naturschutz als Artenschutz ist Biotopschutz (Habitatschutz).
- Naturschutz ist Abwehr und zielgerichtete Beeinflussung zugleich.
- Das wissenschaftlich begründete Schutzziel ist Richtlinie für alle Behandlungsmaßnahmen.
- Naturschutz bedarf der breiten gesellschaftlichen Zusammenarbeit.
- Naturschutz erfordert opferbereite, aktive und initiativreiche Naturschutzhelfer.
- Naturschutz erfordert Öffentlichkeitsarbeit zur Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte.
- Naturschutz erfordert Kraft zur Durchsetzung des Landeskulturgesetzes.
- Wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Naturschutz ist der Frieden.

2.4 Grundsatzartikel von 1987

Das erläuterte Diskussionspapier „Inhalt und Aufgaben des Naturschutzes“ löste eine breite Diskussion aus. Im ILN wurde diese sehr kontrovers geführt. Zur offiziellen Ablehnung der Auffassungen wurde ein Institutskolloquium durchgeführt, in dem sich Dr. Lutz Reichhoff und Dr. Wolfgang Böhnert der öffentlichen Kritik stellen mussten. Das Kolloquium verfehlte aber sein Ziel, die Diskussion konnte fortgesetzt werden.

Die erste Veröffentlichung der neuen Naturschutzstrategie erfolgte durch Böhnert und Reichhoff (1984) in der regionalen Zeitschrift „Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg“.

Zwischenzeitlich hatte Gorbatschow seit 1985 die Macht in der Sowjetunion übernommen und Glasnost sowie seine Perestroika eingeführt. Dies erleichterte ungemein die öffentliche Diskus-

sion, wengleich auch die offizielle Politik in der DDR eine ablehnende Haltung zu den Reformen von Gorbatschow einnahm. Diese eingetretene Situation ermöglichte es, 1987 den Grundsatzbeitrag „Aktuelle Aspekte des Naturschutzes“ (Reichhoff & Böhnert) in der Zeitschrift „Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung“ zu veröffentlichen. Dem Beitrag wurde einschränkende „Vorbemerkungen der Redaktion“ von Weinitschke vorangestellt, die jedoch auch zur weiteren Diskussion aufforderten. Der Beitrag konzentrierte sich nun stärker auf die naturschutzfachlichen Aspekte der entworfenen Strategie zur Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt, verwies aber mit einer Fußnote sicherheitshalber darauf, dass der Beitrag auf der Erschließung der Klassiker (des Marxismus) beruht und das allein wegen des Umfangs auf ein Zitieren im Beitrag verzichtet wird, was in einem unveröffentlichten Papier (das auch tatsächlich existierte) jedoch umfänglich erfolgte. Die wesentlichen Aussagen des Beitrages, nach der Einleitung und den allgemeinen Vorbemerkungen, konzentrierten sich auf die Punkte 3 und 4:

3. Die Stellung des Naturschutzes im System der Landeskultur
 - 3.1 Der Ressourcenaspekt als Grundlage der Gliederung der Landeskultur in Teilbereiche
 - 3.2 Die Charakterisierung der Ressource Arten- und Formenvielfalt der Organismen
 - 3.3 Die Begründung des Naturschutzes
 - 3.3.1 Evolutionstheoretische Begründung
 - 3.3.2 Gesellschaftliche Begründung
4. Naturschutz
 - 4.1 Zur Strategie des Naturschutzes
 - 4.2 Zur Definition des Naturschutzes

„Naturschutz ist das bewusste Streben der Menschen nach Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt der lebenden Natur durch Verhinderung einer artgefährdenden Reduzierung der Populationen einschließlich deren anthropogener Auslöschung / zur Sicherung des Ergebnisses und des Ausgangspunktes der Evolution als objektiver Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen Aneignung / mittels eines Systems wissenschaftlicher, rechtlicher und praktischer Maßnahmen, die sowohl positiv auf die Arten- und Formenvielfalt wirken als auch negative Auswirkungen der Nutzung einschränken.

Der erste Teil der Definition umreißt die strategische Zielstellung / der zweite Teil begründet die Strategie / der dritte Teil weist auf die taktische Umsetzung der Strategie.“
 - 4.3 Naturschutz als gesellschafts- und naturwissenschaftlich begründetes System von Maßnahmen
 - 4.4 Die Notwendigkeit einer geschlossenen theoretischen Konzeption des Naturschutzes
 - 4.5 Naturschutzforschung
 - 4.6 Naturschutz als ein nationales und internationales Problem
 - 4.7 Zur Taktik des Naturschutzes

In Punkt 5 des Beitrages wurde kurz die Strategie der Landschaftspflege erläutert und in Punkt 6 wurden allgemeine Konsequenzen der Strategie dargestellt, die noch einmal die Notwendigkeit des Strategiewechsels im Naturschutz hervorhoben.

3. Zur Landschaftspflege

Der Grundsatzartikel (Reichhoff & Böhnert 1987) machte in einem eigenen Kapitel deutlich, dass er die Landschaftspflege nicht negiert, diese aber als eigenständig und umfänglich ansieht, sodass diese als selbstständiger Bestandteil des Systems der Landeskultur zu begründen und umzusetzen ist. Hingewiesen wurde auf die eigenständige geschichtliche Entwicklung der Landschaftspflege (Landschaftsgarten und Landeskultivierung) und ihre vom Naturschutz abweichenden Zielstellungen.

Der Themenkomplex Landschaftspflege oder Landespflege wurde im ILN im Forschungsteilkomplex Agrarraumgestaltung, Forschungsgebiet Landschaftselemente, anwendungsorientiert bearbeitet. Dabei bestand eine Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Grundlagenforschung im Institut für Geographie und Geoökologie Leipzig der Akademie der Wissenschaften. Grundsätzlich lassen sich zwei Forschungsetappen unterscheiden. In den 1970er Jahren wurden Funktionen (Leistungen) von Landschaftselementen und deren Bewertung (vgl. zusammenfassend Niemann 1982, 1988) untersucht. In den 1980er Jahren erfolgte die Entwicklung von Planungswerten für die Ausstattung und Verteilung von Landschaftselementen in Agrarlandschaften. Der räumliche Untersuchungsschwerpunkt war die Lössagrarlandschaft der DDR.

Grundlagen für die Arbeiten bildeten statistische Typisierungen der Landschaftseinheiten (Reuter 1983) sowie der darauf fußenden grundsätzlichen methodischen Lösung der Analyse, Diagnose und Prognose der Landschaftsausstattung mit Landschaftselementen am Beispiel der Habitatleistung der Lössagrarlandschaft (Reichhoff 1988).

Eingebettet in die Forschungskonzeption waren z. B. Themen zu verschiedenen Landschaftselementen wie:

- Funktionen von Seen (konkretes Beispiel Stechlin), Teichen (Fischteiche und Weiher) sowie Söllen (in Brandenburg und Mecklenburg), Wasserspeicher (am Beispiel Thüringischer Speicher),
- Funktionen von Fließgewässern und Ufergehölzen, u. a. zur Reduzierung von Nährstoffeinträgen in Fließgewässer,
- Funktionen von Feldgehölzen,
- Funktionen von Wäldern,
- Wassererosion auf Lössstandorten und Maßnahme zu deren Einschränkung,
- Winderosion auf Lössstandorten und Ausstattung der Agrarlandschaft mit Feldgehölzen/ Windschutzgehölzen zu deren Einschränkung (Haupt, Hiekel & Reichhoff 1988; Reichhoff & Rossel 1988; Reichhoff & Mansik 1988).

Die verschiedenen methodischen Ansätze wurden in einem komplexen Planungsansatz eines digitalen Landschaftsplans für die Stadt-Umland-Region für Berlin (Ost) zusammengeführt (Reichhoff et al. 1989), der auf Anforderung des Magistrats von Berlin (Ost) erarbeitet wurde. Veranlassung dafür waren die umfänglichen stadtoökologischen Arbeiten unter Führung von H. Sukopp in Berlin (West). Der Atlas war kein Nacharbeiten dieser Leistungen, sondern stellte einen eigenständigen stadtoökologischen Planungsansatz dar.

Mit diesen Forschungen sollten die Grundlagen für die Etablierung der Landschaftsplanung in der DDR gelegt werden. Angestrebt wurde eine hierarchischen Landschaftsplanung (Ebene

Bezirk – Generallandschaftsplan, Ebene Kreis – Landschaftsplan, Ebene Landwirtschaftliche Genossenschaft (Großbetriebe) – Flurgestaltungskonzeption, Ebene Landschaftsschutzgebiet – Landschaftspflegeplan).

Im Zusammenhang mit der Novellierung der 1. DVO Naturschutz zum Landeskulturgesetz wurde die Möglichkeit avisiert, im Anschluss daran eine neue DVO zur Landespflege zu entwickeln.

4. 1. Durchführungsverordnung Naturschutz zum Landeskulturgesetz von 1989

Die 1. DVO Naturschutz zum Landeskulturgesetz sollte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts novelliert werden. Der Entwurf dieser DVO wurde im ILN erarbeitet. Die zusammenfassende Bearbeitung und Koordinierung der Entwurfsarbeit oblag Dr. Lutz Reichhoff. Damit eröffnete sich eine Chance, die neue Strategie des Naturschutzes – zumindest ansatzweise – in die Gesetzgebung einzuarbeiten (vgl. Meckelmann 2009). Die Novellierung der 1. DVO fiel in eine Zeit, in der die Umweltdiskussion deutlich an kritischer Breite und Intensität zugenommen hatte.

Es kann auch davon ausgegangen werden, dass in der Phase der Vorbereitung und Verabschiedung der Naturschutzverordnung auch die Veröffentlichung des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung – Brundtlandbericht (1987) die allgemeine Bewertung der Umweltsituation beeinflusste.

Die Verunsicherung in der gesamten Verordnungsdiskussion kam vielleicht auch darin zum Ausdruck, dass von der obersten Naturschutzbehörde des zuständigen Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft 1988 inoffiziell ein originaler Entwurf der DVO vom verantwortlichen Bearbeiter angefordert wurde, während der offizielle Weg den Entwurf über die ILN-Zentrale führte, von der aus ein vom Direktor des ILN, H. Weinitschke, überarbeiteter Entwurf dem Ministerium zugestellt wurde.

Am 19. Juni 1989 wurde die „Erste Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz und Pflege der Pflanzen und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit – Naturschutzverordnung“ (Gbl. der DDR Teil 1 Nr. 12 Berlin) veröffentlicht. In § 2 Grundsätze Abs. 2 konnte der zentrale Begriff der Naturschutzstrategie „Arten- und Formenvielfalt der Organismen“ eingeführt werden. Eine Verbesserung der rechtlichen Grundlagen des Arten- und Biotopschutzes wurde in folgenden Punkten erreicht (vgl. Reichhoff 1998; Meckelmann 2009):

- § 11 Naturschutzgebiete – formulierte in Abs. 2 die Möglichkeit der Ausweisung von Totalreservaten und ermöglichte damit die Erweiterung des Prozessschutzes,
- § 12 führte die gesetzliche Kategorie der Biosphärenreservate ein,
- § 13 führte die gesetzliche Kategorie der geschützten Feuchtgebiete ein,
- § 14 erweiterte den Biotopschutz für vom Aussterben bedrohte Arten auf die Möglichkeit der Ausweisung von Schongebieten,
- § 15 fasste die Flächennaturdenkmale als eigenständige Kategorie und erweiterte die mögliche Schutzfläche auf 5 ha,
- § 18 konzentrierte dagegen die Naturdenkmale auf die Einzelgebilde der Natur, die Sachzeugen der Erd- und Landschaftsgeschichte sind,

- §§ 20,21 Wildwachsende geschützte Pflanzen und Freilebende geschützte Tiere – nahmen als Schutzkategorien die Klassifizierung der Roten Listen auf; der Schutz der Standorte der geschützten Pflanzen und der Lebensräume der geschützten Tiere (Wohn- und Brutstätten, Horstschutzzonen, Artenschutzprogramme) wurde geregelt,
- § 22 regelte grundsätzlich die Ausweisung geschützter weiterer Organismen (z. B. der Pilze) und
- § 24 führte die ökologisch bedeutsamen Bereiche ein (geschützte Biotope).

5. Nachfolgende zusammenfassende Darstellungen der Naturschutzstrategie

Nach 1990 fand die entwickelte Naturschutzstrategie mehrfach Darstellungen in Buchpublikationen ostdeutscher Autoren. Diese Veröffentlichungen wurden von den weltanschaulich begründenden Passagen entlastet und auf die naturschutzfachlichen Inhalte beschränkt. Noch vor 1990 entstand das Manuskript des Buches „Schutz und Pflege von Lebensräumen“ (Wegener 1991), das unter dem Titel „Naturschutz in der Kulturlandschaft“ (Wegener 1998) in einer überarbeiteten zweiten Auflage erschien. Ebenfalls noch vor 1990 wurde der Titel „Wildpflanzen Mitteleuropas – Nutzung und Schutz“ (Schlosser, Reichhoff & Hanelt 1991) erarbeitet, der die Problematik der pflanzengenetischen Ressourcen, ihrer Gefährdung und ihres Schutzes im Zusammenhang mit dem Naturschutz darstellt.

6. Allgemeine Wertung des Naturschutzes der DDR

Mit der Veröffentlichung des Beitrages von Dix und Gudermann (2006) „Naturschutz in der DDR – Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?“ wurde eine Diskussion zur Wertung des DDR-Naturschutzes angestoßen, die zu unterschiedlichen Stellungnahmen (vgl. Reichhoff 2007; Klafs 2007) führte, von denen die Kritik von Klafs zu einem „fruchtbaren Streit“ (Behrens 2008) Anlass gab. Bei allem Ringen um die Leistungen des Naturschutzes und insbesondere die Leistungen der Naturschützer oder der wissenschaftlichen Leistungen des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (ILN) muss man sich natürlich auch selbstkritisch fragen, was aus dem DDR-Naturschutz weiterführend und was eine „Insellösung“ war. Der DDR-Naturschutz war eine staatlich (rechtlich, politisch) gelenkte, wissenschaftlich gestützte und weitgehend ehrenamtliche Tätigkeit. Ihm war die gesellschaftliche Nische zugewiesen, die von den Ehrenamtlichen (sowohl der GNU als Verbandsebene als auch des Beauftragten- und Helferwesens) ausgefüllt wurde. Die Naturschutzarbeit konnte nur unter ständiger Ermunterung der extrem unterbesetzten und oft demotivierten staatlichen Stellen geschehen, ohne zu übersehen, dass es auch hier engagierte Leute gab.

1. *Fazit: Dem DDR-Naturschutz fehlte die Professionalisierung in Verwaltung, Planung und Ehrenamt.*

Die rechtlichen Instrumentarien des Naturschutzes entwickelten sich kaum. Nur aus der internationalen Arbeit (MAB, Wasservogelschutz) erwachsen Impulse. Erst in den 1980er Jahren gab es aus dem ILN heraus Diskussionen, die zu der deutlich verbesserten 1. DVO von 1989 führten.

2. *Fazit: Dem DDR-Naturschutz fehlten moderne rechtliche Instrumentarien, wie z. B. geschützte Biotope, die Landschaftsplanung oder die Eingriffsregelung.*

Der organisatorische Aufbau der Verwaltungen war absolut unterentwickelt. Dies schuf natürlich Lücken, in die die Ehrenamtlichen eintreten konnten. Eine moderne weiterführende Form der Naturschutzarbeit war das aber auf keinen Fall.

3. *Fazit: Der Organisationsaufbau des vor allem staatlichen Naturschutzes war äußerst mangelhaft.*

Aus dem (offiziellen) ILN kamen zu wenige Impulse für die Modernisierung des Naturschutzes. Hier wirkten die politisch-ideologischen Schranken der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die von der Institutsleitung nicht überschritten wurden. Diskussionen wurden schon im Institut, zumindest wenn sie nach außen führen sollten, ausgebremst (z. B. Nationalparkdiskussion, Forderung nach Landschaftsplanung, Forderung nach Weiterentwicklung des NSG-Systems, Mannigfaltigkeitsdiskussion).

4. *Fazit: Die wissenschaftliche Arbeit im ILN war von der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften abhängig und konnte die internen Naturschutzimpulse nicht nach außen umsetzen.*

Insgesamt war der Vollzug des Naturschutzrechtes nicht rechtsstaatlich gesichert, sodass dieser von Willkür, Vollzugsdefizit, sehr subjektiver Wertung und Wichtung, persönlicher Einflussnahme und den „zeitlich-räumlichen“ Konstellationen der handelnden Personen bestimmt war.

Trotz alledem wurde unter den gegebenen Bedingungen eine intensive, vor allem ehrenamtliche, aber auch von staatlichen Mitarbeitern getragene Naturschutzarbeit geleistet, die beachtliche Ergebnisse hervorbrachte. Kennzeichnend war die Praxisorientierung. Da eigentumsrechtliche Schranken fehlten, konnten Maßnahmen leicht umgesetzt werden. Sie wurden sogar staatlich unterstützt. Die ehrenamtlichen Beauftragten und Helfer wurden im Rahmen politischer Vorgaben gefördert und unterstützt. Im Ergebnis dieser Arbeit konnten gesicherte Schutzgebiete, erhaltene Populationen von Arten, Praxiserfahrungen und ein spezifisches Naturschutzverständnis in die Bundesrepublik überführt werden. Eine direkte Fortsetzung dieser Arbeit kann aber aufgrund der geänderten gesellschaftlichen (eigentumsrechtlichen, naturschutzrechtlichen, verwaltungsrechtlichen, arbeitsrechtlichen) Rahmenbedingungen kaum erfolgen (vgl. Reichhoff 2007).

7. Literatur

- Behrens, H. (2008): Fruchtbarer Streit um Aufsatz im Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 123. – In: Studienarchiv Umweltgeschichte. – Neubrandenburg 13. – S. 8
- Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. – Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik. – Berlin. – 349 S.
- Böhnert, W.; Reichhoff, L. (1984): Aufgaben des sozialistischen Naturschutzes in den 80-er Jahren. – In: Naturschutzarb. in den Bez. Halle und Magdeburg. – Dessau **21**(2). – S. 3-10
- Dix, A.; Gudermann, R. (2006): Naturschutz in der DDR: Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?. – Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006 (Bearb. Frohn, H.-W.; Schmoll, F. – Naturschutz und Biologische Vielfalt. – Bonn-Bad Godesberg 35. – S. 535-624
- Haupt, R.; Hiekel, W.; Reichhoff, L. (1988): Winderosion im Lössgebiet der DDR und Vorschläge zu ihrer Verminderung. – In: Arch. Natursch. und Landschaftsforsch. . – Berlin 28,3. – S. 177-195
- IUGR Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.) (1998): Naturschutz in den Neuen Bundesländern – Ein Rückblick. – In: Forum Wissenschaft Studien 45, Halbband I. – BdWi-Verlag. – Marburg. – 453 S.

- Klafs, G. (2007): Bemerkungen zum Kapitel Naturschutz in der DDR im Buch „Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906 – 2006. – In: Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 12. – Neubrandenburg. – S. 49-57
- Meckelmann, H (2009): Zur Organisation des staatlichen Naturschutzes vor und nach der Wende. – In: Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg. – Potsdam 18,1. – S. 14-18
- Niemann, E. (1982): Methodik zur Bestimmung der Eignung, Leistung und Belastbarkeit von Landschaftselementen und Landschaftseinheiten. – In: Wissenschaftliche Mitteilungen des Instituts für Geographie und Geoökologie Leipzig der Akademie der Wissenschaften der DDR. – Leipzig – Sonderheft 2
- Niemann, E. (1988): Stabilität und Produktivität in bewirtschafteten Ökosystemen. Ökologische Lösungswege landeskultureller Probleme. – Wien
- Paucke, H. (1983): Karl Marx und Friedrich Engels über das Verhältnis von Natur und Gesellschaft (Chrestomathie (Auswahl). – In: Umweltinform (Hrsg. Zentrum für Umweltgestaltung Berlin). – Berlin 6,1 (Sonderinformation). – 83 S.
- Reichhoff, L.: (1988): Analyse, Diagnose und Prognose der Habitatileistung der Lössagrarlandschaft im Süden der DDR. – Dissertation B. – Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz. – Halle. – 96 S., Anlagen (Mskr.)
- Reichhoff, L. (1998): Die Entwicklung der Naturschutzstrategie in den 80er Jahren in der DDR. – In: Naturschutz in den neuen Bundesländern – Ein Rückblick. – Hrsg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. – Forum Wissenschaft Studien Bd. 45 Halbband II. – BdWi-Verlag Marburg. – Marburg – S. 517-529
- Reichhoff, L. (1999): Akzente aus der Naturschutzpolitik der DDR. – In: Denken, Planen, Handeln für Natur von morgen. – BBN (Hrsg.) – Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege. – Greven 51. – S. 55-73
- Reichhoff, L. (2007): 100 Jahre staatlicher Naturschutz – Gedanken zu zwei Publikationen. . In: Naturschutz im land Sachsen-Anhalt. – Halle 44,1. – S. 50-53
- Reichhoff, L.; Böhnert, W. (1987): Aktuelle Aspekte des Naturschutzes. – In: Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung. – Berlin 27,3. – S. 139-160
- Reichhoff, L.; Mansik, K.-H. (1988): Landschaftsplanung und Flurholzanbau – komplexe Lösungen für den Erosionsschutz und die Habitatgestaltung in der Börde. – In: Naturschutzarb. in den Bez. Halle und Magdeburg. – Dessau **25** (1). – S. 23-28
- Reichhoff, L.; Rossel, B.: Landschaftsplanung im Lössgebiet des Bezirkes Halle. – In: Naturschutzarb. in den Bez. Halle und Magdeburg. – Dessau 25(1988)2. – S. 23-26
- Reichhoff, L.; Hille, M.; Grosser, K. H.; Müller, J.; Mansik, K.-H.; Altenkirch, H.: Planungsatlas der Stadt-Umland-Region von Berlin Hauptstadt der DDR: Landschaftsplanung / wiss. Leitung.: Lutz Reichhoff. – Berlin: Magistrat von Berlin 1989. – 22 Ktn. Lose u. Erläuterungsheft
- Reuter, B. (1983): Landschaftstypisierung des Lösshügellandes als Grundlage für die Landschaftsplanung und -pflege. – Dissertation B. - Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. – Halle. – 132 S., Anlagen (Mskr.)
- Schlosser, S.; Reichhoff, L. (2004): Überblick über die potenziell nutzbaren pflanzengenetischen Ressourcen (PGR) einschließlich forstgenetischer Ressourcen (FGR) in Deutschland. – In: Schriften zu Genetischen Ressourcen. Schriftenreihe der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Informationszentrum Biologische Vielfalt (IBV). – Bonn 23. – S. 16 – 30
- Schlosser, S. u. a. (1982): Genressourcen für Forschung und Nutzung. – In: Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg. – Halle Beiheft 19. – 96 S.
- Schlosser, S.; Reichhoff, L.; Hanelt, P. (1991): Wildpflanzen Mitteleuropas – Nutzung und Schutz. – DLV Deutscher Landwirtschaftsverlag. – Berlin. – 552 S.
- Wegener U. (2008): Naturschutzmanagement auf wissenschaftlicher Grundlage – neue Ansätze in der DDR in den Jahren 1970 bis 1989. – In: Studienarchiv Umweltgeschichte. – Neubrandenburg 13. – S. 9-13
- Wegener, U. (Hrsg.) (1991): Schutz und Pflege von Lebensräumen - Naturschutzmanagement -. – Gustav Fischer Verlag. – Jena, Stuttgart. – 313 S.
- Wegener, U. (Hrsg.) (1998): Naturschutz in der Kulturlandschaft – Schutz und Pflege von Lebensräumen -. – Gustav Fischer Verlag. – Jena, Stuttgart, Lübeck, Ulm. – 456 S.
- Weinitschke, H. (Hrsg.) (1980): Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1 Die Naturschutzgebiete der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg (Autoren: Jeschke, L.; Klafs, G.; Schmidt, H.; Starke, W.). – Urania Verlag Leipzig, Jena, Berlin. – 336 S.
- Weinitschke, H. (1987): Naturschutz und Landnutzung. – Gustav Fischer Verlag Jena. – Jena. – 293 S.
- Weinitschke, H. (2000): Naturschutzstrategien und Naturschutzaufgaben. – In: Naturschutz im vereinigten Deutschland. Rückblick und Vorschau, Gewinne und Defizite. Ideenforum des ehemaligen Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. – Hrsg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. – VWF Verlag für Wissenschaft und Forschung. – Berlin 2000. – S. 17-21

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des ILN Halle im Bereich Arten- und Biotopschutz, Biodiversität in den Jahren 1980 bis 1990

Siegfried Schlosser

1. Einführung

Zu Beginn meiner Einführung zum Thema möchte ich Richard von Weizsäcker und den vormaligen Umweltminister Sigmar Gabriel zitieren:

Richard von Weizsäcker: „Gibt es etwas Dringlicheres als den Schutz der Natur in ihrer Rechtlosigkeit? Haben wir eine größere Aufgabe, als die Schöpfung zu bewahren und damit die Nachwelt zu schützen? Ich kenne keine.“

Sigmar Gabriel (Schlussbemerkung anlässlich der 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) in Bonn vom 28.-30. Mai 2008): „Wir unterstrichen, dass die biologische Vielfalt die unverzichtbare Grundlage unseres Lebens und wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ist. Wir unterstrichen die grundlegende Bedeutung der biologischen Vielfalt für die menschliche Existenzsicherung und ihre entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Armut (...) und dass es dringend konkreter Maßnahmen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene bedarf.“

Leider liegen zwischen diesen Erkenntnissen und der herrschenden Realität Welten. Charakteristisch für unsere Zeit ist eine anthropogen verursachte, immer weiter fortschreitende Auslöschung der biologischen Vielfalt, vorrangig durch Beeinträchtigung und Vernichtung der Lebensräume, trotz aller gut gemeinten Konferenzen und Strategien.

Begriffsbestimmung Biodiversität (biologische Vielfalt)

Nach der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (BMU 2007), die vom Bundeskabinett am 7. November 2007 beschlossen wurde, wird die biologische Vielfalt wie folgt definiert: „Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, (...); dies umfasst die Vielfalt der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme.“ Die Erhaltung der biologischen Vielfalt bezieht sich auf den „Schutz“ und die „nachhaltige Nutzung“. Hinreichender Flächenschutz ist die Basis eines erfolgreichen Schutzes der biologischen Vielfalt.

Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) Halle 1980 bis 1990

In den 1980er Jahren kam es im ILN in Halle (a) in der konzeptionellen Arbeit, (b) in den Forschungsprogrammen und -leistungen und (c) in der praktischen Umsetzung der Forschungsergebnisse zu einer immer stärkeren Konzentration auf den Schwerpunkt biologische Vielfalt, dies war mit bewegten und zum Teil harten Diskussionen verbunden (vgl. dazu den Beitrag von Reichhoff in diesem Heft). Weiterhin entstanden in dieser Zeit gemeinsam mit ehren- und hauptamtlichen Naturschutzmitarbeitern oder anderen Forschungs- und Bildungseinrichtungen zahlreiche Publikationen, die den Schutz oder die Nutzung der biologischen Vielfalt zum Inhalt hatten.

Die in den 1980er Jahren vollzogene Profilierung des ILN auf den Schutz der gefährdeten biologischen Vielfalt ist in den drei Forschungsteilkomplexen sehr differenziert vor sich gegangen

(Haupt 2009, briefl.; Hiekel 2009, briefl.; Reichhoff 2009, briefl.; Westhus 2009, briefl.). Dies hing sicherlich mit der Erwartung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) zusammen, nutzbare Forschungsergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis aus den Forschungsteilkomplexen Bergbaufolgelandschaft und Agrarraumgestaltung des ILN bereitgestellt zu bekommen. Die Naturschutzforschung als dritter Forschungsteilkomplex war der AdL im Hinblick auf Praxisergebnisse wohl weniger wichtig, sodass hier eine größere Kapazität für die Forschung zum Arten- und Flächenschutz zur Verfügung stand. Es muss außerdem hinzugefügt werden, dass die Forschungskapazität bei den fünf regionalen Arbeitsgruppen doch relativ gering war, da die wissenschaftliche Beratung der Naturschutzverwaltungen und Naturschutzbeauftragten, die Aufklärungs- bzw. Öffentlichkeitsarbeit, die wissenschaftliche Betreuung des Reservatssystems mehrerer Bezirke u. a. nicht vernachlässigt werden durfte (u. a. Hiekel 1993; Böhnert 2009, briefl.). Trotzdem begannen Ende der 1980er Jahre erste Arbeiten zur Biotopkartierung (Westhus, Jeschke & Voigtländer 1990). 1980 bis 1984 erschienen die 5 Bände der zweiten wesentlich erweiterten Fassung des Handbuches der Naturschutzgebiete der DDR in denen auch erstmalig Schutzziele für jedes NSG benannt wurden. Intensiviert wurde in den 1980er Jahren – mit Unterstützung anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und zahlreicher Heimatforscher – die Erfassung der Naturausstattung der NSG. Auch unser erster Datenspeicher Naturschutz (DANAT) erblickte in dieser Zeit das Licht der Welt, der dann die Auswertung größerer Datenmengen erleichterte. Die oben angeführte stärkere Konzentration auf den Schutz der biologischen Vielfalt charakterisiert auch die Vorbereitung des Rotbuches der DDR, dessen Manuskript kurz vor der Wende druckreif vorlag (Weinitschke 2009, briefl.), aber nicht mehr erschien. In den 1980er Jahren wurden im Arbeitskreis für vom Aussterben bedrohte Tierarten (AKSAT) am ILN wesentliche Aktivitäten zum Schutz bestandsbedrohter Tierarten entwickelt. Weitere Schwerpunkte waren das Betreuernetz für bestandsbedrohte Tierarten, wissenschaftliche Grundlagen zum Artenschutz einschließlich Empfehlungen bzw. Anleitungen für praktische Schutzmaßnahmen. Nach der Wende war der AKSAT oft Vorbild für die entstandenen Projektgruppen Artenschutz in den Bundesländern (Dornbusch 2009, briefl.).

Es wäre vermessen, diese vielen Aktivitäten des ILN in den 10 Jahren einigermaßen ausgewogen in einem Beitrag darstellen, bewerten und in Schwerpunkte fassen zu wollen. So wird der Beitrag subjektiv und unvollkommen sein. Einige Impulse für zukünftige Forschungen kann er jedoch gewiss geben.

2. Schlussfolgerungen aus der Arbeit des ILN der 1980er Jahre – Schwerpunkte für den Naturschutz von heute

2.1 Eine neue Ethik, ein neues Wertebewusstsein

Wir hätten als einzige wissenschaftliche Einrichtung für Naturschutz und Landschaftspflege der DDR die Aufgabe gehabt, ein neues Wertebewusstsein im Verhalten der Menschen zur Natur mit entwickeln zu helfen, eine neue Ethik zu fördern, die die damalige offizielle Doktrin: Stärkung des Sozialismus um jeden Preis, auch auf Kosten sauberer Luft, sauberer Flüsse und Böden, in Frage stellt. Dies geschah durch uns nicht, obwohl wir in manchen Erkenntnissen von Marx und Engels zum Verhältnis Mensch-Natur eine fundierte Basis gehabt hätten.

Die Situation im geeinten Deutschland ist heute aber nicht besser. Im Gegenteil! Die heilige Kuh ist das Privateigentum in Kombination mit angestrebten Maximalprofiten. Dies ist verbunden mit

ausgefeilten Methoden der Indoktrination des Menschen, um das Wertebewusstsein auf immer höheren Konsum materieller Güter zu lenken, obwohl wir als Bürger eines reichen Industrielandes eigentlich schon alles haben.

Es ist dringend erforderlich, ein neues Wertebewusstsein, eine neue Ethik mit einer neuen Einstellung des Menschen zur Natur und Kreatur zu entwickeln. Ich denke, dies sollte für uns die wichtigste Schlussfolgerung für die Zukunft sein. Argumentationen und Grundlagen für eine neue Ethik haben u.a. der Philosoph Erich Fromm mit seinem Buch „Haben oder Sein – Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft“ (1979), Eugen Drewermann mit seinem Aufsatz „Natur – Wir brauchen eine neue Ethik“ (2001) und auch Succow mit den Thesen zu Mensch und Natur (2008) geschaffen. Genannt werden müssen hier unbedingt auch „Die 16 Grundsätze der Erd-Charta“ der NGO`s, die als Reaktion auf die unbefriedigenden Ergebnisse der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio 1992 erarbeitet wurden (www.earthcharter.org. und www.erdcharta.de; Harder 2006)

2.2 Die drei Forschungsteilkomplexe des ILN in den 1980er Jahren im Hinblick auf Forschungen zur biologischen Vielfalt

Im Gegensatz zur BFANL war das ILN (d. h. seine regionalen Arbeitsgruppen) immer an der Vorbereitung der Ausweisung der NSG und anderer Schutzgebiete beteiligt und ein wesentlicher Teil seiner Arbeitskapazität war in der Naturschutz- und Landschaftsforschung gebunden.

Es gab drei Forschungsteilkomplexe:

- Bergbaufolgelandschaft (Forschungsgebiet Bergbaufolgelandschaft),
- Agrarraumgestaltung (Forschungsgebiete Landschaftselemente und Flurgestaltung),
- Naturschutz (Forschungsgebiete Ökosysteme, Populationsökologie und Naturschutzgebietsystem).

2.2.1 Forschungsteilkomplex Bergbaufolgelandschaft

Die Forschungen waren fast ausschließlich auf die Wiedernutzbarmachung – vorrangig für die Landwirtschaft – orientiert. Allerdings befasste sich ein Thema mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung von Biotopen. Die großen und einmaligen Entwicklungschancen für den Naturschutz in der Bergbaufolgelandschaft wurden damals nicht erkannt oder wollten nicht gesehen werden. Deshalb bestand hier zur Wende ein großer Nachholbedarf, der jedoch nachfolgend durch zwei große Forschungsprojekte (Raum Bitterfeld, Lausitzer Revier), finanziert durch das Bundesforschungsministerium, aufgeholt werden konnte.

2.2.2 Forschungsteilkomplex Agrarraumgestaltung

Obwohl auch hier die meisten Forschungen landwirtschaftlich geprägt waren, wurden zur Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt außerhalb von Schutzgebieten mehrere wichtige Forschungsergebnisse erarbeitet. In der ausgeräumten Agrarlandschaft spielen Pflege und Neuanlage von Ufer- und Flurgehölzen mit hohem Habitatwert eine wichtige Rolle. Dazu wurden in der Arbeitsgruppe Jena Untersuchungen zur Vogelwelt durchgeführt (Hiekel 1993), außerdem Forschungen zur ökologisch richtigen Gewässerpflege, die in der AG Jena eine lange Tradition

hatten. Hervorzuheben ist weiterhin die Abschlussleistung zu landschaftspflegerischen Raumeinheiten des Lössgebietes einschließlich der Auen und Niederungen. Das Ergebnis sollte vor allem als methodische Grundlage der Planung und Entwicklung von ökologisch stabilen und vielseitig geprägten Agrarlandschaften dienen (zit. in ILN Halle 1990).

2.2.3 Forschungsteilkomplex Naturschutz

Forschungsgebiet Ökosysteme

Die für das Biomonitoring bzw. für die Waldzustandskontrollen außerordentlich wichtigen Forschungen der Arbeitsgruppe terrestrische Ökologie (Dr. G. Stöcker) sollen hier nicht behandelt werden, da sie die Problematik des Schutzes der biologischen Vielfalt nur randlich berühren.

Forschungsgebiet Populationsökologie

Hier entstanden in den 1980er Jahren mehrere wichtige Forschungsleistungen, so

- zum Schutz und zu Regulierungsmaßnahmen bei Wirbeltieren,
- zur Verringerung der Vogelschlagsgefährdung,
- zu Schutzmaßnahmen für gefährdete Rundmäuler und Fische,
- zur Bewertung von Gewässerökosystemen am Beispiel des NSG Serrahn,
- zu Schutzmaßnahmen für stark gefährdete Pflanzenarten vorrangig der Moor- und Waldökosysteme einschließlich ihrer ex situ-Vermehrung,
- zur Bestandssicherung ausgewählter Brutvogelarten durch waldbauliche Maßnahmen.

Weiterhin wurden zahlreiche Empfehlungen zum Artenschutz erarbeitet (Artenschutzprogramme, Artenhilfsprogramme). Erste Schritte gab es zur Nutzung populationsbiologischer und populationsgenetischer Grundlagen für den Naturschutz insbesondere zum Orchideenschutz sowie zur innerartlichen Variabilität bei *Orchis morio* mit der Isoenzymanalyse (Böhnert 2009, briefl.). Im Forschungsgebiet Populationsökologie arbeiteten die Arbeitsgruppen Serrahn, Steckby, Dresden, Jena, Greifswald (Koordinator) und extern die Vogelwarte Hiddensee mit. Forschungsgegenstand waren ausgewählte bestandsgefährdete Wirbeltier- und Pflanzenarten (Rundmäuler, Vögel, Fledermäuse und Blütenpflanzen) aber auch Problemarten wie Prädatoren und Konkurrenten (Opponenten) von bestandsbedrohten Arten. Die Abschlussleistungen bildeten ökologisch begründete Schutz- und Regulierungsmaßnahmen für Wirbeltiere. Darin enthalten waren Grundlagen für die Bestandsüberwachung und für ein Monitoring zu biologisch aktiven Fremdstoffen sowie 45 Artenschutzprogramme (Klafs 2009, briefl.).

Im Juni 1991 erfolgte die Evaluierung des ILN durch den Wissenschaftsrat, der empfahl, die Biologische Station Serrahn als Außenstelle der BFANL weiterzuführen, da hier gute Voraussetzungen für populationsökologische Forschungen geschaffen worden waren. Dies wurde von der BFANL sowie vom zuständigen Landesumweltministerium jedoch ignoriert. Serrahn wurde aufgelöst (Klafs 2009, briefl.; Spieß 2009, briefl.).

Forschungsgebiet Naturschutzgebietssystem

Da dieser Punkt mein eigenes Forschungsgebiet betrifft und hier – neben dem Forschungsgebiet Populationsökologie – ein Schwerpunkt der Forschung zur biologischen Vielfalt lag, möchte ich auf die durchgeführten Forschungen sowie die aus meiner Sicht erforderlichen Schlussfolge-

rungen für die zukünftige Naturschutzarbeit, besonders eingehen und folgende vier Arbeitsergebnisse intensiver behandeln (siehe dazu auch ILN Halle 1989):

- (1) Entwicklung eines repräsentativen Systems von Schutzgebieten und Totalreservaten,
- (2) Praktikable und periodische Zustandserfassung in Naturschutzgebieten,
- (3) Weiterentwicklung der Biosphärenreservate,
- (4) Erhaltung und Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen in Biosphärenreservaten und Naturschutzgebieten.

Zu (1) Entwicklung eines repräsentativen Systems von Naturschutzgebieten und Totalreservaten

Naturschutzgebiete: Unter fachlichen Gesichtspunkten wurde in den 1980er Jahren die weitere Entwicklung des Systems der Naturschutzgebiete durch die regionalen Arbeitsgruppen des ILN angestrebt, insbesondere um der zunehmenden Gefährdung der Arten durch verbesserten Biotopschutz zu begegnen. Dem stand entgegen, dass offiziell die Entwicklung des NSG-Systems bei etwa 1 % Landesfläche als abgeschlossen galt und eine argumentative Lenkung auf die stärkere Nutzung der NSG z. B. als „Freilandlaboratorien“ erfolgte (vgl. Weinitschke 1980). Eine Ausweisung neuer NSG war oft nur bei Löschung „funktionsloser“ NSG möglich.

Es wurde versucht, diese Regelungen auf den Ebenen der Zusammenarbeit zwischen den Bezirksnaturschutzverwaltungen und den regionalen Arbeitsgruppen des ILN zu umgehen. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung des NSG-Systems in den Bezirken Magdeburg und Halle, das in den 1980er Jahren, ähnlich wie in den Nordbezirken, bereits einen Anteil von über 2 % an der Landesfläche erreichen konnte. Dabei wurde auf standörtliche Repräsentanz und Erfassung besonders gefährdeter Lebensräume und Habitate gefährdeter Arten hingearbeitet. Ähnlich wurde auch von der AG Jena in den Bezirken Suhl und Gera und von der AG Dresden im Bezirk Karl-Marx-Stadt verfahren.

In Sachsen-Anhalt erfolgte dann auf der Grundlage der Karte der Potenziellen Natürlichen Vegetation (PNV) (LAU 2000) und der Ausweisung naturnaher Waldgebiete in den Großlandschaften eine Ermittlung der Möglichkeiten, die durch das Landschaftsprogramm Sachsen-Anhalt vorgegebene Zahl von etwa 6 % Landesfläche in Wald-NSG zu erreichen (vgl. Reichhoff 2000).

Totalreservate: Ein Schwerpunkt der Forschung war die konzeptionelle Vorbereitung der Ausweisung von weiteren Totalreservaten (andere Begriffe für Totalreservate: Urwälder von morgen, Wildnisflächen, Naturentwicklungsgebiete, Kernzonen, Freiräume für eine ungestörte natürliche Entwicklung). Ein entwickeltes Totalreservatssystem war damals und ist auch heute nicht nur unverzichtbar für die ökologische Forschung, das Biomonitoring und die langfristige Erhaltung eines Teils der Biodiversität, sondern es eröffnet Naturerlebnisse für die menschliche Seele, die nirgendwo anders so zu erfahren sind. Solche Wildnisflächen vor der Haustür zu haben und nicht nur in den meist weit entfernten wenigen Nationalparks oder Biosphärenreservaten (Kernzonen) erleben zu können, könnte die Entwicklung einer neuen Einstellung zur Natur als Teil einer neuen Ethik sinnvoll unterstützen.

In den 1980er Jahren wurde aus diesen Gründen von der Arbeitsgruppe NSG-System des ILN in enger Zusammenarbeit mit der Forstwirtschaft, insbesondere mit Herrn Dr. Kopp und Herrn Schwanecke, Grundlagen für ein zukünftiges Totalreservatssystem der DDR erarbeitet (ILN

Halle 1988). Die Bewertung der Repräsentanz erfolgte nach den Naturraum(mosaik)typen nach Kopp und Schwanecke und den natürlichen Vegetationseinheiten nach Scamoni. Weitere Grundlagen waren die „Potentielle natürliche Nettoprimärproduktion der oberirdischen Pflanzentrockenmasse“ nach Hofmann, die landschaftsräumliche Gliederung und die landwirtschaftliche Bodenkarte (MMK). Ergänzungen erfolgten durch eine Integration von Teilen der Bergbaufolgelandschaften, Fließ- und Standgewässer. Langfristig sollten auch Ackerstandorte mit einbezogen werden. Mit der Ausweisung von Mooren, Fließ- und Standgewässern als Totalreservate wurde in Mecklenburg begonnen (Spieß 2009, briefl.).

Zur Totalreservatskonzeption gehörte danach weiterhin ein Standardprogramm für die periodische Zustanderfassung der Flächen. Dieses Standardprogramm wurde gemeinsam mit der AG Terrestrische Ökologie des ILN (Leitung Dr. Stöcker) vorbereitet und sollte 1989 bis 1992 in Erprobung gehen.

Im April 1995 – in Fortsetzung unserer Arbeiten vor der Wende – fand im Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt eine Fachtagung zum Thema „Freiräume für die ungestörte natürliche Entwicklung – Kernzonen in Naturschutzgebieten“ (LAU 1996) statt. Weitere Aktivitäten zur Thematik gab es in Sachsen-Anhalt aber bisher nicht, zumal im Naturschutzgesetz Sachsen-Anhalts ein Begriff wie „Wildnisgebiet“ nicht aufgenommen wurde. Die Beiträge auf dieser Tagung z. B. von Bibelriether, Thiessen, Wegener und Schwanecke sind heute noch hoch aktuell und fordern zur praktischen Umsetzung geradezu heraus. Bei Fortsetzung dieser Arbeiten könnten die jetzt für alle Bundesländer vorliegenden kartografischen Darstellungen der PNV, die nach einer einheitlichen inhaltlichen Vorgabe und Methodik des Bundesamtes für Naturschutz erarbeitet wurden, eine gute Grundlage sein.

Zu (2) Praktikable und periodische Zustanderfassung in NSG

Wie wir wissen, ist allein ein hoher Flächenanteil der NSG und anderer Schutzgebiete an der Landesfläche noch nicht hinreichend, um gefährdete Tier- und Pflanzenarten, ihre Lebensgemeinschaften, Biotope und Habitate darin erfolgreich zu schützen. Vielmehr kommt es darauf an, diese in NSG langfristig in hoher Qualität zu erhalten, möglichst sogar noch zu verbessern. Dazu sind einheitliche und periodische Zustandskontrollen zur Erfolgsprüfung und eventuellen Einleitung von Lenkungsmaßnahmen erforderlich, die bei hinreichender Informationssicherheit (1.) mit einem vertretbaren finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand durchgeführt werden können und (2.) eine periodische Wiederholung (z. B. alle 3 Jahre) bei Sicherung der Vergleichbarkeit der Informationen erlauben.

Wir haben damals dazu zwei Pilotprojekte durchgeführt und zwar

- zum einen zur Bewertung der gesamten NSG (Hierzu wurden Zustandskontrollen in allen 70 NSG des Bezirkes Halle und den 51 NSG des Bezirkes Magdeburg nach einem einheitlichen Aufnahmeschlüssel durchgeführt. vgl. Schlosser, Hilbig & Seelig 1989) und
- zum anderen zur Bewertung eines Lebensraumes. (Hierzu wurde am Beispiel des Dauergrundlandes aller NSG der DDR ebenfalls nach einheitlicher Methodik eine Zustandsbewertung vorgenommen. vgl. Reuter & Schlosser 1984).

Die Bewertungen des Zustandes der NSG nahmen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter des Naturschutzes sowie Mitarbeiter des ILN vor. Kritische Auswertungen des vorgefundenen Zu-

standes erfolgten durch ehrenamtliche Mitarbeiter und die zuständigen hauptamtlichen Mitarbeitern der Bezirke Halle und Magdeburg.

Solche zwar nicht hoch wissenschaftlichen, aber vor allem machbaren und einheitlichen Zustandserfassungen sind auch heute noch zu empfehlen. Sie reichen in vielen Fällen zur Beurteilung des Zustandes des Gebietes oder zur Einhaltung der Verordnungen in Naturschutzgebieten völlig aus. Erforderlich dazu sind jedoch engagierte Gebietsbetreuer und die notwendige fachliche Anleitung derselben.

Zu (3) Weiterentwicklung der Biosphärenreservate

1980: Am 24. November 1979 kam es zur Anerkennung des NSG Vessertal und des NSG Steckby-Lödderitzer Forst als Biosphärenreservate (BR) durch die UNESCO. Im Januar 1980 unterschrieb der Generaldirektor der UNESCO die Anerkennungsurkunden.

1982 bis 1985: In diesem Zeitraum wurden durch die regionalen Arbeitsgruppen und die AG NSG-System des ILN weitere Vorschläge zu Biosphärenreservaten mit Begründungen und kartografischen Abgrenzungen erarbeitet. Die Unterlagen wurden an das MAB-Nationalkomitee (MAB-NK) übergeben und das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft (MLFN) weitergeleitet. Es ging um folgende Gebiete: Darß und Küstenbereiche, Rügen-Hiddensee, Südost-Rügen, Peene-Haffmoor, Putzarer-Galenbecker See, Serrahn, Teile des Müritzseengebietes, Märkische Schweiz, Schorfheide-Chorin-Gellmersdorfer Forst, Spreewald, Oberlausitzer Teichlandschaft, Kyffhäuser.

Diese Unterlagen gingen wahrscheinlich in der Wende bzw. Nachwendezeit verloren und konnten von mir auch im Bundesarchiv Berlin im Dezember 2008 nicht aufgefunden werden. Die Entwürfe dieser Vorschläge waren 1990 aber noch im ILN vorhanden und konnten für das Nationalparkprogramm zur Verfügung gestellt werden (vgl. 25 Jahre Biosphärenreservat ... 2005).

Die Vorschläge waren noch nicht mit den zuständigen Räten der Bezirke abgestimmt. Es wurde bei den über 10 Vorschlägen davon ausgegangen, dass zumindest einige von ihnen erfolgreich die Zustimmungshürden nehmen würden. Dies war jedoch nicht der Fall. Auch die mehrmalige Erinnerung des MAB-NK an die ausstehenden Entscheidungen hatten keinen Erfolg, so z. B. dokumentiert im MAB-NK Protokoll vom 28.01.1985, Tagungsort Wasserwerk Dobschütz (alle Protokolle erhielt auch das MLFN): „Der Standpunkt des MAB-NK hinsichtlich der Notwendigkeit der Vervollkommnung der bestehenden Biosphärenreservate und einer Erhöhung der Anzahl der Biosphärenreservate in der DDR ist unverändert und liegt dem MLFN vor.“ (Dieses Protokoll stammt aus einer ILN-Akte.)

Man kann jedoch aus noch im Bundesarchiv vorhandenen drei Schreiben (und zwar vom Umweltminister Thoms an Oberlandforstmeister Rüttnick, MLFN vom 11.05.1982; von Prof. Weinitzke an Oberlandforstmeister Rüttnick, MLFN vom 14.06.1982; vom Vorsitzenden des MAB-NK Prof. Seidel an den stellv. Minister, MLFN vom 11.08.1982) entnehmen, dass kurze Zeit nach Einreichung der Vorschläge für die Gebiete Chorin, Putzarer-Galenbecker See und Peene-Haffmoor, Rügen-Hiddensee, Serrahn und wahrscheinlich auch Kyffhäuser die Zustimmungen der zuständigen Räte der Bezirke vorgelegen haben.

1984: Schwerwiegend beeinträchtigte Gebiete (z. B. durch Bergbau) können als Entwicklungszonen (damals im BR-Konzept als „transition area“ bzw. als Regenerationsfläche bezeichnet) in das BR integriert werden. Ein von mir 1984 im ILN unterbreiteter Vorschlag für die Bergbaufolgelandschaft des Bezirkes Cottbus stieß im ILN auf Unverständnis. Auch 1998 – fast 15 Jahre später – wurde ein Vorschlag mit umfangreicher Begründung und kartografischen Unterlagen für die Bergbaulandschaft Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) gemacht. Der Vorschlag war Teil eines Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; er fand aber im zuständigen Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt keine Zustimmung. Im Freistaat Sachsen hingegen wurden Teile der Bergbaufolgelandschaft in das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide und Teichlandschaft einbezogen.

1980 bis 1990: Für beide Biosphärenreservate der DDR fanden schrittweise erhebliche Erweiterungen statt. Das Konzept der Biosphärenreservate der UNESCO wurde durch verbesserte Zonierung mehr und mehr umgesetzt (z. B. durch Aufnahme der Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft in das erweiterte BR „Steckby-Lödderitzer Forst und Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft“ im Jahre 1988 als Cluster-BR). In einer breiten Diskussion wurden Schwerpunkte der Forschung des ILN in die Aufgabenstellung der beiden BR einbezogen, so z. B. zum Artenschutz, zu pflanzengenetischen Ressourcen und zum Biomonitoring. Das Konzept der Biosphärenreservate erreichte bei den staatlichen Stellen der DDR, aber auch im ehrenamtlichen Naturschutzbereich und in der Öffentlichkeit immer mehr Akzeptanz. Dazu trugen u. a. Ausstellungen, Diaserien, Vorträge und die Einbeziehung von Schulen und Universitäten bei.

1990: Durch die zahlreichen Aktivitäten des ILN Halle und des MAB-NK der DDR in den Jahren 1980-1990 wurde das Verständnis in der Bevölkerung entwickelt, wertvolle Landschaften bzw. Landschaftsteile auch als Biosphärenreservate in das Nationalparkprogramm mit einzubeziehen. Das Nationalparkprogramm eröffnete den regionalen AGen und der AG NSG-System des ILN (die intensiv an der Vorbereitung von Rechtsverordnungen mitarbeiteten), den Aufbaustäben für die Großschutzgebiete, aber auch vielen engagierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Naturschutzes der DDR die Möglichkeit, ihre Vorschläge für Biosphärenreservate Wirklichkeit werden zu lassen. Außerdem waren Dr. Wolfgang Böhnert, Dr. Lebrecht Jeschke und Dr. Lutz Reichhoff bei der Ausarbeitung des Nationalparkprogramms an zentraler Stelle entscheidend beteiligt. Ohne sie hätte dieses – nicht nur für Deutschland beispielhafte Programm – nie verwirklicht werden können.

Durch das Nationalparkprogramm sind neue deutsche Biosphärenreservate entstanden, viele junge engagierte Menschen haben in ihnen in den letzten fast 20 Jahren Wunderbares und Zukunftsträchtiges geleistet. Was kann man da noch als Schlussfolgerung aus unseren ersten Aktivitäten in den 1980er Jahren vermitteln? Zwei Vorschläge möchte ich aber doch machen:

Erstens: Von zentraler Bedeutung im BR-Konzept ist, dass in Biosphärenreservaten beispielhaft nachhaltige Land- und Ressourcennutzung vergleichbar und auf andere (ungeschützte) Gebiete übertragbar entwickelt werden sollen. Das heißt, hier soll demonstriert werden, wie der Mensch auf der Grundlage eines pfleglichen und nachhaltigen Umgangs mit der Natur, Landschaft und den Ressourcen langfristig produzieren und leben kann. Denn so wie es heute geschieht, vorrangig auf Profit orientiert, Natur und Ressourcen vernichtend, hat der Mensch auf unserem schönen blauen Planeten keine Überlebenschancen. Deshalb sollen Biosphärenreservate ein weltweit wichtiges Instrument sein, „eine nachhaltige – d. h. dauerhaft umweltgerechte – Nutzung modellhaft in einem weltweiten Netzwerk zu entwickeln, zu erproben und umzusetzen“

(Deutsches Nationalkomitee 1996). Zentrale Aufgabe – die wir mit allen Mitteln zu unterstützen haben – muss deshalb sein, vorrangig und beispielhaft umweltschonende Technologien der Land- und Ressourcennutzung in Biosphärenreservaten zu fördern, zu entwickeln und zu demonstrieren. Dies betrifft die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Wassergewinnung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Verkehr, Erholung und Tourismus, industriell tätige Klein- und Mittelbetriebe u. a. m. Dazu muss durch Land und Bund eine zielgerichtete, vorrangige Finanzierung und Unterstützung erfolgen. Hierzu müssen der Natur- und Umweltschutz auf allen Ebenen Forderungen stellen.

Zweitens: In der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (BMU 2007) sollen so genannte „Leuchtturmprojekte“ in vorbildlicher Weise die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte der Verwirklichung der Strategie demonstrieren. Hierbei sollte die Flusslandschaft der Elbe von Sachsen bis Hamburg unbedingt einbezogen werden. Hier reihen sich zahlreiche nationale und international bedeutsame Schutzgebiete aneinander, ja überlagern sich sogar (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Gartenreich Dessau-Wörlitz u. a.). Die Flusslandschaft mit ihrer vielfältigen Nutzung, mit ihren Auenwaldökosystemen, Auenwiesen, Altwassern etc. besitzt die größte biologische Vielfalt Mitteleuropas. Andererseits bedarf die Auenlandschaft der Elbe dringend unserer Hilfe. Denn seit kurzem ist für den massiven Ausbau der Elbe zur kanalartigen Wasserstraße Tür und Tor geöffnet, obwohl eine ökonomisch vertretbare, rentable Wasserstraßenbenutzung der Elbe nie stattfinden wird, weil einfach das Wasser fehlt.

Zu (4) Erhaltung und Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen in Biosphärenreservaten und Naturschutzgebieten

Bei der Bearbeitung dieser Aufgabe des MAB-Programms war uns von Anfang an bewusst, dass sie nur in Gemeinschaftsarbeit aller regionalen Arbeitsgruppen des ILN erfolgreich gelöst werden kann. Dies reichte aber noch nicht. Es mussten unbedingt Einrichtungen der Pflanzenzüchtung einschließlich der Forstpflanzenzüchtung, aber auch die Genbank des Zentralinstitutes für Gentechnik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben (ZIGUK) für die Mitarbeit gewonnen werden. Darüber hinaus waren für die Erfassung der Standorte (Vorkommen in NSG) floristische versierte Mitarbeiter aus dem ehrenamtlichen Bereich zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit den Züchtungseinrichtungen wurde gefördert, indem durch das ILN eine zielgerichtete Auswahl von NSG erfolgte, die für die speziellen Anliegen der Züchtungseinrichtungen (Wildobst, Kleearten, Gräser u. a.) für Sammelexkursionen besonders viel versprechend waren. Wildmaterial aus diesen Sammlungen wurden in Züchtungsprogramme einbezogen (u. a. Baudis 1982; Gaue 1993). Eine Besonderheit war die Bereitstellung von Bodensubstratproben von NSG-Standorten aus dem extrem sauren und trockenen Bereich zur Isolation von Mikroorganismen für die Biotechnologie. Unser Partner war in diesem Fall das Institut für technische Chemie Leipzig. Große Unterstützung bei der Erfassung und Bewertung heimischer pflanzengenetischer Ressourcen in NSG gab es von Seiten der AG Dessau des ILN. Die Erfassung der NSG-Gehölzvorkommen, zu denen eine ergänzende qualitative Erfassung durchgeführt wurde, wurde besonders durch die AG Jena des ILN unterstützt (Schlosser, Haupt & Westhus 1989).

Die Erfassung von Vorkommen aktuell oder potentiell bedeutsamer pflanzengenetischer Ressourcen erfolgte nach einer gemeinsam mit den Züchtungseinrichtungen und der Genbank erarbeiteten Artenliste. Von 163 ausgewählten Sippen wurden in 773 NSG 22.539 Fundorte erfasst und dokumentiert. An den drei Jahre laufenden Arbeiten beteiligten sich 160 Floristen,

hauptsächlich aus dem ehrenamtlichen Bereich. Die Erfassung wurde 1987 abgeschlossen (Schlosser 1987).

Schlussfolgerungen aus der Arbeit des ILN in den 1980er Jahren zur Erhaltung und Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen sollten sein:

Erstens: Die Erfassung und langfristige Erhaltung von heimischen pflanzengenetischen Ressourcen ist notwendig und sollte in Schutzgebieten, vor allem in Großschutzgebieten und NSG der Bundesrepublik verfolgt werden. Gesetzliche Grundlage ist dafür das Gesetz zu dem Übereinkommen vom 05. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (Artikel 8: in situ-Erhaltung). Als Fachliche Grundlagen können dienen:

- Genressourcen für Forschung und Nutzung (Schlosser 1982); (Erste Genressourcenliste und Beiträge der Nutzer),
- MAB-Sonderinformation zur genetischen Mannigfaltigkeit der heimischen Farn- und Blütenpflanzen (Institut für Umweltschutz 1990); (Gemeinschaftsarbeit, in situ- und ex situ-Erhaltung, forstliche Genressourcen, Nutzung durch die Züchtungsforschung, Empfehlungen zur Erhaltung und Nutzung heimischer pflanzengenetischer Ressourcen),
- Wildpflanzen Mitteleuropas. Nutzung und Schutz (Schlosser, Reichhoff & Hanelt 1991); (Genetische Grundlagen, Nutzung, Gefährdung, Erhaltung, erweiterte Liste der heimischen pflanzengenetischen Ressourcen Mitteleuropas),
- Liste der Wildpflanzen mit aktuellem oder potentiell Wert für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik in Nutzpflanzen. Vielfalt für die Zukunft (1996); (Grundlage war: Wildpflanzen Mitteleuropas. Nutzung und Schutz),
- Zusammenfassende Darstellung der Aktivitäten zu heimischen pflanzengenetischen Ressourcen und umfangreiche Literaturübersicht (Schlosser & Reichhoff 2003),
- „Die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ der Bundesrepublik (BMU 2007).

Zweitens: Aus der vielfältigen Arbeit des ILN und den zahlreichen Publikationen aus den 1980er Jahren zur Erfassung, Bewertung, Erhaltung und Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen in der DDR (u. a. Schlosser & Reichhoff 2003) aber auch aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (BMU 2007) und gesetzlichen Verpflichtungen (u. a. dem Gesetz zu dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt) der Bundesrepublik ergibt sich folgender Vorschlag:

Jedes Bundesland sollte bei Beachtung seiner speziellen Voraussetzungen ein eigenes Handlungskonzept für die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erarbeiten und umsetzen. Vorbild dafür könnte das für Sachsen-Anhalt bereits vorliegende Handlungskonzept „Schutz der heimischen pflanzengenetischen Ressourcen und ihrer Lebensräume im Land Sachsen-Anhalt (Farn- und Blütenpflanzen)“ (1997) sein, dessen Umsetzung in die Praxis leider bisher kaum stattgefunden hat.

Etwas frustrierend ist weiterhin, dass diese Arbeiten des ILN zu pflanzengenetischen Ressourcen vor der Wende und auch die begrenzte Weiterführung in Sachsen-Anhalt nach der Wende, vom Naturschutz der alten Bundesrepublik kaum zur Kenntnis genommen wurden, obwohl sie meines Erachtens zum Beispiel eine gute Vorbereitung der Rio-Konferenz 1992 waren. Wir können uns allerdings damit trösten, dass diese Arbeiten vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn sehr wohl beachtet worden sind. Sie waren z. B. ein

wichtiger Teil des Berichtes der Bundesrepublik auf der Internationalen Technischen Konferenz der FAO über pflanzengenetische Ressourcen 1996 (enthalten war darin unsere vollständige Wildpflanzenliste mit Nutzungs- und Gefährdungsangaben zu über 700 heimischen Arten) (BMELF 1996). Ähnliches trifft für unser Programm „Schutz der heimischen pflanzengenetischen Ressourcen und ihrer Lebensräume im Land Sachsen-Anhalt“ zu (MRLU 1997). Zu diesem Programm hat uns der Direktor J. M. M. Engels des Internationalen Institutes für pflanzengenetischen Ressourcen (IPGRI) in Rom mitgeteilt, dass er sich wünschte, andere Staaten und Länder würden ein ähnliches Dokument erarbeiten um die Planung und Durchführung ihres Programms für pflanzengenetische Ressourcen zu erleichtern (Engels 1998).

Zum Schluss möchte ich dem ehemaligen Direktor des ILN Prof. Dr. Weinitschke und meinen Kollegen Dr. Böhnert, Dr. Dornbusch, Dr. Großer, Prof. Dr. Haupt, Dr. Hiekel, Dr. Klafs, Dr. Reichhoff, Dr. Spieß und Dr. Westhus recht herzlich danken, die mit ihren Ergänzungen und Kritiken zum Manuskriptentwurf meinen Beitrag wesentlich verbessern halfen.

3. Literatur

- 25 Jahre Biosphärenreservat an der mittleren Elbe. Fachtagung (2005). – In: Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt. – Halle 42, Beiheft. – 72 S.
- Baudis, H. (1982): Die Bedeutung von Wildpopulationen mehrjähriger Futterpflanzen für die Züchtung. – In: Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg. – Dessau 19 Sonderheft. – S. 28-30
- BMELF Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1996): Nutzpflanzen. Vielfalt für die Zukunft. – Bericht über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen. – 4. Internationale Technische Konferenz der FAO. – Bonn. – 178 S.
- BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. – Berlin. – 178 S.
- Drevermann, E. (2001): Natur – Wir brauchen eine neue Ethik. – In: Was kommt. Was geht. Was bleibt. (Hrsg. M. Schächter). – Herder Verl. Freiburg, Basel, Wien. – S. 253-256
- Engels, J.M.M. (1998): Schreiben des International Plant Genetic Institute (IPGRI) Rom an das Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt Magdeburg
- Fromm, E. (1979): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. – Dt. Taschenbuch Verl. München. – 216 S.
- Gaue, I.; Gaue, R. (1993): Wildpopulationen als Ausgangsmaterial für die Klee- und Gräserzüchtung. – In: Vorträge für Pflanzenzüchtung. Tagungsbericht 27./31. Oktober 1992. – Putbus und Gatersleben 25. – S. 59-73
- Gesetz zu dem Übereinkommen vom 05. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (1993). – In: Bundesgesetzblatt Teil II Z 1998A. – Bonn 32. S. 1741-1772 v. 09. September 1993
- Harder, B. (2006): Die goldenen Regeln der Menschheit. – Pattloch Verlag. – München. – S. 240-243
- Hiekel, W. (1993): 40 Jahre wissenschaftliche Beratung der Naturschutzarbeit in Thüringen. – In: Landschaftspflege und Naturschutz in Thüringen. – Jena 30,3. – S. 53-66
- ILN Halle Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (1988): Grundsätze zur Aktualisierung der Handlungsrichtlinien für Naturschutzgebiete zur langfristigen Sicherung der gesellschaftlichen Anforderungen. Totalreservatskonzeption. – F/E-Bericht, G4. – Halle – 22 S. (Mskr.)
- ILN Halle Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (1989): Grundsätze für den Schutz und die Nutzung geschützter Gebiete (NSG) und wertvoller Biozöosen zur Erhaltung der Artenmannigfaltigkeit. – Forschungsbericht. – Halle
- ILN Halle Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (1990): Institutsreport. – Halle. – 48 S.
- Institut für Umweltschutz (1990): Die Genetische Mannigfaltigkeit der heimischen Farn- und Blütenpflanzen. Sonderinformation. – In: Umweltinform. – Berlin 4. – 133 S.
- LAU Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (1996): Freiräume für die ungestörte natürliche Entwicklung – Kernzonen in Naturschutzgebieten. – Halle. – 73 S.

- LAU Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (2000): Karte der Potenziellen Natürlichen Vegetation von Sachsen-Anhalt. Erläuterungen zur Naturschutz-Fachkarte M 1 : 200.000. – In: Berichte des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt. – Halle 1 Sonderheft, – 230 S.
- MRLU Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (1997): Schutz der heimischen pflanzengenetischen Ressourcen und ihrer Lebensräume im Land Sachsen-Anhalt (Farn- und Blütenpflanzen). – Magdeburg. – 97 S.
- Reichhoff, L. (2000): Zur Möglichkeit der repräsentativen standörtlichen Entwicklung eines NSG-Systems im Land Sachsen-Anhalt. – In: Naturschutz im vereinten Deutschland. Rückblick und Vorschau, Gewinne und Defizite. Ideenforum des ehemaligen Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. – Hrsg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. – VWF Verlag für Wissenschaft und Forschung. – Berlin 2000. – S. 73-79
- Reuter, B.; Schlosser, S. (1984): Zur Erhaltung züchtungsrelevanter Pflanzenarten in NSG mit Dauergrünland. – In: Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung. – Berlin 24,3. – S. 157-175
- Schlösser, S. (1982): Genressourcen für Forschung und Nutzung. – Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg. – Dessau 19, Beiheft. – 96 S.
- Schlösser, S. (1987): Abschluss der Erfassung der genetischen Pflanzenressourcen in den Naturschutzgebieten der DDR. – Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg. – Dessau 24.1. – S. II-IV
- Schlösser, S.; Reichhoff, L. (2003): Überblick über die potenziell nutzbaren pflanzengenetischen Ressourcen (PGR) einschließlich forstgenetischer Ressourcen (FGR) in Deutschland. – In: Schriften zu genetischen Ressourcen. – Schriftenreihe der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI). Informationszentrum Biologische Vielfalt (IBV). – Bonn 23. – S. 13-20
- Schlösser, S.; Haupt, R.; Westhus W. (1989): Wertvolle Gehölzvorkommen in den Naturschutzgebieten der thüringischen Bezirke. – In: Landschaftspflege und Naturschutz in Thüringen. – Jena 26,2. – S. 29-43
- Schlösser, S.; Hilbig, W.; Seelig, K.-J. (1989): Die Zustandserfassung der Naturschutzgebiete der Bezirke Halle und Magdeburg. – In: Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg. – Dessau 26,2. – S. 25-32
- Schlösser, S., Reichhoff, L.; Hanelt, P. (1991): Wildpflanzen Mitteleuropas. Nutzung und Schutz. – Deutscher Landwirtschaftsverlag. – Berlin. – 550 S.
- Succow, M. (2008): Mensch und Natur im 21. Jahrhundert – 13 Thesen. – Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur. – Greifswald
- Weinitschke, H. (Hrsg.) (1980): Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1 Die Naturschutzgebiete der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg (Autoren: Jeschke, L.; Klafs, G.; Schmidt, H.; Starke, W.). – Urania Verlag Leipzig . Jena . Berlin. – 336 S.
- Westhus, W.; Jeschke, L.; Voigtländer, U. (1990): Liste ökologisch bedeutsamer Bereiche auf dem Territorium der DDR. – Berlin

Weiterführende Literatur:

- Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (1998): Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. – Forum Wissenschaft. Studien 45. Halbband I und II. – BdWi-Verlag. – Marburg. – 717 S.
- Rösler, M.; Schwab, E.; Lambrecht, M. (Hrsg.) (1990): Naturschutz in der DDR. – Economica-Verlag. – Bonn. – 305 S.
- Weinitschke, H. (Hrsg.) (1980-1984): Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 1-5, 2. Aufl. – Leipzig. Jena. Berlin.
- Briefliche Mitteilungen zum Entwurf des Beitrages an den Verfasser: Böhnert, W. vom 02.02.2009, Dornbusch, M. vom 29.01.2009, Großer, K.H. vom 25.01.2009, Haupt, R. vom 27.01.2009, Hiekel, W. vom 27.01.2009, Klafs, G. vom 29.01.2009, Reichhoff, L. vom 15.01.2009, Spieß, J. vom 20.01.2009, Weinitschke, H. vom 23.01.2009, Westhus, W. vom 28.01.2009

Das Wasservogelmonitoring in Ostdeutschland nach 1990 und der Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz

Johannes Naacke

1. Einleitung

Am 1. Juli 2000 trafen sich in der Geschäftsstelle des NABU-Landesverbandes Brandenburg in Potsdam, Heinrich-Mann-Allee, neun Teilnehmer zur Gründungsversammlung eines Fördervereins für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz. Der Einladung war ein Satzungsentwurf beigelegt.

Wie kam es zu dieser Gründung? Dies und die relativ kurze Geschichte des Vereins, der nur bis zum Jahr 2008 bestand, soll im Folgenden dargestellt werden.

Die Geschichte des Vereins ist unmittelbar mit den Veränderungen verbunden, die die politische Wende und das Ende der DDR mit sich brachten. Schon vor dem Hintergrund dieser Veränderungen erscheint eine kurze Darstellung der Entwicklung des Wasservogelmonitorings und der Wasservogelforschung in den ostdeutschen Bundesländern angebracht.

Damit soll zum einen der Übergang zur weiteren Entwicklung des Monitorings in Deutschland dargestellt werden, zum anderen soll die kontinuierliche Mitarbeit der zahlreichen, ganz überwiegend ehrenamtlichen, Wasservogelzähler in den ostdeutschen Bundesländern gewürdigt werden, ohne die die Weiterführung des Vorhabens in der schwierigen Umbruchzeit nicht möglich gewesen wäre.

2. Wasservogelforschung nach der Wende

2.1 Von der „Zentrale“ zur Forschungsstelle

1990 war die Umbenennung der „Zentrale für die Wasservogelforschung in der DDR“ in „Forschungsstelle für Wasservogel- und Feuchtgebiete“ erfolgt, ohne dass zunächst wesentliche Änderungen, weder in der Zuordnung an der nunmehrigen Brandenburgischen Landeshochschule und späteren Universität Potsdam, noch an der Aufgabenstellung, vorgenommen wurden. Gesichert war damit insbesondere die nahtlose Weiterführung der periodischen Wasservogelzählungen, zunächst noch in der DDR, dann ab 1991 in den neuen Bundesländern. Dem Leiter der Forschungsstelle, Prof. Dr. Erich Rutschke, war es in der Wendezeit ein besonderes Anliegen, bewährte organisatorische Strukturen zu übernehmen und Leistungen in der Forschung und im Naturschutz nicht dem Vergessen anheim zu geben (siehe auch Nowak 2005).

Rutschke war als Hochschullehrer 1991 mit dem Erreichen des Ruhestandsalters emeritiert worden, konnte aber die Leitung der Forschungsstelle weiter ehrenamtlich bis zu seinem unerwarteten Tode (12. Februar 1999) behalten. Die Forschungsstelle war auf Initiative Rutschkes 1965 als „Zentrale für die Wasservogelforschung der DDR“ (ZfW) an der damaligen Pädagogischen Hochschule Potsdam (PH) gegründet und seither von ihm mit großem Erfolg ehrenamtlich neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer geleitet worden. Sie hatte ihren Sitz am Zoologischen Institut der PH in der Villa Liegnitz im Park Sanssouci.

Mit Gründung der Universität Potsdam 1992 erfolgte, wohl auch im Hinblick auf eine künftig erweiterte Aufgabenstellung (z. B. Monitoring der Ramsar-Gebiete), eine nochmalige Umbenennung in „Forschungsstelle für Ökologie der Wasservögel und Feuchtgebiete“.

Die Organisation und Koordination der Zählungen war von Anfang an ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Forschungsstelle und blieb es auch weiterhin, nunmehr aber mit langsam schwindender staatlicher Unterstützung. Nach Rutschkes Emeritierung wurde die Forschungsstelle verwaltungsmäßig dem an der Universität neu geschaffenen Institut für Ökologie und Naturschutz angegliedert. Zu dieser Zeit waren der Forschungsstelle noch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine wissenschaftlich-technische Mitarbeiterin zugeordnet, beide gehörten zum Personalbestand der Hochschule.



Prof. Dr. Erich Rutschke (Quelle: StUG, Bestand 441 - Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz e. V. Buckow)

Der Erhalt der Einrichtung innerhalb der Strukturen der Universität war in erster Linie dem Ansehen Rutschkes („Eine wichtige Grundlage war die Anerkennung des Geleisteten“ – Rutschke 1993a) und seinem auch nach der Emeritierung unverminderten Engagement zu danken, ebenso aber wohl auch dem Interesse und der Unterstützung des damaligen Rektors der Hochschule. Sicherlich hätte die Forschungsstelle im Rahmen der Profilierung erhalten werden können, zumal nunmehr reale Möglichkeiten bestanden, die vorhandenen Ansätze sowohl national als auch für internationale Kontakte weitaus umfassender als bisher zu nutzen.

An den Wasservogelzählungen waren die damalige DDR und die Bundesrepublik Deutschland bis 1990 organisatorisch unabhängig voneinander, aber zeitlich koordiniert und nach der gleichen Methodik beteiligt (siehe Rutschke 1993a, b, 1998). Die Öffnung der Grenzen machte es möglich, die schon vorher bestehenden wissenschaftlichen und persönlichen Kontakte zu Instituti-

onen und Verbänden der Bundesrepublik nunmehr offiziell zu nutzen und auszubauen.

Eine wertvolle Hilfe leistete dabei der WWF (damals noch World Wildlife Fund) Deutschland, der eine Naturschutzstelle Ost gründete. Als Standort wurde auf Betreiben Prof. Rutschkes, der Kontakte zum Präsidenten des WWF Deutschland, Carl Albrecht v. Treuenfels, aufgenommen hatte, Potsdam gewählt. Rutschke als Leiter des Zoologischen Instituts der Hochschule hatte es geschafft, mittels einer Vereinbarung zwischen WWF und Hochschule dem WWF die Nutzung

von Institutsräumen zu ermöglichen und so zog die Naturschutzstelle Ost bei der Forschungsstelle ein. Geplant war eine direkte Fusion von WWF und Forschungsstelle. Dazu war in Verhandlungen mit der Hochschule bereits ein Umzug in neue Räume auf dem Hochschulgelände in Potsdam-Babelsberg vorgesehen. Die WWF-Naturschutzstelle verlegte auch ihren Sitz dorthin, die Hochschule genehmigte jedoch die Verlegung der Forschungsstelle aus Platzgründen nicht und wies ihr einige frei gewordene Räume in einem Nebengebäude auf dem Gelände des Zoologischen Instituts zu, da auch in der Villa Liegnitz infolge der Vergrößerung des Instituts Platzmangel herrschte.

Der WWF überließ der Forschungsstelle aus seinen Beständen mehrere gebrauchte PC samt Software sowie weitere Arbeitsmaterialien. Damit konnte die Wasservogel-Datenbank nun auf den aktuellen Stand gebracht werden, den die westdeutschen Koordinationsstellen verwendeten und der mit dem internationalen Koordinator beim IWRB kompatibel war. Zunächst wurden jährlich die aktuellen Daten eingegeben, gleichzeitig begann die zeitaufwändige Übertragung nicht digitalisierter Altdaten, die mehrere Jahre in Anspruch nahm.

Schon ab 1990 bildeten die Forschungsstelle in Potsdam und die beiden westdeutschen Koordinationsstellen Biologische Station „Rieselfelder Münster“ und Niederrheinische Arbeitsgemeinschaft Biotopmanagement (NAB, später Biologische Station im Kreis Wesel) die „Zentrale für Wasservogelforschung und Feuchtgebietsschutz in Deutschland“ (ZWFD). Sie wurde dem Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA) angegliedert. Damit wurde eine Neuorganisation des Wasservogelmonitorings in Deutschland eingeleitet, die 1992 im Wesentlichen abgeschlossen war. Ursprüngliches Ziel der beteiligten Partner war die Überführung dieser neuen „Zentrale“ in einen eingetragenen Verein, weil dessen Vorteile (Agieren gegenüber Behörden und Verbänden, Einwerbung von Fördermitteln usw.), verglichen mit dem bestehenden relativ losen Zusammenschluss, auf der Hand lagen. Die Vereinsgründung kam jedoch nicht zustande, die Zusammenarbeit wurde auf der bisherigen Basis fortgeführt. In dieser Zeit gab es mehrfach gegenseitige Besuche und Arbeitstreffen der beteiligten Einrichtungen, meist im Zusammenhang mit gemeinsamen Projekten über das Monitoring hinaus.

Im Zuge der Neustrukturierung der Universität nach ihrer Gründung stellte sich bald heraus, dass für die Forschungsstelle im angestrebten Profil der Fachrichtung Biologie wie auch der Hochschule keine Verwendung mehr bestand und die Bestrebungen mehr und mehr darauf gerichtet wurden, die Einrichtung aufzulösen. Dennoch blieb die Forschungsstelle bis zum Tode Rutschkes erhalten.

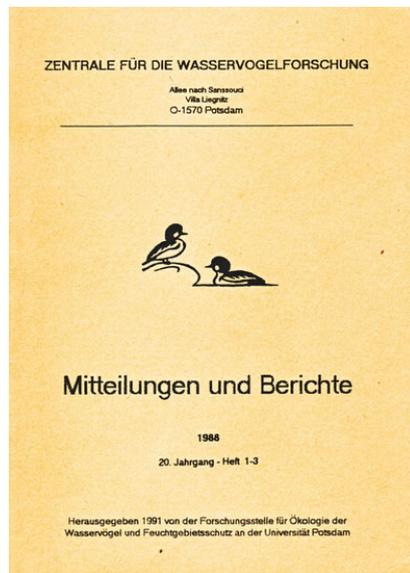
2.2 Bundesarbeitsgruppe (BAG) Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz

Mit der Auflösung der DDR verschwanden auch die Organisationsformen, die bis dahin als Interessenvertreter der ehrenamtlichen Naturschutzmitarbeiter, und/oder als Beratungsgremien staatlicher Stellen gegolten hatten (Fachausschüsse, Arbeitsgruppen, bis hin zu Kulturbund und Gesellschaft für Natur und Umwelt, GNU). Dies betraf in unserem Fall die ehrenamtliche „Zentrale Arbeitsgruppe (ZAG) Wasservogel“, die 1965 als beratendes Gremium beim Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft (zentrale Naturschutzverwaltung der DDR) und zur Unterstützung der ZfW gebildet worden war, unter Rutschkes Leitung stand und die koordinierend und betreuend tätigen Bezirksbeauftragten der Wasservogelforschung einbezog und anleitete.

Bereits im Sommer 1990 wurde auf einem Treffen dieses Personenkreises in Berlin eine Arbeitsgruppe Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz für die noch existierende DDR gebildet. In die Arbeitsgruppe wurden außer den bisherigen Mitgliedern der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) bzw. des „Aktivs“ Wasservogel auch die Bezirksbeauftragten (nunmehr als Regionalkoordinatoren bezeichnet) aufgenommen. Sie hatten in der Beratung im neuen Umweltministerium am Schiffbauerdamm ihre uneingeschränkte Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit erklärt. Rutschke (1993b) sah in der bisherigen vertrauensvollen und erfolgreichen Zusammenarbeit der Beteiligten, aber auch in den von ihnen mitgetragenen Projekten (z. B. Wasservogeltagungen, „Mitteilungen und Berichte der Zentrale für die Wasservogelforschung der DDR“) wichtige Grundlagen für diese Entscheidung.

Diese Arbeitsgruppe wurde 1992 in die Bundesarbeitsgruppe „Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz“ des aus dem DBV hervorgegangenen NABU umgewandelt, wiederum unter Leitung ihres Sprechers Prof. Rutschke. Mitglieder der BAG wurden alle Koordinatoren sowie weitere Ornithologen, die vormalig zur Zentralen Arbeitsgruppe Wasservogel gehört hatten, unabhängig von ihrer NABU-Mitgliedschaft. Im NABU entstanden in dieser Zeit auch Bundesfachausschüsse (BFA), unter anderem für Ornithologie und Vogelschutz, und nach und nach weitere BAG. Bemühungen, die Tätigkeit und somit die Zusammensetzung der BAG auf die gesamte Bundesrepublik auszudehnen, hatten keinen Erfolg, da die mit Wasservögeln und Feuchtgebieten befassten Ornithologen in den alten Bundesländern ja seit langem in anderen Verbänden tätig waren.

Seit 1991 waren die Arbeitstreffen der Regional- und Landeskoordinatoren der ostdeutschen Bundesländer in der gewohnten Weise fortgesetzt worden, nachdem alle Beteiligten ihre Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit erklärt hatten. Veranstalter der Treffen unter Leitung von



Mitteilungen und Berichte der Zentrale für Wasservogelforschung (links) und BUCEPHALA (rechts)

Prof. Rutschke war die Forschungsstelle in Potsdam in Zusammenarbeit mit der BAG Wasservogel- und Feuchtgebietschutz. So war es möglich, die notwendigen und bewährten Kontakte aufrecht zu erhalten und vor allem das Monitoring dauerhaft abzusichern.

Seit 1993 begründete die BAG unter Herausgeberschaft des NABU die Zeitschrift „Bucephala“ in der Reihe „Naturschutz spezial“, die die „Mitteilungen und Berichte“ ablöste und fortan die jährlichen Zusammenstellungen der Zählergebnisse publizierte, zugleich aber auch offen für Fachbeiträge über verschiedenste Themen der Wasservogelforschung und des Feuchtgebietschutzes war. Leider war die kostenlose Abgabe an die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Druckkosten wegen nicht möglich. Es wurden jedoch immer wieder Wege gefunden, zumindest einen Teil der Zähler zu beliefern, ohne dass diese die Kosten tragen mussten. „Bucephala“ erschien bis zum 3. Band 1998/99.

2.3 Die wichtigsten Arbeitsvorhaben nach 1990

Die internationalen Wasservogelzählungen in Ostdeutschland konnten nach der Bildung der neuen Bundesländer mit der bestehenden Organisationsform kontinuierlich weitergeführt werden. Das Gliederungsprinzip nach Bezirken war ohne größere Probleme auf die Bundesländer übertragbar, sodass auch die einzelnen Zählgebiete entsprechend übernommen werden konnten. Die bisherige Gebietsliste wurde 1992 mit den nunmehrigen Regional- bzw. Landeskoordinatoren abgestimmt und enthielt weitgehend alle Gebiete der letztmalig 1987 überarbeiteten Liste. Entscheidend für die erfolgreiche Weiterführung der Zählungen war jedoch die Bereitschaft der ehrenamtlichen Zähler, ihre Gebiete wie bisher zu kontrollieren und die erhobenen Daten zur Verfügung zu stellen, ohne dass es dazu eines besonderen Aufrufes bedurft hätte.

Zur Saison 1991/92 wurde ein neues System der Gebietscodierung für die Bundesrepublik auf der Basis der naturräumlichen Einheiten Deutschlands eingeführt, das für die Digitalisierung der Zähldaten nach einem bundesweit gültigen Programm notwendig wurde. Der zweistelligen Nummer der Naturraumeinheit wurde eine ebenfalls zweistellige Nummer für das Bundesland vorangestellt, innerhalb der Naturraumeinheit wurden die Gebiete fortlaufend nummeriert. Wird von jetzt an ein Gebiet gestrichen, darf dessen Code nicht neu vergeben werden, während neu aufzunehmende Gebiete immer einen neuen Code aus der laufenden Nummerierung im Naturraum erhalten müssen. Dies trifft auch bei Aufteilung von (zu großen) Gebieten in mehrere kleine zu. Damit wird ausgeschlossen, dass digitalisierte Daten verloren gehen oder späteren Auswertungen entzogen werden.

Die Forschungsstelle übernahm die Codierung der Gebiete für ihren Wirkungsbereich, der nun auch das neue Land Berlin umfasste. Allein dadurch ergab sich ein Zuwachs von 25 Zählgebieten. Mit der endgültigen Festlegung der Ländergrenzen wurde in einigen ehemaligen DDR-Bezirken die neue Zuordnung einiger Zählgebiete notwendig (z. B. Südbrandenburg/Nordsachsen, Uckermark/Vorpommern). Gleichzeitig musste natürlich die laufende digitale Erfassung der Daten umgestellt werden. Selbstverständlich war dies mit viel Arbeit verbunden, die in erster Linie auf die Landes- und die Bezirkskoordinatoren zukam, die mit Unterstützung ihrer Zähler die Liste der Zählgebiete in ihrem Bereich überprüften und, soweit notwendig, aktualisierten.

Am ganz überwiegend aus ehrenamtlichen Mitarbeitern bestehenden Zählernetz änderte sich zunächst wenig. Mit dem Aufbau der Großschutzgebiete (Nationalparke, Naturparke, Biosphä-

renreservate) und der behördlicher Gebietsverwaltungen, in denen auch so mancher bisher ehrenamtliche Naturschützer eine Anstellung fand, verband die Forschungsstelle das Bestreben, diese in die periodischen Wasservogelzählungen einzubeziehen. Dies gelang in größerem Umfang erst später nach dem Aufbau der Naturwachten. Zunächst etablierte sich nur im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft mit Gert Graumann (Außenstelle Schaprode) als Gebietskoordinator in Zusammenarbeit mit der Vogelwarte Hiddensee eine gebietsbezogene Zählergemeinschaft.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld der Forschungsstelle im vereinigten Deutschland war (und blieb) die mit der Ramsar-Konvention verbundene Arbeit. Gemeinsam mit den anderen Partnern der ZWFD beteiligte sich die Forschungsstelle an der Inventarisierung und Beschreibung der Ramsar-Gebiete und der Gebiete einer Ramsar-„Schattenliste“ in der Bundesrepublik, wobei Potsdam nicht nur die Gebiete Ostdeutschlands, sondern auch Bayerns zu bearbeiten hatte, was dank bester Unterstützung durch dortige ehrenamtliche Gebietsbetreuer und Behörden recht gut gelang (ZWFD 1993).

Während die ostdeutschen Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung (FIB) entsprechend ihrer Einbindung in die Ramsar-Konvention Bestandteil der Gesamtliste Deutschlands wurden, konnten die Feuchtgebiete von nationaler Bedeutung (FNB) nicht mit dieser Kategorie in das Naturschutzrecht übernommen werden. Diejenigen FNB, welche die Ramsar-Kriterien erfüllten, aber der politisch restriktiven Handhabung der Ramsar-Konvention wegen in der DDR nicht als FIB deklariert werden konnten, wurden als „Ramsar-Kandidaten“ in der Schattenliste geführt mit der Option der Anmeldung als FIB.

Im Ramsar-Gremium, das beim Bundesumweltministerium eingerichtet worden war, um die Arbeit mit der Konvention in Deutschland zu verbessern, war die Forschungsstelle im Rahmen der ZWFD vertreten. Ihr Leiter oder ein Vertreter nahmen regelmäßig an den Sitzungen in Bonn teil. Die ZWFD hat sich unter anderem für die Erweiterung der Ramsar-Gebiete in Deutschland nach fachlichen Kriterien engagiert, allerdings ohne Erfolg. Die Konvention fordert ihre Mitglieder auf, Gebiete wenn notwendig zu erweitern und neue zu benennen. Dazu wären allerdings entsprechende Initiativen der Bundesländer erforderlich gewesen. Von den ostdeutschen Ländern hat lediglich Sachsen-Anhalt seit dem Beitritt der DDR zur Konvention ein ehemaliges FNB aktualisiert und als Ramsar-Gebiet angemeldet und ein bestehendes erweitert.

Die in dreijährigem Turnus fälligen nationalen Ramsar-Berichte der Bundesrepublik zur Vorbereitung der Mitgliederkonferenzen der Konvention wurden bis 1999 unter Mitwirkung der ZWFD erstellt. Die Beiträge der Forschungsstelle und der ehrenamtlichen Arbeitsgruppen bestanden in Berichten zur aktuellen Situation und zur Entwicklung der Wasservogelbestände in den ostdeutschen FIB (Zuarbeiten von Gebietsbetreuern, Bereisungen der Gebiete).

3. Der Förderverein

3.1 Ziele der Gründung

Mit dem Tod von Prof. Rutschke und damit der Vakanz in der Leitung der Forschungsstelle war die Auflösung dieser Einrichtung als Teil der Universität nicht mehr vermeidbar. Da es sich um eine bis dahin staatlich zugeordnete Institution handelte, lag die Umsetzung an eine Landesbehörde nahe.

Alle Bemühungen, die Forschungsstelle mittels gemeinsamer Finanzierung durch die beteiligten neuen Bundesländer als länderübergreifende Einrichtung zu erhalten, waren recht schnell an unterschiedlichen Auffassungen über die Notwendigkeit, letztlich aber an der mangelnden Bereitschaft der Länder gescheitert, die erforderlichen finanziellen Mittel gemeinsam aufzubringen, ohne die eine Unterstützung aus Bundesmitteln nicht möglich gewesen wäre. Das wiederum wurde vom Handeln der neuen Länder („Naturschutz ist Ländersache“) abhängig gemacht. Speziell durch den Präsidenten des Landesumweltamtes Brandenburg wurde in den Jahren 1999 und 2000 vergeblich versucht, dazu eine Vereinbarung mit den anderen Landesumweltämtern in Ostdeutschland abzuschließen. Für eine institutionelle Förderung des Wasservogelmonitorings und von Forschungsvorhaben in Ostdeutschland bestanden also keine Aussichten, es sei denn, man hätte es geschafft, ein bundesweit tätiges Institut, etwa für Wasservogel- und Feuchtgebietsökologie, zu gründen. Ideen dazu gab es, jedoch konnte nicht mit einer schnellen Lösung gerechnet werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die traditionell ehrenamtlichen Wasservogelzählungen in der alten Bundesrepublik.

Als günstiger Ausweg und als einzige Möglichkeit, wenigstens die Kontinuität der Wasservogelzählungen in Ostdeutschland aufrecht zu erhalten, wurde die Gründung eines Fördervereins favorisiert. Anderenfalls wäre das Zählernetz in kurzer Zeit zusammengebrochen bzw. hätten die neuen Länder längere Zeit benötigt, die Zählungen in eigener Regie fortzusetzen. Außerdem wurden von allen Beteiligten einem Förderverein die größten Chancen eingeräumt, finanzielle Mittel durch Projekte einzuwerben.

3.2 Satzung und Mitglieder

Unter den satzungsgemäßen Aufgaben hatte zunächst die Koordinierung und Unterstützung des internationalen Wasservogelmonitorings in Deutschland die Priorität. Der Verein hatte als seinen diesbezüglichen Wirkungsbereich die ostdeutschen Bundesländer und Berlin festgelegt, ohne dass dies in der Satzung ausdrücklich vermerkt worden war. Im Rahmen der ZWFD innerhalb des DDA sah der Verein (in Fortführung dieser von der Forschungsstelle in Potsdam bis dahin erbrachten Leistungen) die Koordinierung und Organisation in diesen Ländern und damit die Unterstützung des DDA als seine Aufgabe.

Die Satzung legte in diesem Zusammenhang fest, dass die von den Mitarbeitern (Zählern) zur Verfügung gestellten Daten vom Verein verwaltet und für die in der Satzung § 2 formulierten weiteren Aufgaben genutzt werden. Die Weitergabe von Daten an Dritte zu kommerziellen Zwecken war grundsätzlich ausgeschlossen, wobei der Vorstand über Ausnahmen entscheiden konnte. Die von ehrenamtlichen Mitarbeitern oder Vereinsmitgliedern gewonnenen und zur Verfügung gestellten Unterlagen und Daten blieben wie bisher Eigentum der Urheber, die Satzung verpflichtete zur strikten Einhaltung der allgemeinen Datenschutzbestimmungen.

Als weitere Aufgaben legte die Satzung fest, den Lebensraum-, Arten- und Tierschutz, insbesondere den Wasservogelschutz zu fördern, naturschutzrelevante Forschungsaufgaben und Projekte auf dem Gebiet der Ökologie der Wasservögel und Feuchtgebiete durchzuführen und zu unterstützen und zur Förderung des Natur- und Umweltschutzgedankens in der Öffentlichkeit in Bezug auf Wasservögel und Feuchtgebiete beizutragen. Dazu zählte auch die Mitwirkung bei der Aufstellung von Konzepten zum Schutz, zur Gestaltung, zur fachlichen und praktischen Betreuung sowie zur wohlausgewogenen Nutzung von Feuchtgebieten.

Vorgesehen war auch die Mitarbeit an der Umsetzung internationaler Verpflichtungen, soweit sie dem Schutz von Feuchtgebieten und der in ihnen lebenden Tier- und Pflanzenwelt dienen (z. B. Ramsar-Konvention, EG-Vogelschutzrichtlinie, FFH-Richtlinie, Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel).

Weitere Satzungsaufgaben waren die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Fach- und Naturschutzverbänden, Fachinstituten und -behörden, z. B. staatlichen Vogelschutzwarten, sowie Einzelpersonen auf dem Gebiet des Wasservogel- und Feuchtgebietsschutzes.

Entsprechend dieser Aufgabenstellungen waren in erster Linie die bisher in der Zentralen Arbeitsgruppe Wasservögel bzw. in der Bundesarbeitsgruppe des NABU tätigen Landes- und Regionalkoordinatoren aufgerufen, künftig auch als Mitglieder des Vereins zu wirken. Einige von ihnen waren bereits Gründungsmitglieder. Im Verlauf des folgenden Jahres traten die meisten Koordinatoren Ostdeutschlands dem Verein bei. Per 10.10.2001 hatte der Verein 30 Mitglieder. Insgesamt waren 36 Mitglieder eingeschrieben, davon zwei institutionelle (NABU-Landesverband Brandenburg und NABU-Ortsgruppe Bad Liebenstein) und zwei Fördermitglieder. Bei Auflösung des Vereins betrug die Mitgliederzahl 33.

Der gewählte Vorstand mit drei Personen war über die gesamte Zeit des Bestehens des Vereins in unveränderter Zusammensetzung tätig (Dr. Johannes Naacke, Brandenburg/H., als Vorsitzender, Dr. Lothar Kalbe, Stücken, als Stellvertreter und Dipl.-Ing. Gerhard Fröhlich, Leipzig, als Schatzmeister).

Die in der Satzung vorgesehene Berufung eines Beirates erfolgte im Herbst 2001. Seine Mitglieder sollten zur Unterstützung des Vorstandes jeweils ein beteiligtes Bundesland im Wirkungsbereich des FVWF vertreten. Aufgabe der einzelnen Mitglieder war es unter anderem, die Verbindung des Vereins und des Vorstandes mit Landesbehörden und mit Verbänden herzustellen und aufrecht zu erhalten sowie den Vorstand fachlich und organisatorisch zu beraten. Berufen wurden die Vereinsmitglieder Dr. Peter Kandler (Sachsen), Dr. Torsten Langgemach (Brandenburg), Bernhard Schonert (Berlin), Eckart Schwarze (Sachsen-Anhalt) und Dr. Horst Zimmermann (Mecklenburg-Vorpommern). Seitdem fanden die meisten Vorstandssitzungen unter Beteiligung des Beirates statt. 2004 wurden Johannes Wahl und Thomas Heinicke (DDA, Bundeskoordinatoren des Wasservogel- bzw. des Gänsemonitorings) und Stefan Kluth (Koordinator in Bayern, für die Kooperation in einem Projekt des Vereins) in den Beirat berufen.

Obwohl der FVWF erst ein Jahr nach seiner Gründung als eingetragener Verein bestätigt wurde, nahm er sofort seine Arbeit auf. Als Sitz war Buckow bei Nennhausen gewählt worden, weil das Landesumweltamt (LUA) Brandenburg einen Raum in der dort ansässigen Staatlichen Vogelschutzwarte (SVSW) zur Verfügung stellen konnte und sich die fachliche Zusammenarbeit geradezu anbot.

3.3 Kooperation mit der Staatlichen Vogelschutzwarte Brandenburg

Mit Auflösung der Forschungsstelle für Ökologie der Wasservögel und Feuchtgebiete für die ostdeutschen Bundesländer an der Universität Potsdam im Jahr 2000 wurden alle Materialien des internationalen Wasservogelmonitorings, die bis zum Jahr 2000 vorlagen (einschließlich der Zählkarten mit den Primärdaten) sowie die vorhandenen Geräte und die Literaturbestände der Forschungsstelle an die SVSW des Landes Brandenburg in Buckow (Abt. Naturschutz des LUA

Brandenburg) übergeben. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Aufgaben der Wasservogelökologie und des Feuchtgebietsschutzes anteilig durch den Arbeitsbereich Wasservogel an der SVSW und den neu gegründeten Förderverein wahrgenommen.

Der SVSW oblag die Planung, Koordinierung und Auswertung des Wasservogelmonitorings in Brandenburg, unter anderem im Rahmen der behördlichen Berichtspflichten, und die naturschutzfachliche Umsetzung der Ergebnisse sowie die Verwaltung der übernommenen Primärdaten. Das Monitoring wurde später ganz vom FVWF übernommen. Er koordinierte die Zählungen in den ostdeutschen Bundesländern im Rahmen der Projekte des DDA und sammelte über das ehrenamtliche Zählernetz mit Regionalkoordinatoren die Daten in ca. 500 Zählgebieten seines Wirkungsbereiches. Die seit 2000 zur Verfügung gestellten Primärdaten auf Zählkarten wurden nun durch den Verein treuhänderisch verwaltet. Die Ergebnisse des Monitorings sind in der WVZ-Datenbank zusammengefasst und wurden regelmäßig ausgewertet. Somit hat der Förderverein das bis dahin von der Forschungsstelle koordinierte Wasservogelmonitoring kontinuierlich und mit den bisherigen Strukturen weitergeführt.

Wasservogelzählkarte (Ausschnitt) der Zentrale für Wasservogelforschung

Mit der Einrichtung des Vereinssitzes in Buckow (nach Verhandlungen mit NABU-Landesverband und Vertretern des LUA noch im Vorfeld der Vereinsgründung) war die Zusammenarbeit mit der Vogelschutzwarte insoweit gesichert, als die dortige Infrastruktur und die Räume kostenfrei durch den Verein genutzt werden konnten und der Verein im Gegenzug zur Erfüllung der Landesaufgaben im Rahmen des Vogelmonitorings beitrug. Die Leistungen seitens der SVSW und des LUA galten fortan als Beitrag des Landes Brandenburg zur Unterstützung des Fördervereins.

Anfangs existierte an der Vogelschutzwarte für etwa ein Jahr eine hauptamtliche Mitarbeiterstelle für den Arbeitsbereich Wasservogel, die mit Thomas Heinicke besetzt war. Nach dessen Weggang auf eine andere Stelle innerhalb des LUA wurde diese Stelle an der SVSW nicht wieder besetzt.

Eine schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen dem LUA und dem FVWF kam trotz mehrfacher Anläufe nicht zustande. Dies hatte jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Praxis der Zusammenarbeit, die dank der konstruktiven und unbürokratischen Unterstützung durch

SVSW- und LUA- Mitarbeiter reibungslos funktionierte. Letztlich leistete ja der FVWF einen Beitrag zur Erfüllung naturschutzfachlicher Aufgaben des Landes.

3.4 Finanzielle Probleme

Es ergab sich allerdings die nicht einfache Situation, dass der Förderverein zwar die ehrenamtlichen Strukturen aufrechterhalten konnte, jedoch finanziell nicht ausreichend abgesichert war, da sich sein Arbeitsbereich nach wie vor auf sechs Bundesländer und nicht allein auf Brandenburg erstreckte.

Ende 2001 stellte der FVFW bei den Naturschutzbehörden aller anderen beteiligten Bundesländer Anträge auf finanzielle Unterstützung des Wasservogelmonitorings. Begründet wurden die Anträge mit dem Stellenwert der ehrenamtlich erhobenen und bereitgestellten Bestandsdaten über rastende Wasservögel für die Berichtspflichten der Länder im Rahmen internationaler Abkommen. Außerdem bot der FVWF weitere Leistungen auf dem Gebiet der Wasservogelforschung an. Dr. Lothar Kalbe als Vorstandsmitglied suchte zusätzlich die entsprechenden Behörden auf, um über Fördermöglichkeiten zu verhandeln.

Positive Reaktionen gab es zuerst aus Mecklenburg-Vorpommern. Mit Beginn der Zählseason 2001/02 erhielt der FVWF einen Werkvertrag über Organisation, Durchführung und Auswertung des Wasservogelmonitorings in diesem Bundesland mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Nach Ablauf dieses Vertrages wurden jährlich bis einschließlich Saison 2005/06 auf Antrag neue Verträge bewilligt und mit der Übergabe von Berichten abgerechnet.

Von den anderen Ländern fand sich nur Sachsen-Anhalt bereit, den FVWF finanziell zu unterstützen. Das Landesamt für Umweltschutz vergab 2002 einen Werkvertrag zur Auswertung von Daten der internationalen Wasservogelzählung in Sachsen-Anhalt. Der Vertrag wurde 2003 realisiert, bedeutete jedoch eine zusätzliche Leistung außerhalb des laufenden Monitorings im Land, sodass die eingeworbenen Finanzmittel nur die Unkosten deckten und kaum für andere Aufgaben eingesetzt werden konnten.

3.5 Arbeitsvorhaben und Projekte

Organisation des Wasservogelmonitorings in den ostdeutschen Bundesländern

Dieses schon mehrfach erwähnte Arbeitsgebiet erforderte als kontinuierliche Aufgabe notwendigerweise die jährliche Wiederholung der gleichen Schritte:

- Anfertigung und Versand der Zählkarten für die jeweils neue Zählseason (bis August des laufenden Jahres, meist wurden die Unterlagen den Koordinatoren während der Arbeitstagen Anfang September übergeben, im Bedarfsfall vorher verschickt);
- Einsammeln der Zählkarten über die Koordinatoren nach Abschluss der Zählungen im Frühjahr. Da zunehmend bis April gezählt wurde, waren die Daten meist erst im Frühsommer komplett. Mit Eintreffen der ersten Rückmeldungen begann die Eingabe in die Datenbank. Diese erfolgte teilweise unentgeltlich durch Vereinsmitglieder, meist aber auf der Basis von Werkverträgen an Dritte.
- Zusammenstellung der Ergebnisse des Vorjahres (unter Berücksichtigung von Nachmeldungen meist erst nach Jahresfrist möglich) und Anfertigung des Rundschreibens für die Zähler.

Neben allgemeinen Informationen und Hinweisen zur kommenden Zählseason enthielt das Rundschreiben alle verfügbaren Zählergebnisse der vorvergangenen Saison in Tabellenform sowie halbquantitative Kartendarstellungen für das Vorkommen ausgewählter Arten in den einzelnen Zählgebieten. Insgesamt wurden durch den FVWF von 2000/01 bis 2007/08 acht Rundschreiben mit den Zählergebnissen 1998/99 (also noch aus der Forschungsstelle) bis 2005/06 herausgegeben.

Die Auflage der Rundschreiben war so bemessen, dass zumindest für jedes Zählgebiet ein Exemplar vorlag, meist war ein kleiner Überschuss verfügbar. Die Verteilung an die Zähler erfolgte zusammen mit den Zählkarten. Bei der Herstellung der Rundschreiben wurden wir durch das LUA Brandenburg unterstützt.

Für die qualitative Aufwertung der Wasservogelzählungen als ältestes Vorhaben des Vogelmonitorings in Deutschland waren sowohl die Verbesserung der Gebietskulisse als auch die Erhöhung der Zählfrequenz notwendig geworden. Schon 2001 beschloss der Vorstand, diese Maßnahmen umzusetzen. Ab 2002/03 probeweise und ab der folgenden Saison verbindlich wurden die Zählungen in sechs bzw. acht Monaten der Saison in den ostdeutschen Ländern (wieder) eingeführt, soweit sie nicht, wie in Berlin und teilweise in Sachsen-Anhalt, ohnehin liefen. Erfreulicherweise fand der Förderverein Verständnis und große Bereitschaft der Zähler.

Gleichzeitig wurden die Anpassung der Zählgebiete an das Schutzgebietssystem (vor allem die Großschutzgebiete und die Special Protection Areas, SPA) und notwendig gewordene Aktualisierungen von Zählgebieten weitergeführt. Da viele Zählgebiete noch immer nicht eindeutig definiert und in entsprechenden Grenzen ausgewiesen waren, übernahm Beiratsmitglied Thomas Heinicke die anspruchsvolle Aufgabe, die Kartierung der Gebiete in den beteiligten Bundesländern zu organisieren mit dem Ziel, die Gebiete nicht nur kartografisch zu erfassen, sondern auch zu digitalisieren. Wiederum war das Engagement der Koordinatoren und der Zähler gefragt, die gebeten wurden, Grenzen und andere Details ihrer Zählgebiete in Kartenausschnitte einzutragen, die ihnen zugestellt wurden. Auf der Basis der Rückmeldungen wurden dann die Gebiete länderweise digital erfasst bzw. die Unterlagen den Bundesländern zur weiteren Bearbeitung überlassen.

Auswertungen von Zähldaten

Während die jährliche Berichterstattung in den Rundschreiben als Feedback für die Zähler lediglich den Charakter von Zusammenstellungen hatte, wurde seitens der Auftraggeber in den per Werkvertrag vereinbarten Berichten stärker auf eine vergleichende Auswertung der Daten orientiert, auch wenn diese jeweils nur über eine Saison erfasst waren.

Die jährlichen Auswertungen der Wasservogelzählung für Mecklenburg-Vorpommern auf Werkvertragsbasis von 2001/02 bis 2005/06 wurden mit Abschlussberichten abgerechnet, an deren Erstellung meist mehrere Autoren beteiligt waren. Als Vorteil für die zeitnahe Auswertung erwies sich die Terminsetzung innerhalb des Kalenderjahres für die jeweils in diesem Jahr beendete Saison, auch wenn dies mit einem hohen Zeitdruck verbunden war, da besonders auf die pünktliche Meldung der Ergebnisse geachtet werden musste. Zu den vereinbarten Leistungen gehörten selbstverständlich auch Vorbereitung und Organisation des Monitorings für die folgende Saison. Thomas Heinicke übernahm im Auftrag des Umweltministeriums

Mecklenburg-Vorpommern die Veröffentlichung der Abschlussberichte im Internet und teilweise auch als Drucksache als Feedback für die Zähler.

2002 erhielt der Förderverein vom Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (fachliche Betreuung durch die Staatliche Vogelschutzwarte in Steckby) einen Werkvertrag zur Auswertung von Daten der periodischen Wasservogelzählungen im Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 1981 bis 2002. Der Abschlussbericht wurde zum Jahresende 2003 eingereicht. Ausgangspunkt der Überlegungen zu diesem Projekt war die Bedeutung der Gewässer in Sachsen-Anhalt als Durchzugs- und Rastgebiete von Wasservogelarten, die in den Ramsar-Gebieten, den Important Bird Areas (IBA) bzw. SPA in überregional bis international bedeutsamen Konzentrationen vorkommen (z. B. Saatgans, Blässgans, Singschwan, Gründel- und Tauchenten) und damit für die Berichtspflichten des Landes zu den diversen Abkommen relevant sind.

Weitere Projekte

Im Jahr 2000 übernahm der Förderverein mit ehrenamtlichen Betreuern auf Honorarbasis die Betreuung des Kranichschlafplatzes Nauen (Kreis Havelland). Das Gebiet, eine Abwasser-Teichgruppe der Stadt Nauen, ist Teil des bedeutendsten Binnenrastplatzes im Rhinluch und Brutgebiet einiger bedrohter Wasservogelarten. Infolge ausbleibender Wasserzufuhr drohte dem Gebiet der Verlust seiner Bedeutung, weshalb eine Rekonstruktion mit nachhaltigem Wassermanagement geplant wurde. Durch den Förderverein wurden eine Studie zur ökologischen Grunderfassung und ein Managementkonzept erarbeitet, die vom Naturschutzfonds Brandenburg finanziert wurden. Die erforderlichen Mittel für Baumaßnahmen standen zwar zur Verfügung, leider fehlten dem Förderverein jedoch die nötigen Mittel für die langfristige Sicherung der Betriebskosten, sodass ein anderer Träger für das Vorhaben gesucht werden musste. Die Bemühungen des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, einen geeigneten Träger zu finden, schlugen allerdings fehl. Aktuelle Betreuungsmaßnahmen wie Pflege, Monitoring und Besucherlenkung waren jedoch abgesichert und wurden in jährlichen Berichten dokumentiert.

Im Rahmen des F&E-Vorhabens „Vogelmonitoring in Deutschland“ des DDA übernahm der FVWF als Teilleistung die ökologische Charakterisierung der Zählstrecken und Zählgebiete des Wasservogelmonitorings beispielhaft im Land Brandenburg und im Freistaat Bayern. Dieses Projekt war in intensiven Beratungen mit dem DDA vorbereitet worden und wurde in den Jahren 2004 und 2005 realisiert (Projektleitung L. Kalbe, Bearbeiter L. Kalbe und M. Körner). Der Abschlussbericht wurde termingerecht 2005 erbracht und die Leistung von DDA und Bundesamt für Naturschutz bestätigt.

Während dieser Arbeit entstand die Idee, auch bedeutende Brutgebiete der Wasservögel in ähnlicher Weise zu beschreiben. Zunächst übernahm der FVWF dieses Projekt in Eigenregie, beispielhaft für das Land Brandenburg unter dem Titel „Ökologische Charakterisierung der wichtigsten Brutgebiete für Wasservogel in Brandenburg“ (Bearbeiter L. Kalbe unter Mitarbeit von M. Körner). Diese Leistung wurde während des Jahres 2007 erbracht und in der Endphase durch das Land Brandenburg gefördert. Das Werk ist inzwischen publiziert (Kalbe 2008).

Vor allem unter dem Eindruck der vorliegenden enormen Datenfülle aus dem Wasservogelmonitoring und zur Wasservogelforschung in Ostdeutschland seit Beginn der

Zählungen im Jahr 1948 bis zur Auflösung des FVWF und der wechselvollen Entwicklung in nahezu 60 Jahren sah sich der Förderverein verpflichtet, die verfügbaren Unterlagen zu sichten und in einem Bericht zusammenzufassen. Damit sollen auch die aufwändige Arbeit der Ehrenamtler und das besondere Engagement Einzelner gewürdigt werden. Mit der Erarbeitung einer Studie zur Geschichte des Wasservogelmonitorings und des Wasservogelschutzes in Ostdeutschland (Bearbeiter: G. Fröhlich, L. Kalbe und J. Naacke) wurde 2007 begonnen, der Abschluss der Arbeiten erfolgte im Wesentlichen 2008. Es ist vorgesehen, diese Studie zu publizieren.

3.6 Arbeitstreffen der Koordinatoren

Das letzte „separate“ Arbeitstreffen der ostdeutschen Koordinatoren fand am 27. und 28. August 1999, wenige Monate nach dem Tod von Prof. Rutschke, in der Wissenschaftlichen Station der Universität Potsdam in Gülpe unter Beteiligung der Bundes-Koordinationsstellen des DDA statt. Fachlicher Schwerpunkt war die Renaturierung von Feuchtgebieten in Flussniederungen. Zur Thematik wurden drei interessante Vorträge gehalten (Untere Havel in Brandenburg, Peene-, Recknitz- und Trebeltal in Mecklenburg-Vorpommern und Unterer Niederrhein in Nordrhein-Westfalen). Die dargestellten Beispiele wurden als richtungweisend für künftige Vorhaben zum Erhalt von Feuchtgebieten eingeschätzt. Die 7. Vertragsstaatenkonferenz der Ramsar-Konvention in San José (Costa Rica) hatte die Wiederherstellung von Feuchtgebieten als eine prioritäre Aufgabe benannt. Im nationalen Rahmen wurde den als IBA bzw. SPA und FFH-Gebiete ausgewiesenen Ramsar-Gebieten dabei ein besonders hoher Stellenwert beigemessen.

In Gülpe einigten sich die Teilnehmer, künftige Arbeitstreffen der Koordinatoren des Wasservogelmonitorings gemeinsam unter dem Dach der ZWFD bundesweit durchzuführen. Das erste Treffen bereitete der neu gegründete Förderverein zusammen mit der BAG Wasservogel- und Feuchtgebietschutz vor, es fand vom 1. bis 3. September 2000 im Naturschutzzentrum Schloss Niederspree in der Oberlausitz statt. Die Tagung war mit 42 Teilnehmern sehr gut besucht. Maßgeblich zum Gelingen beigetragen hatten Dr. P. Kandler (Landeskoordinator Sachsen) und Dr. F. Brozio (Leiter des Naturschutz-Großprojektes im benachbarten Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“).

Das Teichgebiet Niederspree war in der DDR eines der Feuchtgebiete von nationaler Bedeutung. Es hatte dank der Bewirtschaftung nach ökologischen Kriterien über 30 Jahre nichts von dieser Bedeutung eingebüßt, wovon sich die Teilnehmer bei einer Exkursion überzeugen konnten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand einerseits die Weiterentwicklung des Wasservogelmonitorings in Deutschland durch Zusammenführung der zahlreichen Teilprogramme in Deutschland zu einem integrierten Monitoringprogramm für Wasservögel, andererseits der Beitrag des Wasservogelmonitorings für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen Deutschlands aus einschlägigen Abkommen und Richtlinien. Dazu wurde auch die Wiederaufnahme durchgängiger monatlicher Zählungen im Winterhalbjahr in den Gebieten angeregt, in denen sie 1976 eingestellt wurden, sowie die Aktualisierung der Zählgebietslisten als erste Schritte zur einer bundesweiten Standardisierung des Wasservogelmonitorings, das nach wie vor mit dem Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter steht und fällt. Es bestand Einigkeit darüber, dass die ZWFD die

Koordinierungsarbeit zwar zunächst ehrenamtlich leisten kann, auf Dauer aber eine professionell arbeitende Institution erforderlich wird.

Vorgestellt wurden einige Projekte und deren Ergebnisse aus der bisherigen Arbeit der ZWFD, vornehmlich zu den internationalen Wasservogel- und Gänsezählungen, unter anderem eine Computerdemonstration über Möglichkeiten der GIS-Auswertung von Zählergebnissen in nahezu beliebiger Auswahl von Einzeldaten und Zusammenfassungen, kombiniert mit statistischer Bearbeitung. Die anschauliche Darstellung der mittlerweile umfangreichen Zählungen als Rückmeldung an alle Mitarbeiter wurde ein wichtiges Anliegen auch des Fördervereins.

Von nun an fanden die bundesweiten Arbeitstreffen jährlich statt. Die ursprüngliche Absicht, sie im regelmäßigen Wechsel in einem östlichen und einem westlichen Bundesland abzuhalten, wurde später aus praktischen Gründen (günstige Angebote, Wünsche der Teilnehmer) nicht konsequent weiter verfolgt.

Zur zweiten Tagung trafen sich die Koordinatoren vom 31.08. bis 02.09.2001 im Nordseehaus des Wattenmeer-Nationalparkzentrums in Dornumersiel. Eine weitere Tagung mit den Koordinatoren der ostdeutschen Bundesländer fand am 20.10.2001 in Buckow bei Nennhausen statt. In den folgenden Jahren trafen sich die Koordinatoren:

- vom 18. bis 20.10.2002 in der Wildnisschule Teerofenbrücke in Hohenfelde/Nationalpark Unteres Odertal (Brandenburg);
- vom 05. bis 07.09.2003 in Haundorf am Altmühlsee/Neues Fränkisches Seenland (Bayern);
- vom 03. bis 05.09.2004 in der Staatlichen Vogelschutzwarte Steckby/Elbe (Sachsen-Anhalt);
- vom 02. bis 04.09.2005 auf der Burg Sterrenberg bei Kamp-Bornhofen am Mittelrhein (Hessen);
- vom 01. bis 03.09.2006 in Plothen/Plotener Teichgebiet (Thüringen);
- vom 31.08. bis 01.09.2007 im Auenökologischen Zentrum Burg Lenzen/Elbe (Brandenburg);
- vom 29. bis 31.08.2008 in Salem bei Malchin am Kummerower See (Mecklenburg-Vorpommern).

Mit den Arbeitstreffen bot sich die günstige Gelegenheit, die jährlichen Mitgliederversammlungen des FVWF durchzuführen, die meist auch den Koordinatorentreffen thematisch nahe standen.

Einen Höhepunkt der Vereinsarbeit bildete eine von Förderverein und LUA ausgerichtete bundesweite Tagung, mit der die Tradition der sieben Wasservogeltagungen, die in der DDR stattgefunden hatten, nach genau 20 Jahren der Unterbrechung fortgesetzt werden sollte (Kalbe 2007). Vom 19. bis 21. Oktober 2007 trafen sich etwa 50 Teilnehmer aus ganz Deutschland und eine Gruppe polnischer Ornithologen in der brandenburgischen Landeslehrstätte für Natur und Umwelt Oderberge Lebus zur 8. Tagung Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz. An die Teilnehmerzahlen früherer Tagungen konnte schon aus Kapazitäts- und Kostengründen nicht angeknüpft werden, das Vortragsprogramm jedoch umfasste wie damals eine breite Palette zum Tagungsthema. Auch eine Tagesexkursion fehlte nicht: Die polnischen Kollegen führten in das benachbarte Warthebruch. Die Teilnehmer bekundeten ihr Interesse an der Weiterführung der alten Tradition, solche Fachtagungen im Zeitabstand einiger Jahre abzuhalten.

4. Übernahme des Wasservogelmonitorings durch die Bundesländer

Die unbefriedigende Situation des FVWF hinsichtlich der langfristigen Finanzierung des Wasservogelmonitorings führte recht bald zu der Frage, wie dieses Problem zu lösen sei. Im Zusammenhang damit wurde auch darüber nachgedacht, ob eine separate länderübergreifende Organisation des Monitorings in Ostdeutschland auf lange Sicht überhaupt notwendig sei, weil sie im Grunde ohnehin anachronistisch war.

Der DDA hatte über die Gründung der Stiftung Vogelmonitoring auch das Wasservogelmonitoring in Deutschland soweit konsolidiert, dass eine DDA-Arbeitsgruppe gebildet werden konnte, die nunmehr die Koordination sowohl der Wasservogel- als auch der Gänsezählungen in der Bundesrepublik weiterführt. Den Ausschlag gaben zunächst aber die erwähnten finanziellen Überlegungen. Vom Freistaat Sachsen wurde mitgeteilt, dass man dort nicht bereit war, Verbände außerhalb des Landes zu unterstützen. Mitte März 2003 traf sich der Vorstand daher in Dresden mit den ehrenamtlichen Koordinatoren und der Vogelschutzwarte Neschwitz, um die Übernahme der Zählungen durch die betroffenen Länder vorzubereiten. Während von Berlin und Thüringen keine diesbezüglichen Aussagen vorlagen, hatte in Sachsen-Anhalt die Staatliche Vogelschutzwarte bereits ein Monitoringkonzept entwickelt, in das die Wasservogelzählungen integriert waren. In Sachsen lag der Entwurf eines Vertrages für das Wasservogelmonitoring beim zuständigen Ministerium vor. Beabsichtigt war hier die Förderung der kooperierenden Verbände Verein Sächsischer Ornithologen, NABU-Landesverband, Landesverein Sächsischer Heimatschutz und Vogelschutzwarte Neschwitz e. V.

Mit Beginn der Zählseason 2003/04 haben der Freistaat Sachsen und das Land Sachsen-Anhalt die bis dahin vom Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz (FVWF) e. V. durchgeführte Koordinierung der Internationalen Wasservogelzählungen in eigene Regie übernommen. Seit 2007/08 führt auch Mecklenburg-Vorpommern über sein Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie die Wasservogelzählungen selbständig durch.

Der FVWF unterstützte alle Bundesländer, die das Wasservogelmonitoring übernahmen, bei der Vorbereitung ihrer ersten Zählseason, um einen reibungslosen Übergang zu sichern, und übergab die jeweiligen Datenbanken. Im Jahr 2007 erfolgte auch die Übergabe aller im Bestand des FVWF bzw. der Vogelschutzwarte Brandenburg befindlichen Zählkarten an die Koordinationsstellen der jeweiligen Bundesländer. Auch die Länder Berlin und Thüringen führen unterdessen die Wasservogelzählungen selbst durch, allerdings bislang auf rein ehrenamtlicher Basis unter Trägerschaft des NABU, in Regie der bisherigen Koordinatoren Bernhard Schonert und Frank Radon. Schließlich hat 2008 im Land Brandenburg die Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburgischer Ornithologen (ABBO), gefördert durch das LUA, diese Aufgabe übernommen. Im Auftrag der ABBO arbeiten nun die Brandenburger Koordinatoren unter Federführung von Stefan Jansen (WVZ) und Thomas Heinicke (Gänseerfassung). Als Übergangslösung in Brandenburg hatte der Förderverein die Absicherung der Zählungen 2006/07 mit einem Werkvertrag finanziell unterstützt.

5. Auflösung des Vereins

Die seit der Mitgliederversammlung 2006 laufende Diskussion um das Fortbestehen des Vereins unter veränderter Aufgabenstellung hatte keine neuen Erkenntnisse erbracht. Die Arbeitsgruppe

Wasservogelmonitoring des DDA hatte im Dezember 2006 eine Konzeption mit Überlegungen zur Zusammenführung des FVWF und des DDA erarbeitet.

Das Interesse an Facharbeit war seitens der Vereinsmitglieder nach wie vor gegeben, auch über das Wasservogelmonitoring hinaus. Diese konnte aber genauso gut auch über die Arbeitsgruppe des DDA koordiniert werden. Ziele sollten die Bündelung von Ressourcen, Optimierung und Effektivierung der Arbeit sein. Eine gesonderte „Ost-Vertretung“ als Parallelverein zu den Aktivitäten des DDA und der Verbände in den Bundesländern wäre auf Dauer nicht konstruktiv gewesen und hatte sich jetzt auch organisatorisch erübrigt. Dies trifft auch auf eine mögliche bundesweite Erweiterung der Aktivitäten des Vereins zu, die zudem eine Neugründung erfordert hätte. Die Funktion des Vereins als „Anker“ für die Zählerinnen und Zähler in den ostdeutschen Bundesländern im Wasservogelmonitoring war weitgehend dadurch aufgehoben, dass die genannten Bundesländer das Monitoring in Eigenregie übernommen haben und damit auf den Förderverein nicht mehr angewiesen sind.

Aus den genannten Gründen wurde der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, den Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz zum 31.12.2007 aufzulösen. Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung zu und beauftragte den Vorstand, die Liquidation zu beantragen. Die Mitglieder des bisherigen Vorstandes wurden zu Liquidatoren bestellt. Das vorgeschriebene Liquidationsjahr ist inzwischen abgelaufen.

Allen ehemaligen Vereinsmitgliedern, den Mitgliedern des Vorstandes und des Beirates, den Mitarbeitern an den Projekten, der Staatlichen Vogelschutzwarte und dem LUA Brandenburg, vor allem aber der großen Schar der Wasservogelzähler wird versichert, dass der Vorstand die Zeit mit ihnen in guter Erinnerung behalten wird und dankt allen recht herzlich für die gute, oft über Jahrzehnte bis heute anhaltende Zusammenarbeit. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass sie alle der Beschäftigung mit den Wasservögeln und ihren Lebensräumen auch unter veränderten Bedingungen und Strukturen weiterhin treu bleiben werden.

Besonderer Dank gilt außerdem Herrn Dr. Lothar Kalbe für die kritische Durchsicht des Manuskripts und für wichtige Ergänzungen.

Literatur

- Kalbe, L. (2007): 8. Tagung Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz in Lebus 2007. – Naturschutz u. Landschaftspflege in Brandenburg 16, Heft 4: 140-141.
- Kalbe, L. (2008): Ökologische Charakterisierung der wichtigsten Brutgebiete für Wasservogel in Brandenburg. Mitarbeit: M. Körner. – Studien und Tagungsberichte des Landesumweltamtes Brandenburg, Potsdam. Band 57, 178 S.
- Nowak, E. (2005): Wissenschaftler in turbulenten Zeiten. Erinnerungen an Ornithologen, Naturschützer und andere Naturkundler. – Stock & Stein Schwerin, 432 S.
- Rutschke, E. (1993 a): Zur Neuorganisation der Wasservogelforschung und des Feuchtgebietsschutzes in Deutschland. Bucephala (NABU Reihe „Naturschutz spezial“) 1: 19-20.
- Rutschke, E. (1993 b): Die Bundesarbeitsgruppe (BAG) Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz im Naturschutzbund Deutschland (NABU). Bucephala (NABU Reihe „Naturschutz spezial 1: 21-22.
- Rutschke, E. (1998): Aufgaben und Arbeitsweise der „Zentrale für Wasservogelforschung der DDR“ an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Forum Wissenschaft Studien Bd. 45, Halbb. I, Marburg: 425-433.
- Zentrale für Wasservogelforschung und Feuchtgebietsschutz in Deutschland–ZWF (1993): Die Feuchtgebiete internationaler Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland. Münster, Potsdam, Wesel, 232 S.

Vergebliche Mühen. Eine verfrühte Naturpark-Idee

Harro Hess

Nachdem Erich Hobusch mit dem Müritz-Seen-Park erstmalig in der DDR für ein Landschaftsschutzgebiet den Begriff „Naturpark“ eingeführt hatte (dies mit Tricks und unter Umgehung der staatlichen Meinung), wuchs der Mut und es häuften sich die Initiativen, klassische Landschaften im Staatsgebiet der DDR zu großräumigen Schutzgebieten auszugestalten. Darin sollte ein Minimum an land- und forstwirtschaftlicher und bergbaulicher Nutzung unter Berücksichtigung des großräumigen Natur- und Landschaftsschutzes möglich sein. Andererseits sollte in den Naturparks die Natur nicht vor ihren Besuchern abgeschirmt werden, sondern bei sorgfältiger Lenkung der Besucherströme für die Besucher erschlossen werden.

In der Müritz-Seen-Landschaft, der Sächsischen Schweiz, auf der Insel Rügen und in der Märkische Schweiz in der Nähe von Berlin waren unabhängig voneinander inoffizielle Gruppen an einer Ausgestaltung des Begriffes „Naturpark“ interessiert.

Der sorgsam durchorganisierte Feriendienst der Gewerkschaften (FDGB) und die mangelnden Urlaubsziele außerhalb der Staatsgrenzen der DDR führten zu einer sehr intensiven Nutzung heimischer Urlaubsgebiete, die sich eng an großräumige Landschaftsschutzgebiete anschlossen. In diesen Gebieten entwickelte auch das organisierte „Urlaubs- und Erholungswesen“ erhebliche Aktivitäten. Jedes noch so kleine Anwesen wurde durch die „Urlaubsträger“ (FDGB-Feriendienst, Reisebüro der DDR und andere betriebliche Einrichtungen) in eine nutzbare Unterkunft umgebaut. So entstanden viele oft auch unansehnliche Bauten in attraktiven Landschaften. Gelegentlich wurden in den „Objekten“ auch dürftig eingerichtete Bauwagen als Urlaubsquartier ausgewiesen. Sie dienten allein dazu, den erheblichen Druck im Inland abzubauen, der durch die Reisepolitik der Regierung entstanden war. Dieser Druck wirkte sich auch auf die Landschaften und die Natur aus. Es war notwendig, auf diese Menschenströme ordnend und lenkend einzuwirken.

Zweifelloso gab es insbesondere in den westlichen Ländern – beispielhaft in der Bundesrepublik – ein Netz von Naturparks und geschützten Landschaften, in denen die damals aktuellen Vorstellungen von DDR-Naturschutzexperten und freiwilligen Naturschutz Helfern längst (allerdings auch nicht ohne behördliche Widerstände!) verwirklicht waren. Gute Dienste und Anregungen fanden sich in wissenschaftlichen und populären Zeitschriften sowie Drucksachen aus dem Westen, die auf unterschiedlichsten Wegen in die DDR gelangten.

Insbesondere der industrielle Aufbau der neuen Stadtteile Hellersdorf und Marzahn östlich Berlins schuf neue Siedlungsgebiete, aus denen zusätzlich zu den Urlaubsaktivitäten die Bewohner an den Wochenenden verstärkt in das Berliner Umland strömten. Das machte in der Märkischen Schweiz Naturfreunde und Forstfachleute mobil und es entstand bald die Absicht, in den Grenzen des LSG Märkische Schweiz einen Naturpark aufzubauen und auszuweisen.

In der DDR gab es bis auf den Müritz-Seen-Park in dieser Sache keine Erfahrungen. Es war zunächst auch klar, dass eine derartige öffentlichkeitswirksame Tätigkeit nur in den gesellschaftlichen Strukturen des Landes möglich war, wenn man dieses Vorhaben auch dauerhaft umsetzen wollte.

Aus Sicht der Organisatoren schien zunächst der Deutsche Kulturbund (darin die Abteilung Natur- und Heimatfreunde unter Leitung von Horst Bänninger) der geeignete Rahmen zu sein. Außerdem schien eine wissenschaftliche Betreuung durch das Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz in Halle nützlich zu sein. Geeignete und bereitwillige Ansprechpartner waren der seinerzeitige Direktor Prof. Dr. Ludwig Bauer sowie Dr. Hugo Weinitschke. Sie waren offen für neue anregende Formen des auf Naturschutz und Landschaftsschutzgebiete fixierten und erstarrten staatlich organisierten Naturschutzes. Auch das Institut für Acker- und Pflanzenbau in Müncheberg, noch unter Leitung von Prof. Erich Rübensam, erwies sich in den Anfangsphasen der „Park-Idee“ als wohlwollender Ansprechpartner in der Region. Beachtung fand das Projekt auch beim sehr beweglichen und motivierten Direktor des Berliner Tierparks, Professor Heinrich Dathe.

Eine solche Idee und ihre Durchsetzung waren auch ohne zahlreiche ehrenamtliche und engagierte Mitstreiter vor Ort nicht möglich. Otto Rind (Cottbus) und Kurt Kretschmann (Bad Freienwalde) waren wichtige Berater und Unterstützer des Vorhabens. Mit ihren Gestaltungsideen bereicherten Karl Behrend, in Buckow ansässiger Gastronom und Reiseschriftsteller, Heinz Klahr, engagierter Revierförster, eine ortsansässige Architektin, Annedore Günzel sowie weitere Mitarbeiter aus der staatlichen Forstwirtschaft, u. a. Anneliese Schulze, Herbert Gadow, den vorläufigen Arbeitskreis.



Entwürfe Parkordnung, Schild, Publikation

1965 entstand aus dieser losen Vereinigung heraus mit Hilfe und Duldung des Deutschen Kulturbundes die „Fördergemeinschaft Märkische Schweiz Park“ mit Sitz in Buckow sowie mit einem Unterkonto des Kulturbundes, auf das eingeworbene Spenden von Einzelmitgliedern und kooperativen Mitgliedern (Institute und Betriebe) eingezahlt werden konnten. Mit diesen Beträgen konnten die vorerst noch bescheidenen Verwaltungsarbeiten (vornehmlich Post- und Schriftverkehr) bestritten werden. Die Herstellung der Begrenzungstafeln des Parkes und die Entwürfe der Drucksachen (vgl. Abbildung) wurden von der Bundesleitung des Deutschen Kulturbundes bei einer Berliner Gestaltungsfirma in Auftrag gegeben und bezahlt.

Der bereits erwähnte Tierparkdirektor Prof. Heinrich Dathe hielt in seinem Wisentgehege im Tierpark Berlin-Friedrichsfelde, das infolge erfolgreicher Zuchtbemühungen immer weniger Platz

für die Nachzuchttiere bot, bereits ein Paar Wisente bereit, die in einem größeren Freigehege am nördlichen Rande des geplanten Parks nahe der Eichendorfer Mühle eingegattert werden sollten. Das Vorbild dafür lieferte ein großes Freigehege an der Müritz (auf dem Damerower Werder), das im Frühjahr 1964 von einer Gruppe aus Buckow zu Studienzwecken besucht wurde. Des Weiteren bereisten einige Mitglieder der Fördergemeinschaft mehrmals polnische Nationalparke, die seinerzeit den Vorstellungen aller beteiligten Interessenten an dem Projekt entsprachen. Die damals verlassene und dem Verfall preisgegebene Eichendorfer Mühle war mit ihrer rudimentären Mühlentechnik als Touristikstützpunkt im nördlichen Teil des Parks vorgesehen.

Unter den damaligen politischen Umständen und damit verbundenen extremen politischen Empfindlichkeiten war ein wichtiger Faktor, dass nicht der Lüneburger Heide-Park als Vorbild zitiert wurde, sondern die Erfahrungen und Realitäten in der damaligen Volkrepublik Polen als Grundlage für ähnliche Projekte dienten. So konnten die Mitglieder der Fördergemeinschaft mindestens Aufmerksamkeit auch bei politischen Organisationen und bei den staatlichen Organen unterstellen. Westkontakte oder Beispiele aus der Bundesrepublik hätten ein derartiges Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Daher reihten sich in unsere Bemühungen die publizistischen Arbeiten von Karl Behrend nahtlos ein. Er arbeitete seinerzeit an dem Buch „Wo Luchs und Bären ziehen“, einem Bildband über die



Harro Hess auf einer Veranstaltung im Rahmen des Naturschutztages in Buckow 1963

polnischen Nationalparke (Behrend 1966). Seine Arbeiten begannen im Wolin-Park auf der Insel Wolin, an denen auch der Verfasser beteiligt war. Die dort gesammelten Daten, Erfahrungen und Größenordnungen entsprachen durchaus den Vorstellungen unserer Fördergemeinschaft für den „Märkische Schweiz-Park“. Insbesondere schien die polnische Konzeption, für jede Wojewodschaft einen „Park Narodowy“ anzulegen, durchaus kompatibel mit weitergehenden Überlegungen, in jedem DDR-Bezirk eine solche Einrichtung zu schaffen. Damit wurde zunächst der in der DDR tabuisierte Begriff des „Nationalpark“ umgangen, dessen Einrichtung und Vorgaben an internationale Richtlinien gebunden waren. Außerdem sprach die damals aus Sicht der DDR „ungelöste“ nationale Frage gegen die Einführung und den Begriff „Nationalpark“.

In der Zeitschrift „Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg“ (Heft 2, 1967) wurde erstmalig eine Aufgabenstellung und Grundsätze für den zu bildenden Naturpark vorgestellt (Hess 1967a). Diese Publikation war das Ergebnis einer öffentlichen Vorstellung des Projekts auf der 5. Naturschutztagung der Brandenburgischen Bezirke in Buckow am 23. und 24. April 1966. Sie bezog sich

demonstrativ auf die Beschlüsse des 11. und 13. Plenums der SED, die sich mit der Entwicklung des Erholungswesens und der Wirtschaft in der DDR (nach dem Mauerbau im Jahr 1961) befasst hatten. Nicht nur diese Publikation, sondern auch unmittelbare Hilfestellung bei der wis-

senschaftlichen Beratung verdankte die Fördergemeinschaft Karl-Heinz Großer, dem Zweigstellenleiter Potsdam des ILN (Großer 1967).

Durch diese Öffentlichkeit war zunächst einmal die Unterstützung des Deutschen Kulturbundes gesichert, die insbesondere auch darin bestand, dass über diese Adresse für die Organisatoren Veröffentlichungen aus der Bundesrepublik zugänglich wurden. Zudem lieferte die Abteilung „Natur und Heimat“ den notwendigen organisatorischen und politischen Rahmen, innerhalb dessen der Gedanke zunächst publiziert werden konnte und öffentliche Veranstaltungen legitimiert waren. Außerdem sicherte diese gesellschaftliche Organisation auch erste Aufträge finanziell ab, die für die Öffentlichkeitsarbeit unentbehrlich waren. Dazu gehörten die Entwürfe und die Herstellung der Beschriftungstafeln für den Park sowie die Plakatentwürfe für die öffentliche Propagierung des Vorhabens im Bereich des „Landschaftsschutzgebietes Märkische Schweiz“ 50 Kilometer östlich vom Berliner Stadtzentrum.

Die Probleme bei der Durchsetzung dieser Pläne entstanden auf regionaler Ebene. Eine Zusammenarbeit mit damaligen Rat des Kreises Strausberg und dem Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder war unumgänglich, da sowohl die wirtschaftlichen als auch politischen Vorbereitungen nur in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden (Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb, Abteilung Landwirtschaft, Rat der Stadt bzw. der betroffenen Gemeinden u. a.) erfolgen konnten. Diese staatlichen Organe konnten (und wollten) allerdings diesbezügliche Entscheidungen nur in enger Abstimmung mit den zuständigen Gremien der SED treffen. Daher bestand zunächst bei den angesprochenen Verwaltungsfunktionären ein tiefes Misstrauen. Während die zuständigen Funktionäre des FDGB-Feriedienstes in der Märkischen Schweiz noch ein gewisses Entgegenkommen signalisierten (Sie sahen in den Naturpark-Bestrebungen auch eine Unterstützung ihrer Bemühungen bei der „geistig-kulturellen“ Urlauberbetreuung.), unterliefen die Verwaltungsfunktionäre das Vorhaben; und sei es mit dem Argument, dass die „ausbrechenden Wisente“ die Urlauber bedrohen würden und die Sicherheit der Feriengäste gefährdet wäre. Es gab ebenfalls den Hinweis auf „geplante Geschäftemacherei“ in der Eichendorffer Mühle. Außerdem wurden die ordnenden Ziele des Schutzes von Natur und Umwelt in einem Naturpark als Eingriff in die wirtschaftlichen Vollmachten der betroffenen Betriebe und Verwaltungen angesehen. Insbesondere fühlten sich die Forstwirtschaft und die kollektiv organisierte Landwirtschaft von den Bemühungen der Organisatoren betroffen und in ihren planwirtschaftlichen Zielstellungen beeinträchtigt.

Aus diesen Gründen kam es am 7. November 1967 in Frankfurt/Oder zu einer persönlichen Aussprache zu diesem Thema bei Erich Mückenberger, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED (Hess 1967b). In diesem Gespräch wurde dem Verfasser bedeutet, dass das Vorhaben „Märkische Schweiz Park“ derzeit nicht in die Konzeption von Wirtschafts- und Sozialpolitik passen würde. Der Bezug auf den Deutschen Kulturbund und die Zusammenarbeit mit dessen Bezirksleitung, der seinerzeit Erna Kretschmann vorstand, war in diesem Gespräch unangebracht. Querverbindungen vom Politbüromitglied Erich Mückenberger zum Bundesvorstand des Deutschen Kulturbundes und zum Rat des Kreises Strausberg führten dann zu einem schnellen Ende der Bemühungen um die Ausgestaltung des Projekts „Märkische Schweiz Park“. (Alle anderen Projekte dieser Art wurden damals untersagt und nicht mehr weitergeführt: so z. B. Müritz-Seen-Park, Sächsische Schweiz.)

Bei der Stange geblieben waren lediglich die „korporativen Mitglieder“ der Fördergemeinschaft (Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz, Institut für Acker und Pflanzenbau Mün-

cheberg). Alle anderen beteiligten Institutionen und Betriebe zogen sich nach dem eindeutigen „Nein“ der SED-Bezirksleitung zurück.

Viel später, nach der Wende 1989, wurde dann der Naturpark „Märkische Schweiz“ eingerichtet. In seiner geplanten und derzeitigen Ausprägung entspricht er aber ebenso wenig den Vorstellungen der seinerzeitigen Verfechter des Naturpark-Gedankens, wie den Vorstellungen und Anforderungen, die die Besucher der Märkischen Schweiz an einen Naturpark stellen.

In einem Vortrag von Reimar Gilsenbach wurde die Vielschichtigkeit des Problems „Märkische Schweiz“ eindrucksvoll beschrieben. So sagte er u. a.: „Wer die Märkische Schweiz will, muss folglich den Fremdenverkehr wollen oder sich einen anderen Namen für sie ausdenken. Die Fremden suchen die Natur aber der Fremdenverkehr gefährdet die Natur. Mit diesem Widerspruch bekommt es Jeder zu tun, der darüber zu befinden hat, wie natürlich der Naturpark ‚Märkische Schweiz‘ sein soll. Es geht nie um eine Annäherung an einen Naturzustand, es geht immer um die Synthese von Natur und Kultur.“ (Gilsenbach 1993)

Diesem Dilemma waren die Freunde der Märkischen Schweiz immer dann ausgesetzt, wenn die Betrachtungsweise ideologisch geprägt war.

Literaturhinweise.

Behrend, Karl: Wo Wolf und Bären ziehen, Brockhaus 1966.

Gilsenbach, Reimar: Wie natürlich soll der „Naturpark Märkische Schweiz“ sein, Vortrag im Verein „Naturpark Märkische Schweiz“, am 30. März 1993.

Grosser, Karl-Heinz: Landschaftskundliche Gesichtspunkte zur Entwicklung von Pflegeplänen für Landschaftsschutzgebiete. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 2/1967.

Hess, Harro: Organisation und Programm der Fördergemeinschaft „Märkische Schweiz Park“. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg, Heft 2/1967.

Hess, Harro: persönliche Notizen, Jahreskalender 1967 (unveröffentlicht).

Hobusch, Erich: Zur Geschichte des Naturschutzgebietes „Ostufer der Müritz“ – Akte StUG 049-71 zu: Wenn die Kraniche – Begegnungen an der Müritz. Sonderausgabe für die Müritz-Region, Waren 2009, S. XI-XX.

Hobusch, Erich: Jeder baut für sich allein – Wird der Müritz-Seen-Park sinnvoll erschlossen? in: National-Zeitung, Berlin Nr. 156, 02. Juli 1962, S. 6.

Zu: Fruchtbarer Streit um Aufsatz im Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 12 ...

Nach den Auseinandersetzungen um Gerhard Klafs: Bemerkungen zum Kapitel Naturschutz in der DDR im Buch „Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906 – 2006“ im Heft 12 „Studienarchiv Umweltgeschichte“ fand ein Treffen zwischen den Autoren R. Gudermand und A. Dix unter Moderation von L. Jeschke statt, in dessen Folge die Autoren noch einmal Gelegenheit zu schriftlichen Stellungnahmen erhalten sollten. Diese können leider erst im nächsten Heft veröffentlicht werden, da sie zum Redaktionsschluss noch nicht vollständig vorlagen.

Literatur zum Natur- und Umweltschutz im Gustav Fischer Verlag Jena

Johanna Schlüter

Im Gustav Fischer Verlag (1878 als Wissenschaftsverlag in Jena gegründet) wurde aktuellen Themen der Biologie von Anbeginn genügend Raum im Verlagsprogramm gegeben. So war auch bereits 1942 mit dem Werk von Schoenichen (Naturschutz als völkische und internationale Kulturaufgabe) das erste umfassende, wenn auch – wie schon der Untertitel ausweist – politisch gefärbte Fachbuch zum Naturschutz erschienen.

1956 wurden in dem 1953 volkseigen gewordenen Jenaer Verlag (in Stuttgart war zur gleichen Zeit die private Niederlassung gegründet worden) erstmals Lektorate für Medizin und Biologie eingerichtet. Für die Biologie war ich zuständig, und so konnte ich zielstrebig von Anfang an nicht nur das vordringliche Lehrbuchprogramm entwickeln, sondern auch ein umfassendes Buchangebot zu Natur- und Umweltschutz sowie Lehr-, Fach- und Praktikumsbücher zu dem hochaktuellen Thema der Ökologie aufbauen.

Die in Jena entstandenen Lehrbücher verringerten entscheidend die Notwendigkeit, Lehrmaterial für Devisen zu importieren – im Gegenteil: Nahezu die gesamte Produktion fand interessierte Mitdruckpartner bei westdeutschen Verlagen, insbesondere bei Fischer Stuttgart.

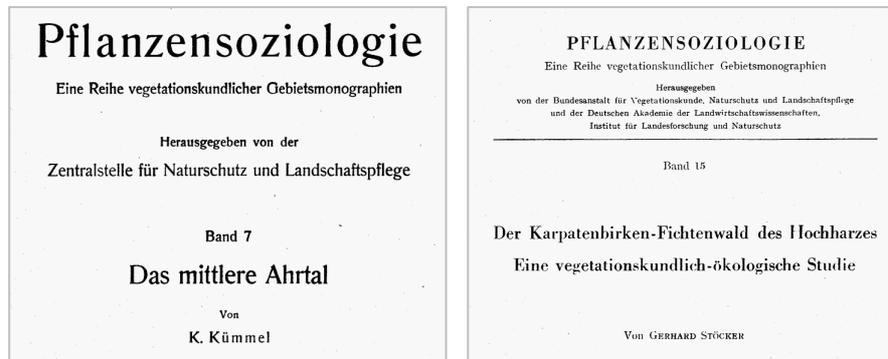
Schriftenreihe Pflanzensoziologie

Die Verbindung zu Schoenichen, der in Jena neben dem „Naturschutz“ noch „Deutsche Waldbäume“ und „Biologie der geschützten Pflanzen Deutschlands“ veröffentlicht hatte und der Leiter der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen war, hatte bereits 1931 zur Begründung der durchaus fortschrittlichen Schriftenreihe „Pflanzensoziologie“ geführt. Sie stellte ein sehr wichtiges Arbeitsmaterial für Vegetationskundler und damit auch für Naturschützer dar. Der historische Ablauf der Herausgeberschaft dieser Reihe spiegelt durchaus ein Stück deutsch-deutscher Geschichte wider. Erster Herausgeber war die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen. Als Band 1 erschien 1931 die von Steffen verfasste Vegetationskunde von Ostpreußen. Hoffnungsvoll waren als nächste Bände geplant: Hueck & Markgraf: Brandenburg; Tüxen: Nordwestdeutsches Tiefland und Mittelgebirge; Tüxen & Libbert: Harz. Leider ist daraus nie etwas geworden.

Es folgten als weitere Herausgeber die Reichsstelle für Naturschutz (z. B. Hueck: Botanische Wanderungen im Riesengebirge, Bd. 3, 1939), die Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege (z. B. von Rochow: Die Pflanzengesellschaften des Kaiserstuhls, Bd. 8, 1951) sowie Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege (z. B. Oberdorfer, Süddeutsche Pflanzengesellschaften, Bd. 10, 1957)

In der Zeit der Herausgeberschaft durch die seit 1952 bestehende Bundesanstalt gab es dort insbesondere bei Kragh als Beamter der Bundesanstalt Bedenken wegen der Ostkontakte. Die DDR wünschte eine gleichberechtigte Herausgeberschaft für die Reihe. Diese wurde nachdrücklich von Professor Hans Stubbe, dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, der auch das Hallenser Institut für Landschaftsforschung und Natur-

schutz angehörte, gefordert und dann auch umgesetzt (vgl. Abbildung). Es wurde eine gleichwertige Bezuschussung durch beide Instanzen festgelegt, vertreten in Bonn durch OLF Offner, Trautmann und Olschowy. Realisiert wurde diese jedoch nie. Mit Band 17 (Lang: Die Vegetation des westlichen Bodenseegebiets, 1973) entfiel sogar jegliche Herausgeberschaft, und die Reihe blieb leider ein Torso.



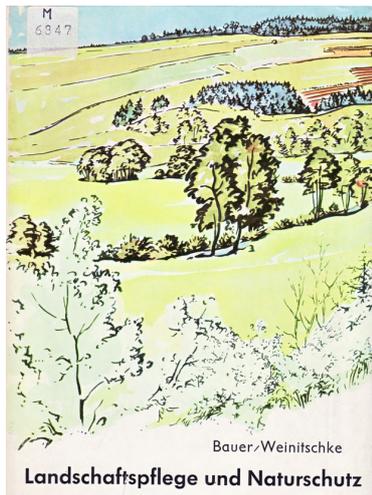
Titel der Bände 7 (hrsg. von der Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege) und 15 (hrsg. gemeinsam von der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege und der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Institut für Landesforschung und Naturschutz)

Bücher zum Naturschutz im VEB Gustav Fischer Verlag

Die vordringliche Förderung der Ökologie-Literatur schloss natürlich auch den – mir besonders am Herzen liegenden – Naturschutz mit ein, und so wurde sehr bald der Kontakt zum Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) in Halle gesucht und mit Professor Bauer und Dr. Weinitschke der Vertrag zur Herausgabe des Werks „Landschaftspflege und Naturschutz“ geschlossen.

Überwiegend innerhalb des Instituts konnte ein kompetentes Autorenteam (damals hieß es natürlich Autorenkollektiv) gewonnen werden. Für das fertige Manuskript durften wir in jenen Jahren die Druckgenehmigung noch selber im Verlag erteilen, nur das Kartenmaterial musste beim Ministerium des Innern (MdI) eingereicht werden. Dessen größte Sorge waren stets die penible Kennzeichnung des Grenzverlaufs zwischen BRD und DDR im Verlauf der zu beiden Staaten gehörenden Flüsse und die Dicke einer Staatsgrenze gegenüber „der staatlichen Einheit Westberlin“!

Die erste Auflage von 1964 betrug 2.000 Exemplare. Das Werk wurde gut aufgenommen, natürlich auch exportiert und so auch in Westdeutschland bekannt. Relativ bald begann die Vorbereitung einer neuen Auflage, für die das MdI, vertreten durch Kollegen Preußler, vor allem folgende Änderungen wünschte: Marx bei K-M-Stadt ausschreiben; Hauptstadt der DDR eintragen bei Berlin; WB (= Westberlin) nicht vergessen. (Das waren damals „echte“ Probleme!)

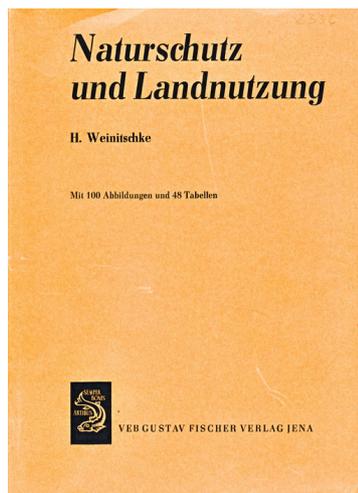


Die zweite Auflage von 1971 umfasste 2.200 Exemplare. Inzwischen gab es das neue Landeskulturgesetz der DDR, das natürlich berücksichtigt wurde, und das Fachgutachten von Professor Meusel fiel außerordentlich positiv aus. Ein Untertitel wurde hinzugefügt: „als Teilaufgaben sozialistischer Landeskultur“. 1975 erschien die dritte Auflage (2.500 Exemplare). Zu jener Zeit hatte sich eine intensive Zusammenarbeit aller mit Naturschutz und Landeskultur befassten Verlage der sozialistischen Länder im Rahmen einer speziellen Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltschutz entwickelt, wodurch fremdsprachige Ausgaben leichter zustande kamen, so auch eine ungarische Ausgabe unseres Buches.

Dann begann die Arbeit am Nachfolgewerk, das in Zusammenarbeit mit Einhorn, Schiemenz, Schnurrbusch und Wegener entwickelt und unter erweitertem Titel publiziert wurde: Weinitschke (Hrsg.): Natur-

schutz und Landnutzung, 1987. Im ausführlichen Geleitwort von Schubert (Halle) wurde der „Einklang von Ökonomie und Ökologie“ ausdrücklich betont und der „Naturschutz als wesentlicher Bestandteil der Landschaftspflege“ hervorgehoben. Um möglichen Kritikern bei der Durchsicht des Manuskripts – denn mindestens zwei positive Gutachten mussten bei einem so brisanten Thema dem Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, jetzt eingereicht werden – den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte Professor Schubert noch geschrieben: „Es ist gut gelungen, die marxistisch-leninistische Philosophie zur Klärung der komplexen landeskulturellen Probleme heranzuziehen und wertvolle Aussagen zu brennenden Fragen des Umweltschutzes und der sozialistischen Landeskultur zu treffen.“ In ähnlich positivem Sinne äußerte sich auch der Vertreter der Praxis, Handke (Leipzig).

Trotz dieser „vorbeugenden Maßnahmen“ mussten wir das Manuskript doch noch beim Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MfUW) einreichen, wo Professor Seidel vom Zentrum für Umweltgestaltung Entscheidendes daran auszusetzen hatte. Ehe dies nicht bereinigt wäre, würde die HV keine Druckgenehmigung erteilen. Daraufhin schrieb der Herausgeber eine sehr konsequente Stellungnahme und lehnte die Forderungen von Seidel mit folgender Begründung ab: „Hier geht es um Naturschutz und nicht um Umweltschutz.“ Zitat: „Verwahren möchten sich die Autoren gegen Vorwürfe einer unzulänglichen Darstellung gesellschaftlicher Bezüge oder philosophisch-ideologischer Anschauungen; das kommt zum Teil im Gutachten von Professor Seidel zum Ausdruck. Das Gutachten von



Professor Schubert und die Meinung der Autoren stehen dieser Auffassung gegenüber!"

Am 7. Februar 1986 (Das Erscheinen des Buches war eigentlich für April angekündigt!) fand ein weiteres Gespräch im MFUW statt. Teilnehmer waren Minister Reichelt und sein Pressereferent Kirsch. Alle Umbruchbögen mussten wieder an Seidel gegeben werden. Es war so unglaublich, was sich da durch Seidel abspielte, dass es schon eines festen Zusammenhalts zwischen Lektor und Autoren bedurfte, um eine solche Situation durchzustehen. Ergebnis des letzten Endes nutzlosen, vielleicht intriganten Eingreifens von Seidel war, dass das wichtige Buch fast ein Jahr später als angekündigt erschien – erste Auflage 1987 mit 3.500 Exemplaren.

Dies mag als ein Zeitbild für die Schwierigkeiten, denen sich für Natur- und Umweltschutz engagierte Autoren und Verleger ausgesetzt sahen, dienen. Aber letzten Endes haben wir doch gesiegt und sahen uns durch den Erfolg unserer Bücher bestätigt.

Reihe Umweltforschung

Im Rückblick und im Wissen um die Probleme, die das Einholen einer Druckgenehmigung bei allen umweltrelevanten Titeln begleitete, erscheint mir der Mut bemerkenswert, 1976 mit dem durchaus brisanten Thema „Einfluss von Luftverunreinigungen auf die Vegetation“, hrsg. von Däßler, die neue, sehr rasch wachsende Reihe „Umweltforschung“ zu starten. (Bis 1991 erschienen 4 erfolgreiche Auflagen des Däßler.)



Titel aus der Reihe Umweltforschung: Däßler (1976); Fiedler (1984), Schubert (1985)

Ich hatte zunächst versucht, in der für eine kompetente Herausgeberschaft ja geradezu prädestinierten „Klasse Umwelt“ der Akademie der Wissenschaften geeignete und bereitwillige Herausgeber zu finden. In einer ihrer Sitzungen in Berlin stellte ich die Anfrage. Aber trotz allgemeiner Zustimmung für das Vorhaben wollte niemand die voraussehbar problematische Aufgabe übernehmen. So blieb nur die eigene Verantwortung. Und es machte mir ungemein Freude, zu den bekannten Problemen kompetente Autoren oder Herausgeber zu finden und zum Schreiben

zu ermuntern. Ich führe hier einige der wichtigsten auf. Zwei besonders „heikle“ Themen folgten dem Werk von Däßler schon 1976: Gibel, Berndt, Schramm, Lohs: Krebsverhütung und Umweltschutz, 1976; Heinisch, Pauke, Nagel, Hansen: Agrochemikalien in der Umwelt, 1976.

Voller Brisanz waren auch der von einem tschechischen Autor beigesteuerte Titel „Radioaktive Kontamination der Biosphäre“ (Beneš 1981) sowie der Titel „Radioaktivität im Menschen und ihre Bestimmung“ (Poulheim 1981). Gleichfalls auf wichtige Probleme in der Umwelt machten Ernst und Joosse van Damme mit dem Titel „Umweltbelastung durch Mineralstoffe“ (1983) aufmerksam. Der in unserem Verlagsprogramm mehrfach sehr positiv vertretene Autor Fiedler publizierte in der Reihe speziell zum Thema „Bodenschutz“ (1984). Ein besonderes Gewicht erhielt das zunächst von dem Tschechen Stoklasa angebotene Thema „Ökonomie und Ökologie der Naturnutzung“ (hrsg. von Graf 1984), das dringend eine ökonomisch verantwortungsvollere Nutzung der ja nicht erneuerbaren Naturressourcen forderte und belegte. Dieser Titel war schon bei Erscheinen vergriffen – ein Indiz dafür, wie sehr man auf eine Bearbeitung des brisanten Themas gewartet hatte; die für 1990 vorbereitete Nachauflage entfiel wegen nun veralteter Terminologie.

Es gab weitere praxisorientierte Themen wie „Biologische Abwasserreinigung mit Belebtschlamm“ (Hänel 1986), „Bioindikation in terrestrischen Ökosystemen“ (Schubert 1985, 2. Aufl. 1991), „Spurenelemente in der Umwelt“ (Fiedler, Rösler 1987) oder mehr allgemein wichtige Abhandlungen wie „Der Kreislauf des Wassers in der Natur“ (Pleiß 1977), „Klima – Umwelt – Mensch“ (Flemming 1979, 2. Aufl. 1990), „Ökologie der Großstadtfauna“ (Klausnitzer 1987, 2. Aufl. 1993), „Geoökologie“ (Neumeister 1988).

Auch nach der Wende wurde diese erfolgreiche Reihe mit weiteren, schon länger vorbereiteten Neuerscheinungen und Nachauflagen fortgesetzt. Man hätte sich nur gewünscht, dass die so wichtigen Hinweise zum Schutz unserer Umwelt nun auch in die Tat umgesetzt worden wären. Es folgten: Wegener: Schutz und Pflege von Lebensräumen – Naturschutzmanagement, 1991; Klapper, Eutrophierung und Gewässerschutz, 1992; Gunkel: Bioindikation in aquatischen Ökosystemen, 1994; Wohlrab et al.: Oberflächennahe Rohstoffe – Abbau, Rekultivierung, Folgenutzung, 1995; Bastian et al.: Analyse und ökologische Bewertung der Landschaft, 1994; Steubing, Buchwald, Braun: Ökologische Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes, 1995; Wegener et al.: Naturschutz in der Kulturlandschaft, 1998.

Stets war es das gemeinsame Anliegen von Autoren und Lektorin, die publizierten wissenschaftlichen Ergebnisse möglichst rasch und umfassend in der Praxis zum Nutzen und Wohl der Menschen um- und einzusetzen. Diese Aufgabe besteht fort.

Zur Umweltschulung in technischen und ökonomischen Grundstudienrichtungen an Ingenieur- und Fachschulen der DDR

Horst Rogge¹

In der Ausbildung von Ingenieuren und Ökonomen an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR fanden zu Beginn der 1970er Jahre Probleme des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung kaum Berücksichtigung. In den Folgejahren führte jedoch ein komplexer, vielschichtiger Findungsprozess mit zahlreichen Akteuren über mehrere Zwischenstufen schließlich zur Ausarbeitung und Einführung von Rahmenlehrprogrammen Umweltschutz und Umweltgestaltung. Dieser Beitrag stellt u. a. die einzelnen Stationen dieses Prozesses dar.

1. Grundlagenarbeit des Instituts für Fachschulwesen der DDR

Das Institut für Fachschulwesen (IfF) mit Sitz in Karl-Marx-Stadt war eine dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) nachgeordnete Einrichtung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit zur Aus- und Weiterbildung im Bereich des Fachschulwesens, d. h. der Ingenieur- und Fachschulen. Am IfF begannen Anfang der 1970er Jahre Arbeiten zur Umweltschulung an Ingenieur- und Fachschulen. 1971 sind im Auftrag des MHF Konzeptionen für das Querschnittslehrgebiet Umweltschutz und sozialistische Landeskultur erarbeitet worden. Es entstand u. a. für den Bereich der Landwirtschaft ein Vorschlag für ein Rahmenlehrprogramm „Sozialistische Landeskultur“.

1977 wurde dem IfF durch den stellvertretenden Minister für Hoch- und Fachschulwesen der Auftrag erteilt, zu untersuchen, in welchen Fachrichtungen der Ingenieur- und Fachschulung Aspekte des Umweltschutzes berücksichtigt wurden. Als Ergebnis der Untersuchungen schätzte der Bearbeiter, A. Martin (wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfF), in einem Zwischenbericht ein: „Es ist erkennbar, daß den Problemen der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes in Erziehung und Ausbildung noch zu wenig Beachtung geschenkt wird und wissenschaftlicher Vorlauf für ihre pädagogische Bewältigung fehlt. In einigen Studienplänen und Lehrprogrammen der Ingenieur- und Fachschulung sind zwar allgemeine Hinweise gegeben, daß Fragen des Umweltschutzes zu behandeln sind, es ist jedoch den Fachschullehrern überlassen, ob und in welcher Form Teilgebiete der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes ausgewählt werden.“ (Martin 1977)

1978 wurde aus dem Zwischenbericht die „Analyse zur Ermittlung des Umfanges und Inhaltes umwelttechnischer Aspekte in der Erziehung und Ausbildung und ihrer Einbeziehung in die

¹ Der Autor des Beitrags war ab 01.08.1968 beruflich als Lehrender in fachrichtungsspezifischen Lehrgebieten an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg (ISW Magdeburg) tätig, zusätzlich von April 1978 bis August 1985 als Abteilungsleiter Wasserbewirtschaftung/Wasserbau und ab September 1985 bis zur Abwicklung der ISW Magdeburg infolge der politischen Wende als Abteilungsleiter Weiterbildung. Überregional war er engagiert in der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) Umweltschutz und Umweltgestaltung beim Institut für Fachschulwesen der DDR (IfF). Ergänzt wurde die berufliche Tätigkeit durch Arbeit im Ehrenamt, u. a. in der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR, insbesondere im Fachgebiet Wasser. In seinen Tätigkeitsfeldern war er Zeitzeuge und Mitgestalter auch im dargestellten Findungsprozess.

Der Beitrag stellt eine gekürzte Fassung eines Manuskripts dar. Die vollständige Fassung liegt im Studienarchiv Umweltgeschichte (Bestand StUG 200 Horst Rogge) vor und kann dort eingesehen werden.

Lehre der Ingenieur- und Fachschulausbildung nach 1980ⁿ abgeleitet. Sie wurde an 32 Zentrale Fachkommissionen beim MHF (ZFK), Zentrale Arbeitsgruppen (ZAG), ausgewählte Ingenieurschulen, staatliche Institutionen und ausgewählte Betriebe mit der Bitte um Stellungnahme übergeben. Von 22 dieser Einrichtungen gingen beim IFF Rückmeldungen mit zum Teil sehr konstruktiven Vorschlägen ein (zur Auswertung der Stellungnahmen siehe Martin 1980a, darin Abschnitt 3.2).

In den Jahren 1977 und 1979 sind am IFF in Zusammenarbeit mit ZFK, ausgewählten Hoch- und Fachschulen, staatlichen Institutionen und Betrieben Untersuchungen zur Problemstellung „Einführung des Lehrgegenstandes Umweltschutz in die Lehre nach 1980“ durchgeführt worden. Feststellungen, Ergebnisse und Schlussfolgerungen sowie Vorschläge zur Einleitung von Maßnahmen zur generellen Einführung des Lehrgegenstandes Umweltschutz in den Erziehungs- und Ausbildungsprozess sind enthalten in Martin (1980a). Hieraus wurden Positionen und Zielstellungen zum Lehrgegenstand Umweltschutz abgeleitet, die als Grundlagen für weiterführende Arbeiten genutzt worden sind.

Das IFF plante ein Fachschullehrbuch „Grundlagen des Umweltschutzes“. Stellungnahmen zur Gliederung wurden im Februar/März 1980 vom Leiter des Wissenschaftsbereiches Umweltschutztechnik der TH „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg und vom Autor dieses Beitrages abgegeben.

Am 30.10.1980 fand im IFF ein internes Kolloquium zu verschiedenen Aspekten der Einbeziehung des Umweltschutzes in die Erziehung und Ausbildung an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR statt. Aufgabe des Kolloquiums war es, bisherige Aktivitäten und Ergebnisse zur Einführung des Lehrgegenstandes Umweltschutz in die Erziehung und Ausbildung an Ingenieur- und Fachschulen vorzustellen und über geplante langfristig weiterführende Arbeiten zu informieren. Dazu zählten (a) Untersuchungen und daraus abgeleitete Empfehlungen für die Bildung eigenständiger Lehrgebiete Umweltschutz, (b) die Erarbeitung spezifischer Lehrgegenstände Umweltschutz zur Integration in bestehende Lehrgebiete, (c) Vorstellungen zur Schaffung eines Rahmenlehrprogramms Umweltschutz, (d) die Gestaltung von Lehrmaterial sowie (e) eine kontinuierliche Fachschullehrerweiterbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Teilnehmer am Kolloquium waren zwei Vertreter der ZFK Bergbau/Energie, je ein Vertreter der ZFK Bauwesen, ZFK Chemische Industrie, ZFK Leichtindustrie, ZFK Maschineningenieurwesen, ISW Magdeburg (Autor dieses Beitrages), TU Dresden und des Instituts für Ausbildung und Qualifizierung beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR in Brieselang sowie sechs Mitarbeiter des IFF.

Nach der Vorstellung der Arbeitsergebnisse des IFF fand eine Diskussion zu folgenden Schwerpunkten statt: (a) Weiterführung der konzeptionellen Arbeit zur Einbeziehung des Lehrgegenstandes Umweltschutz in die Lehre, (b) Gestaltung und Schaffung von Literaturgrundlagen, (c) Entwicklung eines Rahmenprogramms Umweltschutz. Es ist u. a. übereinstimmend festgestellt worden, dass es generell notwendig ist, Umweltschutzprobleme in der Lehre zu behandeln. Ein gesondertes Lehrgebiet Umweltschutz wurde nicht für erforderlich und auch nicht für durchführbar gehalten. Als notwendig wurde jedoch die Integration des Umweltschutzes in den gesamten Ausbildungsprozess erachtet. Allgemein wurde die Erstellung eines Rahmenlehrprogramms Umweltschutz und die Schaffung geeigneter Studienliteratur gefordert. Unter Einbezie-

hung der Ergebnisse des vorgenannten Kolloquiums entstand ein weiterer Bericht (Martin 1980b).

Eine wichtige Schlussfolgerung aus der Diskussion während des Kolloquiums war, dass das Iff dringend die Benennung einer ständigen Arbeitsgruppe (AG) Umweltschutz unter Leitung des Iff als notwendig erachtete. Dieser AG sollten als ständige Mitglieder je ein Vertreter der ZFK Bergbau/Energie, ZFK Bauwesen, ZFK Chemische Industrie, ZFK Hüttenwesen, ZFK Leichtindustrie, ZFK Maschineningenieurwesen, der ISW Magdeburg und des Instituts für Ausbildung und Qualifizierung beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR in Brieselang sowie Mitarbeiter des Iff angehören. Bei Bedarf war die Hinzuziehung von Vertretern des MHF, des Instituts für Wasserwirtschaft, Bereich Umweltschutz und der TU Dresden als Bevollmächtigte des Hochschulwesens geplant.

Zielführend für die langfristige weitere Arbeit des Iff, der ZFK beim MHF und der fachlich zuständigen Arbeitsgruppen an den Ingenieur- und Fachschulen zur Erarbeitung, Vorlage und Bestätigung eines Rahmenlehrprogramms Umweltschutz war die Anlage 6 „Maßnahmeplan zur Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes in der Erziehung und Ausbildung von Ingenieuren nach 1980“ zum Bericht von Martin (1980b). Der Maßnahmeplan enthielt Festlegungen zur Zielstellung des Rahmenlehrprogramms für den Gesamtkomplex Umweltschutz an Hoch- und Fachschulen und zur Schrittfolge:

- Vorlage einer Grundkonzeption der inhaltlichen und methodischen Vorgehensweise,
- Bildung von Arbeitsgruppen in den Bereichen Hochschulwesen und Fachschulwesen sowie im MHF (unter Mitwirkung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, MfUW) als Organe zur Beratung, zum Erfahrungsaustausch sowie zur Koordinierung und Zusammenfassung der einzelnen Aktivitäten,
- Erarbeitung von Beispielen für die Behandlung der komplexen Problematik Umweltschutz,
- Analytische Arbeit in den Fachrichtungen der Ingenieur- und Fachschulausbildung,
- Erarbeitung eines Rahmenlehrprogramms Umweltschutz,
- Bestätigung und Einführung des Rahmenlehrprogramms Umweltschutz als verbindliches Ausbildungsdokument im Hoch- und Fachschulwesen ab 01.09.1982.

Am Iff wurden parallel zu den Aktivitäten des vorgenannten Maßnahmeplans die Arbeiten zur Erarbeitung und Bereitstellung von Lehrmaterial und zur Fachschullehrerweiterbildung fortgeführt.

2. Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung von Ingenieuren und Ökonomen/Ingenieurökonomen an Ingenieur- und Fachschulen der DDR

Im Jahre 1981 begann die Verwirklichung des oben benannten Maßnahmeplanes aus dem Jahre 1980 mit der ersten Zusammenkunft der ZAG Umweltschutz (deren Mitglied auch der Autor war) im Iff in Karl-Marx-Stadt. Die Zusammensetzung der ZAG Umweltschutz entsprach dem vom Iff unterbreiteten Vorschlag in Auswertung des internen Kolloquiums am 30.10.1980.

Die ZAG Umweltschutz sollte die Aktivitäten sowohl im Iff, als auch in den ZFK beim MHF und den Ingenieurschulen koordinieren. Folgende Aufgabenstellungen waren für die ZAG Umweltschutz vorgesehen:

- Untersuchung von Trendentwicklungen und deren Einfluss auf die Ingenieurausbildung,
- Gestaltung von Rahmenlehrprogrammen Umweltschutz/Umweltgestaltung,
- Wahrnehmung koordinierender Aufgaben zu Fragen des Umweltschutzes sowie der Umweltgestaltung in der Erziehung und Ausbildung,
- Einführung des Grundlagenmaterials „Einführung in den Umweltschutz“ im Studienjahr 1982/83,
- Koordinierung der Gestaltung eines Literaturbaukastens sowie audiovisueller Lehr- und Lernmittel,
- Koordinierung der Fachschullehrerweiterbildung.

Mit der Bearbeitung und Realisierung dieser Komplexe sollte erreicht werden, dass in der Erziehung und Ausbildung an den Ingenieurschulen ab 1985 die Behandlung von Aspekten des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung durchgängig gewährleistet worden wäre.

Die zweite Zusammenkunft der ZAG Umweltschutz fand Mitte des Jahres 1982 im Iff statt. Der intensiven Vorbereitung der Zusammenkunft dienten Zuarbeiten der Mitglieder der ZAG Umweltschutz zu den Schwerpunkten (a) Erfassung vorhandener Studiendokumente, Studienliteratur sowie anderer Lehr- und Lernmittel, (b) Schaffung eines Rahmenlehrprogramms Umweltschutz mit einem allgemeinen und einem grundstudienrichtungs-/fachrichtungsspezifischen Teil, (c) Erfüllung der Forderung in den Studienplänen nach Vermittlung von Kenntnissen im Umweltschutz.

Die Arbeit der ZAG Umweltschutz wurde gestützt durch einen Bericht des Iff (Martin 1982). Schwerpunkte des Berichts waren:

- volkswirtschaftliche Gesamtaufgabe der DDR,
- für den Umweltschutz relevante Produktionsbedingungen, Entwicklungslinien und -tendenzen in der DDR,
- allgemeine Anforderungen an den Ingenieur, die sich aus den vorgenannten Sachverhalten ergeben,
- Auswirkungen des Umweltschutzes auf die Tätigkeit und das Profil des Ingenieurs unterschieden nach wissenschaftsorientiertem Profil und Tätigkeitsbereich bzw. anwendungsorientiertem Profil und Tätigkeitsbereich,
- gegenwärtiger Stand und notwendige Erfordernisse bei der Einbeziehung des Umweltschutzes in die Ingenieurausbildung.

Zu den vorgenannten Schwerpunkten wurde u. a. festgestellt, dass die Einbeziehung des Umweltschutzes an den Ingenieurschulen der DDR differenziert erfolgt: (1.) eigenständiges Lehrgebiet Umweltschutz, (2.) Abschnitte Umweltschutz innerhalb einzelner Lehrgebiete, (3.) spezifische Behandlung von Teilgebieten des Umweltschutzes in umweltrelevanten Fachrichtungen, z. B. in der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft, (4.) integrative Behandlung von Inhaltselementen des Umweltschutzes in den Lehrgebieten der Grundlagen- und Spezialausbildung.

„Für die Durchsetzung der integrativen Behandlung ist die Erarbeitung, Bestätigung und Umsetzung von Rahmenlehrprogrammen Umweltschutz/Umweltgestaltung notwendig. Solche Rahmenlehrprogramme sind grundstudienrichtungsspezifisch anzulegen. Nur so kann gewährleistet werden, daß sowohl Grundwissen und Grundüberzeugungen vermittelt, als auch spezifische Belange der Grundstudienrichtung berücksichtigt werden.“ (Martin 1982)

Damit war die ursprüngliche Absicht, ein einheitliches Rahmenlehrprogramm Umweltschutz und Umweltgestaltung für das Hoch- und Fachschulwesen zu schaffen, aufgegeben worden.

In einer im Jahre 1982 verfassten unveröffentlichten Arbeit beschreibt Armin Martin die Anforderungen an die ingenieurtechnischen Kader auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung wie folgt:

- gefestigte Überzeugungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zur Wahrung und Gestaltung der natürlichen Umwelt,
- Wissen über Faktoren der Umweltbelastungen im Arbeitsbereich,
- Befähigung zur komplexen Einbeziehung der Forderungen des Umweltschutzes in die Lösung der Arbeitsaufgaben,
- Bereitschaft zur Propagierung der Notwendigkeit des Umweltschutzes.

Die ZFK Chemische Industrie legte 1982 den an der Ingenieurschule für Chemie „Justus von Liebig“ Magdeburg und der Ingenieurschule für Chemie Berlin diskutierten „Entwurf eines Rahmenlehrprogramms für die Einbeziehung des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung in der Grundstudienrichtung Technische Chemie“ vor. Dieser Entwurf umfasste:

- Grundsätze für die Vermittlung von Umweltschutzaspekten und die Arbeit mit dem Rahmenlehrprogramm,
- die Zielstellung der Umweltschutzausbildung in der Grundstudienrichtung Technische Chemie,
- Festlegungen für die Lehrgebiete (Lehrveranstaltung zur Einführung in den Lehrgegenstand; inhaltliche Schwerpunkte der Lehrgebiete Fachrichtung Technologie der anorganischen und organischen Chemie, Fachrichtung Laboratoriumstechnik der Chemie).

Der Entwurf des Rahmenlehrprogramms wurde in der ZAG Umweltschutz diskutiert und sollte als Beispiel für die Erarbeitung von Rahmenlehrprogrammen in anderen Grundstudienrichtungen dienen. Die Endfassung des Rahmenlehrprogramms für die Grundstudienrichtung Technische Chemie wurde im April 1983 in der ZFK Chemische Industrie abschließend beraten und nach redaktioneller Überarbeitung dem MHF zur Bestätigung übergeben.

Im März 1983 bat das IfF die ISW Magdeburg um Vorstellungen zum „Rahmenlehrprogramm Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung in der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft“. Der erste Entwurf dieses Rahmenlehrprogramms lag im April 1983 vor. Laut Direktive des MHF für das Studienjahr 1984/85 an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR waren Vorbereitungen für die Einführung des Rahmenlehrprogramms Umweltschutz und Umweltgestaltung in den technischen und ökonomischen Grundstudienrichtungen im Studienjahr 1985/86 zu treffen.

Am 18.10.1984 fand im IfF in Karl-Marx-Stadt die erste Beratung der reaktivierten und erweiterten ZAG Umweltschutz und Umweltgestaltung zum politischen und inhaltlichen Anliegen der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung sowie zum methodischen und

organisatorischen Vorgehen bis zur Einführung der Rahmenlehrprogramme statt. Mitglieder der ZAG Umweltschutz und Umweltgestaltung waren Vertreter der ZFK Bauwesen, Bergbau/Energie, Chemische Industrie, Elektrotechnik/Elektronik, Hüttenwesen, Informationsverarbeitung, Leichtindustrie, Maschineningenieurwesen und Wirtschaftswissenschaften sowie der ISW Magdeburg, der Ingenieurschule der Deutschen Post „Rosa Luxemburg“ Leipzig, der Ingenieurschule für Verkehrstechnik „Erwin Kramer“ Dresden, der Ingenieurschule für Transportbetriebstechnik Gotha, der Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie Dresden und der Fachschulabteilung der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow. Der Autor wurde vom MfUW als Mitglied der ZAG Umweltschutz und Umweltgestaltung beauftragt. An der Beratung nahmen zusätzlich Vertreter des Zentrums für Umweltgestaltung und des MHF teil.

Verabschiedet wurde der „Maßnahmeplan zur Ausarbeitung und Einführung von Rahmenlehrprogrammen Umweltschutz und Umweltgestaltung in technischen und ökonomischen Grundstudienrichtungen an den Fachschulen der DDR“. Er enthielt für den Zeitraum vom 31.10.1984 bis 30.04.1985 alle Teilabschnitte der Erarbeitung der Rahmenlehrprogramme bis zur Abgabe der in Verantwortung der ZFK-Vorsitzenden bzw. Direktoren der Ingenieurschulen erarbeiteten Rahmenlehrprogramm-Entwürfe an das MHF zur Bestätigung als verbindliche Ausbildungsdokumente.

Vor der Endbearbeitung fand eine Begutachtung der Rahmenlehrprogramm-Entwürfe durch die Redaktionsgruppe der ZAG Umweltschutz und Umweltgestaltung statt. Der Redaktionsgruppe gehörten an: Armin Martin (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Iff), Reiner Altmann (Beauftragter für Umweltschutz und Umweltgestaltung der Ingenieurschule für Chemie „Justus von Liebig“ Magdeburg) sowie Horst Rogge (Beauftragter für Umweltschutz und Umweltgestaltung der ISW Magdeburg).

Als Muster für die Erarbeitung der Rahmenlehrprogramme dienten die Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung in den Grundstudienrichtungen Technische Chemie und Wasserwirtschaft. Weiterhin war die Anweisung Nr. 20/1983 vom 12. Juli 1983 des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen über die Gestaltung der Ausbildungsdokumente zur Aus- und Weiterbildung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen (VuM des MHF, Nr. 3/1983, S. 26) zu berücksichtigen.

Vom 18. bis 20.02.1985 fand in der Lehrgangsschule des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen Siebenlehn (Kreis Freiberg) eine Klausurtagung der ZAG Umweltschutz und Umweltgestaltung zu Grundfragen der Behandlung des Lehrgegenstandes Umweltschutz und Umweltgestaltung sowie zur methodischen Gestaltung der Rahmenlehrprogramme statt. Den Einführungsvortrag zu „Grundfragen der sozialistischen Umweltpolitik der DDR“ hielt E. Seidel (Zentrum für Umweltgestaltung des MfUW). Diskutiert wurde u. a. die Überführung der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung in die Ausbildung von Technikern und Wirtschaftlern an Fachschulen der DDR.

Anfang 1986 erfolgte die offizielle Benennung der Beauftragten für Umweltschutz und Umweltgestaltung der ZFK beim MHF bzw. Ingenieurschulen. Vom 24. bis 28.02.1986 wurde die erste Weiterbildungsveranstaltung der Beauftragten für Umweltschutz und Umweltgestaltung vorrangig mit wasserwirtschaftlichen Themen an der Lehrgangsschule des MHF Siebenlehn und der Sektion Wasserwesen der TU Dresden durchgeführt. In Auswertung dieser Veranstaltung gab das Iff im Jahre 1986 eine Publikation in seiner Schriftenreihe heraus (Iff 1986). Sie enthielt

u. a. detaillierte Empfehlungen für die Gestaltung der zentralen Lehrveranstaltung „Einführung in den Umweltschutz und die Umweltgestaltung“. Für die Lehrgebiete der Grundlagenausbildung (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Sozialistische Betriebswirtschaft, Sozialistische Arbeitswissenschaften und Sozialistisches Recht) wurden Hinweise für die Einbeziehung des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung in den Unterrichtsprozess gegeben.

Die zweite Weiterbildungsveranstaltung der Beauftragten für Umweltschutz und Umweltgestaltung fand vom 22. bis 26.02.1988 wiederum in der Lehrgangsschule des MHF Siebenlehn statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren: (a) Grundpositionen sozialistischer Umweltpolitik, (b) Verhältnis Gesellschaft – Umwelt, (c) Zusammenhang von Rohstoff-, Material- sowie Energieökonomie und Umweltschutz, (d) Nutzung und Schutz des Bodens, der Wälder und Landschaften, (e) Umweltrecht sowie (f) eine Exkursion zur Sektion Fortwirtschaft der TU Dresden.

Nachdem beginnend ab 01.09.1985 die Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung in technischen und ökonomischen Grundstudienrichtungen an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR in Kraft getreten waren, bat die zuständige Abteilung des IfF am 09.03.1989 die Ingenieur- und Fachschulen um aktuelle ausführliche Informationen zur „Einbeziehung von Aspekten des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung in die Erziehung und Ausbildung von Fachschulkadern“. Hierbei ging es um folgende Fragestellungen:

- Wie erfolgte die Umsetzung der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung an der Bildungseinrichtung?
- Wie wurde die Weiterbildung der Fachschullehrer gesichert?
- Welche Erfahrungen und Schlussfolgerungen ergaben sich an Ihrer Einrichtung für die Einbeziehung des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung in die Ausbildung von Technikern und Wirtschaftlern? Welche Maßnahmen sind erforderlich?

Am 21. und 22. März 1989 fand in Berlin die 35. erweiterte Tagung des Beirats für Umweltschutz beim Ministerrat der DDR zum Thema „FRIEDEN – ENTWICKLUNG – UMWELT, die Umweltpolitik der Deutschen Demokratischen Republik“ statt. Das MHF hatte das IfF beauftragt, in einer Beratung mit den Beauftragten für Umweltschutz und Umweltgestaltung diese Tagung und den Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, den so genannten Brundtland-Bericht, auszuwerten. Die Beratung wurde am 21.04.1989 an der ISW Magdeburg durchgeführt.

Grundstruktur und inhaltliche Schwerpunkte der Rahmenlehrprogramme

Die Grundstruktur der Rahmenlehrprogramme hatte der Anlage 5 der Anweisung Nr. 20/1983 vom 12. Juli 1983 des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen über die Gestaltung der Ausbildungsdokumente zur Aus- und Weiterbildung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen (VuM des MHF, Nr. 3/1983, S. 39) zu entsprechen. Sie umfasste (1.) Zielstellung und Inhalt der Ausbildung und Erziehung, (2.) didaktisch-methodische Hinweise für die Gestaltung der Ausbildung und Erziehung und (3.) Literatur- und andere Lern- und Lehrmittel. Punkt 1 waren u. a. Themenübersicht und inhaltliche Schwerpunkte. Die Themenübersicht wird nachfolgend beispielhaft für das „Rahmenlehrprogramm Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung in den Fachrichtungen Wasserbewirtschaftung, Wasserbau, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung innerhalb der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft“ wiedergegeben: (1) Einführung

in den Umweltschutz und die Umweltgestaltung, (2) Marxistisch-leninistische Grundlagen der sozialistischen Umweltpolitik, (3) Grundlagen der Ökologie und der Ökosystembewirtschaftung, (4) Entwicklung und Anwendung abprodukt-, wasser- und energiearmer Technologien sowie Abproduktnutzung, (5) Rationelle Bewirtschaftung der Naturressourcen, (6) Umweltschutz und Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, (7) Leitung, Planung, Organisation und rechtliche Regelung des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung.

Die Wissensvermittlung erfolgte fachgebietsübergreifend in gesonderten Lehrveranstaltungen, über spezielle Themen ausgewählter Lehrgebiete und im Rahmen der grund- bzw. fachrichtungsspezifischen Ausbildung. In allen Lehrveranstaltungen war der integrierende Charakter von Umweltschutz und Umweltgestaltung herauszuarbeiten. Den Studenten sollte das komplexe Zusammenwirken, die gegenseitige Verflechtung der einzelnen Bestandteile der Umwelt überzeugend dargestellt werden. Die Realisierung des Rahmenlehrprogramms Umweltschutz und Umweltgestaltung sollte durchgängig während des gesamten Studienprozesses erfolgen.

Die Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung wurden von fachlich befugten Arbeitsgruppen erarbeitet, in den ZFK beim MHF diskutiert, mit Ingenieur- bzw. Fachschulen und deren Praxispartnern sowie mit den zuständigen zentralen wirtschaftsleitenden Organen und dem MfUW abgestimmt. Vorschläge und Hinweise zur weiteren Vervollkommnung der Rahmenlehrprogramme waren an die Abteilung Technische Wissenschaften bzw. Wirtschaftswissenschaften des MHF zu richten. Es wurden Rahmenlehrprogramme für 27 Grundstudienrichtungen mit 158 Fachrichtungen erarbeitet.

3. Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung von Technikern und Wirtschaftlern an Fachschulen der DDR

Die Realisierung der „Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen in der Deutschen Demokratischen Republik (Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. Juni 1983 / Beschluss des Ministerrates der DDR vom 7. Juli 1983)“ und des Beschlusses des Ministerrates vom 14.11.1985 „Maßnahmen zur Veränderung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen in der DDR“ führte u. a. zu einer Neugestaltung der Fachschulausbildung an den bisherigen Ingenieur- und Fachschulen der DDR. Diese Bildungseinrichtungen hatten danach Techniker und Wirtschaftler als mittlere technische und ökonomische Fachkräfte auszubilden. Die bisherige Ausbildung von Diplomingenieuren und Ingenieuren sowie von Diplomökonomen und Ökonomen wurde zu einer differenzierten Hochschulausbildung an Universitäten und Hochschulen zusammengeführt. An diesen Einrichtungen sollte die systematische Weiterbildung der in Wissenschaft und Produktion tätigen Ingenieure und Ökonomen als gleichrangige Aufgabe zur Ausbildung und Forschung gestaltet werden.

Laut Direktive des MHF vom 10. Juni 1987 für das Studienjahr 1987/1988 an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR war ab 01.09.1987 die Ausbildung in jeweils zwei Techniker- und Wirtschaftlerfachrichtungen zu beginnen. Vorzubereiten war der Beginn der Ausbildung ab 01.09.1988 in 9 Technikerfachrichtungen und 5 Wirtschaftlerfachrichtungen, ab 01.09.1989 in 3 Technikerfachrichtungsgruppen (darunter Techniker der Fachrichtungsgruppe Wasserwirtschaft), einer Technikerfachrichtung und 5 Wirtschaftlerfachrichtungen. Erprobungen der Techniker- und Wirtschaftlerausbildung fanden an einigen Fachschulen bereits vor dem 01.09.1987 statt.

Bei der Konzipierung der Bildungsgänge für Techniker und Wirtschaftler wurden von vornherein Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung erarbeitet und durch das MHF verbindlich bestätigt. Im Mittel waren in den Lehrprogrammen 33 Stunden Lehrveranstaltungen vorgesehen.

Für die Ausarbeitung, Bestätigung und Vervollkommnung der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung von Technikern und Wirtschaftlern waren die Rahmenbedingungen identisch mit denen für die Ausarbeitung, Bestätigung und Vervollkommnung der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung von Ingenieuren und Ökonomen/Ingenieurökonomen. Detaillierte Empfehlungen für die Ausarbeitung und Realisierung der Rahmenlehrprogramme Umweltschutz und Umweltgestaltung enthielt eine Publikation des IfF (1990).

4. Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung bei der Ausbildung von Ingenieuren und Ingenieurökonomen sowie in Weiterbildungsmaßnahmen an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg

Die nachfolgenden Ausführungen widmen sich in Verbindung mit der vorgenannten Darstellung speziell der Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung bei der Ausbildung von Ingenieuren und Ingenieurökonomen sowie in Weiterbildungsmaßnahmen an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg² ab dem Studienjahr 1969/70. Nach der Neubestimmung des Inhalts der Ausbildung an den Ingenieur- und Fachschulen der DDR im Jahre 1968 wurden an der ISW Magdeburg seit dem 01.09.1969 auf der Grundlage der vom MHF bestätigten Studienpläne im Direkt- und Fernstudium in der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft Ingenieure der Fachrichtungen (zunächst Fachstudienrichtungen) Wasserbewirtschaftung, Wasserbau sowie Wasserversorgung und Abwasserbehandlung und Ingenieurökonomen in der zur Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften gehörenden Fachrichtung Sozialistische Betriebswirtschaft/Ingenieurökonomie der Wasserwirtschaft ausgebildet. Mit ihren Absolventen hatte die ISW Magdeburg den Bedarf der gesamten Volkswirtschaft der DDR an mittleren wasserwirtschaftlichen ingenieurtechnischen und ingenieurökonomischen Fachkadern zu decken.

Neben der Ausbildung im Direkt- und Fernstudium wurden in zunehmendem Umfang zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt (siehe hierzu Rogge 2006). Eine hervorragende Stellung nahm hierbei das postgraduale Studium Gewässeraufsicht ein. Absolventen der ISW Magdeburg und Kader, die postgradual planmäßig weitergebildet wurden, beeinflussten mit ihrer Tätigkeit wesentlich die Nutzung und den Schutz der Gewässer als Bestandteile der Maßnahmen des Umweltschutzes, der Umweltnutzung und der Umweltgestaltung. Dieser Tatsache musste in den Ausbildungsdokumenten der Aus- und Weiterbildung in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden.

Der in den Jahren 1972 und 1973 ausgearbeitete Studienplan für die Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft sah vor, einerseits die Grundausbildung der Studenten in den drei Fachrichtungen Wasserbewirtschaftung, Wasserbau sowie Wasserversorgung und Abwasserbehandlung

² Die ISW wurde am 01.09.1956 eingeweiht. Nach 1989/1990 endete nach mehr als 40 Jahren die Aus- und Weiterbildung von mittleren Fachkräften der Wasserwirtschaft an der ISW Magdeburg bzw. ihren Nachfolgeeinrichtungen (ausführlich dazu Bethge & Walther 2006).

weitgehend einheitlich zu gestalten und andererseits eine solide, gründlich auf den späteren Einsatz vorbereitende Spezialausbildung zu ermöglichen. Ein wichtiges Element der Grundausbildung, das u. a. eine künftige interdisziplinäre Zusammenarbeit erleichtern sollte, waren wasserwirtschaftliche Lehrgebiete, die auch Aspekte des Umweltschutzes berücksichtigten. Darüber hinaus war die Vermittlung von Kenntnissen über den Umweltschutz und die Umweltgestaltung Bestandteil der gesamten Ausbildung, also praktisch durchgängiges Lehrprinzip. (Einzelheiten hierzu siehe in Rogge 1978)

Den Studenten der Fachrichtung Sozialistische Betriebswirtschaft/Ingenieurökonomie der Wasserwirtschaft wurden in der Ausbildung umfassende ökonomische Grundlagen zum betrieblichen Reproduktionsprozess in seiner volkswirtschaftlichen Verflechtung sowie naturwissenschaftlichen und technisch-technologische Grundlagen vermittelt. Letztere hatten im Direktstudium einen Anteil von 21,7 % an der Gesamtbildungszeit. Die inhaltlichen Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen und technisch-technologischen Grundlagen sind aus den grundstudien- bzw. fachrichtungsspezifischen Lehrinhalten der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft abgeleitet worden. Sie enthielten demzufolge auch Aussagen zu Umweltschutzproblemen.

Die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Zunahme naturwissenschaftlichen und technischen Wissens sowie die Entwicklung neuer Technologien erforderten die regelmäßige Überprüfung der Ausbildungsdokumente, gegebenenfalls deren Präzisierung und Aktualisierung. Dabei fand auch externer Sachverstand Berücksichtigung.



Am 16.11.1978 veranstaltete das Institut für Wasserwirtschaft, Bereich Umweltschutz (später Zentrum für Umweltgestaltung) in der Lutherstadt Wittenberg ein ökonomisches Kolloquium in Verbindung mit der Tagung MAB-RGW zu Fragen der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Die Veranstaltung diente auch dazu, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. So informierte der Autor dieses Beitrages über die „Berücksichtigung von Umweltschutzproblemen bei der Ausbildung von Ingenieuren und Ingenieurökonomen sowie in Weiterbildungsmaßnahmen an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg“ (Rogge 1978). Dargestellt wurde der erreichte Stand bei der Ausbildung. Es wurde dabei kritisch eingeschätzt, dass dieser noch nicht befriedigen konnte, da zwar zahlreiche Einzelprobleme des Umweltschutzes, insbesondere des Gewässerschutzes, behandelt wurden, die komplexe Betrachtungsweise von Umweltschutzproblemen jedoch noch fehlte.

Für eine Ausbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes in der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft und der Fachrichtung Sozialistische Betriebswirtschaft/Ingenieurökonomie der Wasserwirtschaft wurden folgende Themengruppen vorgeschlagen:

- Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen des Umweltschutzes, der Umweltnutzung und der Umweltgestaltung,
- Grundlagen der Ökologie und der Ökosystembewirtschaftung,
- Grundprobleme der Entwicklung und Anwendung abproduktarmer sowie abproduktfreier Technologien,
- wasserwirtschaftliche Aspekte des Schutzes der Grundelemente der natürlichen Umwelt,
- wasserwirtschaftliche Aspekte des Schutzes vor negativen Umweltbeeinflussungen,
- Leitung und Planung des Umweltschutzes.

Abschließend wurde empfohlen, eine ähnliche, wie oben vorgeschlagene Ausbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes nach einem allgemeinen Rahmenlehrprogramm an allen Ingenieur- und Fachschulen der DDR, deren Absolventen mit ihrer Tätigkeit die natürliche Umwelt beeinflussen, durch das MHF verbindlich einzuführen.

Im Zeitraum von Oktober 1978 bis Oktober 1981 fand kontinuierlich die Aktualisierung und Präzisierung der Studienpläne und Lehrprogramme, insbesondere unter dem Aspekt „Umweltschutz und Umweltgestaltung“, statt. Ein neuer Abschnitt dieser Aktivitäten wurde durch die Auswertung und Realisierung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED (11. bis 16.04.1981) und des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 16.07.1981 über die Direktive zur rationellen Wasserverwendung im Fünfjahrplan 1981 bis 1985 eingeleitet.

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der ISW in Magdeburg fand als zweite Zwischenbilanz am 21. und 22. Oktober 1981 eine wissenschaftlich-technische Konferenz statt. Ihre Zielstellung waren die Einschätzung der Leistungen in der Aus- und Weiterbildung sowie die Festlegung von neuen Aufgaben zur Präzisierung der Ausbildungsdokumente.

Der Hauptweg zum Erreichen der in der Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 der Wasserwirtschaft gestellten Aufgaben war die weitere Durchsetzung der rationellen Wasserverwendung. Hieraus ergab sich für die Lehre an der ISW Magdeburg und den ihr zugeordneten Weiterbildungseinrichtungen zwingend die Forderung nach der Vermittlung anwendungsbereiter gründlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Durchsetzung der rationellen Wasserverwendung in allen Formen der Aus- und Weiterbildung. Im Zentrum stand hierbei das „Rahmenprogramm zur Ausbildung auf dem Gebiet der rationellen Wasserverwendung“ mit den inhaltlichen Schwerpunkten: (1) Aufgaben der Wasserwirtschaft im Fünfjahrplan 1981 bis 1985, (2) Wasser im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, (3) weitere Durchsetzung der rationellen Wasserverwendung – Hauptweg zur Erfüllung der Aufgaben der Wasserwirtschaft, (4) Maßnahmen zur Durchsetzung der rationellen Wasserverwendung.

Die differenzierte Zuordnung der Bildungsinhalte auf dem Gebiet der rationellen Wasserverwendung zu den unterschiedlichen Lehrgebieten entsprechend dem Ausbildungsprofil der jeweiligen

Fachrichtung fand im Rahmen umfangreicher Fachgruppenarbeit statt. Themenkomplexe oder einzelne Themen waren inhaltlich neu zu konzipieren bzw. zu präzisieren.

Analog zum Direkt- und Fernstudium wurde das Rahmenprogramm zur Ausbildung auf dem Gebiet der rationellen Wasserverwendung auch in den verschiedenen Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere im postgradualen Studium Gewässeraufsicht, durchgesetzt.

1982/83 erarbeitete eine Arbeitsgruppe der ISW Magdeburg unter Leitung des Autors den im April 1983 fertig gestellten 1. Entwurf des Rahmenlehrprogramms Umweltschutz und Umweltgestaltung zur Ausbildung (von Ingenieuren) in den Fachrichtungen Wasserbewirtschaftung, Wasserbau, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung innerhalb der Grundstudienrichtung Wasserwirtschaft. Zu diesem Entwurf unterbreitete das Zentrum für Umweltgestaltung nach verschiedenen Diskussionen und Recherchen Änderungsvorschläge, die bei der Ausarbeitung des 2. Entwurfs des Rahmenlehrprogramms Berücksichtigung fanden. Die Endfassung des Rahmenlehrprogramms wurde vom MHF am 01.02.1985 bestätigt und trat am 01.09.1985 in Kraft. Damit begann die Einführung des Rahmenlehrprogramms in den Ausbildungsprozess.

Aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der ISW in Magdeburg fand am 25. und 26. September 1986 die wissenschaftlich-technische Konferenz „Die Erhöhung des Niveaus der Aus- und Weiterbildung als Beitrag der ISW zur Durchsetzung der bildungspolitischen Beschlüsse des XI. Parteitagess der SED“ statt. Die Konferenz war gegliedert in eine Vortragsfolge am 25.09.1986 und Informationsveranstaltungen wahlweise an der ISW Magdeburg mit der Vorstellung von CAD/CAM-Lösungen für die Fachbereiche Wasserversorgung, Abwasserableitung, Wasserbewirtschaftung und Wasserbau bzw. einer Exkursion zur Tiefschachtbelüftung in der Kläranlage Gerwisch des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Magdeburg. Umweltschutzaspekte, insbesondere der Gewässerschutz waren immanenter Bestandteil des größten Teils der Fachvorträge.

5. Der Lehrgegenstand „Umweltschutz und Umweltgestaltung“ an Universitäten, Hochschulen und Ingenieurhochschulen der DDR

Seit Mitte der 1970er Jahre gab es auch an Universitäten, Hochschulen und Ingenieurhochschulen der DDR Bestrebungen, Fragen des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung einschließlich der Ökologie in den Bildungs- und Erziehungsprozess zu integrieren. Exemplarische Beispiele mögen das belegen:

Beginnend im Jahr 1976 beriet die Marxistisch-Leninistische Abendschule (MLA) der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, der Technischen Hochschule Ilmenau, der Medizinischen Akademie Erfurt und der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ Weimar zum o.g. Sachverhalt. Über die Ergebnisse der Beratungen informierten Arnold et al. (1979). Allgemein und speziell aus der Sicht der Technischen Universität Dresden äußerte sich detailliert E. Schuster von der Sektion Forstwirtschaft in einer Abschlussarbeit (Schuster 1978).

Das Lehrprogramm für das Lehrgebiet Sozialistische Umweltgestaltung zur Ausbildung in den Fachrichtungen Ingenieurbau, Kommunaler Tiefbau, Technologie der Bauproduktion, Straßenbau/Straßenverkehr, Eisenbahnbau, Informationsverarbeitung im Bauwesen, Wasserbau und Wasserwirtschaft innerhalb der Grundstudienrichtung Bauingenieurwesen an Universitäten, Hochschulen und Ingenieurhochschulen der DDR war, bestätigt durch das MHF, ab Juni 1978

verbindlich. Vorgesehen waren einheitlich im Direktstudium 16 Stunden Vorlesungen zu den Themen Gesellschaft und Umwelt (4 Stunden), Sozialistische Landeskultur und Umweltschutz (6 Stunden) und Komplexe Planung und Gestaltung sowie gesellschaftliche Organisation der Umweltfaktoren im Territorium (6 Stunden). Für das Fernstudium waren 20 Stunden geplant.

An der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (heute Universität Rostock) wurde zum 01.09.1976 in der Sektion Meliorationswesen und Pflanzenproduktion der Lehrstuhl Landeskultur und Umweltschutz eingerichtet. Erster berufener Ordinarius war Albrecht Krummsdorf. Mit der Einrichtung des Lehrstuhls Landeskultur und Umweltschutz trug man den Anforderungen von Landeskultur, Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege und Umweltgestaltung auch im Hoch- und Fachschulwesen Rechnung (Krummsdorf 2007).

6. Postgraduale umweltschutzbezogene Bildungsmaßnahmen

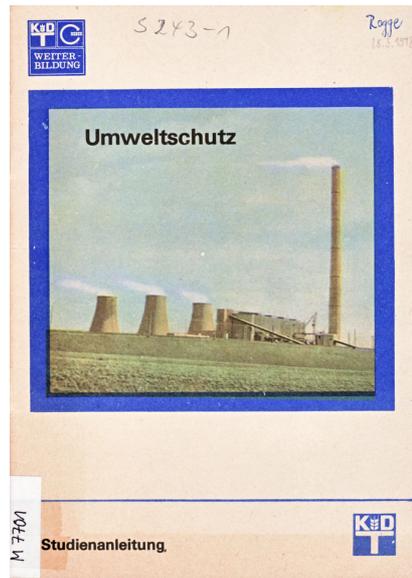
Für Absolventen von Universitäten und Hochschulen sowie Ingenieur- und Fachschulen in ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen – kurz „Hoch- und Fachschulkader“ – wurden beginnend etwa ab Ende der 1960er Jahre an staatlichen Bildungseinrichtungen sowie bei gesellschaftlichen Bildungsträgern (z. B. Kammer der Technik, KDT) postgraduale umweltschutzbezogene Bildungsmaßnahmen angeboten. Diese waren nach Weiterbildungsebenen (Zielgruppen), Bildungsinhalten und zeitlichem Umfang (kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Maßnahmen) strukturiert. Postgraduale Bildungsmaßnahmen richteten sich einerseits an einen fachlich eng begrenzten Teilnehmerkreis, andererseits waren sie fachgebietsübergreifend offen für Interessenten aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern. (zur postgradualen beruflichen Weiterbildung von Hoch- und Fachschulkadern im Verantwortungsbereich des MfUW vgl. Rogge 2006)

Abschließend sollen drei repräsentative Beispiele für tätigkeitsfeldübergreifende umweltschutzbezogene postgraduale Bildungsmaßnahmen dargestellt werden.

(1) Ab November 1976 bot die Sektion Wasserwesen der Technischen Universität Dresden auf der Grundlage des vom MHF bestätigten Studienplanes das zweijährige postgraduale Studium Umweltschutz (ausgewählte Probleme) mit Fachabschluss an. Ziel des Studiums war die Weiterbildung von Kadern mit Hoch- oder Fachschulabschluss in den Wissenschaftszweigen Technische Wissenschaften, Agrarwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft), die in der Industrie und dem Bauwesen, der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, der Wasserwirtschaft sowie wirtschaftsleitenden bzw. staatlichen Organen leitende Funktionen ausübten. Nach Erfüllung aller Studienverpflichtungen (Leistungskontrollen, Prüfungen und Abschlussarbeit) wurde das Recht zur Führung der Ergänzung zur Berufsbezeichnung „Fachingenieur bzw. Fachökonom für Umweltschutz“ erteilt. Inhaltliche Schwerpunkte (Lehrgebiete) waren: (a) Gesellschaftliche Grundlagen des Umweltschutzes, (b) Bodennutzung und Bodenschutz, (c) Wasser, (d) Reinhaltung der Luft, (e) Territoriale Ökonomie und Planung, (f) Spezielle Probleme des Umweltschutzes, (g) Funktionsüberlagerung im Territorium (Exkursionen). Als Dozenten wirkten vorwiegend Spezialisten der Sektionen Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft sowie Geodäsie und Kartographie der TU Dresden mit.

(2) Im Jahr 1977 konzipierte die Kommission für Umweltschutz des Präsidiums der KDT in Zusammenarbeit mit dem MfUW den KDT-Lehrgang „Umweltschutz“. Dieser Lehrgang sollte nicht die Bildungsmaßnahmen der KDT zur Qualifizierung von Spezialisten auf den Gebieten der

Reinhaltung der Luft, des Wassers und des Bodens sowie des Lärmschutzes ersetzen. Zielgruppe des Lehrgangs waren Naturwissenschaftler, Ingenieure, Ökonomen und ausgewählte Mitarbeiter aus Betrieben und Einrichtungen, insbesondere aus Klein- und Mittelbetrieben. Ziel des KDT-Lehrgangs war es, die Teilnehmer mit grundlegenden und speziellen Problemen der sozialistischen Landeskultur und mit den technischen, ökonomischen und organisatorischen Aufgaben bei der Durchsetzung der dazu erlassenen Gesetze und Verordnungen vertraut zu machen und sie politisch-ideologisch und fachlich zu befähigen, die Leiter bei der Leitung und Planung der erforderlichen wissenschaftlich-technischen Aufgaben in ihrer Komplexität zu unterstützen. (Kommission für Umweltschutz des Präsidiums der KDT 1977) Inhaltliche Schwerpunkte waren folgende: (a) Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen des Schutzes und der planmäßigen Gestaltung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen, (b) Abproduktfreie Technologie und Nutzung der Abprodukte als Beitrag zur Intensivierung der Produktion und zum Schutz der Umwelt, (c) Reinhaltung der Luft, (d) Reinhaltung des Wassers, (e) Schutz und Nutzung des Bodens sowie (f) Exkursionen. Der Lehrgang wurde externats- und internatsmäßig mit einem Zeitumfang von 108 Stunden durchgeführt. Die Teilnehmer erhielten nach erfolgreicher Abschlussprüfung einen Qualifikationsnachweis.



Der KDT-Lehrgang Umweltschutz wurde zu einem KDT-Fernkurs Umweltschutz (Dauer 6 Monate, 7 Konsultationstage) weiterentwickelt. Er endete nach erfolgreichem Abschluss ebenfalls mit einem Qualifikationsnachweis. Verbindlich sowohl für den KDT-Lehrgang als auch für den KDT-Fernkurs Umweltschutz gaben die Kommission Umweltschutz und die AG (Z) Reinhaltung der Luft beim Präsidium der KDT 1982 eine fünfteilige Lehrbriefreihe heraus. Detaillierte Informationen zu umweltschutzbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen der KDT enthält ein Beitrag von Mohry (2007).

(3) Die Karl-Marx-Universität Leipzig veranstaltete von 1980 bis 1991 jährlich im Januar zweitägige Symposien über naturwissenschaftliche Probleme der Umweltforschung und des Umweltschutzes als interdisziplinäre Weiterbildungsveranstaltungen gemeinsam mit der Kommission Umweltschutz beim Präsidium der KDT.

Literaturverzeichnis

- Arnold, H.; Erck, A.; Göllnitz, H.; Henning, O.; Horn, H.; Hutschenreuter, G.; Schmitz, G; Wagenbreth, O. (1979): Die Erziehung zum Sozialistischen Umweltbewusstsein an Hochschulen der DDR, in: *Wiss. Z. TH Ilmenau*, 25(1979)2, 3-30.
- Bethge, H.; Walther, K.-H. (2006): Zur Ausbildung in wasserwirtschaftlichen Fachrichtungen im Direkt- und Fernstudium an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg, in: Jüpner, R.; Lüderitz, V. (Hrsg.): *Festschrift – 50 Jahre Wasserwirtschaftsausbildung in Magdeburg (1956-2006)*, Magdeburger Wasserwirtschaftliche Hefte 4, Aachen.

- IFF, Institut für Fachschulwesen der DDR (1986): Einbeziehung des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung in die Erziehung und Ausbildung an Ingenieur- und Fachschulen, Schriftenreihen des IFF – Reihe Weiterbildung Heft 167, Karl-Marx-Stadt.
- IFF, Institut für Fachschulwesen der DDR (1990): Umweltschutz und Umweltgestaltung im Fachschulstudium unter besonderer Berücksichtigung der Techniker- und Wirtschaftflerausbildung, Schriftenreihen des IFF – Reihe Weiterbildung Heft 183, Karl-Marx-Stadt.
- Kommission für Umweltschutz des Präsidiums der KDT (1977): Studienanleitung zum KDT-Lehrgang „Umweltschutz“, Berlin.
- Krummsdorf, A. (2007): Lehrstuhl und Arbeitsgruppe Landeskultur/Umweltschutz an der Rostocker Universität, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte – Band 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz, München, 283-291.
- Martin, A. (1977): Vorschläge zur Ermittlung des Umfangs und Inhalts des Umweltschutzes in der Erziehung und Ausbildung nach 1980. Zwischenbericht, Institut für Fachschulwesen der DDR, Karl-Marx-Stadt.
- Martin, A. (1980a): Bericht über Erfordernisse und Maßnahmen zur Einführung des Lehrgegenstandes Umweltschutz und Umweltgestaltung in die Lehre nach 1980 einschließlich Konzeption zur Entwicklung eines Literaturbalkastens - Arbeitsbericht, Informationsbericht (Kurzfassung), Maßnahmeplan, Institut für Fachschulwesen der DDR, Karl-Marx-Stadt.
- Martin, A. (1980b): Gegenwärtiger Erkenntnisstand zur Erziehung und Ausbildung im Umweltschutz. Entwicklungstrends und Vorschläge für weiterführende Arbeiten 1981 bis 1985, Institut für Fachschulwesen der DDR, Karl-Marx-Stadt.
- Martin, A. (1982): Einfluß des Umweltschutzes auf die Tätigkeit und das Profil des Ingenieurs, Institut für Fachschulwesen der DDR, Karl-Marx-Stadt.
- Mohry, H. (2007): Aktivitäten der Kammer der Technik auf dem Gebiet des Umweltschutzes, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte – Band 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz, München, 83-129.
- Rogge, H. (1978): Berücksichtigung von Umweltschutzproblemen bei der Ausbildung von Ingenieuren und Ingenieurökonomen sowie in Weiterbildungsmaßnahmen an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg, unveröffentlichtes Manuskript.
- Rogge, H. (2006): Theorie und Praxis der Weiterbildung an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Magdeburg, in: Jüpner, R.; Lüderitz, V. (Hrsg.): Festschrift – 50 Jahre Wasserwirtschaftsausbildung in Magdeburg (1956-2006), Magdeburger Wasserwirtschaftliche Hefte 4, Aachen.
- Schuster, E. (1978): Zur Erziehung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Sozialistischen Landeskultur/des Umweltschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Technischen Universität Dresden (Environmental education at the Technical University of Dresden). Abschlussarbeit im Rahmen des International post-graduate training course on Ecosystem Management at the Technical University of Dresden, Dresden.

Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte

Hans-Werner Frohn

Die Stiftung Naturschutzgeschichte kann erneut auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken. Neben den eigentlichen Kernaufgaben im Archiv und in der Bibliothek bestimmten vier große Themenbereiche die Aktivitäten der Stiftung Naturschutzgeschichte seit dem Herbst 2008.

1. Umstrukturierungen auf dem Ensemble von Schloss Drachenburg

Auf dem Ensemble auf halber Höhe zum Drachenfels agierten bis Ende 2008 zwei Institutionen: die Schloss Drachenburg gGmbH und die Stiftung Naturschutzgeschichte. Beide betrieben jeweils ein eigenes Museum, eine eigene Verwaltung und eine eigene Hausmeisterei. Die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege und die Stadt Königswinter als Gesellschafter der Schloss Drachenburg gGmbH sowie die Stiftung Naturschutzgeschichte entschieden sich, die vorhandenen Synergiepotenziale zu nutzen. Sie schlossen einen zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Kooperationsvertrag sowie einige daraus abgeleitete Detailverträge. Alle nicht ureigenen ideellen Aufgaben der Stiftung Naturschutzgeschichte gehen danach auf die Schloss Drachenburg gGmbH über, d. h. diese übernimmt zusätzlich zur Hauptburg nun auch die Pflege und Erhaltung der Vorburg. Zu diesem Zweck wurden vor allem das Management der Museen und die Hausmeistereien zusammengelegt. Die Stiftung Naturschutzgeschichte trat zu diesem Zweck der Schloss Drachenburg gGmbH, die zukünftig zentral das Ensemble managt und auch bewirbt, als Gesellschafterin bei. In der Vorburg hat sie nun den Status eines Mieters. Die eigentlichen Kernaufgaben der Stiftung, das Betreiben eines Archivs und einer Bibliothek zur Geschichte des Naturschutzes, die Ausrichtung von Tagungen und die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schriftenreihe sowie die inhaltliche Zuständigkeit für das Museum zur Geschichte des Naturschutzes erfahren dadurch eine Absicherung bzw. Stärkung.

Mit der Umstrukturierung verbunden war, dass für das Gesamtensemble eine neue Eingangssituation mit Shop, Bistro, Verwaltung für das Ensemble etc. geschaffen werden musste. Zu diesem Zweck wurden Umbauten in der Vorburg notwendig, die dazu führten, dass das bisherige Museum zukünftig räumlich innerhalb der Vorburg verlagert werden muss.

2. Neukonzeption des Museums zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland

Die Umstrukturierungen auf dem Ensemble von Schloss Drachenburg boten also die Chance, die Dauerausstellung, die bei ihrer Eröffnung 2002 noch weitgehend ohne Originale auskommen musste und die 2008 von über 80.000 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht wurde, zu überarbeiten bzw. neu zu konzipieren. Sie wird zukünftig im Erdgeschoss und 1. Obergeschoss des Nordflügels untergebracht werden. Die Förderung der neuen Ausstellung sicherte die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege zu.

Ein eigens eingerichteter Arbeitskreis unter der Leitung des Vorstandsvorsitzenden Prof. Albert Schmidt entwickelte ein Konzept für die neue Dauerausstellung. Die neue Ausstellung versteht sich als integrierter Bestandteil des „Gesamterlebnisses Drachenburg“, d. h. sie öffnet sich stärker noch als bisher der Hauptgruppe der Gäste des Ensembles, nämlich den vornehmlich

Erholung suchenden Siebengebirgsbesuchern, die über keinerlei Grundkenntnisse zum Naturschutz verfügen. Die Ausstellung ist nun als ein maximal 20-minütiger Rundgang konzipiert. Zunächst wird die Geschichte des Naturschutzes des Drachenfels bzw. des Siebengebirges als des Geburtsortes des deutschen Naturschutzes präsentiert. Es folgen dann die Themeneinheiten Naturschutz und der Wandel der Kulturlandschaft, Ehrenamt im Naturschutz am Beispiel des Vogelschutzes sowie unter dem Slogan „Vom sozialen Grün zur Stadtökologie“ das Verhältnis des Naturschutzes zur Stadt. Die letzte Einheit soll in Form eines Films präsentiert werden. Zurzeit finden intensive Gespräche mit einem Gestaltungsbüro statt, um das weiterhin schwierig zu visualisierende Thema Naturschutz*geschichte* den Besucherinnen und Besuchern attraktiv zu vermitteln. Die Eröffnung der neuen Dauerausstellung ist für das Frühjahr 2010, dann im Rahmen der Gesamteröffnung des Ensembles von Schloss Drachenburg vorgesehen.

3. Winterakademie 2009

In Zusammenarbeit mit dem IUGR e. V. richtete die Stiftung Naturschutzgeschichte vom 9. bis zum 12. Februar auf der Insel Vilm den dritten Teil der Reihe von Winterakademien zum Naturschutz im geteilten Deutschland aus, die sich mit dem Zeitraum 1980 bis 1990 beschäftigte. Die Zeitzeugen aus Ost und West zeigten auf, dass der staatliche Naturschutz in der DDR bzw. das ILN auf die massiv zunehmenden Umweltprobleme dadurch reagierten, indem man versuchte,



Christoph Dieckmann, Mitarbeiter der Wochenzeitschrift *Die Zeit* liest im Rahmen der Winterakademie aus seinen Werken – Thema Umwelt in der DDR

die ökonomische Bedeutung einer intakten Natur als unverzichtbare Ressource zu betonen. Die im Vergleich zum Westen weniger umgesetzte Professionalisierung im Naturschutz sowie fehlende rechtliche Instrumente erwiesen sich rückblickend als nachteilig. Dagegen war in der DDR die Eigentumsproblematik eine kleinere Hürde, da sich hier mehr Flächen in staatlichem Besitz befanden.

Die Bildung der unabhängigen Umweltbewegung schuf sukzessive ein stärkeres Bewusstsein für die Probleme von Natur und Umwelt. Die Gruppierungen, die innerhalb der engen, vom Staat gesetzten Grenzen Probleme dokumentierten und öffentlich machten, stellten bald die Umweltpolitik der DDR grundsätzlich in Frage. Wie die Zeitzeugenberichte zeigten, gab es zwischen der Umweltbewegung und dem Naturschutz nur punktuelle Kontakte und Kooperationen. Ein wichtiges Forum bildete in dieser Hinsicht die Gesellschaft für Umwelt und Naturschutz, in der Naturschützer und Vertreter der Gruppe Stadtökologie zusammenkamen.

Die Zeit der friedlichen Revolution in der DDR bot auch für den Naturschutz historische einmalige Möglichkeiten. Etliche Referate und Diskussionsbeiträge zeigten eindrücklich, wie die damaligen Akteure diese Chancen beherzt und zum Teil erstaunlich unbürokratisch ergriffen. Das „Meisterstück“ war gewissermaßen das buchstäblich in

letzter Minute verabschiedete Nationalparkprogramm. Hier konnte auf jahrelange Vorarbeiten in der DDR zurückgegriffen werden, sodass das Programm 1989/90 mit westdeutscher Unterstützung zügig in eine sichere Rechtsform gegossen und als „Tafelsilber“ in die deutsche Einheit eingebracht werden konnte.

Die diesjährige Winterakademie unter Leitung von Prof. Albert Schmidt und Prof. Dr. Mathias Grünwald schloss die dreijährige Reihe ab, in der auf der Basis der Methode der „Oral History“ für die weitere Forschung unschätzbare Materialien generiert werden konnten. Über diesen für die Wissenschaft wichtigen Punkt hinaus erwiesen sich die Winterakademien aber auch noch auf einem anderen Feld als von unvergleichbarem Wert. Es hatte sich nicht nur gezeigt, dass sich gerade auf dem Feld der Wissenschaft und auch des Naturschutzrechts durchaus 1990 übernahmefähige und auch -würdige Naturschutztraditionen entwickelt hatten, die in der Eile der Zeit damals nicht ausreichend gewürdigt wurden und deshalb drohten vergessen zu werden. Vor allem schärften die Winterakademien aber auch die gegenseitige Wahrnehmung und trugen dazu bei, „falsche Bilder“, d. h. Wahrnehmungen voneinander zu zerstören. Die Diskussionskultur entspannte sich von Jahr zu Jahr, womit sich umgekehrt die Bereitschaft zur kritischen (Selbst-)Reflexion entwickelte. Der sächsische Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Michael Beleites, der an allen drei Winterakademien teilnahm, sprach davon, dass sich die Tagungen als eine Form der „nachgeholtten Wiedervereinigung“ erwiesen hätten.

4. Förderprojekt Naturschutz, Freizeit, Erholung und Sport

Unter dem Motto „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann Natur?“ fand zum Abschluss der vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Forschungsmaßnahme zum Verhältnis Naturschutz, Freizeit, Erholung und Sport am 5. und 6. November 2008 ein Symposium im Königswinter statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beleuchteten aus historischer, kulturwissenschaftlicher, landschaftsökologischer, planerischer und psychologischer Perspektive das spannungsgeladene Verhältnis von Naturschutz auf der einen und Erholung, Tourismus und Natursport auf der anderen Seite.

Aufgezeigt wurde, welche Ansätze der Naturschutz in der Vergangenheit entwickelte und welche Optionen er in der Gegenwart hat, um den Herausforderungen von Tourismus, Naherholung und Natursport konstruktiv zu begegnen. Solch eine Positionierung erscheint umso dringlicher, als der Nutzungsdruck auf Natur und Landschaft durch die Ansprüche der ‚Spaß‘- bzw. Freizeitgesellschaft seit einigen Jahrzehnten ständig zugenommen hat – mit nicht unerheblichen Folgen.

Gesucht wurde nach Lösungen, die dazu führen, dass in einer pluralistischen Gesellschaft, die Naherholung Suchenden, die Touristinnen und Touristen sowie die Sportlerinnen und Sportler Verständnis für Naturschutzanliegen entwickeln. Werden keine angemessenen Strategien zur Konfliktlösung entwickelt, so führt dies nicht nur zu einer weiteren Beeinträchtigung von Natur und Landschaft, vielmehr ist in der Folge auch mit einer Verschärfung der ohnehin vorhandenen Akzeptanzprobleme des Naturschutzes zu rechnen.

Wenn die Beziehungen zwischen Naturschutz, Freizeit und Tourismus systematisch reflektiert werden sollen, dann kann sich dies aber nicht nur auf praktische Regulierungsprobleme beschränken. Vielmehr rührt diese Frage unmittelbar an elementare Aspekte der gesellschaftlichen Legitimation von Naturschutzhandeln: *Warum* soll Natur geschützt werden? Vor allem aber: *für*

wen und *vor wem*? Damit werden denn auch Kernfragen des Selbstverständnisses im Naturschutz und die Frage nach seinem Ort in Staat und Gesellschaft angesprochen. Auf diesen fundamentalen Zusammenhang ging der Nestor der deutschen Landschaftsökologie, Wolfgang Haber (Freising), im Festvortrag des Symposiums ein. Er spitzte die Ausgangsfragen noch einmal zu: *Welche* Natur soll *für welche* oder *vor welchen* Menschen geschützt werden? Diese Differenzierung sei keineswegs akademischer Natur, vielmehr hänge von ihrer Beantwortung ab, wie die konkrete Praxis des Naturschutzes gestaltet werde. Selbst die Definition des Begriffs „Schutz“ bedürfe der Klärung seiner ethischen Grundlagen. Haber kritisierte die oftmals vorgenommene Verengung des Naturschutzes auf ein „Fach“ und plädierte stattdessen dafür, ihn wieder als eine übergreifende kultur- und sozialpolitische Aufgabe zu verstehen. Nicht zuletzt um das allgemeine Verständnis für den Naturschutz mit seiner großen Bedeutung für die Menschen zu stärken, schlug Haber eine grundsätzliche Unterscheidung vor: Wir schützen nicht die Natur schlechthin, sondern *zwei* Naturen: Eine, die uns *trägt*, und eine, die uns *gefällt*. „Trägt“ bezeichne die Funktionen und Leistungen der Natur. „Gefällt“ betreffe dagegen die Struktur und Gestalt, den (auch gefühlsmäßigen) Eindruck oder das Bild der Natur, auch in Form der Landschaft. In der zivilisatorischen Entwicklung habe „trägt“ Vorrang – denn erst nach Erfüllung aller Grundbedürfnisse erwache bei den Menschen der Sinn für das, was ihnen an der Natur „gefällt“. In diesem Zustand lebten die meisten Menschen in der so genannten Ersten Welt, doch er sei ihnen so selbstverständlich geworden, dass er ihnen nicht mehr, oder zu wenig bewusst sei. Daher bevorzugten sie das, was ihnen gefalle, und fragten nicht oder zu wenig danach, was ihr Dasein wirklich trage. Doch dies sei für die Aufwendungen und Maßnahmen des Naturschutzes die letztlich entscheidende Frage. Ein Tagungsband wird im Herbst 2009 erscheinen.

5. Archiv und Bibliothek

Seit Sommer 2008 konnten mehrere Bestände neu erschlossen werden. Insgesamt liegen nun für 14 größere Bestände (davon vier Naturschutzverbände) Findbücher vor. Erschlossen wurden mittlerweile auch mehrere Tausend Fotos, Glasplattendias oder Stereoskopien, vor allem aus dem Nachlass der NABU-Gründungsfamilie Hähnle (dieser Bestand umfasst alleine ca. 2.700 Glasplattendias), aber auch aus dem des Begründers der Vogelwarte Helgoland und späteren Direktors des Naturkundemuseums Hannover, Dr. Hugo Weigold (1886-1973). Zu diesem Bestand gehört u. a. auch eine Sammlung von mehr als 600 Fotos aus dem Zeitraum von 1910 bis 1940, die sich durch die Besonderheit auszeichnet, dass nicht nur Schutzobjekte (Fauna und Flora, Landschaftsteile, etc.), sondern auch die konkreten Aktivitäten der Naturschützer (z. B. Exkursionen, Arbeit in Beobachtungsständen, etc.) dokumentiert werden können. Für den Herbst 2009 ist die Online-Stellung der Findbücher geplant.

Die Bibliothek der Stiftung Naturschutzgeschichte wuchs vor allem durch Schenkungen erheblich auf über 18.000 Bände an. Mittlerweile sind davon ca. 14.000 über eine Datenbank formal erfasst. Über 8.000 Medieneinheiten sind zudem verschlagwortet und können im Spätherbst 2009 über die Homepage der Stiftung Naturschutzgeschichte durch externe User recherchiert werden.

Aus dem IUGR e. V.

Hermann Behrens und Jens Hoffmann

Neues Erschließungsprojekt startete im Oktober

Nachdem im Zeitraum von 2006 bis 2008 bereits ein großer Teil der im Studienarchiv enthaltenen Unterlagen im Rahmen eines Erschließungsprojekts bearbeitet werden konnte, steht nun der nächste Schritt an. Am 1. Oktober 2009 startete ein weiteres Erschließungsprojekt und die seit 2005 im Archiv eingetroffenen Unterlagen können erschlossen werden. Der Gesamtumfang der zur Bearbeitung vorgesehenen Archivalien beläuft sich auf 42 laufende Meter Schriftgut sowie 5 laufende Meter Sammlungsgut. Zum Schriftgut zählen unter anderem: persönliche Dokumente, Aufzeichnungen und Notizen, Manuskripte, Dokumentationen, Berichte, Einladungen und Protokolle, Projektunterlagen, Schriftwechsel. Zum Sammlungsgut gehören: ca. 4.000 Diapositive, ca. 100 Plankarten, ca. 300 Plakate sowie Schilder, Kalender, Anstecknadeln, Abzeichen, Urkunden, Medaillen usw. Insgesamt setzen sich die zu erschließenden Archivalien aus ca. 50 Teilbeständen mit zum Teil sehr unterschiedlichem Umfang zusammen. Der Umfang reicht vom kompletten Vor- bzw. Nachlass mit einem Umfang von 2 laufenden Metern bis zum Einzelbestand, der lediglich eine Mappe mit einigen Einzelblättern umfasst. Einen wesentlichen Anteil stellen die von den Arbeitskreisen Melioration und Wasserwirtschaft übergebenen Unterlagen dar.

Die Archivalien werden in der gewohnten Form erschlossen und die Ergebnisse der Arbeiten fließen in das bereits im Internet verfügbare Findbuch zu den Archivbeständen ein. Für die Bearbeitung des Projekts konnte Andreas Grape (wissenschaftlicher Archivar aus Neubrandenburg) gewonnen werden. Er hatte bereits das gelaufene zweijährige Projekt bearbeitet.

Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 47.500 Euro. Möglich wird seine Durchführung durch eine Förderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Höhe von 37.500 Euro. Die Stiftung hatte bereits das Projekt im Zeitraum 2006 bis 2008 gefördert. Wie im Vorgängerprojekt wird ein wissenschaftlicher Beirat das Projekt begleiten, um dessen fachliche Qualität zu gewährleisten und die Weiterentwicklung der Archivarbeit des IUGR e. V. zu unterstützen.

Erschließung des Naturschutzarchivs Mecklenburg-Vorpommern

Im Rahmen eines Projekts wurde das beim Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG M-V) lagernde Naturschutzarchiv Mecklenburg-Vorpommern erschlossen. Die Arbeiten wurden durch den Archivar Andreas Grape im Zeitraum von September bis Dezember 2008 durchgeführt. Als Ergebnis der Arbeiten ist ein Findbuch zum Bestand entstanden. Zur Bearbeitung der Archivalien wurde diese nach Neubrandenburg überführt und nach Abschluss der Arbeiten wieder (jetzt in erschlossener Form) an das LUNG M-V übergeben. Dort stehen sie nun für Interessenten zur Nutzung zur Verfügung.

Die Zusammensetzung des nach der Erschließung ca. 11 laufende Meter umfassenden Archivs entspricht dem Gang der historischen Ereignisse im Politikfeld Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Es enthält Unterlagen aus den Phasen

- ⇒ vor 1945: Der Landesbeauftragte für Naturschutz in Mecklenburg / Landesstelle für Naturschutz Mecklenburg,
- ⇒ 1946-1953: Landesamt für Denkmalpflege Schwerin / Landesstelle für Naturschutz Mecklenburg (-Vorpommern) / Leitende Naturschutzstelle für Mecklenburg,
- ⇒ 1954-1991: Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN), Arbeitsgruppe Greifswald (zuständig für die 3 Nordbezirke der DDR).

Die Landesstelle für Naturschutz Mecklenburg wurde aufgrund des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 gebildet und vom Landesbeauftragten für Naturschutz, Georg von Arnswaldt, geleitet. Arnswaldt war bereits seit 1929 mit dem Amt eines Denkmalpflegers für Natur- und Landschaftsdenkmale im Landesamt für Denkmalpflege Mecklenburg betraut worden. Vom 22.02.1947 bis zur Gebiets- und Verwaltungsreform 1952 bestand in Mecklenburg eine Leitende Naturschutzstelle beim Landesamt für Denkmalpflege, deren Leiter Prof. Dr. Robert Bauch/Rostock wurde. Es gelang damals, drei Bezirkskonservatoren für Naturschutz zu gewinnen, Friedrich Hausmann für Westmecklenburg, Karl Bartels für Ostmecklenburg und Werner Berthold für Vorpommern. 1950 wurde Friedrich Hausmann das Sachgebiet Naturschutz im Landesamt für Denkmalpflege nebenamtlich übertragen. Hausmann war die integrierende Persönlichkeit für den Naturschutz in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Vermutlich ist es seinem Wirken zu verdanken, dass Unterlagen aus den ersten beiden o.g. Phasen des Naturschutzes im heutigen Naturschutzarchiv überliefert sind.

Mit der Gebiets- und Verwaltungsreform hörte die Landesstelle für Naturschutz auf zu existieren. Die Archivbestände gingen über das Ministerium für Land und Forst in die Hände der 1954 gebildeten Arbeitsgruppe Greifswald unter dem Dach des 1952 gegründeten Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz in Halle/Saale über und wurden dort für die tägliche Arbeit genutzt. Die archivalischen Zeugnisse aus der Arbeit des ILN, das bis 1991 bestand, bilden den größten Teilbestand des LUNG-Naturschutzarchivs.

Das Naturschutzarchiv wird um einige Teilbestände, die ehemals von Räten der Bezirke Neubrandenburg und Rostock bzw. von Naturschutzstationen stammen, ergänzt.

Das Projekt wurde unterstützt mit Mitteln der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung, der Hochschule Neubrandenburg und des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern.

Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 3: Berlin und Brandenburg

Endlich, endlich !! – könnte man ausrufen. Das „Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 3: Berlin und Brandenburg“ steht kurz vor der Fertigstellung. Sechs Jahre Recherchen und Bearbeitung sind dafür mittlerweile ins Land gegangen.

Bei Redaktionsschluss des derzeitigen Heftes hatte der Band folgenden Stand erreicht:

Der historische Überblick über die Geschichte des Naturschutzes und des Naturschutzbeauftragtenwesens in Berlin und Brandenburg ist fertig. Auf gut 500 Seiten wird dieser Geschichte in folgenden Phasen nachgegangen:

- ⇒ Phase 1: Gründung der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege im Jahre 1906 bis zum Erlass des Reichsnaturschutzgesetzes 1935,

- ⇒ Phase 2: Vom Erlass des Reichsnaturschutzgesetzes bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945,
- ⇒ Phase 3: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Erlass des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der heimatlichen Natur (Naturschutzgesetz) in der DDR (1954),
- ⇒ Phase 4: Vom Erlass des Naturschutzgesetzes der DDR bis zum Erlass des Landeskulturgesetzes der DDR (1970),
- ⇒ Phase 5: Vom Erlass des Landeskulturgesetzes bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3.10.1990,
- ⇒ Phase 6: Von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bis heute.

Berlin und Brandenburg waren das „Herz“ des frühen Naturschutzes in Deutschland. Hier war die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege angesiedelt, hier wirkten Protagonisten des Naturschutzes wie Conwentz, Wetekamp, Klose, Schoenichen, Helfer, Hedicke, Hilzheimer, Hueck, Gruhl, Kretschmann, und viele, viele andere mehr.

In dem lexikalischen Teil, der noch einmal rund 400 Seiten umfasst, werden mehr als 350 Naturschutzbeauftragte vorgestellt. Etwa 120 noch erreichbare ehemalige Beauftragte oder die Angehörigen bereits verstorbener Beauftragter haben Fragebögen beantwortet und in Telefonaten, Briefen und Emails bereitwillig Auskunft gegeben. Ungezählte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von staatlichen und kommunalen Archiven, Museen, Standesämtern, Einwohnermeldeämtern und anderen Einrichtungen haben teilweise mit erheblichen Anstrengungen die Datenrecherchen unterstützt. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank!

Bei Redaktionsschluss standen noch Antworten von 10 ehemaligen Beauftragten bzw. Angehörigen aus, deren Anschriften quasi in letzter Minute ermittelt werden konnten. Nach Eingang dieser letzten Antworten wird das Manuskript fertig gestellt. Alle, die an der Umfrage teilgenommen haben, erhalten dann ihre Korrekturausdrucke. Zwischenzeitlich wird versucht, mithilfe von Probedrucken des Gesamtmanuskriptes eine Förderung dergestalt zu erreichen, dass jedem der noch lebenden ehemaligen Beauftragten oder den Angehörigen, die das Zustandekommen des Werkes unterstützt haben, ein Exemplar gewissermaßen als Würdigung ehrenamtlicher und freiwilliger Naturschutzarbeit überreicht werden kann.

Also – alles deutet darauf hin, dass der 3. Band der Reihe „Lexikon der Naturschutzbeauftragten“ im Frühjahr 2010 erscheint.

10. Spendertreffen in Berlin

Zahlreich besucht war das 10. Spendertreffen des IUGR e. V. im Robert-Havemann-Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte in Berlin-Mitte am 23. Januar 2009. Mehr als 50 Teilnehmer und Teilnehmerinnen hatten sich eingefunden, um sich über den aktuellen Stand der Aktivitäten des IUGR e. V. und seines Studienarchivs Umweltgeschichte zu informieren. Jens Hoffmann und Andreas Grape berichteten über den erreichten Stand der Erschließungsarbeit im Archiv. Darüber hinaus hielt Prof. Dr. Günter Bayerl (BTU Cottbus) einen Vortrag zum Thema „Die Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR – Ein vergessenes Thema?“ (siehe Aufsatz im vorliegenden Heft) und Klaus Schlüter (Bundessprecher der Grünen Liga) sprach zum Thema „20 Jahre Wende – Eine Bilanz aus der Sicht eines anerkannten Umweltverbandes“. Auf dem Treffen kam es auch zu einem Wiedersehen der ehemaligen Kommilitonen Rudolf Gorisch/Berlin und Wolfgang Schrödter (ehem. Kreisnaturschutzbeauftragter in Nordhausen/Thür.) – nach über 50 Jahren !

Neugestaltung der Internetseite

Seit 2002 ist das IUGR e. V. mit einer eigenen Internetseite auch online präsent. Die Seite wurde und wird dafür genutzt, in kompakter Form alle Informationen zur Arbeit des Instituts zur Verfügung zu stellen. Viele Leute, die mit uns in Kontakt getreten sind, haben immer wieder bestätigt, dass sie bei der Suche im Internet auf uns gestoßen sind. Im Verlauf des Jahres wurde der Internetauftritt in eine neue Form überführt, die angelehnt ist an der Gestaltung der Internetseiten der Hochschule Neubrandenburg, deren An-Institut wir sind.

Eine wesentliche Neuerung ist die Startseite, auf die Interessierte unter der gewohnten Adresse www.iugr.net kommen. Hier können schnell und auf einen Blick die wesentlichen aktuellen Meldungen gelesen werden. Darüber hinaus finden sich hier die direkten Zugänge zur Online-Recherche im Studienarchiv (zu den Bereichen Archivalien, Monographien, Zeitschriften). Des Weiteren können wie gehabt auf weiteren Seiten Informationen zum IUGR e. V. selbst, zum Studienarchiv sowie zu Publikationen und Projekten abgefragt werden. Wir laden Sie ein, auf den neuen Seiten zu stöbern. Anregungen, wie wir dieses Angebot noch verbessern können, nehmen wir gern entgegen.



**Institut für Umweltgeschichte
und Regionalentwicklung e.V.**
an der Hochschule Neubrandenburg

[HS-NB](#) | [Startseite](#) | [Inhalt](#) | [Impressum](#) | [Lage](#) | [Kontakt](#)

[Das IUGR](#) | [Studienarchiv Umweltgeschichte](#) | [Projekte](#) | [Publikationen](#) | [Unterstützen Sie uns!](#)

Aktuelles

IUGR e.V. erschließt Naturschutzarchiv des LUNG M-V

6. Vilmer Winterakademie zur Naturschutzgeschichte: Naturschutz im geteilten Deutschland 1945 bis 1990

IUGR - BNU - GNU - Geschichte im Internet

10. Spendertreffen des IUGR e.V. am 23. Januar 2009 in Berlin

Plakatausstellung "Grober Unfug!" bis Ende Februar beim Naturpark Stechlin-Ruppiner Land zu sehen

[weitere Nachrichten](#)

Online-Recherche Studienarchiv Umweltgeschichte



- [Recherche Archivalien](#)
- [Recherche Monographien](#)
- [Recherche Zeitschriften](#)

Willkommen auf der neuen Homepage des IUGR e.V.

Seit 2002 ist unser Institut mit einer eigenen Homepage im Internet präsent. Wir haben uns nun entschlossen, das Institut mit einem neuen Auftritt in frischer und neu strukturierter Form zu versehen.

Neu ist insbesondere, dass Sie hier auf der Startseite gleich mit den Neuigkeiten aus dem Institutsleben empfangen werden und somit immer wissen, was bei uns gerade läuft. Ebenfalls finden Sie hier den direkten Einstieg in die Datenbanken zur Online-Recherche in unserem Studienarchiv Umweltgeschichte.

Wir laden Sie ein zu einem Rundgang und freuen uns, Sie auch zukünftig hier unter gewohnter Adresse begrüßen zu dürfen.

Zweites Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft

Peter Lösel

Der Arbeitskreis Wasserwirtschaft im IUGR e. V. führte vom 27. bis 29. April 2009 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See ein Seminar durch; Thema der Veranstaltung: „Das Wasser immer effektiver nutzen und besser schützen – zwingendes Gebot des Umweltschutzes“. Auf dem Programm standen insgesamt neun Vorträge mit anschließender Diskussion.

Den ersten Vortrag hielt **Helmut Pape** (Blankenburg) zum Thema „Die Geschichte und Bedeutung des Talsperrenbaus im Harz und die Instandsetzung der Osthartzalsperren am Beispiel Kiliansteich“. Erz, Wald und Wasser waren die Naturgüter, die der schwerzugängliche und menschenfeindliche Harz dem Menschen zu bieten hatte. Entsprechend bestimmten Bergbau und Hüttenwesen über mehr als 1000 Jahre intensiv das Leben im Harz. Der Wald lieferte das Baumaterial für die Gruben und Siedlungen sowie vielfach in Form von Holzkohle die Energie für die Verhüttung. Die meist steilen Bäche und Flüsse brachten die Voraussetzungen für die Kraftenerzeugung. Als man nach dem ersten Drittel des 16. Jahrhunderts den Bergbau durch die Pest unterbrochenen Bergbau wieder aufnahm, bemerkte man sehr bald, dass das Wasser zum Antrieb von Kunsträdern für die Pumpenkünste oft sehr reichlich, dann aber wieder nur in geringem Umfang vorhanden war, sodass die Gruben in Trockenzeiten absoffen. Man entschloss sich für den Bau von Dämmen, um das Wasser in Überschusszeiten speichern zu können. Die ältesten entstandenen Teiche sind 450 Jahre alt. Viele sind heute noch in Betrieb und werden im östlichen Harz vom Talsperrenbetrieb des Landes Sachsen-Anhalt betrieben und unterhalten.

Ein Beispiel sind die Kiliansteiche. Früher bestanden sie aus vier hintereinander gestaffelten Kunstteichen, die im 17. Jahrhundert am Büschengraben für den Bergbau errichtet wurden. Seit 1901 wurde sie als Trinkwasserspeicher genutzt. An Stelle der früheren Teichkette wurde am Standort des heutigen Kiliansteiches ein neuer Staudamm errichtet. Damit wurde eine entscheidende Stauraumvergrößerung von 165.000 m³ auf 1.192.000 m³ erreicht. Die ersten Untersuchungen für einen Neubau wurden bereits 1978 durchgeführt. Die bautechnische Erneuerung erfolgte in den Jahren 1992 bis 1994 (technische Daten: Einzugsgebiet: 3,9 km², Absperrbauwerk: Höhe über Gründungssohle: 24,60 m, Gesamtstauraum: 1,26 hm³, Jahresabflussmenge: 1,15 hm³). Als Baustoffe dienten für den Stützkörper Tonschiefer, die Dichtung des Dammes wurde als Kerndichtung aus bindigem Erdstoff ausgeführt.

Günter Franke (Schochwitz) hielt einen Beitrag zum Thema „Reaktivierung, Modernisierung und Neubau von Wasserkraftwerken – ein Beitrag zur Nutzung der Naturressourcen im Zeitalter der Klimaveränderungen“. Ausgehend von geschichtlichen Fakten wurde den Teilnehmern Aspekte wie Wasserkraftmaschinen heute, Beispiele von Wasserkraftanlagen, die sächsische Wasserkraftpolitik, das Wasserkraftpotenzial der Mulde und das Spannungsfeld Ökonomie und Umwelt vorgestellt.

In seinem Beitrag stellte **Wolfram Such** (Vorsitzender der Deutschen Wasserhistorischen Gesellschaft e. V.) „Die bisherigen Ergebnisse und zukünftigen Aufgaben der Deutschen Wasserhistorischen Gesellschaft e. V.“ vor. Es wurde dabei die Entwicklung vom Studienkreis zum Verein mit der Gründung der Deutschen Wasserhistorischen Gesellschaft e. V. im Jahr 2002

dargestellt. Ebenfalls vorgestellt wurden die verschiedenen Veröffentlichungen des Studienkreises. Die Mitgliedschaft entwickelte sich von ca. 125 Mitgliedern bei Gründung der DWhG e. V. im Jahr 2002 auf 326 Mitglieder zur Jahreswende 2008/2009.

Hermann Behrens (IUGR e. V.) sprach über den aktuellen Stand und die nächsten Schritte der Arbeit im Studienarchiv Umweltgeschichte. Das Archiv entstand im Jahr 1991. Es enthält eine Bibliothek mit 13.000 Bänden Monografien und 25.000 Einzelheften von Zeitschriften und Schriftenreihen, die alle erschlossen und recherchierbar sind. Hinzu kommen ca. 120 laufende Meter Archivalien. Im Zeitraum 2009/2010 werden auch die Bestände aus den Arbeitskreisen Wasserwirtschaft und Melioration erschlossen.



Das Forsthaus der Heimvolksschule am Seddiner See

Günter Fredrich (Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH) stellte die Leistungsentwicklung der OWA vor und zeigte anschließend einen Film über die Sanierung des Wasserwerkes Staaken. Zunächst wurden die Entwicklungsstufen der Wasserversorgung im Raum Falkensee-Hennigsdorf von 1945 bis 1990 aufgezeigt. Ab 01.04.1990 wurde der VEB WAB Potsdam in die GmbH Potsdamer Wasserversorgung und Abwasserbehandlung GMBH umgewandelt. Diese GmbH war eine Treuhandgesellschaft bis 08.04.1993. Von 1990 bis 1995 erfolgte eine ungeordnete Bildung von Zweckverbänden, die bereits neben der PWA GmbH agierten. Am 01.01.1995 erfolgte die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der OWA GmbH mit Gewährleistung der Trinkwasserversorgung im eigenen Namen und Sicherung der Abwasserentsorgung als Betriebsführer der Gesellschafterkommunen. Am 01.01.2009 wurden 126.000 Einwohner mit Trinkwasser versorgt. Dies entspricht einem Anschlussgrad von 99,1 %. Die Trinkwasserversorgung wird von 6 Wasserwerken gesichert. Der Anschluss an die Abwasserentsorgung wird für 98.900 Einwohner gesichert, dies entspricht einem Anschlussgrad von 92,4 %.

Mathias Wiemann (Unternehmensbereichsleiter Netze und Prokurist der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH) referierte zum Thema „Die Sicherung der Wasserversorgung für die Stadt Leipzig im Zeitalter klimatischer Veränderungen“. Von 1964 bis 1990 sicherte der VEB WAB Leipzig die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Im Jahr 1997 wurden die Ge-

schäftsanteile der Stadt Leipzig an die an die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH übertragen. Folgende Gesellschaftsstruktur der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH gilt heute: 13 Mitgliedskommunen und der Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land haben einen Anteil von 25,33 % die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH ist mit 74,65 % beteiligt. Im Jahr 2007 wurden 33.100.000 m³ Wasser bereitgestellt, damit wurden 615.000 Einwohner versorgt. 5 Wasserwerke werden zur Wasserversorgung betrieben. Die Länge des Rohrnetzes beträgt 3.187 km. Grundlage der Arbeit ist ein Leitbild mit fünf Handlungsfeldern: (a) Nachhaltigkeit: Ausrichtung aller Entscheidungen am langfristigen Nutzen für Unternehmen, Eigentümer und Kunden, (b) Wirtschaftlichkeit: akzeptierte, langfristig kalkulierbare Preise und verlässliche Beiträge zu den Haushalten der Eigentümer, (c) regionales Engagement: Kontinuierlicher Auftraggeber der regionalen Wirtschaft, Initiator und Unterstützer sozialer Projekte, (d) Service: kundenorientierter Service, (e) Qualität: höchste Produktqualität, bestmögliche Verfügbarkeit.

Joachim Quast sprach über „Anpassungsstrategien im Landschaftswasserhaushalt an zunehmende extreme Ereignisse (Wassermangel, Trockenheit, Nässe und Hochwasser)“. Nordostdeutschland ist ein Wassermangelgebiet mit vorwiegend leichten Böden, hohem Bewässerungsbedarf und einer geringen Wasserverfügbarkeit. Die Wasserbewirtschaftung und Gewässerunterhaltung sind zielgerichtet für eine nachhaltige Wasserwirtschaft mit allen Einwirkungen auf das oberirdische und unterirdische Wasser einzusetzen. Es sollte eine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an den Wandel gesellschaftlicher Ziele und natürlicher Systemeigenschaften erreicht werden. Als Optionen zum Landschaftswasserrückhalt wurden folgende benannt: (a) Rückhalt auf der Fläche: infiltrationsfördernde Bodenbearbeitung und Erosionsschutzmaßnahmen, Anreicherung der Böden mit organischer Substanz, (b) Rückhalt in Dränsystemen: Dränanstau, Reinigungsteiche, (c) Entwässerung, An- und Einstau auf Niederungsstandorten: GWR auf Niedermoor und GW-Sand; Auenstandorte, (d) Rückhalt in Vorflutern und Stauhaltungen, Teichen, (e) Vorratsspeicherung von Abflussüberschüssen für Bewässerung, Beregnung: Oberflächenspeicher, Infiltration in Grundwasserleiter (auch von gereinigtem Abwasser), (f) Verbesserung der produktionswirksamen Wasserverfügbarkeit auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und Erhaltung eines ökologischen Zustandes der Gewässer und Feuchtgebiete. Zusammenfassend wurde eingeschätzt: Der An- und Einstau auf Grundwasserstandorten kann die ertragswirksame Wasserverfügbarkeit deutlich verbessern. Die Ausweitung der Bewässerung als eine Anpassungsmaßnahme zur Minderung von Wirkungen des Klimawandels erfordert eine Verbesserung der Wasserverfügbarkeit durch Speicherung. Gereinigtes Abwasser wird zur unverzichtbaren wertvollen Ressource im Landschaftswasserhaushalt. Für die Entwicklung marktfähiger Lösungen bedarf es leistungsfähiger Netzwerke aus den Bereichen Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Hydrogeologie, Infiltrationstechnologie sowie zuständiger Behörden und Verbände.

Manfred Simon (Magdeburg) berichtete über „Die Leistungen der Wasserwirtschaft zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Bewässerung bis 1990 und in den Folgejahren auf dem Gebiet der neuen Bundesländer“. Einleitend wurde die hydrografische Gliederung der DDR vorgestellt. Es folgte eine Darstellung der Gründe für die ausgedehnte Bewässerung in der DDR. Geringe Niederschläge führten zu Wasserdefiziten und zu einem hohen potentiellen Bewässerungsbedarf. Daraus folgten Ertragsunsicherheit mit Ertragsschwankungen und beträchtlichen Ertragsausfällen. Das Ziel war eine weitgehende Eigenversorgung, um unabhängig von Nahrungsgüterimporten zu sein. Die für die Landwirtschaft kostenlos getätigten wasserwirtschaftlichen

Vorleistungen wie Talsperrenbau, Wasserüberleitungen und Wehrbauten begünstigten die Schaffung großer Beregnungskomplexe mit hoher Ertragssicherheit in Trockenjahren und absoluter Steigerung der Erträge. Die Bewässerung insgesamt entwickelte sich von 1975 mit einer Bewässerungsfläche von 668,6 Tha und einem Wasserbedarf von 951,3 Mio. m³/a auf 1.122 Tha mit 1.630 Mio. m³/a im Jahr 1986.

Folgende bei der landwirtschaftlichen Bewässerung in der DDR bestehende Probleme wurden zusammengefasst:

- Die Bereitstellung des Bewässerungswassers erfolgte unentgeltlich. Die laufenden Kosten wurden nicht berechnet. Die Ertragssteigerung hatte immer Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Effekten.
- Die Wasserentnahmen für die Bewässerung stellten Wasserverluste dar. Es kam zu Unterschreitungen der landschaftsnotwendigen Kleinstabflüsse
- Die mangelnde Wasserbeschaffenheit in einigen Flussgebieten hatte den begrenzten Einsatz von Oberflächenwasser zur Folge
- Die Vielzahl von Wehren verschlechterte oft die Wasserbeschaffenheit. Sauerstoffzehrung und Schlammablagerungen waren die Folge.
- Gegenüber der Abwasserverregnung bestanden wegen der chemischen und bakteriologischen Inhaltsstoffe große Vorbehalte.
- Es traten häufig aus den verschiedenen Gründen Nichtinanspruchnahmen von bilanzierten Wasserdargeboten auf.

Als Ursachen für die Reduzierung der Beregnung in den neuen Bundesländern wurden benannt: (a) die Auflösung bzw. Verkleinerung von großen Agrarbetrieben, (b) ungeklärte Eigentumsverhältnisse, (c) die Verringerung des Anbauumfanges beregnungsbedürftiger Kulturen (Kartoffeln, Zuckerrüben, Feldfutter) sowie (d) der Wegfall der Subventionen durch den Staat und die Wasserwirtschaft.

Karl-Friedrich Ortmann (Rostock) hielt einen Vortrag zum Thema „Die Steigerung landwirtschaftlicher Erträge unter den Bedingungen der Intensivierung und der Melioration am Beispiel der Agrar GmbH Ahrenshagen im Kreis Nord-Vorpommern“. Bei der Komplexmelioration Ahrenshagen bestand auf 1.700 ha eine geschlossene Dränung. Die Erträge konnten von 46 dt GE / ha auf 82 dt GE / ha gesteigert werden. Heute besteht die geschlossene Dränung nicht mehr. Meliorationen gibt es heute kaum noch. In den fünf ostdeutschen Bundesländern gilt seit 01.01.1995 das Meliorationsanlagengesetz. Meliorationen waren und sind Voraussetzung für hohe Erträge. Dr. Ortmann setzte sich sehr kritisch mit der heutigen Ignoranz gegenüber Meliorationsmaßnahmen auseinander, denn eine Dränage macht den Boden zugänglicher, reiner, wärmer und gesünder. Die Bestellung wird leichter; die Vegetation beginnt früher und der Dünger wirkt kräftiger.

Das zweite Seminar des AK Wasserwirtschaft im IUGR e. V. wurde von den 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmern als großer Erfolg gewertet. Das nächste Seminar wird für den Zeitraum vom 21. bis 23. April 2010 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See vorbereitet.

Das Jahreshaupttreffen des Arbeitskreises Wasserwirtschaft

Rolf Wernecke

In der Zeit vom 25. bis 27. September fand das jährliche Haupttreffen der Mitglieder des Arbeitskreises Wasserwirtschaft in Wörlitz statt. Der Ort war so schön gewählt, dass die Mitglieder mit ihren Frauen teilnahmen und zu einem großen Teil schon am Vortag, dem 24. September anreisten.

Die Zeit wurde genutzt, um das sehr schöne Gartenreich Wörlitz, ein wunderschönes Kulturdenkmal, kennen zu lernen. Alle erlebten ein Biosphärenreservat in bestem Zustand. Der Gartenbereich wurde dafür von der UNESCO 2000 in das Weltkulturerbe aufgenommen und genießt seit dem weltweite Anerkennung und Schutzstatus. Zum Zeitpunkt der Besichtigung, im Herbst, waren prägende atemberaubende Stimmungsbilder zu erleben. Der heute noch erhaltene Gartenbereich umfasst eine Fläche von 143 km². Die gesamte Landschaft wurde bewusst gestaltet. Das Element Wasser wurde gekonnt in die Gestaltung einbezogen. Die Bauwerke, Monumente und Plastiken sind historisch bedeutsam und wurden sinnvoll in die Landschaft eingepasst. Die Sichtachsen bewirken, dass der Blick von Objekten der Gartenarchitektur aufgefangen und weitergeführt wird. Viele werden kaum oder nur durch Zufall bemerkt. Die Führer oder die Bootsführer sind aber sehr versiert und erklären ihr kleines Naturparadies mit Hingabe.

Die Teilnehmer haben erst das Gartenreich zu Fuß kennen gelernt, sind auch mit der einen oder anderen Fähre gefahren und haben alle zur Unterkunft, dem Hotel Landhaus Wörlitzer Hof zurück gefunden. In einer sehr schönen Kaffeegondelfahrt wurden die gewonnenen Erkenntnisse und Eindrücke vom Wasser aus vertieft. Die Gondelfahrer waren mit hohem Sachverstand, großer Leidenschaft und einem enormen Wissen bemüht, den Teilnehmern einen sehr guten Eindruck „ihres“ Kleinods zu vermitteln. Und das ist ihnen gelungen. Alle Teilnehmer erkannten, dass durch 200 Jahre hindurch große Teile des historischen Gartenteichs ein einzigartiges Gesamtkunstwerk geschaffen wurde, erhalten werden konnte und heute liebevoll unterhalten wird.

Den Abend schloss ein Vortrag von Herrn Guido Puhmann, Leiter der Biosphärenverwaltung „Flusslandschaft Elbe“ Dessau ab, in dem dieser anschaulich die Aktivitäten zur Erhaltung und zum Schutz dieses Gebietes darstellte. Ausführlich begründete er die notwendigen Arbeiten in der gesamten Flusslandschaft, einschließlich der rund 125.000 ha Biosphärenreservat Mittel Elbe entlang 303 Flusskilometer Elbe. Die Elbelandschaft in ihrer Einmaligkeit, geprägt vom ständigen Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser mit einer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt und dem sehr spezifischen Nutzungsbedingungen ist prädestiniert als Modellregion.

Der nächste Tag begann mit einer Busreise nach Dessau zum Umweltbundesamt (UBA). Volker Mohaupt, Fachgebietsleiter „Binnengewässer“ im UBA, und Hans-Werner Uhlmann, Stellvertreter des Direktors des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des BWK-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, berichteten über die Aktivitäten zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU und der Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Elbe in Auswertung des Katastrophenhochwassers 2002.

Anschließend wurde im Rahmen einer Führung das am 11. Mai 2005 eröffnete Neubau des Umweltbundesamtes besichtigt. Es verfügt über eine Hauptnutzungsfläche von 17.350 m², inklusive eines Auditoriums, einer Cafeteria, Ausstellungs- und Informationszentren und bietet

800 Beschäftigten Arbeitsplätze. Es ist ein nach ökologischen Gesichtspunkten modellhaft gestalteter Bau. Markantestes Merkmal des sanft geschwungenen Gebäudes ist die Holz-Glasfassade, die in einem breiten Farbspektrum gehalten ist.

Anschließend erfolgte eine Besichtigung der in Auswertung des Hochwassers von 2002 neu geschaffenen Hochwasserschutzanlagen. Dr. Uhlmann erklärte die Einzelheiten und unterstrich, dass damit die Lehren aus dem Katastrophenhochwasser an dieser Stelle gezogen und die notwendigen Maßnahmen realisiert wurden.

Die letzten Stunden des Nachmittags waren ausgefüllt mit einer Besichtigung des Bauhauses in Dessau, ein Gebäudekomplex der 1925 bis 1926 nach den Plänen von Walter Gropius als Schulgebäude für die Kunst- Design- und Architekturschule Bauhaus entstand. Zwischen 1996 und 2006 nach denkmalpflegerischen Prinzipien restauriert und instand gesetzt, bot es einen Einblick in das Anliegen dieser Stiftung, gesund und wirtschaftlich zu wohnen.

In der anschließenden Auswertung wurde festgestellt, dass die Veranstaltung eine gelungene Kombination von Arbeit der Mitglieder des Arbeitskreises, Weiterbildung, Erholung und Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen aller Teilnehmer war.



Gruppenbild der Teilnehmer und Teilnehmerinnen

Bericht zur Fachexkursion des Arbeitskreises Melioration

Friedrich-Karl Witt

Es ist zu einer guten Tradition geworden, dass der Arbeitskreis Melioration des Institutes für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. Fachleute aus dem Meliorationswesen, der Landeskultur, der Wasserwirtschaft, der Landwirtschaft und weiterer angrenzender Disziplinen zu ihrer alljährlich stattfindenden Fachexkursion einlädt. In diesem Jahr trafen sich 64 interessierte Senioren in Ueckermünde, um den Raum südlich des Stettiner Haffs mit dem Kernstück Friedländer Große Wiese zu besuchen und die landeskulturellen Besonderheiten dieser Region an Ort und Stelle zu diskutieren. Als Zeitraum für die Exkursion wählten die Organisatoren die Tage vom 5. bis 7. Juni 2009.

Die Veranstaltung begann mit einem Stadtrundgang, begleitet durch kundige Stadtführer. Die Kleinstadt Ueckermünde präsentierte sich ihren Besuchern als geschichtsträchtig, zukunftsorientiert und proper. Die Begrüßung durch die Bürgermeisterin Frau Michaelis lies die Aufgeschlossenheit der Stadt deutlich spüren. Die Exkursionen ins Gelände wurden durch mehrere kurze Vorträge vorbereitet, die einen einführenden Charakter hatten und auf besondere Schwerpunkte orientierten. So befasste sich der erste Vortrag, den Ulrich Ratzke übernommen hatte, mit den geologischen und moorkundlichen Gegebenheiten des Raumes südlich des Stettiner Haffs.

Gletscher schoben ein großes Becken aus, das südlich durch die Stauchendmoräne zwischen Jatznick und Brohm begrenzt wurde. Dieses Becken füllte sich zunächst mit Schmelzwasser, das mit Absinken des Meeresspiegels mit Ausnahme tiefer gelegener Restseen abfloss. So entstand die heutige Ueckermünder Heide. Die vertorfenden Restseen bildeten die Friedländer Große Wiese mit maximalen Moortiefen von mehr als 10 m und auch das Peene-Haff-Moor. Als offene Wasserfläche blieb im Wesentlichen nur der heutige Galenbecker See erhalten. Die Friedländer Große Wiese gehört mit rd. 12 500 ha zu den größten Niedermooren Deutschlands. Sie ist überwiegend ein durchströmtes Kalkflachmoor mit teilweise mächtigen Muddeunterlagerungen. Das Peene-Haff-Moor wird als durchströmtes Moor und zur Küste hin als Überflutungsmoor angesprochen.

Die heutige Nutzung der Friedländer Großen Wiese beleuchtete Wilhelm Schwandt. Sie wurde erst möglich nach Abschluss der Komplexmelioration, die zwischen 1958 und 1966 in zwei Etappen mit großem Einsatz vieler Jugendlicher (Zentrales Jugendobjekt) und Fachbetrieben des Meliorationswesens erfolgte. Heute werden im Kernbereich des Moores ca. 6.500 ha bewirtschaftet. Die Art der Nutzung ist durch das angewendete Meliorationsverfahren vorgegeben: Die unbesandeten Flächen werden in der Regel als beweidetes oder unbeweidetes Grünland genutzt. Um der Vermullung (Vermulmung) vorzubeugen, werden sie in einem vorgegebenen mehrjährigen Rhythmus umgebrochen und wieder angesät. Die Sanddeckkulturen (Moordammkulturen) dagegen befinden sich dauerhaft in Ackernutzung und werden heute fast ausschließlich zur Produktion von Grünmais für Futterzwecke oder zur Energiegewinnung genutzt. Die Erträge sind ungewöhnlich hoch. So hatten sich die Graserträge von 230 dt/ha (1957/58) auf 415 dt/ha (1984/85) erhöht. Heute liegen sie etwas darunter. Die verfügbare Wassermenge reicht kaum aus, um eine solche Menge produzieren zu können. Dennoch bildet das im Moor

gewachsene Erntegut die Futtergrundlage für ca. 23.000 Mutterkühe und Mastrinder. Auch etwa 140 Arbeitsplätze werden dadurch gesichert.

Eine vertiefende Diskussion löste die Tatsache aus, dass die Sanddeckkulturen etwa 120 Jahre alt und immer noch wirksam sind. In einem so großen Zeitraum ist nicht zu vermeiden, dass sich die aufgebrachte Sandschicht teilweise mit dem darunter anstehenden Torf vermischt und dadurch zur Sandmischkultur wird. Obgleich nur die übliche schwere Landtechnik zur Bodenbearbeitung zur Verfügung steht, ist es gelungen, die Sandschicht oberflächlich zu erhalten. So wird z. B. nur in mehrjährigem Abstand gepflügt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Publikation aus dem Jahre 1888 in den „Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche“, in der über die Anlage von Moordammkulturen in der Friedländer Großen Wiese berichtet und die besondere Rolle von Mariawerth (heute ein aufgegebener Ort) herausgestellt wird.

Der zweite Tag der Fachexkursion wurde durch eine Rundfahrt durch das meliorierte Moorgebiet und eine Reihe von thematisch angepassten Kurzvorträgen geprägt. Hierzu wurde der Brandstall des Gutes Ferdinandshof, das einst der Aufzucht und Ausbildung von Remonten (Militärpferde) diente, genutzt.

Joachim Thiess, einst Stellvertreter des Aufbauleiters für das Vorhaben Friedländer Große Wiese, berichtet über den schweren Beginn des Meliorationsvorhabens und den damals vordringlichen Aufgaben. Es mussten mit einfachen Mitteln Vorflut hergestellt, belastbare Wege gebaut und Windschutzanlagen gepflanzt werden. Alles musste funktionell zusammenpassen und leistungsfähig sein. Dieses Ziel wurde in beeindruckender Weise trotz vieler Hemmnisse planerisch und in der Bauausführung erreicht, sodass die Friedländer Große Wiese noch heute als Musterbeispiel einer Komplexmelioration gelten kann.

Edwin Kaatz, ehemals Produktionsleiter in der Meliorationsgenossenschaft Friedländer Große Wiese, behandelte in seinen Ausführungen besonders das Wasserrückhaltesystem im Meliorationsgebiet, das aus mehreren Gürteln von Stauanlagen bestand, die entsprechend dem Bedarf regulierbar waren.

E. Kalinin, Geschäftsführerin des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes, referierte über die laufende Instandhaltung der Vorflutanlagen, wobei sie der Erhaltung funktionsfähiger Sohlhöhen besondere Bedeutung beimaß, weil diese sich durch die Moorsackung erheblich verändern können. Sie wies auch darauf hin, dass die Besitzverhältnisse an den Schöpfwerken ungeklärt sei und dass der Wasser- und Bodenverband aber den laufenden Betrieb im Interesse der landwirtschaftlichen Nutzung über Beitragsfinanzierung absichere.

Die Busrundfahrt wurde durch Hans Gotthardt, Repräsentant der Osterhuber-Agrar-GmbH, geleitet und kommentiert. Die Exkursionsteilnehmer konnten sich davon überzeugen, dass die landwirtschaftlichen Kulturen einer hervorragenden Entwicklungsstand zeigten. Die Flächen waren ausreichend entwässert, Nassstellen zeichneten sich nur selten ab. Das Vorflutsystem war gut instand gehalten und die Schöpfwerke waren einsatzbereit. Das Schöpfwerk Landgraben wurde besucht. Eine in seiner Nähe mit einfachen Mitteln angeordnete Fischtreppe zeugte vom Willen, natürliche Ressourcen zu erhalten und zu fördern. Auf den Grünlandflächen wurde der erste Schnitt eingebracht. Obgleich mit moderner, leistungsfähiger Mähtechnik mit Schnittbreiten bis zu 8 m gearbeitet wurde, zeigten sich dank des geringen spezifischen Bodendruckes keine Narbenschäden. Auch die Transporttechnik mit Traktor und 2 Hängern entsprach den

örtlichen Bedingungen. Die Sanddeckkulturen, die fast ausnahmslos einen jungen Maisbestand trugen, waren ebenfalls in gutem Zustand. Der Sandanteil war visuell deutlich erkennbar. Dass es den Bewirtschaftern über eine so lange Zeit gelungen war, diese Kulturen zu erhalten, fand allgemeine Anerkennung. In diesem Zusammenhang wurde von Wilhelm-Johann Graf berichtet, dass es in den 1970er Jahren Experimente gegeben hat, unter Einsatz des Spülverfahrens neue Sanddeckkulturen herzustellen. Das Ergebnis war nicht überzeugend, da es ungewollt zu ungleichmäßigen Überdeckungshöhen und Korngrößenentmischungen kam. Die Versuche wurden nicht weitergeführt, da die aufkommenden Moorschutzforderungen eher zu einer Reduzierung als zu einer Erweiterung der Moornutzung führten.



Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Exkursion vor dem Brandstall in Ferdinandshof

Die modernen Anlagen zur Gewinnung von Biogas konnten wir leider nur vom Bus aus besichtigen. Als sehr positiv ist herauszustellen, dass als Ausgangsmaterial für die Biogasgewinnung zu etwa zwei Dritteln der Gesamtmenge Rindergülle eingesetzt wird, deren Rückstände im landwirtschaftlichen Kreislauf weiter verwertbar sind. Die Einspeisung von Grünmais über die Verfütterung hinaus führte hingegen fast zur Monokultur auf den besandeten Flächen. Wie lange geht das gut? Zahlreiche Problemdiskussionen wurden ausgelöst.

Das im Zuge der Komplexmelioration angelegte Wegenetz erwies sich als erstaunlich belastbar, da der Unterbau offensichtlich solide ausgeführt war. Auf Nebenwegen zeigten sich zuweilen Risse in der Asphaltdecke, die der Moorsackung geschuldet waren. In einem guten Zustand zeigte sich das enge Netz von Windschutzanlagen.

Im Bereich des Galenbecker Sees erwartete uns Frank Mikkat, stellvertretender Leiter des StAUN Ueckermünde und Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft. Er machte uns mit der Natur-

raumsanierung Galenbecker See bekannt, der ökologisch ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Das Sanierungskonzept kann in folgenden Schritten zusammengefasst werden:

1. Entwicklung einer Vernässungszone durch Einstau mit teilweiser Überflutung, wodurch etwa eine Verdoppelung der freien Wasserfläche entsteht. Ein Wiederaufleben des Moorwachstums in den Flachwasserzonen wird erwartet.
2. Anheben des Wasserspiegels im See auf ein möglichst hohes Niveau zur Vergrößerung der Wassertiefe.
3. Nährstoffrückhaltung im Speicher Brohm.
4. Nährstoffrückhaltung über Röhrichte im Zulaufgewässer.

Die Anhebung des Wasserstandes und die Vergrößerung der Wasserfläche waren nur durch Anlage eines befestigten Ringdeiches von ca. 7,3 km Länge auf schwierigem Untergrund möglich. Gespenstisch mutete ein vor der Überstauung nicht abgeholzter, jetzt abgestorbener Wald von beträchtlicher Größe an. Die Auswirkungen der Anlage auf die jetzt bedeutend tiefer liegenden landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen muss abgewartet werden. Der Kostenaufwand für das Vorhaben wurde mit ca. 7,8 Mio. Euro beziffert. Näheres kann der Broschüre „Naturraumsanierung Galenbecker See“ entnommen werden, die vom StAUN Ueckermünde 2007 herausgegeben wurde. Die Meinungen der Exkursionsteilnehmer über den Sinn und den Erfolg des Vorhabens waren sehr zwiespältig.

Ein Besuch des unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Jugendlagers Schwichtenberg, vorgestellt durch Lothar Beyer und eine Begrüßung durch den Bürgermeister Dedelow rundeten das Exkursionsprogramm an diesem Tage ab. Die Leitungen des ehemaligen Jugendlagers und der Gemeinde bemühen sich sehr um die Erhöhung der Attraktivität ihrer Region, indem sie die Jugendbegegnungsstätte „Europa“ gründeten und die Ortschaft als Museumsdorf mit Rückschau auf Vergangenes, wie z. B. der ehemaligen Schmalspurbahn, anbieten. Bemerkenswert ist der ausgedehnte und vielfältige Findlingsgarten. Am Abend saßen die Teilnehmer gemütlich beisammen und erfreuten sich am Gesang eines Frauenchores.

Am Vormittag des 7. Juni erlebten die Exkursionsteilnehmer eine Schiffsfahrt mit der Weißen Flotte auf der Uecker, dem Stettiner Haff und dem Peenestrom. Die Organisatoren nutzten auch die Fahrzeit optimal, um Kurzvorträge und fachliche Informationen über das, was an den Ufern zu sehen war, zu vermitteln. So sprachen

- Wilhelm-Johann Graf über die Anlagen des Hochwasserschutzes im Hafen von Ueckermünde,
- Norbert Grasse, Niederlassungsleiter Colcrete-von Essen, Niederlassung Ueckermünde, über Hafenausbau- und Baggerarbeiten, insbesondere über Tief- und Wasserbauarbeiten in der Marina Lagunenstadt,
- Siegfried Schieritz und Dr. Lehrkamp über bodenkundliche und wasserwirtschaftliche Probleme sowie über den Umweltschutz im Peene-Haff-Moor und im Peenetal,
- Landforstmeister i. R. Höhne über forstliche Probleme im Peene-Haff-Moor, insbesondere über überflutete Wälder.

Unter den Teilnehmern gab es die einhellige Meinung, dass die Veranstaltung informativ, effizient und hervorragend organisiert war. Sehr deutlich war an vielen Stellen erkennbar, dass die Prämissen, die während der Zeit der Komplexmelioration galten, heute unter dem Gesichtsfeld

des Umweltschutzes und der Globalisierung, nur noch begrenzt anwendbar sind und einer entsprechenden Korrektur bedürfen. Dennoch konnten viele der Senioren ein Stück ihres Arbeitslebens direkt oder indirekt wieder erkennen. Die landskulturelle Gestaltung des komplizierten Oderhaffgebietes hat sich als sehr gelungen erwiesen. Ihre Erhaltung und Weiterentwicklung ist Aufgabe der jetzt tragenden Generation. Auch dabei wollen wir Senioren nach Kräften mitwirken.

Ein Gruß aus dem Studienarchiv Umweltgeschichte



Neuzugänge in das „Studienarchiv Umweltgeschichte“

(Stand 1. September 2009)

Jens Hoffmann

Seit Erscheinen des letzten Hefts haben erneut zahlreiche Zugänge von Archiv- und Bibliotheksgut zum Wachsen der Sammlung des IUGR e. V. beigetragen. Insgesamt 82 Personen und Institutionen haben Materialien an das IUGR e. V. gesandt. Davon waren 32 Personen neue Spender bzw. Spenderinnen. Der Kreis der Personen und Institutionen, deren Materialien im Studienarchiv vereint sind, ist seit dessen Bestehen auf die stattliche Zahl von 453 angewachsen.

Herr H.-D. Adermann, Neubrandenburg

Materialsammlung zum Artenschutz sowie Literatur zum Natur- und Umweltschutz

Herr R. Albrecht, Bitterfeld-Wolfen

Ordner „Öffentlichkeitsarbeit GNU Bitterfeld 1983-1989“, Ordner „GNU KV Bitterfeld Schriftverkehr 1983-1989“ sowie 50 Hängeregistraturen zur Arbeit der GNU Bitterfeld

3 Karteikästen mit einer Stichwortsammlung zum Thema Umweltschutz

Karten zur Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung DDR (1971), Kalender Naturschutz 1986 bis 1988, ca. 50 Plakate



zahlreiche Broschüren zu Natur und Umwelt allgemein sowie zur Entwicklung in Wolfen und Bitterfeld, u. a. Bitterfelder Ergebnisse im Literaturwettbewerb für Kinder „Ich leb so gern in meinem Land“ (1986), VEB Chemiekombinat Bitterfeld: Partner der Volkswirtschaft. Partner im Territorium (1986), Original Wolfen Fundstücke, Stadtordnung der Stadt Wolfen (1989), Rat der Stadt Wolfen: Wolfen. Stadt in der Entwicklung 1984-1989 (1989), Jahresplan 1989 Stadtverordnetenversammlung Wolfen, Bürgerinitiative Bitterfeld Info Nr. 2 und 4, Stadtverordnetenversammlung Wolfen: Kommunale Aufgaben (1990)

zahlreiche Broschüren zu Lehrpfaden und Wanderwegen, u. a. zu den Bitterfelder Heidewanderungen, Reihe Wanderungen im Kreis Bitterfeld, Wanderkalender DWBO,

BFA Halle, Naturlehrpfad „Rund um den Ahornberg“

Fachliteratur zu Natur- und Umweltschutzthemen, u. a.: Birkfeld, Suhr: LSG Leipziger Auwald (1962), 1. Landeskultur-Tagung des Bezirkes Leipzig im Braunkohlenkombinat Regis (1970), Rat des Kreises Bitterfeld: Landschaftspflegeplan für das LSG „Mittelbe“ und die untere Mulde im Kreis Bitterfeld (1973), Bartsch: Umweltschutz – Menschenschutz (1972), Biolat: Ökologische Krise (1974), Laptew: Planet ohne Zukunft? (1976), Däßler: Einfluß von Luftverunreinigungen

auf die Vegetation (1976), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Flurholzanbau (1979), Bauer: Stimme aus dem Leunawerk. Verse und Prosa (1980), Kulturbund: Energiepolitik und Kulturfortschritt (1981), Internationales Jahrbuch Wissenschaft und Menschheit 1985, Grüning: Einheit von Ökonomie und Ökologie im Kreis Greiz (1985), Rat des Bezirkes Leipzig: Unsere Umwelt. Aktuelle Antworten zu Fragen der Umwelt im Bezirk Leipzig (1985), Landschaftspflegeplan des Kreises Bitterfeld (1986), Landschaftspflegeplan des Kreises Gräfenhainichen (1986), Drebach im Erzgebirge 600 Jahre (1986), DWBO: Landschaftsschutzgebiete des Bezirkes Halle (1986), Reichhoff, Rossel: Führer Naturlehrpfad Flämingwald (1986), Aus der Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kreis Eilenburg (1988), 4. Landschaftstag Harz. Vorträge, Berichte, Empfehlungen (1986), Referate der ersten Naturschutzkonferenz des Landes Sachsen-Anhalt (1992),

Zeitschrift Wissenschaft und Fortschritt Jahrgänge 1960-1991 sowie Einzelhefte der Zeitschriften und Schriftenreihen Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus, Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt, Natur und Umwelt, Beiträge zur Gehölkunde, Kommunalpolitik aktuell, Heimatgeschichte

Herr Prof. Dr. Behrens

Gilsenbach, Hess: Reimar Gilsenbach. Wer im Gleichschritt marschiert, geht in die falsche Richtung (2004), Kaatz, C. u. M.: 2. Jubiläumsband Weißstorch (2001), Höxtermann, Hilger: Lebenswissen. Eine Einführung in die Geschichte der Biologie (2007), Kaatz, C. u. M.: 3. Jubiläumsband Weißstorch (2008)

Herr J. Berger, Berlin

Zahlreiche Broschüren zu den Themen Natur- und Umweltschutz sowie zur Arbeit des Kulturbundes

Einzelhefte der Zeitschriften Berliner Heimat, Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde, Denkmalpflege in der DDR, Natur- und Nationalparke

Frau C. und Herr S. Bergmann, Zachow

Dittler et a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Naturwissenschaften (10 Bände und Register) (1933)

Herr W. Blaschke, Lauchhammer

Unterlagen zum Verbundvorhaben „Leitbilder für naturnahe Bereiche in der Bergbaufolgelandschaft“, Mappe zur 5. Tagung Ökologie und Schutz der Wasservögel und ihrer Lebensräume, Protokolle und Veranstaltungsmeldungen FG Natur und Heimat Lauchhammer

Fachliteratur, u. a.: Barthel: Bergbau, Landschaft und Landeskultur in der DDR (1976), Knapp et al.: Gefährdete Pflanzengesellschaften auf dem Territorium der DDR (1985), Materialien zu



einer Avifauna Brandenburgs. Grünbuch Nr. 1 bis 9, Mitteilungen der Interessengemeinschaft AVIFAUNA DDR der Biologischen Gesellschaft in der DDR (Nr. 1 bis 8)

Frau B. Bölsche, Brandenburg/Havel

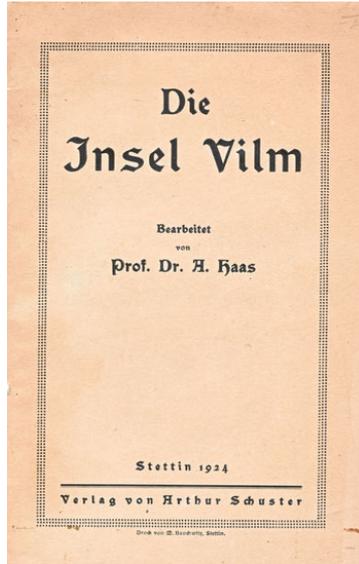
Programme, Jahresterminkalender der AG Natur & Heimat

Herr W. Böttcher, Bad Freienwalde

Unterlagen des ehemaligen VEB Ingenieurbüro für Meliorationen Bad Freienwalde

Herr Dr. H.-J. Bormeister, Zehdenick / Herr Dr. W. Gerhard, Templin

Akte zum Arbeitskreis zum Schutz heimischer Orchideen



Herr P.-F. Brinkmann, Neubrandenburg

Einzelhefte der Zeitschriften Otter-Kurier, Botanischer Rundbrief für M-V, Naturschutz heute, natur + kosmos

Herr D. Buchholz, Am Großen Bruch

Barthel: Landschaftsforschung. Beiträge zur Theorie und Anwendung (1968), Needon et al.: Pflanzen und Tiere. Ein Naturführer (1971), Meynhardt: Schwarzwild-Report (1978), Hempel, Schiemenz: Unsere geschützten Pflanzen und Tiere (1978), Krummsdorf, Grümmer: Landschaft vom Reißbrett (1981), Barth: Praktischer Umwelt- und Naturschutz (1987), Saeger: Der Öko-Atlas (1991), Pietschmann: Zur Geschichte des Reviers Bärenthoren (1997)

Einzelhefte der Zeitschrift Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt

Herr G. Degen, Zepernick

Mappe mit Beschlüssen des Ministerrats der DDR zu Großschutzgebieten

Fachliteratur und zahlreiche Broschüren, u. a.: Creutz: Geheimnisse des Vogelzuges (1952), Mansfeld: Vogelschutz in Wald, Feld und Garten (1964), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Wissenschaftliche Arbeitsorganisation – Methodenkatalog Forstwirtschaft (1977), Landschaftspflegeplan für das LSG Sächsische Schweiz (1978), Poduschka et al.: Das Igel-Brevier (1979), MfUW: 2. Seminar des MfUW Magdeburg 15. bis 19.2.1982 (1982), Zobel: Rationelle Nutzung von Kleinteichen (1982), Rat des Bezirkes Potsdam: Das NSG Stechlin (1983), MfUW: Schutz der Trinkwasserressourcen (1983), Gemeinde Cursdorf: Naturlehrpfad Cursdorf (o.J.), MAB: Talsperren als große technische Anlagen in der Natur. Wechselwirkungen und Folgeerscheinun-

gen dargestellt am Beispiel der DDR-Mittelgebirge. Fallstudie (1984), MAB: Gestaltung von Bergbaufolgelandschaften. Fallstudie DDR (1985), Graf: Aus der Naturschutzarbeit im Kreis Sebnitz (1986), 1. Pankower Landschaftstag (1987), VEB Forstprojektion Potsdam: Der Waldfonds in der DDR. Kurzinformation (1988)

Einzelhefte der Zeitschriften: Mitteilungen der Bezirksarbeitsgruppe Artenschutz, Naturschutz in der DDR, RANA, PICA, Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus, Mitteilung GNU BV Dresden, Feldherpetologie

Frau H. Deglmann, Berlin

Lackowitz: Das Buch der Tierwelt (ca. 1900), Weber: Vier Jahreszeiten. Jagderzählungen (1967), Botez, Pop: Streifzüge durch die Natur (o.J.), Röhl: Duette mit ihm (1997)

Flyer, Zeitungsausschnitte

Herr Dr. M. Deutsch Göttingen

Stadt und Geschichte. Zeitschrift für Erfurt Heft 04/08, 1 Flyer Verein Naturschutzpark

Herr K. Diemke, Gransee

Broschüre „VEB Meliorationstechnik Dannenwalde 1971-1990“

Frau U. Domagk, Bad Freienwalde

Brigadetagebücher der Abteilung Information/ Dokumentation im VEB Ingenieurbüro für Meliorationen Bad Freienwalde aus den Jahren 1970 und 1974 bis 1988 (15 Stück), VEB Ingenieurbüro für Meliorationen Bad Freienwalde: Meliorationen in der DDR (1978)

Herr Dr. W. Eichstädt, Meiersberg

ca. 70 Plakate zum Naturschutz, Sonderdrucke aus der Arbeit von Dr. Eichstädt

Zeitschrift Ornithologische Mitteilungen (1971 bis 1978) sowie weitere Einzelhefte von Zeitschriften, u. a.: Seevögel, Berichte aus der Vogelwarte Hiddensee, Mitteilungen des Arbeitskreises Heimische Orchideen, Brehm-Blätter, Natur und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern, RANA

Literatur zu Ornithologie und Naturschutz, u. a.: Weiß: Kranichzeit auf Rügen (o.J.), Roepke, Krägenow: Die Naturdenkmäler der Kreise Waren und Röbel (1979), Meyer: Vom Umgang mit Tieren (1985), Knapp et al.: Gefährdete Pflanzengesellschaften auf dem Territorium der DDR (1985), Schuster: Bäume und Sträucher von Abis bis Zelkova (1989), Flöter et al.: Brutvogelat-



las der Stadt Chemnitz (2006), Daubner, Kintzel: Die Vogelwelt des Landkreises Parchim (2006),

Herr G. Exner, Neubrandenburg

Heuer: Stand und Perspektive der Schädlingsbekämpfung (1970), Deutscher Pflanzenschutzkalendarer 1956, Faltblätter zum Naturschutz

1 Ordner mit Unterlagen zum Naturschutz, 1 Ordner mit Unterlagen zur Flurbereinigung

1 Modell einer Fangeinrichtung

Förderverein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz e. V. Buckow

Archivalien zur Arbeit der Zentrale für Wasservogelforschung

Fachliteratur zum Natur- und Umweltschutz, u. a.: Pankow: Botanischer Garten Rostock (1969), Museum Merseburg: Avifauna des Kreises Merseburg (1979, 1981), Sedlag: Biologische Schädlingsbekämpfung (1980), Statistisches Jahrbuch der DDR (1980, 1983-1986), Lerch: Pflanzenökologie (1986), Kremp, Krägenow: Die Vögel des Kreises Waren (1986), Rat des Kreises Eberswalde: Landschaftspflegeplan des Landschaftsschutzgebietes „Choriner Endmoränenbogen“ (1988), Aus der Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kreis Eilenburg (1988), Penzlin: Lehrbuch der Tierpsychologie (1989),



Zahlreiche Einzelhefte von Zeitschriften, u. a. aus den Reihen: Ornithologische Jahresberichte des Museums Heineanum, Otis, Ornithologische Mitteilungen, Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung, Beiträge zur Vogelkunde, Ornithologische Schriftenschau, Thüringer Ornithologische Mitteilungen, APUS

Herr E. Funke, Bad Freienwalde

Abschlussbericht der Abteilung Auslandsproduktion des VEB Meliorationsbau Frankfurt/Oder über das Tiharna-Projekt in der Jemenitischen Arabischen Republik, dazu eine CD mit Bildmaterial, weitere Unterlagen zum Projekt im Jemen,

Mitteilungsblätter des VEB Meliorationsbau Frankfurt/Oder, Fachbereichsstandards

Veröffentlichungen zu dem Themen Landwirtschaft, Beregnung, Melioration, Vermessung

Herr Prof. Dr. K.-D. Gandert, Berlin

Zahlreiche Fotos und Dias, Unterlagen zu Veröffentlichungen

Büsing: Die Vogelwelt Eisenachs (1915), ZFA Dendrologie und Gartenarchitektur: Pflege ländlicher und historischer Parke (1975), Vulpius: Die Nachbarn von Goethes Gartenhaus (1975), Institut für Denkmalpflege: Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR (Hauptstadt Berlin 1 und 2, Bezirk, Frankfurt/Oder, Bezirk Neubrandenburg, Bezirk Potsdam), Wagenbreth, Steiner:

Geologische Streifzüge (1989), Gröning, Schneider: 4. Forschungskolloquium der Kultur- und Kunstgeschichte der Gärten und Parks 1999, Bezirksamt von Köpenick: Naturdenkmale in Köpenick (2002), Hofmann, Pommer: Potentielle natürliche Vegetation von Brandenburg und Berlin (2005), BHU: Weißbuch der historischen Gärten und Parks in den neuen Bundesländern (2005), Dietel, Heinrich: Flora Jenensis

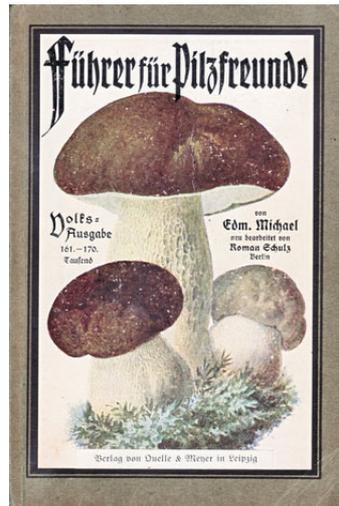
Zandera. Mitteilungen aus der Bücherei des Deutschen Gartenbaues e. V. Berlin (1991-2008), Grüner Anzeiger für Pflanze und Garten (6. bis 10. Jahrgang), Acta Pruhoniana (2005 bis 2007), Monumente (2003 bis 2008)

Herr W.-J. Graf, Ueckermünde

Ordner „Zeitzeugenbericht – Zeitdokumente – Bildmaterial Friedländer Große Wiese. August 1958 bis heute“. Autor Wilhelm-Johann Graf, September 2007

Ordner „Ausarbeitungen, Vorträge, Zeitungen und Berichte Betrieb Ueckermünde des VEB Meliorationskombinat Neubrandenburg“

Kasten: Rostock Tor zur Welt (1959), Abel, Mehnert: Ertragssteigerung durch Hydromelioration (1962), Ministerium des Innern: Instruktion über vermessungstechnische Arbeiten für den Allgemeinen Wasserbau (Flussbau und Meliorationen) (1966), Rat der Stadt Friedland: 725 Jahre Stadt Friedland (1969), Kernacs: Kurze Geschichte der Wasserwirtschaft in Ungarn (1970), Staatsamt für Wasserwesen: Wasserwirtschaft und Perspektivplanung in Ungarn (1972), Ministerium für Kohle und Energie: Kohle + Energie Deutsche Demokratische Republik (1973), KdT Bezirk Neubrandenburg: Mit Blick auf den 30. Jahrestag der Befreiung (1975), Hupfer: Die Ostsee (1978), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Bauen im Bezirk Neubrandenburg 1949-1979 (1979), MfUW: Geschützte Ostsee (1980), KdT: Empfehlungen zur Melioration und Bewirtschaftung von Niedermoor im Bezirk Neubrandenburg (1986), BMV Neubrandenburg: 20 Jahre Bezirksmeliorationsverband Neubrandenburg. Bilanz des Erreichten (1987)



Einzelhefte der Zeitschriften Melioration und Landwirtschaftsbau, Meliorationsinformationen, Technische Gemeinschaft

Herr A. Grape, Neubrandenburg

Diaserie Naturschutz in der DDR, Gilsenbach: Rund um die Erde (1970)

Herr S. Hamsch, Berlin

Naumann-Medaillen

Zahlreiche, zu großen Teilen vollständige Jahrgänge der Zeitschriften: Der Falke, Aquarien und Terrarien, Urania, Limosa, ARDEA sowie Einzelhefte der Zeitschriften Niederlausitzer Floristische Mitteilungen, Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums Görlitz

Frau I. Heiser, Berlin

Beleg- und Abschlussarbeiten Frau Heiser, Urkunden

Herr Dr. V. Hinke, MELIOR GmbH Dresden

Umfangreiche Fachliteratur zu Melioration und Bewässerung, u. a.: Tabellenbücher, zahlreiche Ausgaben der Wissenschaftlich-technischen Informationen, Anwenderinformation Einfache



**ZWISCHEN RYCK
UND
RUDEN**

Bewässerverfahren Nr. 3 bis 8, Herber: Berechnungstechnik (1968), Gutsche: Praktischer Meliorationsbau (1972), Nowak: Baukonstruktionen für Meliorationstechniker (1981), Hanke: Bewässerungstechnik (1982), Dörter: Pflanzenproduktion. Landwirtschaftliche Meliorationen (1985), Beyer: Wasser für Haus und Garten (1986), Hanke: Wasser in der Pflanzenproduktion (1986)

Archivalien (Urkunde, Studie, Thesen zur Dissertation usw.)

Herr E. Hobusch, Berlin

Ergänzungen zum bereits vorhandenen Archivalienbestand: Schriftgut sowie zahlreiche Abzeichen, Ehrennadeln, Medaillen, Souvenirs, Urkunden, Fotoapparate

Herr J. Hoffmann, Neubrandenburg

Stötzer: Waldwegebaukunde (1895), Knauer: Naturschutz, Haus und Schule (1912)

Herr K. Hofmann, Neubrandenburg

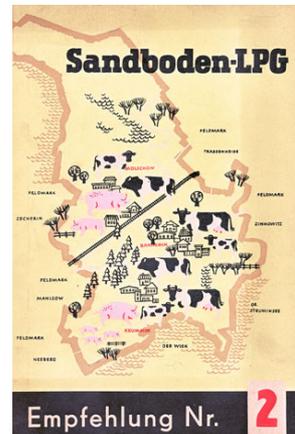
Bastelbögen zu Naturthemen, zahlreiche Postkarten, 1 Plakat von Anita Schubert, Kalender Naturschutz 1987, Literaturinformation Umweltschutz der Stadt- und Bezirksbibliothek Neubrandenburg (5 Hefte), zahlreiche Broschüren zum Natur- und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern, Ausgaben der Zeitung „Der Meliorationsbau“

Literatur zu Natur- und Umweltthemen, u. a.: Vogel: Lesematerial über Reinhaltung der Luft (1973), Rat des Bezirkes Neubrandenburg: Wandern und Touristik zwischen Haff und Müritz (1975), Djoshkin: Leben und Umwelt. Gespräche über Ökologie (1978), Metelka: Besser wohnen in schönen Dörfern (1979), Wejnar: Bewegungen der Pflanzen (1982), Krauß, Miersch: Chemische Signale (1983), Rasumow, Chasin: Versinkende Städte (1984), Beuschold: Problem Wasser (1984), Graf: Unser Boden (1988), Mitlacher: Naturschutzrecht in der DDR seit dem 1. Juli 1990 (1990)

Herr Prof. Dr. K. Janzen, Rostock

1 laufender Meter Archivalien zur Standorterkundung und Melioration

Umfangreiche Fachliteratur zu den Themen Landwirtschaft, Bodenkunde, Melioration, u. a.: Preußische Geologische Landesanstalt: Geologische Karte von Preußen und benachbarten Deutschen Ländern (1938), Garkuscha: Bodenkunde (1953), AdL: Planung und Erhaltung der kulturtechnischen Anlagen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (1953), Institut für Bodenkartierung: Bodenkunde und Bodenkultur 2 (1953), Arthur Jokob: Der Boden, Kurzes Lehrbuch der Bodenkunde (1956), Bezirkslandwirtschaftsrat Erfurt: Die Bedeutung der Bodenschätzung für die sozialistische Landwirtschaft (1966), Möller, Boesler: Hydromelioration, Entwässerung (1968), Bodenkundliche Gesellschaft der DDR: Mineralische Grundwasser- und Staunässeböden, ihre Kennzeichnung, Gliederung und Melioration (1970), AdL: Neue Verfahren der Grundwasserregulierung und der Melioration von Staunässeböden (1973), Bezirksleitung Rostock der SED, VEB Meliorationskombinat Rostock: Die Entwicklung der Bewässerung und Beregnung im Bezirk Rostock (1973), Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik: Wiedernutzbarmachung devastierter Böden (1977), VEB Ingenieurbüro für Meliorationen: Neuerungen des Meliorationswesens (1980), Wilhelm-Pieck-Universität Rostock: Grundlagen konstruktiver Lösungen für Meliorationsbauwerke (1980), VEB Meliorationskombinat Neubrandenburg: Festlegung zur Melioration von Nassstellen (1981), Campbell: Mikrobielle Ökologie (1981), Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie: Thematische Kartographie (1981), Wilhelm-Pieck-Universität Rostock: Erreichter Stand und Aspekte der weiteren Entwicklung des Meliorationswesens in Praxis, Lehre und Forschung (1982), Kolbasow: Umweltschutz nach Völkerrecht (1982), VEB Ingenieurbüro für Meliorationen: Anwenderinformationen, Einfach Bewässerungsverfahren (1983), Wilhelm-Pieck-Universität Rostock: Bodenmelioration in der UdSSR (1983), AdL: WTF-Informationen, Schutz vor Wassererosion auf Moränenstandorten (1985), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Waldbauliche Gesichtspunkte und Erfordernisse bei Aufforstungen im Immissionsschadgebiet (1987), AdL: Maßnahmen zur Verhütung von Abdriftschäden (1987), AdL: Duengungssystem DS 87 (1988), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Intensivierung der Binnenfischerei (1988), AdL: Herstellung und Nutzung der Grundlagenkarte Landwirtschaft (1988), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Zuwachs in Immissionsgebieten (1989), Landwirtschaftsausstellung der DDR: Anbau und waldbauliche Behandlung von Umwandlungsbaumarten (1989), AdL: Schlagbezogene Dokumentati-on zur Boden- und Bestandsführung (1989), Jügel: Erosion (1990)

**Herr Dr. R. Kadgien, Neubrandenburg**

Bezirkstag Neubrandenburg: Vorlage zum Sanierungskonzept für das Einzugsgebiet des Tollensees (1990)

Herr Dr. L. Kalbe, Buckow

LUA Brandenburg: Ökologische Charakterisierung der wichtigsten Brutgebiete für Wasservögel in Brandenburg (2008)

Herr. J. Kniesz, Waren

Plakate zum Naturschutz

**Herr Dr. H. Köhler, Weißenfels**

Unterlagen zur Arbeit des Freundeskreises Botanischer Garten

Deutscher Kulturbund: Botanik, Mykologie, Orchideen, Kakteen. Hinweise für Fachgruppen und Interessenten (1968), Veranstaltungsprogramm 1978 der Bezirkskommission Natur und Heimat Leipzig, Aus der Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kreis Eilenburg (1984)

Prof. Dr. M. Köhler, Neubrandenburg

Freie Hansestadt Hamburg: Landschaftsbild der historischen Kulturlandschaft Vier- und Marschlande

Frau Dr. S. Kosmale, Zwickau

Fachliteratur zu Naturschutzthemen, u. a.: Bormeister: Wald und Wild im Kreis Templin (1955),

Müller: Die Vegetationsverhältnisse der subhercynischen Kreidemulde (1956), Mertens: Flora von Halberstadt (1961), Deutscher Kulturbund: Angewandte Dendrologie im Thüringer Becken (1965), Meusel, Schubert: Vegetationskundliche Untersuchungen als Beitrag zur Lösung von Aufgaben der Landeskultur und Wasserwirtschaft (1964), Rat des Kreises Lobenstein: Naturschutz im Kreis Lobenstein (1968), Konzeption zur planmäßigen Entwicklung der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes in der Stadt Zwickau (1975), Kulturbund: Erzgebirge 1976. Ein Jahrbuch für sozialistische Heimatkunde (1976), Schmidt et al.: Bilder aus dem Arboretum (1979), Needon: Pflanzen in unserer Wohnung (1980), Müller: Führer durch den Rennsteiggarten Oberhof (1981), Schmidt: Allerhand Altmärkisches (1982), Landschaftspflegeplan LSG Augustburg – Sternmühlental (1985)

Zahlreiche Einzelhefte der Erzgebirgischen Heimatblätter aus den Jahren 1978 bis 1989, Einzelhefte der Zeitschriften Vogtländische Heimatblätter, Sächsische Heimatblätter, Niederlausitzer Floristische Mitteilungen, Naturschutzarbeit und naturkundliche Heimatforschung in Sachsen, Veröffentlichungen Museen der Stadt Gera, Der Heimatfreund für das Erzgebirge, Bautzener Kulturschau

Herr Dr. Krawilitzky, Rostock

Institut für Pflanzenernährung Jena: Anleitung für die Aufstellung von Düngungsplänen (1965), Institut für Bodenkunde Eberswalde: Kennzeichnung und Beschreibung landwirtschaftlich genutzter Standorte in der DDR (1967), AdL: Institut für Pflanzenernährung Jena (1986) sowie weitere Broschüren zur Düngung

Prof. Dr. A. Krummsdorf, Rostock

Baudis: Hans Lembke. Pflanzenzüchter aus Leidenschaft (2002), Meinel: Aufbruch in die wissenschaftliche Pflanzenzüchtung. Der Beitrag von Wilhelm Rimpau (2008), Einzelhefte der Zeitschrift Forst und Holz

Herr H. Kubasch, Königsbrück

Kubasch: Der Natur eine Chance. Von der Militärbrache zum Wildnisgebiet Königsbrücker Heide (2006), Naturbewahrung Westlausitz e. V.: Naturschutzgebiete in neuer Dimension (2007)

Herr G. Künstler, Zeitz

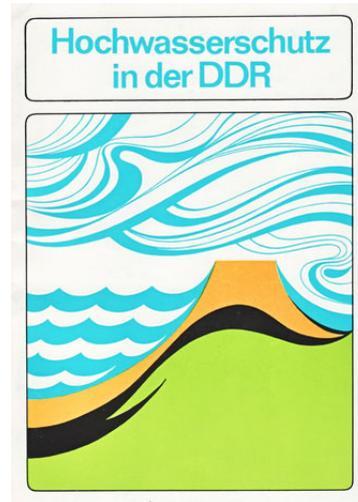
ca. 4 laufende Meter zur Naturschutzarbeit von Erich Künstler (Korrespondenz, Unterlagen zu Schutzgebieten und Kartierungen, Veröffentlichung Erich Künstler u.v.a.m.)

Naturschutz und naturkundliche Heimatforschung in den Bezirken Halle und Magdeburg (1964 bis 1979), Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg (1981 bis 1988), Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt (1991 bis 1994), Naturschutz (1943 bis 1944), Berichte der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Botaniker (Band 2 bis 11), Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde (1959 bis 1961), Mitteilungen Naturschutz (1959 bis 1961), Mitteilungen zur floristischen Kartierung (Hefte 1, 2 von 1976), Naturschutzarbeit und naturkundliche Heimatforschung in Sachsen (1960 bis 1970), Unser Wald (1960 bis 1964), Zeitzer Heimat (1955 bis 1959), Naturschutz und Naturparke (Heft 1 bis 103), Naturschutzparke (Heft 19 bis 25)

Fachliteratur, u. a.: Ulbrich: Der kleine Pilzfürher (1947), Ulbrich: Pilzmerkbuch (1949), Mansfeld: Vogelschutz in Wald, Feld und Garten (1960), Grimm: Der erzieherische Weg zum Naturschutz über die Gesundheitslehre (1962), Bochnig: Grundriß der Landschaftsgestaltung in der landwirtschaftlichen Melioration (1962), Autorenkollektiv: Gestaltung unserer Friedhöfe (1963), Klausnitzer: Kiefernheide und Teichgebiet in der Oberlausitz (1965), Köhler et al.: Botanischer Garten Leipzig (1975), Rat des Kreises Zeitz: Geschützte Natur im Kreis Zeitz (1989)

Dr. K. Kutschbauch, Berlin

Broschüren und Unterlagen zu Umweltthemen



Herr Dr. H. Lehrkamp, Berlin

Chamisso's gesammelte Werke, Reise um die Welt, Erster und zweiter Teil

Fachliteratur zu Bodenkunde und speziell zu Mooren, u. a.: Feldt: Ackerbau auf ostpreußischen Niederungsmooren (1914), Möller: Wasserrecht (1966), Liebenroth: Kennzeichnung und Beschreibung landwirtschaftlich genutzter Standorte in der Deutschen Demokratischen Republik (1967), Institut für Bodenkunde Eberswalde: Hauptbodenformliste (1971), Müller: Bodenkunde (1980), Bodenkundliche Gesellschaft der DDR: Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit auf Moränen- und Moorstandorten (1984), Prochnow: Verfahrenstechnische Grundlagen für die großflächige Landschaftspflege am Beispiel der Nuthe-Nieplitz-Niederung (1994), Hennings: Zur Wiedervernässbarkeit von Niedermoorböden (1996), Kleßen: Exkursionsführer für das nördliche Harzvor-



land (1998), Kleßen: Historischer Bergbau und Hüttenwesen im Mittelharz (2000), Naturpark Erzgebirge Vogtland: Geotope im Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ (2002),

TELMA. Berichte der Deutschen Gesellschaft für Moor- und Torfkunde (1971-1997), Einzelhefte weiterer Zeitschriften

4 Ordner mit Unterlagen zu Vorlesungen gehalten von Dr. Lehrkamp an der HUB

Zahlreiche Sonderdrucke, Diplom- und Belegarbeiten, Kopien von Arbeitsmaterialien, Manuskripte

Herr I. Leidner, Sondershausen

Zeitschrift WWT Wasserwirtschaft – Wassertechnik (komplette gebundene Jahrgänge 1952-1990)

Herr Dr. P. Lösel, Berlin

LUA Brandenburg: Die sensiblen Fließgewässer und das Fließgewässerschutzsystem im Land Brandenburg (1998), LUA Brandenburg: Das Elbehochwasser im Sommer 2002 (2002), LUA Brandenburg: Masterplan Spree (2004), LUA Brandenburg: Masterplan Spree: Umsetzung der WRRL (2005), LUA Brandenburg: Umweltdaten aus Brandenburg (2007)

Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e. V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung (1999), Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e. V.: Thüringer Landwirtschaft nach der Wiedervereinigung Deutschlands (2005)

2 DVDs mit Bildern zur Flut Dresden August 2002

Herr R. Loose, Finow

Archivalien zur Ausweisung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin

Herr K. Maaß, Seehausen/Altmark

ca. 2 laufende Meter zur Naturschutzarbeit im Kreis Seehausen (u. a. zu Schutzgebieten, zur Erfassung von Feldgehölzen, Hecken und Baumreihen, zum Storchenschutz, zu einzelnen Parken)

Schüttauf: Pflege historischer Parkanlagen (1962), Gilsenbach: Schützt die Natur (1964), Autorenkollektiv: Gestaltung unserer Friedhöfe (1965), Wegewitz: Grundfragen und Probleme der Entwicklung des Erholungswesens (1968), Deutscher Kulturbund: Gehölkunde und Parkpflege (1968), Crome: Ausgestorben – vom Aussterben bedroht (1969), Museum im Schloss Bernburg: Die Landschaft an der unteren Saale zwischen Rothenburg und Nienburg (1972), Rippl: Der Branitzer Park (1973), Jeschke et al.: Das Naturschutzgebiet Dünenheide auf Hiddensee (1974), Kulturbund: Gehölkunde in unserer Zeit (1975) Jeschke et al.: Das Naturschutzgebiet Dornbusch und Bessin (1976), Däßler: Einfluß von Luftverunreinigungen auf die Vegetation (1976), Jeschke et al.: Das Naturschutzgebiet Darss (1978), Landschaftspflegeplan für das LSG Sächsische Schweiz (1978), Rat des Kreises Roßlau: Landschaftspflegeplan des Kreises Roßlau (1980), Kalbe: Leben im Wassertropfen (1985), Neuschulz: Leben und Schutz des Igels (1986)

zahlreiche Hefte der Reihe Naturschutz und naturkundliche Heimatforschung in den Bezirken Halle und Magdeburg, Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg, Naturschutzarbeit im Land Sachsen-Anhalt



Herr D. Mann, Neubrandenburg (für den AK Melioration)

100 Projektmappen zu Meliorationsvorhaben und damit in Verbindung stehenden Vorhaben (Beregnung, Dränung, Wegebau, Flurholzanbau, Windschutzpflanzungen usw.) sowie weitere Unterlagen zu Meliorationsprognosen, Wasserbilanzen usw.

Frau Dr. A. Martin, Güstrow

Fachliteratur zum Naturschutz, u. a. Mayer-Wegelin: Das Ausästen der Waldbäume (1937), Rat des Kreises Parchim: Natur und Umwelt im Kreis Parchim (1976), Gorzna: Wandern für alle im Bezirk Schwerin (1985), Tute et al.: Wanderkatalog für die Schuljugend des Kreises Güstrow (1985), Wassiljew: Die Natur ist unser gemeinsames Zuhause (1987), Rat des Bezirkes Schwerin: Handbuch für den Umweltschutzbeauftragten in Betrieben und Einrichtungen (1985), Veldmann: Die Krankheiten und Schädlinge der Rotbuche (1985), Däßler: Einfluß von Luftverunreinigungen auf die Vegetation (1986), Pfannenschmidt: Unter dem Schutz der schwarzen Eule. Naturgeschützte Gebiete des Kreises Bützow (1988)

Zahlreiche Faltblätter sowie Einzelhefte von Zeitschriften, Karte Natur- und Landschaftsschutzgebiete Bezirk Schwerin

Herr H.-J. Mohr, Groß Markow

Naturschutzkalender aus Holz aus den Jahren 1983 bis 1991, Manuskript „Die Hydromelioration im Spiegel von Wissenschaft und Praxis. Dargestellt am Beispiel des ehemaligen Bezirks Neubrandenburg“ (Dieter Mann & Hans-Joachim Mohr)

Herr R. Nissing, Lychen

Archivalien zur Arbeit im Bereich Feldherpetologie/Ichthyologie, Kalender „Öko-logische Schritte durch 's Jahr 1990“, Gesetz- und Verordnungsblätter



Herr Dr. E. Nowak, Bonn

Briefwechsel zur Übergabe von 2 Großtrappen an die DDR, Personalbögen (blanko)

Herr Dr. G. Oehme, Halle/Saale

1 Ordner mit Unterlagen zur Arbeit der AG Naturschutz am Pädagogischen Institut Halle (1960-70) sowie zur LV Naturschutz für Biologielehrer

Ökolöwe Umweltbund Leipzig e. V.

Bücher und Broschüren zu Umwelt- und Naturschutzthemen, Einzelhefte der Zeitschriften Oberlausitzer Rundbrief, Kerbholz, Rundbrief Grüne Liga Brandenburg, Bitterfelder Umwelt-Magazin

Herr H. Olejnik, Stralsund

VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld: Wirksame Schädlingsbekämpfung in der Land- und Forstwirtschaft, im Obst- und Gartenbau, Haus und Hof mit bewährten Mitteln aus Bitterfeld (1962), Meyburg: Zur Biologie des Schreiadlers (1970), Plath: Die Vögel der Stadt Rostock (1990)

Ausweise, Auszeichnungen und Unterlagen zur Tätigkeit von Hartmut Olejnik, Plakate

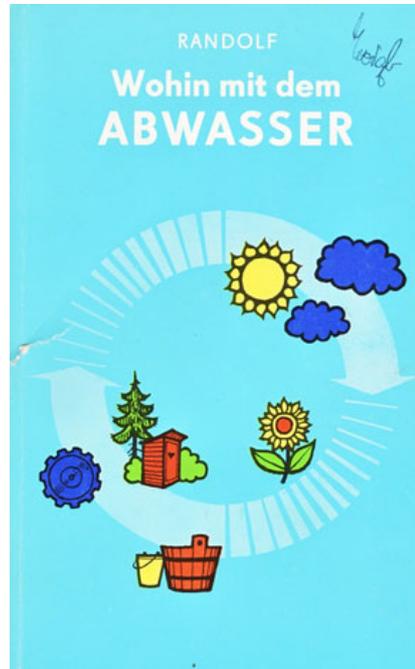
Herr Dr. K.-F. Ortmann, Rostock

Archivalien zum Thema Melioration: 1 Ordner zur Arbeit des Wissenschaft und Technik des Betriebes Vorbereitung und Projektierung des MK Rostock, 1 Ordner Fachbuchverzeichnis des Betriebes Vorbereitung und Projektierung des MK Rostock, 2 Tagebücher und 1 Ordner zur FDJ-

Arbeit im VE Meliorationskombinat Rostock, Gehölzschutzordnung Kreis Rügen, Auszug aus der Behandlungsrichtlinie Naturschutz für den gesamten Bezirk Rostock, Projektmappe der MG Warnow-Recknitz zur Dränung Lichtenhagen, Ordnung zur Qualitätssicherung bei der Vorbereitung (Projektierung) von Investitionen des Meliorationsbaues und für Binnenfischereianlagen, Mappe VE MK Rostock: Strukturkonkrete Planungsunterlagen für das Mel.-System des Versorgungszentrums Rostock

Fachliteratur, u. a.: VdgB: Aufklärungs- und Kulturmaterial der VdgB (1952), Werner: Perspektivplanung in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eines MTS-Bereiches (1959), Seidel: Die staatliche Leitung und Planung der Landwirtschaft in der DDR (1961), Pflanzenschutzamt beim Bezirks-Landwirtschaftsrat Rostock: Hinweise für den Pflanzenschutzspezialisten (1965), Agrarpropaganda: Chemie in der Landwirtschaft (1967), Arbeitsmaterial zur Direktive des VIII. Parteitags der SED (1971), KdT: Arbeit mit Weltstandsvergleichen (1979), DAL: Versuchs- und Untersuchungsergebnisse 1958-1960 (1962), DSF: Energie und Menschheitsfortschritt (1980), Kunze: Regeln und Richtwerte für die Bodenbearbeitung (1981), Wasserrecht. Textausgabe (1984), Bezirksleitung Rostock der der SED und VEB MK Rostock: Die Entwässerung und Beregnung im Bezirk Rostock (1985), Kommentar zum Wassergesetz (1987), Ingenieurbüro für Meliorationen: Erfahrungen und Empfehlungen zur Flurmelioration, zur Landschaftsgestaltung und zum Schutz vor Wasser- und Winderosion (1987), Künkel: Landwirtschaftliche Bodennutzung in Trinkwasserschutzgebieten (1989)

Zeitschrift Wissenschaft und Fortschritt (zu großen Teilen komplette Jahrgänge aus den Jahren 1955 bis 1992), Einzelhefte von Zeitschriften, u. a. Jugend + Technik, Urania, Wissen und Leben



Herr G. Pallmann, Schöneiche

0,5 laufende Meter Archivalien zum Thema Melioration, u. a. VEB IfM: Katalog Meliorationen (1979), MLFN: Initiativen in der Bewässerung zu Ehren des XI. Parteitags der SED, Initiativen, Erfahrungen, Führungsbeispiele des Land- und Meliorationsbaus der DDR, MLFN: Erfahrungen, Ergebnisse der Rekonstruktion von Teichen und den Bau von Anlagen der Binnenfischerei Hochschule für Landwirtschaft Bernburg: Die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR (1990), 100 Jahre Deutsche Verbände der Wasserwirtschaft 1981-1991



Herr G. Potzelt, Eisenhüttenstadt

3 Mappen zur Arbeit des AK Weißstorch, KNB-Ausweis Gerd Potzelt, 1 Buch mit Notizen und Aufzeichnungen, Faltblätter zum Naturschutz in Berlin und Brandenburg

Bezirksheimatmuseum Potsdam: Beiträge zur Erdgeschichte und Landschaftsentwicklung der Mark (1962), Zabel: Nutzung und Schutz der Umwelt (1980)

Herr H. Quitt, Wernigerode

ca. 1 laufender Meter Archivalien zum Naturschutz und zu Schutzgebieten im Harz (Naturschutz allgemein, NSG, LSG, Biogeographische Kartierung, Parke, geschützte Pflanzen und Tiere)

Frau A. Reddin, Neustrelitz

Zahlreiche Unterlagen zur Naturschutzarbeit in Kreis und Stadt Neustrelitz sowie im Bezirk Neubrandenburg

Herr Dr. H. Reichelt, Schöneiche

Fachliteratur zur Wasserwirtschaft und anderen Themen, u. a.: Handbuch der Naturschutzgebiete (Band 1 bis 5), Mengel: Das Oderbruch (1934), Rat der Stadt Putbus: Der Park von Putbus (1973), Koch: Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in Natur und Gesellschaft (1973), Körner, Vetter: Wildnis der Wisente (1973), Lohs, Döring: Im Mittelpunkt der Mensch (1975), Gilsenbach: Schönheit der Flüsse und Seen (1976), Gabor et al.: Das Ende der Verschwendung (1976), Institut für Umweltschutz: Katalog Umweltschutztechnik und Umweltschutztechnologie der DDR (o.J.), Pleiß: Der Kreislauf des Wassers in der Natur (1977), Hupfer: Die Ostsee – kleines Meer mit großen Problemen (1978), Beuschold: Problem Wasser (1978), MfUW: Wasserschadstoffhavarien. Verhütung und Bekämpfung (1979), Redaktion Gesellschaftswissenschaften und Gegenwart: Umweltschutz und Gesellschaft (1983), Emons, Kaden: Schätze im Abfall? (1983), Garbe, Graichen: Sekundärrohstoffe (1984), Holzmüller: Unsere Umwelt – ihre Entwicklung und Erhaltung (1984), Anserow, Durnew: Industrie und Umweltschutz (1984), Autorenkollektiv: Rohstoffpflanzen der Erde (1984), Münnich: Der Elbstrom (1984), Müller: Ökologie (1984), Schröder, Reuss: Die Beschädigung der Vegetation durch rauch und die Oberharzer Hüttenrauchschäden (1986), Klausnitzer: Ökologie der Großstadtfauna (1987), MfUW: Hochwasserschutz in der DDR (1987), Pestel: Jenseits der Grenzen des Wachstums (1988), Kümmel, Papp: Umweltchemie (1988), MfUW: Hochwasserschutz in Betrieben und Genossenschaften (1988),

Dr. L. Reichhoff, Dessau

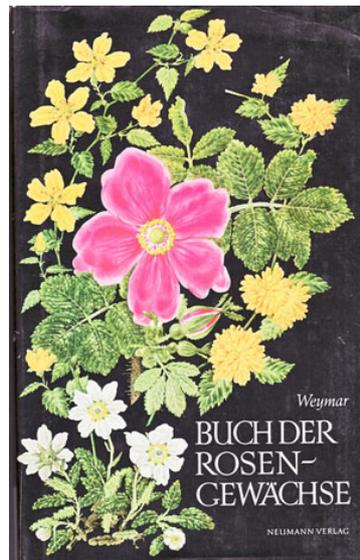
Reichhoff & Reichhoff (Hrsg.): Die Rot-Esche – eine invasive Baumart in den Hartholzauenwäldern des Mittelbegebietes? (2008)

Herr W.M. Richter, Himmelpforten

W.M. Richter: Nur Licht bringt Schatten (2007)

Herr B. Rosenlöcher, Ostseebad Nienhagen

Beschreibung der Methode zur Ermittlung der Wassermengen an den an den Oberseen und der Elde eingerichteten Wassermessungsstationen (1883), Regulierung der südlichen Mecklenburgischen Wasserstraßen. Die Wasserführung der Oberseen und der Elde, Anlage zum Gutachten vom 12.10.1885, Anweisung für den Beobachter des Pegels ..., Gewässer ...; Meteorologischer und Hydrologischer Dienst der DDR: Deutsches Gewässerkundliches Jahrbuch für das Gebiet der DDR. Abflussjahr 1948 (1953), Rosenlöcher: Hydrologisches Gutachten „Boize“ (1968), Rosenlöcher: Notwendigkeit und Bedeutung hydrologischer Längsschnitte – dargestellt am Beispiel der Boize (1968)

**Herr Dr. H. Rupp, Potsdam**

Zeitungsausschnitte, Broschüre zum Umweltschutz

Herr W. Scheibelt, Karlshagen

Jahresrückblicke zur Arbeit der NABU-Regionalgruppe Usedom aus den Jahren 1997 bis 2008
 Archivalien zum Artenschutz auf der Insel Usedom, darunter Unterlagen zur Arbeit von Claus Schönert, Unterlagen zur Arbeit des NABU-Kreisverbandes Wolgast
 Zahlreiche Faltblätter, Einzelhefte von Zeitschriften, einzelne Bücher

Frau Dr. U. Schinke, Rostock

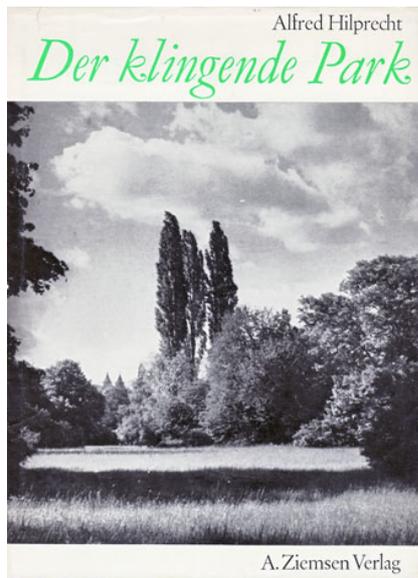
Album mit Fotos von der 7. Landwirtschaftsausstellung 1959 in Leipzig/Markkleeberg

Herr K. Schlüter,

Archivalien zur Naturschutzarbeit im Bezirk Schwerin: Rundschreiben BFA Ornithologie Schwerin, Broschüren, Einladungen, Programme zu Veranstaltungen, Urkunden, Schriftverkehr und Manuskripte

Fotos zu Müritzhof, zwei Plakatserien der GNU zum Umweltschutz

Einzelhefte der Zeitschrift BOLETUS sowie weitere einzelne Broschüren zu Natur- und Umweltschutzthemen

**Herr R. Schmidt, Guben**

Archivalien zum Naturschutz aus dem Nachlass von Hubertus Wischkony, Guben

Zeitschrift Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus / in der Niederlausitz (Heft 1 bis 27), Beiträge zur Avifauna des Bezirkes Suhl (Nr. 2 bis 10), Berichte zur Avifauna des Bezirkes Gera, Ornithologie Thüringens Teil 1 bis 3, Veröffentlichungen des Museums der Westlausitz Kamenz (Heft 1 und 4 bis 14), Mitteilungen der Interessengemeinschaft Avifauna DDR der Biologischen Gesellschaft der DDR (Heft 1 bis 8)

Einzelhefte der Zeitschriften Naturschutz heute, The Ring, Alcedo, ardea, Rundschreiben des Vereins Sächsischer Ornithologen, Mitteilungen des Vereins Sächsischer Ornithologen, Ornithologenkalendar, Kleine Drucke aus dem Naumann-Museum, Veröffentlichungen des Museums für Naturkunde Karl-Marx-Stadt

Frau Anita Schubert, Neubrandenburg

Ersttagsbriefe zum 2. Landschaftstag Mecklenburgisch-Brandenburgische Seenplatte, Katalog Anita Schubert, Plakatentwürfe

Herr E. Schwarz, Karlsruhe

Lehrpfadführer Flämingwald

Herr H.-J. Sciborski, Kunnersdorf

Manuskript „Naturschutz in Potsdam. Anmerkungen“

Herr H. Sommerschuh, Potsdam

Aufnahmen und Gespräche mit Kurt Kretschmann auf vier DVDs

Herr J. Stage, Strausberg

3 laufende Meter Archivalien zu ornithologischer Arbeit von Herrn Jürgen Stage, darin u. a. enthalten Notizen zu Beobachtungen, Tagebucheinträgen, Abzeichen, Orden, Medaillen, Urkunden, Manuskripte, Briefwechsel, Materialsammlungen zu verschiedenen Themen, Arbeiten von H. Schlüter zu den Langen Dammwiesen

Wildt: Unsichtbare Fäden (1956), Ulrich, Berger: Tiere des Waldes (1958), Quarg: ABC Umweltschutz (1978), Die Vogelwelt im Kreis Merseburg (1979), Geographische Gesellschaft der DDR: Nutzung und Veränderung der Natur (1981), Entwurf Landschaftspflegeplan LSG Strausberger Wald- und Seengebiet (1990), Stage: Die Vogelwelt von Strausberg und Umgebung (1986), Barth: Praktischer Umwelt- und Naturschutz (1987), Wegener: Schutz und Pflege von Lebensräumen (1991), Hoffmann, Kozinski: Die Vogelwelt im Landkreis Strausberg (1994), Menzel: Der Weißstorch im Kreis Senftenberg (o.J.)

Herr W. Sykora, Bad Dübén

Armbinde Naturschutzhelfer

Herr Prof. Dr. M. Teuscher, Neubrandenburg

Zeitschrift Monumente. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland (2003 bis 2008)

Universität Rostock, Agrar- und umweltwissenschaftliche Fakultät

70 Schubert mit Materialsammlungen, Veröffentlichungen und Archivalien zu den Themen Melioration, Bodenkunde, Agrarwirtschaft, Wasserwirtschaft sowie 7 Kästen mit Literaturkartei

31 Mappen zu Projekten aus dem Bereich Melioration, Wasserwirtschaft, 81 Bände Dissertationen, Diplomarbeiten, Studien, Forschungsberichte

Herr G. Voigt, Berlin

Autorenkollektiv: Wasser und Wirtschaft (1964), Reintanz: Internationales Wasserwirtschaftsrecht (1967), Fachliteratur zur Wasserwirtschaft, u. a.: Handbuch Gewässeraufsicht Teile 1 bis 4 (1970), Klapper: Wassergüterwirtschaft (1981), MfUW: Schutz der Trinkwasserressourcen (1983), MfUW: Handbuch für die ehrenamtlichen Helfer der Staatlichen Gewässeraufsicht (1983), Richter, Meißner, Morgenstern: Ohne Wasser merkt euch das ... (1984), Reichelt: Wasserwirtschaft heute und morgen (1984), MfUW: Grundwasserüberwachung (1985), MfUW: Handbuch für Wasserbeauftragte (1985), Randolf: Wohin mit dem Abwasser (1985), Staatliche Gewässeraufsicht: Regelungen zur einheitlichen Anwendung und Durchsetzung des Wassergesetzes und seiner Folgebestimmungen durch die Staatliche Gewässeraufsicht (1987), Katalog der gemäß Giftgesetz als Gifte eingestuft Produkte (1987), MfUW: Hochwasserschutz in der DDR (1987), Institut für Umweltschutz: Zusammenstellung der geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltrecht der DRR (1989), Autorenkollektiv: Wasserschadstoffbekämpfung (1989)

Informationen des Fachausschusses Gewässeraufsicht der KdT (1974-1986), Lehrmaterial Wasserrecht, Richtlinie über die Tätigkeit der Inspektoren der Staatlichen Gewässeraufsicht, Formblätter zur einheitlichen Durchsetzung Wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren

Herr G. Wagener, Eilsleben

Unterlagen zum Landschaftstag Börde sowie zum Naturschutz im Kreis Wanzleben

Einzelhefte der Zeitschrift Naturschutz und naturkundliche Heimatforschung in den Bezirken Halle und Magdeburg bzw. Naturschutzarbeit in den Bezirken Halle und Magdeburg, Broschüre zum 1. Landschaftstag Börde

Herr K. Wecke, Potsdam

Einzelhefte der Zeitschrift wwt, Plakate, 60 Broschüren zur Wasserwirtschaft

Herr Dr. U. Wegener, Halberstadt

1 Akte TGL Bearbeitung Trinkwasserschutz 1973-1986

KB der DDR, ZFA Botanik: Biotop und Florenschutz, III. Zentrale Tagung für Botanik 1981, Renneberg: Elixiere des Lebens (1984), Beug, Henrion, Schmüser: Landschaftsgeschichte im Hochharz (1999), Nationalparkverwaltung Hochharz: Tun und Lassen im Naturschutz (2008)



1 Ansichtskarte Zentrale Lehrstätte Müritzhof

Herr Weier, Anklam

Archivalien zur Naturschutzarbeit im Kreis Anklam: GNU KV Anklam 1980-1990, Schriftverkehr KNB 1971-1990, Jahresberichte KNB 1972-1990, Beiträge zur Geschichte der NSG des Kreises Anklam, Schülerarbeiten zum Naturschutz 1975-1991, Pflanzenkartei Anklam, 1 Schachtel mit Ehrenzeichen, ca. 60 Plakate zum Naturschutz

umfangreiche Fachliteratur zum Thema Natur- und Umweltschutz, u. a.: Fischer: Verzeichnis der Gefäßpflanzen Neu-Vorpommerns und Rügens (1861), Schoenichen: Die in Deutschland geschützten Pflanzen (1936), Schmalfluss: Grundlagen der allgemeinen Botanik (o.J.), Hinze: Der Biber (1950), Litzelmann: Heimische Orchideen (1950), Schmitt: Die alte Mauer und ihr Leben (1952), Mildner: Giftpflanzen in Wald und Flur (1952), Jaeckel: Unsere Süßwassermuscheln (1952), Jaedicke: Pflanzen unter Schutz (1952), Stopp: Gebirgspflanzen (1953), Schmitt: Die Hecke und ihr Leben (1953), Wiehle: Aus dem Spinnenleben wärmerer Länder (1954), Makatsch: Kein Ei gleicht dem anderen (1967), Moll: Unter Adlern und Kranichen am Großen See (1967), Drechsler, Moll: Tierfotografie (1968), Drechsler: Pirsch mit Kamera und Feder (1969), Heynert: Blühende Bergheimat (1970), Grabig: Gewässerschutz in der Landwirtschaft (1973), Otto: Wandern und Touristik zwischen Haff und Müritz (1974), Landschaftspflegeplan für das LSG Sächsische Schweiz (1978), Meynhardt: Schwarzwildreport (1980), MfUW: Schauen, sichern und schützen. Aufgaben der Schaukommissionen zum Nutzen der Bürger und der Volkswirtschaft (1984), Richter, Sluschny: Flora des Stadt- und Landkreises Schwerin Teil 1 und 2 (1982), Ludwig: Im Thüringer Kräutergarten (1984), Zimmermann: Thüringer Wald. Kleiner Naturführer (1985), Luther: Die ausgestorbenen Vögel der Welt (1986), Giertz: Charles Darwin Reise um die Welt 1831-36 (1986), Fröhlich et al.: Schützt Lurche und Kriechtiere (1987), Barsch, Bürger: Naturressourcen und ihre Nutzung

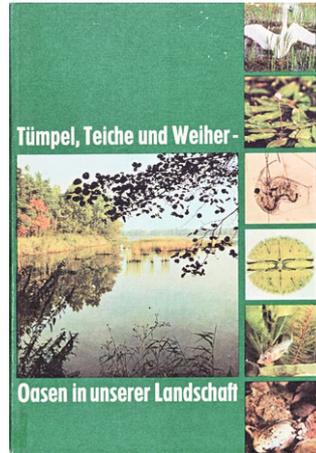
(1988), Arbatow et al.: Ökologie (1989), Rutschke: Adler im Aufwind (1997), Havenstein et al.: Natur- und Wanderführer Peenetal (1998)

Einzelhefte der Zeitschriften Natur und Naturschutz in Mecklenburg, Mitteilungen des Arbeitskreises Heimische Orchideen

Familie Wishkony, Guben

Archivalien zur Arbeit von Herrn H. Wishkony, Niederlausitzer Ornithologischer Rundbrief, Rundbrief Floristischer Arbeitskreis in der Niederlausitz

Schulze: Die lebenden Schnecken und Muscheln von Cüstrin und Umgegend (1890), Nickel: Geologische Ausflüge in Frankfurt a.O. und seine Umgebung (1906), Goebel: Einleitung in die experimentelle Morphologie der Pflanzen (1908), Guenther: Der Naturschutz (1910), Beyer: Die Naturdenkmäler in der Pflanzenwelt Rügens (1923), Herzog: Geographie der Moose (1926), Effenberger: Kamera und Naturschutz (1928), Gruppe: Naturkundliches Wanderbuch (1930), Hueck: Botanische Wanderungen im Riesengebirge (1939), Scheibenpflug: Die grüne Welt (1941), Kümmel: Das mittlere Ahrtal (1950), v. Rochow: Die Pflanzengesellschaften des Kaiserstuhls (1951), Rat des Kreises: Seen und Hügelland zwischen Dorche und Schlaube (1953), Krausch: Boden und Pflanzenwelt zwischen Schlaube und Neisse (1953), Krausch: Natur und Naturschutz im Bezirk Cottbus (1954), Rühl: Das südliche Leinebergland (1954), Gilsenbach, Nickels: Reichtum und Not der Natur (1955), Mertens: Flora von Halberstadt (1961), Rat des Bezirkes: Natur und Naturschutz im Bezirk Frankfurt/Oder (1961), Krägenow, Kremp: Die Vögel des Kreises Waren (1976), Kümpel: Orchideen der Thüringischen Rhön (1978), Sukopp et al.: Liste der wildwachsenden Farn- und Blütenpflanzen von Berlin (West) (1981), Autorenkollektiv: Burgen und Lübbenauer Spreewald (1981), Zühlke: Um Eberswalde, Chorin und den Werbellin-See (1981), Marzell: Wörterbuch der deutschen Pflanzennamen (1. bis 21. Lieferung)



Beiträge zur Tierwelt der Mark (Heft 1 bis 13), Niederlausitzer Floristische Mitteilungen (Heft 1 bis 13), Biologische Studien im Kreis Luckau (Heft 1 bis 14), Labus. Naturschutzarbeit im Kreis Neustrelitz (Heft 1 bis 7), Naturschutzarbeit in Mecklenburg(-Vorpommern) (1968 bis 2005), Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg (1972 bis 1986), Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus (in der Niederlausitz) (Heft 1 bis 15), Gleditschia (Band 1 bis 12), Mitteilungen Arbeitskreis Heimische Orchideen (1965 bis 1982), Natur und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern (Band 3 bis 39), Verhandlungen des Berliner Botanischen Vereins (1. bis 6. Band), Verhandlungen des Botanischen Vereins der Provinz Brandenburg (Einzelhefte aus den Jahren 1888 bis 1980)

Einzelhefte der Zeitschriften Niederlausitzer Ornithologische Mitteilungen, Beiträge zur Gehölzkunde

Herr U. Wölfel, Bitterfeld-Wolfen

Fachliteratur, u. a.: Kulturbund: Gehölkunde und Landeskultur (1954), Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder: Am Wall überm Strom (1956), Meusel, Schubert: Vegetationskundliche Untersuchungen als Beiträge zur Lösung von Aufgaben der Landeskultur und Wasserwirtschaft (1964), Hempel: Verzeichnis der in den drei sächsischen Bezirken (Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt) vorkommenden wildwachsenden Farn- und Blütenpflanzen mit Angaben ihrer Gefährdungsgrade (1978), Schubert et al.: Atlas der Ackerunkräuter der DDR. 1. Lieferung (1979), Maier: Landschaftspark Sachsenberg (1985), Wölfel: Aktuelle Flora des Landkreises Bitterfeld (1992)

Einzelhefte der Zeitschriften und Schriftenreihen Niederlausitzer floristische Mitteilungen, Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus, Veröffentlichungen Museen der Stadt Gera, Mitteilungen des Arbeitskreises Heimische Orchideen

Herr Dr. U. Zupke, Lutherstadt Wittenberg

Berichte des Zentrums für Umweltgestaltung zur Umweltsituation in Schwerpunktgebieten der DDR (Umfang ca. 0,5 laufende Meter)

Broschüren und Literatur zu Themen des Natur- und Umweltschutzes, u. a. DAL: Die Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik (1964), Rat des Bezirkes Halle: Wildbestand und Jagd im Bezirk Halle (1974), Gronau et al.: Natur- und Landschaftsschutz im Bezirk Schwerin (1983), Rat der Stadt Dessau: Landschaftspflegeplan der Stadt Dessau (1984), Rat des Kreises Zerbst: Landschaftspflege und Naturschutz im Kreis Zerbst (1990), Heidecke, Klenner-Fringes: Biber im Konflikt (1992), Damkowski et al.: Rettung eines Flusses (1994)

Einzelhefte von Zeitschriften, u. a. APUS, Beiträge zur Heimatgeschichte und Ortschronik, Naturschutz in der DDR, Tiere im Konflikt, Natur und Umwelt in Halle, Naturwissenschaftliche Beiträge des Museums Dessau, Natur und Umwelt, Urania, Jagdinformationen, Mitteilungsblatt des Arbeitskreises Heimische Orchideen

Herr A. Zutz, Berlin

Immler: Agrarpolitik in der DDR (1971)

Neue Bücher

Henseling, Karl-Otto: *Am Ende des fossilen Zeitalters. Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen.* Oekom-Verlag München 2008.

275 S., 19,90 Euro – ISBN 978-3-86581-122-6

In zwei Jahrhunderten industrieller Entwicklung hat der Mensch in einem weitaus größeren Maß in seine natürliche Umwelt eingegriffen als in den davor liegenden Jahrtausenden. Mit der „Großen Industrie“ wurde auch der Stoffwechsel zwischen Mensch/Gesellschaft und Natur grundlegend verändert. Mit der Industrialisierung entstanden vollkommen neue Verfahren und Produkte. Aus den einzelnen Stoffflüssen ist ein Materialstrom entstanden, der kaum mehr beherrschbar ist. Nährstoffkreisläufe wurden aus dem Gleichgewicht gebracht, schleichende Vergiftungen bedrohen Umwelt und Gesundheit, knappe Ressourcen werden übernutzt und werden zunehmend mit kriegerischen Mitteln umkämpft.

Karl-Otto Henseling geht mit seinen Lesern auf Zeitreise durch eine Epoche, in der sich das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt drastisch geändert hat. Die Entwicklung scheint in einer Sackgasse zu enden, doch der Autor deutet alternative Wege an, wie Stoffe und Energie nachhaltig genutzt werden könnten.

Das Buch gliedert sich in folgende Kapitel: „Ursprünge des industriellen Stoffwechsel mit der Natur“, „Chemie erobert die Welt“, „Grundstoff Giftgas: Die Chlorchemie“, „Mobilmachungen“, „Klimawandel: Ursachen und Formen des Nicht-Wissen-Wollens“, „Von Schwierigkeiten, Schleichende Vergiftungen wahrzunehmen“, „Die große Transformation“, „Epilog – Nachrichten aus der Zukunft“.

Der Autor war von 1975 bis 1991 in der Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung tätig, von 1992 bis 1994 wiss. Mitarb. der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages und ist seit 1994 im Umweltbundesamt tätig. Arbeitsschwerpunkte: Stoffstromanalysen und -management, Ressourcenschutz und Nachhaltige Entwicklung.

Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer (Hg.): *Symbolische Gewalt und das Elend der Zivilisation [Studien zu Substanz, Familie, Politik, Bd. 4.]* Kassel 2009

474 S., gebunden, 22,00 Euro – ISBN 978-3-934377-47-9

Gegenstand des Sammelbands ist das machtbestimmte Gefüge von Gesellschaft und Bewusstsein, das sich in der westlichen Zivilisation entwickelt hat. Ein Dutzend Autor/inn/en analysieren das Ineinandergreifen von gewalttätigem Handeln und Verhalten und verdinglichem Denken und Fühlen aus verschiedenen Blickwinkeln und Erfahrungsbereichen. Versucht werden die Klärung gesellschafts- und bewusstseinstheoretischer Begriffe wie diejenige historischer und aktueller Sachverhalte, bis hin zu der Frage, ob gesellschaftliche Planung heutzutage Sinn hat.

Die Begriffe „Gesellschaft“ und „Bewusstsein“, deren Vieldeutigkeit die Herausgeber/innen einleitend aufzeigen, erhalten eindeutige Inhalte, wenn „Sein und Bewusstsein“ (oder wie immer man das Leib-Seele-Duo nennen will) in realen Kontexten betrachtet werden. Das zeigt dieses Buch. Die Gesellschafts- und Bewusstseinsgeschichte der westlichen Zivilisation lässt

dann deren Grundmuster, ein fortschreitend überhebliches Denken und ausnutzendes Tätigsein, erkennen. Und die realitätsorientierte Kritik des cartesianischen Dualismus lässt erkennen, dass unsere Bewusstsein genannten Gedankengebilde, und mehr noch unser Unbewusstes, in der körperlichen Lebenswelt miteinander vermittelter Individuen und Kollektive verankert sind, in der sie oft genug als symbolische Gewalt wirken. Diese dient auch der Stigmatisierung von Menschen, die unter Verwirrungen des Bewusstseins und Störungen ihres leiblichen Seins leiden, Phänomene, die nicht zuletzt in den zivilisierten Verhältnissen wurzeln. Die Macht, welche Fiktionen in unserer Zivilisation seit ihren altorientalischen und alteuropäischen Anfängen zukommt, zeigt sich etwa in der Rolle der abstrakten Denkfiguren „Geschlecht“ und „Geschlechterverhältnis“, durch die die realen Gewaltverhältnisse in der patriarchal konstruierten Familie dem Blick entzogen werden. Entsprechendes gilt für die ebenfalls altgediente Verherrlichung des Staats als Gemeinwesen, durch welche Polizei und Militär als Wohlfahrts- und Menschenrechtsagenturen erscheinen. Von all dem wissen die modischen erlebnis-, zivil- und wissenschaftlichen Konzepte der Soziologie nichts. Mithilfe eines historischen Materialismus war dagegen versucht worden, dem zivilisatorischen Zauber, den der moderne Kapitalismus darstellt, durch Klassenbewusstsein und Klassenkampf ein Ende zu bereiten, aber die Einstellungen des Proletariats zu seinem Klassensein glichen, wenn sie über Unbewusstsein hinausgingen, meistens eher einem bloßen Lagebewusstsein ohne Ansätze, es zu überwinden. Muss man nun die Vorstellung einer vernünftig geplanten Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu den Akten legen? Hierzu äußern sich im Schlussteil des Buches sechs Fachleute. Ein editorisches Postskriptum zu diesem Sammelband benennt Fragen zum Thema „Gesellschaft, Herrschaft und Bewusstsein“, die offen geblieben sind - mit Hinweisen auf weiterführende Literatur.

Inhalt:

Gesellschaft und Bewusstsein: Annäherungen an zwei Begriffe. Einleitung der Herausgeber/innen * Karl Hermann Tjaden: Arroganz und Exploitation: Menschen und ihre Um- und Mitlebewelten im Progress der west-europäischen Zivilisation * Thomas Mies: Das gesellschaftliche Unbewusste. Zur Kritik der cartesianischen Bewusstseinsauffassung: Begriffsgeschichtliche und theoretische Anmerkungen * Urte Sperling: Wahnsinn, Psychiatrie und gesellschaftliches Bewusstsein: Wie aus den „Irren“ Psychiatriepatienten wurden und was mit ihnen auf diesem Weg geschah * Kathrin Otte: Schadstoffinduzierte Störungen des individuellen „Seins“ und „Bewusstseins“ * Margarete Tjaden-Steinhauer: Fiktives Geschlecht, patriarchale Familie und sexuelle Dienstbarkeit der Frauen * Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden: Staatstätigkeit als gewalttätige Politik * Lothar Peter: Rechtfertigung und Beschwichtigung: Gesellschaftskonzepte in der heutigen Soziologie * Georg Füllberth: Sind die Begriffe „Klassenbewusstsein“ und „Klassenkampf“ überholt? * Ist gesellschaftliche Planung ein sinnvolles Vorhaben? Stellungnahmen von Rolf Czeskleba-Dupont, Jochen Hanisch, Karl-Otto Henseling, Thomas Kuczynski, Jörg Roesler und Karl Georg Zinn

STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE



Umwelt hat Geschichte!

Archiv und Bibliothek

Wir sammeln Archivalien (Akten, Aufzeichnungen u.Ä.), Dias, Fotos, Schriftgut jeglicher Art (Bücher, Zeitschriften), Musealien (Abzeichen, Plaketten, usw.) zu den Bereichen:

- Bürgerliche und proletarische Heimat-, Naturschutz- und Wanderbewegung vor 1945
- Naturschutz, Umweltpolitik in der SBZ und DDR,
- Natur- und Umweltschutzbewegung (Natur- und Heimatfreunde, Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR, kirchliche und oppositionelle Umwelt- und Naturschutzgruppen),
- Umwelt- und Naturschutzbewegung seit 1990 in den neuen Bundesländern.

Wenn Sie Quellen und Dokumente zu den genannten Themen haben und sie nicht mehr benötigen und die Zeugnisse Ihrer wissenschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzarbeit am richtigen Ort wissen wollen, dann ...

Werfen Sie nichts weg und regeln Sie, wo Zeugnisse Ihrer Tätigkeit bleiben sollen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns !



**Institut für Umweltgeschichte
und Regionalentwicklung e.V.**
an der Hochschule Neubrandenburg

Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg

Tel.: 0395-5693 224 oder -255, Fax: 0395-5693 299

Internet: www.iugr.net Email: info@iugr.net

Autoren

Prof. Dr. Günter Bayerl,

Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl für Technikgeschichte, Erich-Weinert-Straße 1, 03046 Cottbus

Prof. Dr. Hermann Behrens

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Hans-Werner Frohn

c/o Stiftung Naturschutzgeschichte, Drachenfelsstr. 118, 53639 Königswinter

Dr. Harro Hess

Bahnhofstraße 12, 15377 Buckow

Jens Hoffmann

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Peter Lösel

Kienbergstraße 62, 12685 Berlin

Dr. Johannes Naacke

Am Rosenhag 3, 14470 Brandenburg

Dr. Lutz Reichhoff

LPR Dr. Reichhoff, Zur Großen Halle 15, 06844 Dessau

Dr. Siegfried Schlosser

Elbstraße 16, 06869 Coswig Anhalt

Dr. Johanna Schlüter

Schillbachstraße 39, 07743 Jena

Dr. Rolf Wernecke

Moerickestr. 24, 39114 Magdeburg

Prof. Dr. Friedrich-Karl Witt

St. Petersburger Straße 43, 18107 Rostock

Inhalt	Seite
Impressum/ Danksagung/Bitte um Spenden	2
Günter Bayerl	
Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: Ein Weg in die ökoindustrielle Gesellschaft?	3
Lutz Reichhoff	
Die Entwicklung der Strategie „Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt“ als zentrale Aufgabe des Naturschutzes in den 1980er Jahren in der DDR	15
Siegfried Schlosser	
Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des ILN Halle im Bereich Arten- und Biotopschutz, Biodiversität in den Jahren 1980 bis 1990	27
Johannes Naacke	
Das Wasservogelmonitoring in Ostdeutschland nach 1990 und der Förder- verein für Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz	39
Harro Hess	
Vergebliche Mühen. Eine verfrühte Naturpark-Idee	55
Johanna Schlüter	
Literatur zum Natur- und Umweltschutz im Gustav Fischer Verlag Jena	60
Horst Rogge	
Zur Umweltschulung in technischen und ökonomischen Grundstu- dienrichtungen an Ingenieur- und Fachschulen der DDR	65
Hans-Werner Frohn	
Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte	80
Hermann Behrens und Jens Hoffmann	
Aus dem IUGR e. V.	84
Peter Lösel	
Zweites Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft	88
Rolf Wernecke	
Das Jahreshaupttreffen der Arbeitsgruppe Wasserwirtschaft	92
Friedrich-Karl Witt	
Bericht zur Fachexkursion des Arbeitskreises Melioration	94
Jens Hoffmann	
Neuzugänge in das „Studienarchiv Umweltgeschichte“	99
Neue Bücher	120
Autoren und Autorin dieses Heftes	123